

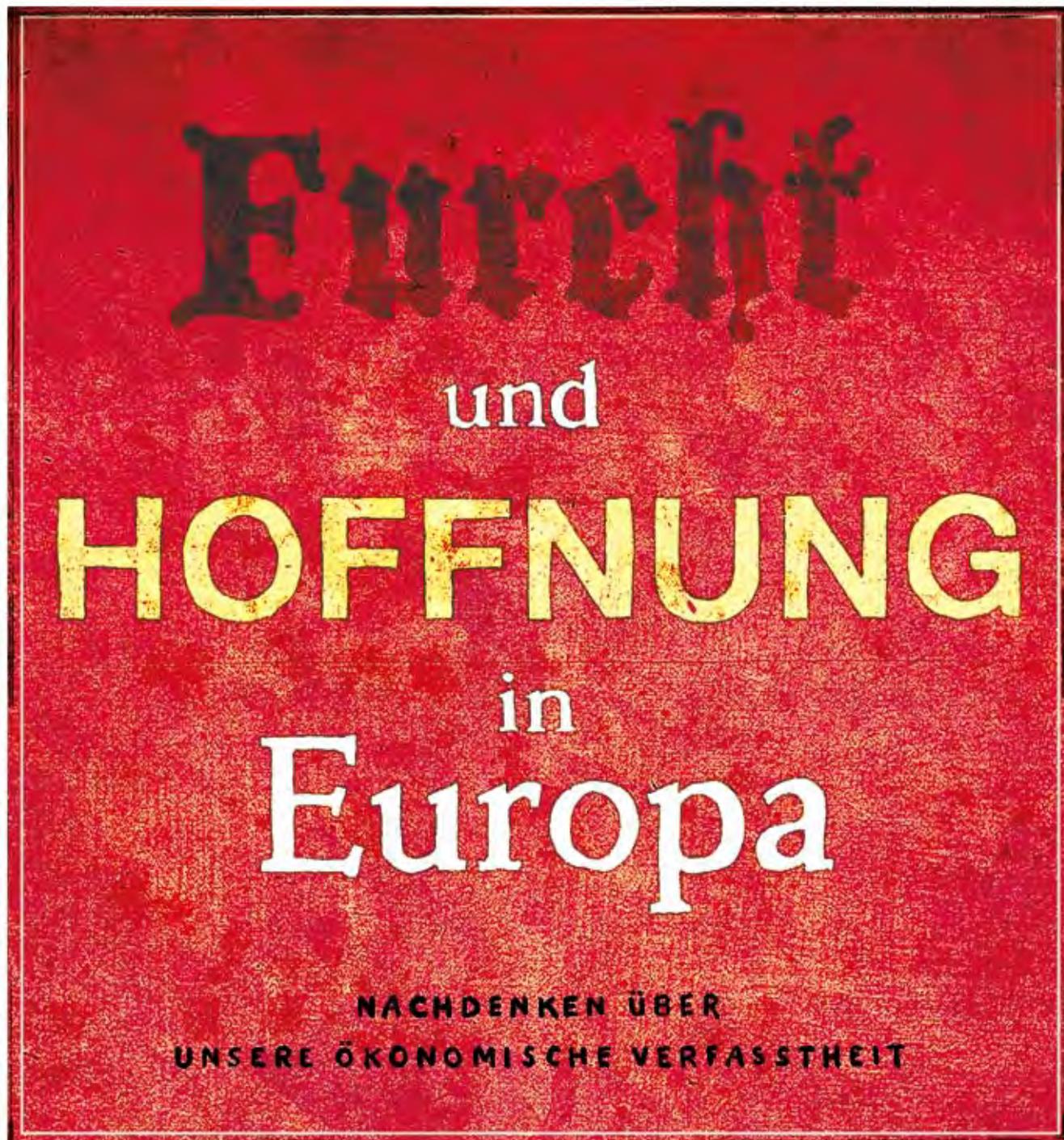
FALTER

Nr. 51a/15



Ökonomie

EINE KRITISCHE HANDREICHUNG



Alexander van der Bellen über Ernst Fehr • **Stephan Schulmeister** über Hans Werner Sinn
Stefanie Wöhle über Nancy Fraser • **Robert Misik** über David Harvey

Gregor Gysi über Flüchtlinge und den Euro • **Heinz Bude** über Angst und Neoliberalismus
Thomas Wagner über die Wirtschaft der Roboter

DAS LEISTET

DEINE DIE ARBEITER-KAMMER WIEN AUF EINEN BLICK

DATEN UND ZAHLEN ZU DEN LEISTUNGEN UND ERFOLGEN



384.000 Beratungen

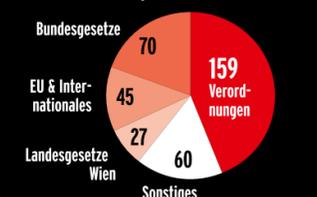
400 ExpertInnen stehen den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite. Hier die wichtigsten Themen & Beratungsarten:



Dauer einer Beratung im Schnitt **30 Min.**

361 Begutachtungen

von Verordnungen und Gesetzen



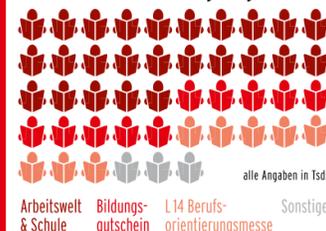
10.000 Bildungsgutscheine

à 120 Euro wurden 2014 genutzt. Davon



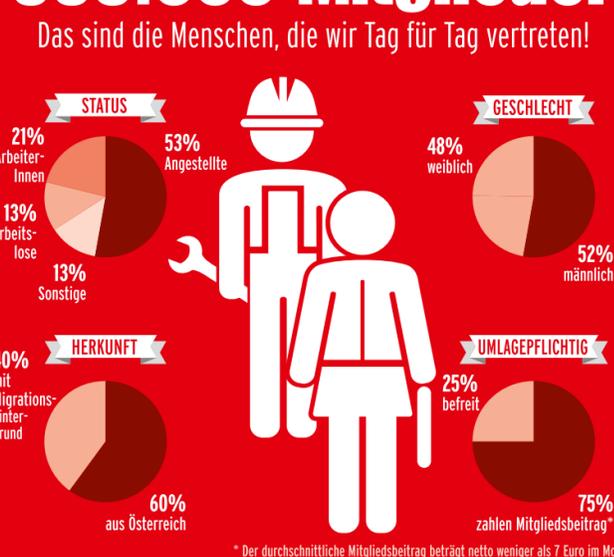
46.000 TeilnehmerInnen

nutzten die AK Bildungsangebote



888.000 Mitglieder

Das sind die Menschen, die wir Tag für Tag vertreten!



10.000.000

Tipps, Infos & Ratschläge



KAMPAGNE

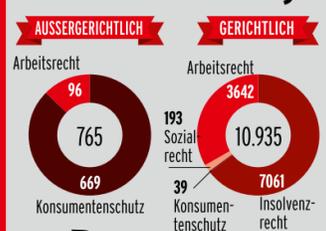
5 Mrd € Entlastung durchgesetzt

882.000 unterstützen die Forderung von AK und ÖGB nach einer Lohnsteuersenkung.



RECHTSSTREITIGKEITEN

11.700 Vertretungen



94.000.000 € vor Gericht erkämpft



Quellen: Arbeiterkammer - Alle Angaben 2014 / Grafik: José Coll/B.A.C.K. Grafik & Multimedia GmbH / Illus: E. Boatman, T. Teesck, A. Shain, Johanna, Parnely, A. Narvekar / all from The Noon Project

Editorial

Nie war so viel Wirtschaft wie heute. Nie wurde so viel über Wirtschaft gelogen wie heute. Das meiste, was wir in den Medien über wirtschaftliche Zusammenhänge hören, sehen oder lesen, ist Propaganda. Das herrschende Paradigma ist das Neoliberale; zwar mag zutreffen – man kann es nur hoffen –, was der Soziologe Heinz Bude bei seinem Wiener Stadtgespräch sagte, dass der Neoliberalismus vorbei sei. Aber die Wirkungen dessen, was man mit dem Ökonomen Philip Mirowski das „neoliberale Denkkollektiv“ nennen kann, lassen nicht so schnell nach.

Die Krise von 2008 ist nicht ohne Folgen geblieben, Paradigmenwechsel jedoch vollziehen sich langsam. Indizien dafür gibt es. Denker wie David Harvey, Michael Hudson oder Feministinnen wie Nancy Fraser bekommen mehr Aufmerksamkeit. Die **FURCHT** vor dem sozialen Abstieg erfasst die Mittelklasse und die kommenden Entwicklungen von Automatisierung, Verhaltensvorhersagen und Big Data projizieren unerfreuliche Gesellschaftsbilder.

Beinahe überall gewinnt die Finanzwirtschaft. Der Trend, alles und jedes auf die Logik der Märkte zu setzen, dominiert in der EU. Er bringt auch ein Gemeinwesen wie die Stadt Wien in Schwierigkeiten, das mit offenkundigem Erfolg auf öffentliches Eigentum setzt. Ein Ärgernis in Zeiten, da Staaten gezwungen werden, zugunsten privater Financiers ihr, also unser Eigentum zu veräußern. Ebenso ein Anlass zur **HOFFNUNG**, dass es anders geht. Auch das aufgrund europaweiter Proteste von Studierenden gegen das monocolor neoliberale Lehrprogramm der Wirtschaftswissenschaften neu gegründete Institut zur Erforschung ökonomischer Ungleichheit an der WU bietet so einen Anlass.

Texte und Gespräche zu Fragen dieser Art haben wir hier versammelt. Unser Dank geht an die Arbeiterkammer Wien, mit deren Hilfe dieses Heft möglich wurde und deren Experten Beiträge und Ratschläge geliefert haben. Dass es gelungen ist, den emeritierten Ökonomeprofessor Alexander Van der Bellen zu gewinnen, seinen prominenten Schüler Ernst Fehr zu porträtieren, freut uns besonders. Fehrs erste Beiträge in einer Publikumszeitschrift erschienen übrigens 1979 im *Falter*.

ARMIN THURNHER

Inhalt

Denker 5

Ein Pionier der Verhaltensökonomie Alexander Van der Bellen porträtiert Ernst Fehr 6

Ein Mann des Marktes Stephan Schulmeister über Hans Werner Sinn 8

Eine Kritikerin männlich kodierter Systeme Stefanie Wöhl über Nancy Fraser 10

Ein marxistischer Kapitalismuskritiker Robert Misik über David Harvey 12

Rückkehr nach Wien Kari Polanyi-Levitt über ihren Vater Karl Polanyi 14

Erforschung der Ungleichheit Josef Redl über ein neues Institut an der WU 15

Der Schuldenkritiker Armin Thurnher über Michael Hudson 16

Europa, wohin? 17

Linke und Mittelstand brauchen ein Bündnis, sagt Gregor Gysi 18

Die Deutschen ruinieren uns durch Lohndumping, sagt Ulrike Herrmann 24

Im Süden herrscht die Armut berichtet Nina Horacek 26

Auch Nobelpreisträger sollten beim Sparen rechnen weist Achim Truger nach 28

Die EU muss investieren und zwar richtig, fordert Georg Feigl 30

Wien, europäische Stadt 31

Wie EU-Richtlinien Wien bedrohen zeigt Joseph Gepp 32

Warum die roten Zahlen Wiens kein Alarmzeichen sind weist Josef Redl nach 34

Wie Wien investieren muss erklärt Markus Marterbauer 36

Österreichische Fragen 37

Wichtige Maßnahmen fehlen Kurt Bayer kritisiert das Budget 38

Eine Zahl für alle Joseph Gepp erklärt, warum das BIP als Kennzahl nicht taugt 40

Was wir fürchten, worauf wir hoffen 43

Die Abstiegsangst des Mittelstands ergründet der Soziologe Heinz Bude 44

Die schöne neue Welt von Silicon Valley kritisiert der Publizist Thomas Wagner 52

Bücher 57

Stürzt der Kapitalismus? fragt Robert Misik in einem Essay über James K. Galbraith 58

Buchrezensionen Armin Thurnher über Franco Moretti / Der Bourgeois, Robert Misik über Fred Luks / Öko-Populismus, Markus Marterbauer über Anthony B. Atkinson / Inequality, Armin Thurnher über Herbert Cordt (Hg.) / Auf der Überholspur und Colin Crouch / Die bezifferte Welt, Stephan Schulmeister über Peter Rabl / Der Unwohlfahrtsstaat, Rudolf Walther über das Nouveau Manifeste der Ökonomen und Kurt Bayer über Joseph E. Stiglitz / Arm und Reich 60-63

Die Texte von Gorg Feigl, Achim Truger und Markus Marterbauer erschienen im AK-Blog Arbeit und Wirtschaft und wurden leicht verändert, ebenso wie die Texte von Nina Horacek, Josef Redl und Joseph Gepp, die zuvor im Falter erschienen sind. Der Beitrag von Gepp über das BIP blieb unverändert, jener von Kurt Bayer über das Budget wurde erweitert. Unverändert blieben die zuvor im Falter erschienenen Rezensionen von Stephan Schulmeister, Kurt Bayer, Robert Misik, Markus Marterbauer und Rudolf Walther. Alle anderen Beiträge erscheinen hier zum ersten Mal.

Impressum
Falter 51/15 Herausgeber: Armin Thurnher **Medieninhaber:** Falter Zeitschriften Gesellschaft m.b.H., Marc-Aurel-Straße 9, 1010 Wien, T: 01/536 60-0, F: 01/536 60-912, E: wienzeit@falter.at, www.falter.at
Redaktion: Armin Thurnher **Herstellung:** Falter Verlagsgesellschaft m.b.H.; Layout: Raphael Moser, Oliver Hofmann; Lektorat: Helmut Gutbrunner, Daniel Jokesch; Geschäftsführung: Siegmund Schlager
Druck: Niederösterreichisches Pressehaus **DVR:** 047 69 86. Diese Beilage erscheint in Kooperation mit der AK Wien. Alle Rechte, auch die der Übernahme von Beiträgen nach § 44 Abs. 1 und 2 Urheberrechtsgesetz, vorbehalten. Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist unter www.falter.at/offenlegung/falter ständig abrufbar



Sie haben Rechte.
Wir helfen, dass Sie auch
zu Ihrem Recht kommen!

RUDI KASKE, AK PRÄSIDENT

wien.arbeiterkammer.at

501 65 - 0

GERECHTIGKEIT MUSS SEIN



WIEN



Kurt Bayer
war Direktor der Europäischen Bank für Entwicklung in London. Er ist Konsulent, Publizist und Blogger (Kurt Bayer's Commentary)



Nina Brnada
ist seit 2015 Redakteurin des Falter, sie traf Kari Polanyi-Levitt im Sommer 2015 in Wien



Heinz Bude
ist einer der meistzitierten deutschen Soziologen. Er war 2014 Gast beim Wiener Stadtgespräch von AK-Wien und Falter



Georg Feierfeil
ist Medienkünstler und Illustrator, für den Falter illustriert er vor allem literarische Texte. Er lebt in Wien



Georg Feigl
ist Budgetexperte der AK-Wien und unterrichtet an der WU Wirtschafts- und Finanzpolitik



Christian Fischer
ist Fotograf beim Standard und begleitet seit Beginn die Wiener Stadtgespräche fotografisch



Joseph Gepp
war Redakteur beim Falter und ist es mittlerweile beim Profil; seine hier abgedruckten Beiträge erschienen im Falter



Gregor Gysi
ist Publizist, Abgeordneter zum Deutschen Bundestag, er war Fraktionschef der Linken und ist Autor zahlreicher Bücher



Menschen, die an diesem Magazin mitgearbeitet haben



Ulrike Herrmann
ist Journalistin bei der taz und Autorin zahlreicher Bücher. Ihr Beitrag entstand nach ihrem Auftritt für das Wiener Stadtgespräch



P. M. Hoffmann
ist Illustrator, regelmäßiger Mitarbeiter des Falter, illustrierte das Cover, Essays und Beiträge in diesem Heft



Oliver Hofmann
ist Grafiker und regelmäßiger Mitarbeiter beim Falter, von ihm stammen Statistiken und die Illustrationen der Aufmacherseiten



Nina Horaczek
ist mit zahlreichen Preisen ausgezeichnete Chefreporterin beim Falter und Autorin zahlreicher Bücher



Peter Huemer
ist Moderator und Publizist; er führte die zwei hier auszugsweise abgedruckten Stadtgespräche mit Heinz Bude und Thomas Wagner



Daniel Jokesch
und sein Kollege Helmut Gutbrunner vom Lektorat sorgten für möglichst fehlerfreie Texte



Markus Marterbauer
leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien, er bloggt auf blog.arbeit-wirtschaft.at und kommentiert regelmäßig im Falter



Robert Misik
ist Publizist und Autor zahlreicher Bücher, er schreibt eine Kolumne für die taz und bloggt unter misik.at



Raphael Moser
ist Produktionschef des Falter, gestaltete das Layout und betreute die Produktion dieser Beilage



Josef Redl
war Wirtschaftsjournalist beim Profil, ging zwei Jahre in die PR, kehrte zum Journalismus zurück und schreibt nun für den Falter



Marianne Schreck
ist Chefin vom Dienst beim Falter und betreute dieses Heft mit



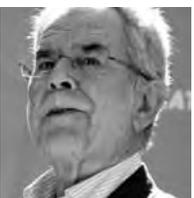
Stephan Schulmeister
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim WiFo, Berater, Autor zahlreicher Bücher und Publikationen



Armin Thurnher
ist Herausgeber und Chefredakteur des Falter und Autor von zehn Büchern. Er redigierte diese Beilage



Achim Truger
ist Professor für Volkswirtschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin, er bloggt auf blog.arbeit-wirtschaft.at



Alexander Van der Bellen
ist Ökonom, er war Bundessprecher der Grünen und ist derzeit Wissenschaftsbeauftragter der Stadt Wien



Thomas Wagner
ist Kultursoziologe, Literaturredakteur der Jungen Welt, freier Publizist und Autor des Buchs „Robokratie“



Rudolf Walther
war Redakteur der „Geschichtlichen Grundbegriffe“. Er schreibt für deutsche Blätter und für den Falter und ist Autor von vier Büchern



Stefanie Wöhl
ist Leiterin des Kompetenzteams für European and international Studies an der Fachhochschule des BFI Wien

1. Denker

6

Alexander Van der Bellen über seinen Schüler,
den experimentellen Ökonomen Ernst Fehr

8

Stephan Schulmeister über den marktliberalen
und krisenfreudigen Ökonomen Hans Werner Sinn

10

Stefanie Wöhl über Nancy Fraser, Feministin,
Gerechtigkeitstheoretikerin und Soziologin von Weltruf



Im eigenen Land fast unbekannt: Österreichs Nobelpreiskandidat

Ökonomen wird häufig unterstellt, dass sie annehmen, Individuen würden stets ihren privaten Nutzen maximieren, ohne Rücksicht darauf, was andere tun. Auf viele Alltagssituationen trifft das ja auch zu. Die Spieltheorie, die Verhaltensökonomie (Behavioral Economics) und die experimentelle Ökonomie – in diesen Gebieten bewegt sich Ernst Fehr wie ein Fisch im Wasser – befassen sich mit Entscheidungen, die nur durch komplexere Motivationen erklärbar sind.

Zum Beispiel wird im „Ultimatum Game“, einem sequenziellen Zwei-Personen-Spiel, menschliches Verhalten in folgender Situation getestet: 100 Euro stehen zur Verteilung zwischen zwei Personen bereit. Die beiden Personen kennen einander nicht, sie sitzen in separaten Räumen, können keine Informationen austauschen und nicht miteinander verhandeln. Beide wissen über die (Spiel-)Regeln Bescheid. Ein Münzwurf entscheidet, wer von den beiden („Proposer“) der anderen Person („Responder“) ein Angebot zur Aufteilung der 100 Euro macht. Sagt der Responder Ja zum Angebot, dann werden die 100 Euro genau wie im Vorschlag des Proposers geteilt. Sagt der Responder aber Nein, dann erhalten beide Personen gar nichts, die 100 Euro verfallen. In beiden Fällen ist das „Spiel“ dann aus und wird nicht wiederholt. – Wie würden Sie sich als Proposer verhalten und wie als Responder?

Der Proposer könnte meinen, ein Angebot von 50 Prozent würde vom Responder akzeptiert werden und wäre insofern risikolos. Aber die Versuchung ist groß, weniger zu bieten. Versetzen wir uns in den Responder; akzeptiert er/sie auch 30 Euro und überlässt dem Proposer 70 Euro? 30 Euro sind viel besser als nichts. Und selbst ein Prozent – ist nicht ein Euro besser als gar kein Euro? Gehen wir von der herkömmlichen ökonomischen Theorie aus, so sollte jedes Angebot größer als null akzeptiert werden. Nutzenmaximierende Proposer würden das kleinstmögliche Angebot machen, und nutzenmaximierende Responder würden jedes Angebot größer als null annehmen, denn schließlich ist das besser, als gar nichts zu erhalten.

Aber das ist nicht das typische Ergebnis des Ultimatum-Spiels. Nach einer Vielzahl derartiger Experimente lässt sich sagen: Empirisch liegen rund zwei Drittel der Angebote von Proposern zwischen 40 und 50 Prozent der Spielsumme; nur vier von 100 Proposern bieten weniger als 20 Prozent. Und mehr als die Hälfte aller Responder sagen Nein zu einem Angebot von unter 20 Prozent – offenbar bekommen sie lieber gar nichts, als dem Proposer mehr als 80 Prozent zu gönnen. Das Modell des Homo oeconomicus liefert in solchen Fällen eine falsche Prognose. Denn „Fair Play“ ist tatsächlich eine wichtige Entscheidungsgrundlage, der Mensch ist komplexer motiviert als durch enge wirtschaftliche Logik

Ernst Fehr ist ein Pionier moderner Ökonomie. Hier porträtiert ihn sein ehemaliger Professor

PORTRÄT:
ALEXANDER
VAN DER BELLEN

ILLUSTRATION:
P. M. HOFFMANN

„Ernst Fehr war einer meiner ersten Prüflinge ... Während des Studiums war er als Sprecher des Roten Börsenkrachs aufgefallen“

Zur Person

Ernst Fehr, 1956 in Hard (Vorarlberg) geboren, studierte in Wien Volkswirtschaft und war Assistent bei Alexander Van der Bellen. Nach der TU Wien und der London School of Economics seit 1994 Professor für Mikroökonomik und Experimentelle Wirtschaftsforschung an der Uni Zürich. Führt die Liste der wichtigsten Schweizer Ökonomen an, belegt in der FAZ-Liste 2015 Platz zwei

und kalten Eigennutz. Das gilt insbesondere für viele Formen von Gruppenverhalten oder für individuelles Verhalten in einer Gruppe. Es ist uns nicht egal, wie andere wirtschaftlich abschneiden, und es ist uns nicht egal, was andere von uns denken. Das zu berücksichtigen kann für den Erfolg von Maßnahmen in Organisationen oder auch von wirtschaftspolitischen Maßnahmen von erheblicher Bedeutung sein.

Noch vor zehn oder 20 Jahren galt die experimentelle Ökonomie als etwas skurriles Fachgebiet von Außenseitern, eher in der Psychologie oder in der politischen Ethik beheimatet als in der Ökonomie. Inzwischen ist sie im „Mainstream“ angekommen. So habe ich die Beschreibung des Ultimatum-Spiels einem britischen Anfängerlehrbuch entnommen, nämlich der zwölften Auflage der „Economics“ von Lipsey & Chrystal (2011). Dort wird der Aufsatz „The Economics of Fair Play“ von Karl Sigmund, Ernst Fehr und Martin A. Nowak im *Scientific American* (2002) ausführlich zitiert. (Alle drei Autoren sind übrigens gebürtige Österreicher. Sigmund ist Professor für Mathematik an der Universität Wien, Nowak promovierte dort in Mathematik und ist nach einem Aufenthalt in Princeton nun Professor an der Harvard University.)

Ernst Fehr ist Vorarlberger, inzwischen 59 Jahre alt und seit 1994 Professor für Mikroökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung an der Universität Zürich. Als ich 1980 an die Universität Wien berufen wurde, war Ernst Fehr einer meiner ersten Prüflinge; er schloss gerade die (damalige) II. Diplomprüfung mit Auszeichnung ab. Während des Studiums war er als engagierter Sprecher des Roten Börsenkrachs aufgefallen, berühmt und beehrtigt, je nach Standpunkt eines Professors. (Der Rote Börsenkrach war und ist eine lose Gruppierung von Studenten der Volkswirtschaftslehre an der Uni Wien, politisch links und oppositionell aus Prinzip, Mainstream-kritisch und regelmäßig von hochintelligenten Studentinnen und Studenten dominiert. Vor Ernst Fehr war Willi Hemetsberger, nun CEO der Ithuba Capital, Wortführer des RBK; der „rote Willi“, nicht bloß wegen seiner Haarfarbe so genannt, hat großen Erfolg als Finanzmarktexperte. Solche paradoxen Karrieren sind bei RBK-Aktivisten nicht selten.)

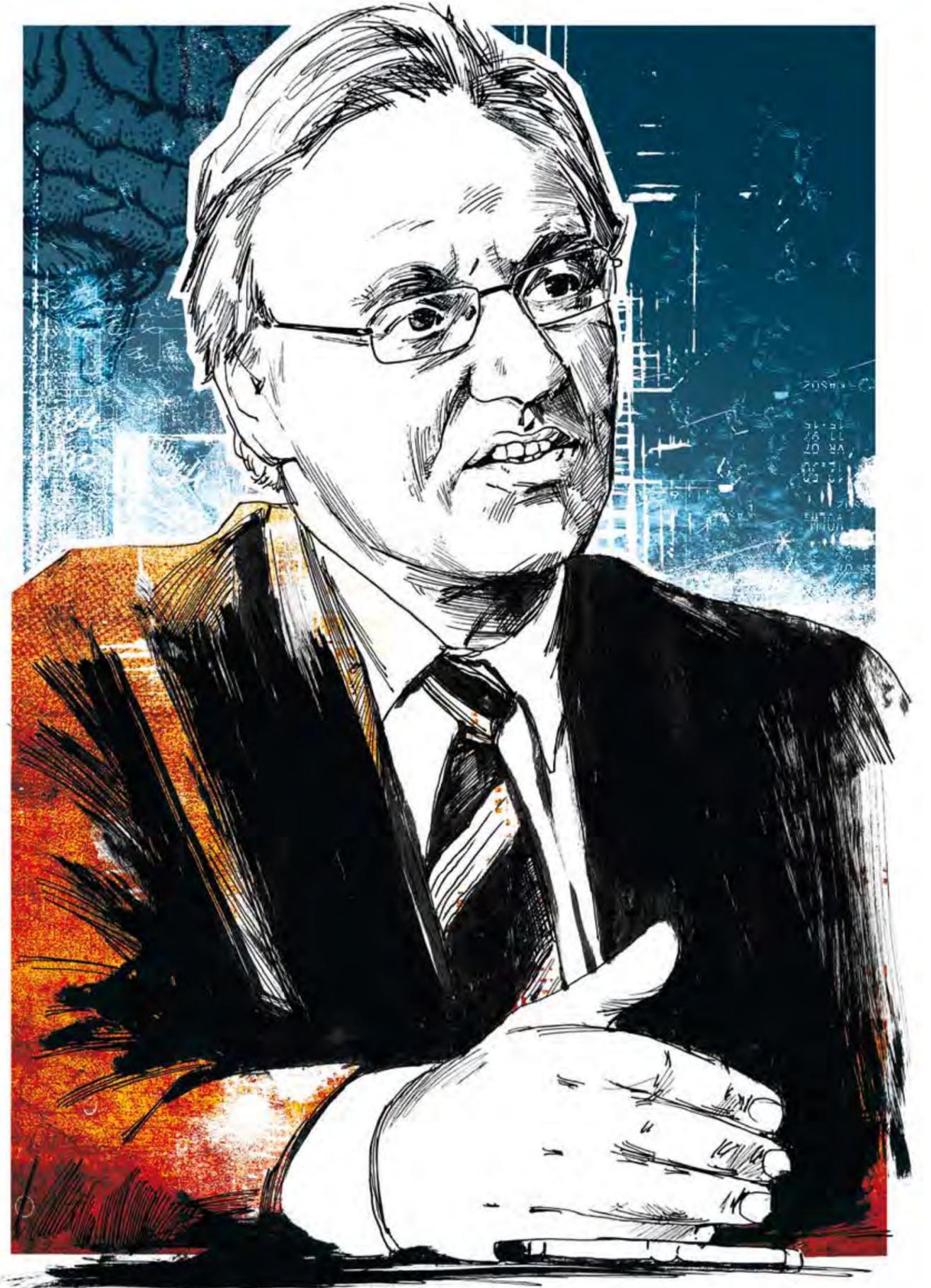
Als ich, überzeugt von Fehrs kreativem Potenzial, Ende 1980 in der Fakultätssitzung beantragte, Ernst Fehr als Assistenten anzustellen, herrschte zunächst eisiges Schweigen in der Professorenrunde; seine streitbaren Qualitäten waren offenbar nur allzu bekannt. Doch dann meldete sich Erich Loitsberger, ein politisch konservativer BWL-Professor, zu Wort: Wenn VdB den Fehr haben wolle, dann solle man das akzeptieren; wo käme man da hin, wenn einer dem anderen bei Assistentenbestellungen dreinrede ...

Nach diesem Einstieg verlief die weitere Universitätslaufbahn Ernst Fehrs ziemlich geradlinig. Er wechselte 1982 an die Technische Universität Wien, promovierte 1986, habilitierte 1991 und wurde 1994 an die Universität Zürich berufen. Dort fühlt er sich offensichtlich wohl: Er hat inzwischen Berufungen nach Berkeley, Cambridge und Oxford abgelehnt und ist in Zürich geblieben. Die Forschungskontakte in die USA sind freilich wesentlich. Fehr war von 2003 bis 2011 Affiliated Faculty Member des Volkswirtschafts-Departments am M.I.T. in Boston und ist seit 2011 „Global Distinguished Professor“ an der New York University, neben seinen Züricher Verpflichtungen. Zahlreiche Ehrungen und Preise begleiten seinen Weg. Darüber hinaus war Ernst Fehr schon Präsident der European Economic Association, und er ist Ehrenmitglied der American Academy of Arts and Sciences.

2012 gelang Ernst Fehr ein Coup, der ihm auch Schlagzeilen in den Medien einbrachte: Die Schweizer Großbank UBS spendete sagenhafte 100 Millionen Franken für das neugegründete UBS International Center of Economics in Society, ein an die Uni Zürich assoziiertes Institut, dessen Direktor Ernst Fehr ist; das Center finanziert Forschung – experimentelle Studien, die mit „real money“ arbeiten, können kostspielig sein! – und zusätzliche Professuren am Institut für Volkswirtschaftslehre der Uni Zürich. Fehr erntete Kritik, die vertraglichen Vereinbarungen zwischen der UBS und der Universität seien nicht öffentlich gemacht worden. Laut Fehr hat die Bank keinerlei Mitsprache bei Personalentscheidungen und der Auswahl von Forschungsprojekten; dies im Gegensatz zur ETH Lausanne (EPFL), wo Nestlé als Sponsor durchaus Vetorechte bei Personalauswahl und Forschungsprojekten habe. – In Österreich kommt nur die Spende von Dietrich Mateschitz (70 Mio. Euro) an die Paracelsus-Privatuni in Salzburg an jene der UBS heran.

Ernst Fehr ist durch zahlreiche Publikationen in den prestigeträchtigsten Ökonomie-Journalen in der Fachwelt berühmt geworden. Seine Arbeiten sind charakterisiert durch die Verbindung von spieltheoretischen Werkzeugen mit experimentellen Methoden. Er verknüpft Einsichten aus der Ökonomie, der Sozialpsychologie, der Soziologie und neuerdings der Hirn- bzw. Neurowissenschaften, um menschliches Sozialverhalten besser zu verstehen. Seit einigen Jahren gilt er als ernsthafter Kandidat für den Ökonomie-Nobelpreis. Als Pionier moderner Wirtschafts- und Sozialwissenschaft hätte er ihn verdient.

PS: Der erste Doktorand von Ernst Fehr in Zürich war Jean-Robert Tyran, der nun als Professor für Finanzwissenschaft und experimentelle Ökonomie mein Nachfolger an der Uni Wien ist. Das freut mich sehr.



Erfolgreich auf dem Markt – der ideale Ökonom für unsere Zeit

Auf dem deutschen Markt für ökonomische Thesen ist niemand so erfolgreich wie Hans-Werner Sinn. Seine Bücher, Reden und Artikel folgen dem Wandel der Nachfrage, egal ob es um die Kosten der deutschen Wiedervereinigung geht („Kaltstart“, 1991), um die Stagnation Deutschlands in den 2000er-Jahren („Ist Deutschland noch zu retten?“, 2005), um die verfehlte Energie- wende („Das grüne Paradoxon“, 2008), um den „Kasino-Kapitalismus“ (2009) oder um die Bedrohung der deutschen Auslandskredite („Die Target-Falle“, 2012). Sein aktuelles Sorgenkind: „Der Euro“ (2015).

Sinn verliert sich nicht im Luftschloss abstrakter Theorien, er packt die Probleme der Gegenwart an und analysiert sie auf Basis des „Gesetzes“ von Angebot und Nachfrage. Wird von einem Gut zu wenig nachgefragt, ist dessen Preis zu hoch. Also muss Griechenland den Euro verlieren, um den Preis seiner neuen oder alten Währung senken zu können, Arbeitslosigkeit muss durch Lohnsenkungen bekämpft werden, geschieht das nicht, kollabiert die Wirtschaft wie in der ehemaligen DDR oder in Griechenland.

Wird allerdings ein Gut wie fossile Brennstoffe zu stark nachgefragt, plädiert Sinn nicht für Preissteigerungen durch eine CO₂-Steuer, und sei es auch nur als ein erster Schritt in der EU. Stattdessen fordert er Unerreichbares, einen weltweiten und lückenlosen Emissionshandel. Alle anderen Maßnahmen in der EU oder in nur einem Land, wie die deutsche „Energiewende“, erklärt Sinn für sinnlos. Sie würden lediglich die Emissionen in den anderen Regionen anheizen.

Solche gewundenen Gedankengänge entwickelt Sinn dann, wenn aus dem Angebot-Nachfrage-Diagramm abgeleitete Empfehlungen – wie eine CO₂-Steuer – den Interessen der Vermögenden, insbesondere der deutschen Industrie, zuwiderlaufen. Als wertfreier Wissenschaftler produziert er nicht bewusst Legitimationstheorien, sondern lässt sich von „unsichtbarer Hand“ leiten. Dies allerdings zielgenau. Es gibt keine Studien von Sinn, welche den Vermögenden wehtun würden.

Freilich hat Sinn auch das Gemeinwohl im Visier. Die Senkung von Löhnen sowie die Einführung eines „Kombilohns“, also staatlicher Lohnsubventionen statt Arbeitslosengeld, tun ja nicht nur den Unternehmen gut, sondern gerade den noch Beschäftigten und den bereits Arbeitslosen. In gleicher Weise wäre der Austritt Griechenlands aus der Währungsunion nicht nur für meist deutsche Gläubiger, sondern auch für die Griechen selbst das Beste.

Damit folgt Sinn den Gedankengängen der neoliberalen Theorie, die alle zum gleichen Ziel führen. Lassen wir die Märkte frei walten, so werden sie das ökonomisch und damit auch das sozial Beste schaffen.

Der deutsche Ökonom Hans-Werner Sinn geht stark mit Fakten um, auch mit jenen, die er nicht miteinbezieht

PORTRÄT:
STEPHAN
SCHULMEISTER

„Je düsterer seine Prognosen werden, je tiefer sein Publikum in Niedergeschlagenheit versinkt, desto mehr beginnen Sinns Augen zu leuchten“

Zur Person

Hans-Werner Sinn, geboren 1948 in Westfalen (Deutschland), ist seit 1984 Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft in München; als Gastprofessor war er in Stanford, Princeton und Jerusalem tätig. Er ist Honorarprofessor der Uni Wien und Leiter des deutschen ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung

Daraus folgt, Mindestlöhne erhöhen die Arbeitslosigkeit, Sozialleistungen hemmen die Eigeninitiative, wer über seine Verhältnisse lebt, ist selber schuld und muss zum Sparen gezwungen werden – der Sozialstaat durch „Schuldenbremsen“, „die Griechen“ durch Entzug der Hilfskredite.

Sinn warnt die Politik vor großen Gefahren und weist ihr den rechten Weg mit rechter Theorie. Seine Sorge um Deutschland verlangt sein Engagement und eine klare Sprache. Der Sozialstaat ist ein „Schlaraffenland“, Deutschland ein „Land der Greise“, ausgestattet mit einer „Basar-Ökonomie“, die Südeuropäer bilden den „Club Med“, der sich schrankenlos via EZB bei Deutschland verschuldet, um seinen „mediterranen Lebensstandard“ aufrechterhalten zu können, et cetera.

Allerdings kann es nur gelingen, die Probleme der Gegenwart aufzugreifen und sie auf Basis der herrschenden Theorie zu erklären, wenn man ausgewählte Fakten zur Essenz erklärt und alle anderen ausblendet. Diese Methode hat Sinn zur Perfektion getrieben. Die Griechenland-Krise ist das beste Beispiel.

Die Krise, diagnostiziert er, ist eine Folge von mangelnder Wettbewerbsfähigkeit sowohl wegen überhöhter Lohnsteigerungen als auch aufgrund vieler „Strukturprobleme“. Deshalb musste 2010 eine strenge Austeritätspolitik verordnet werden. Diese ist Folge, nicht Ursache der Krise.

Sinns Beweis ist die Entwicklung von Löhnen und Leistungsbilanz. Tatsächlich sind die Lohnstückkosten in Griechenland bzw. in Südeuropa insgesamt zwischen der Euro-Einführung (1999) und dem Ausbruch der Finanzkrise (2008) um 3,3 Prozent bzw. 3,1 Prozent gestiegen und damit rascher als der Zielwert der Inflation (+2 %). Was Sinn ausblendet: Deutschland hat den Zielwert nach unten noch stärker verfehlt, seine Lohnstückkosten blieben konstant.

Dies trug zum Anstieg der Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der Währungsunion bei, ihr Hauptgrund lag allerdings in der unterschiedlichen Wachstumsdynamik. In Südeuropa expandierten Investitionen, BIP und Einkommen in den 15 Jahren vor 2008 drei- bis sechsmal so stark wie in Deutschland. Als Folge steigerte Südeuropa seine Importe von deutschen Produkten. Bei stagnierender Binnennachfrage wurde Deutschland zunehmend vom Export abhängig, 2005 erreichte die Zahl seiner Arbeitslosen fünf Millionen. Südeuropa trug also mit seinem „Über-die-Verhältnisse-Leben“ wesentlich zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft bei, die dafür notwendigen Kredite wurden Südeuropa geradezu aufgedrängt. Bei Sinn kommt das alles nicht vor.

Das wichtigste Merkmal der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ist daher nicht die Leistungsbilanz, sondern die Performance der Exporte. Das größte Defizit wei-

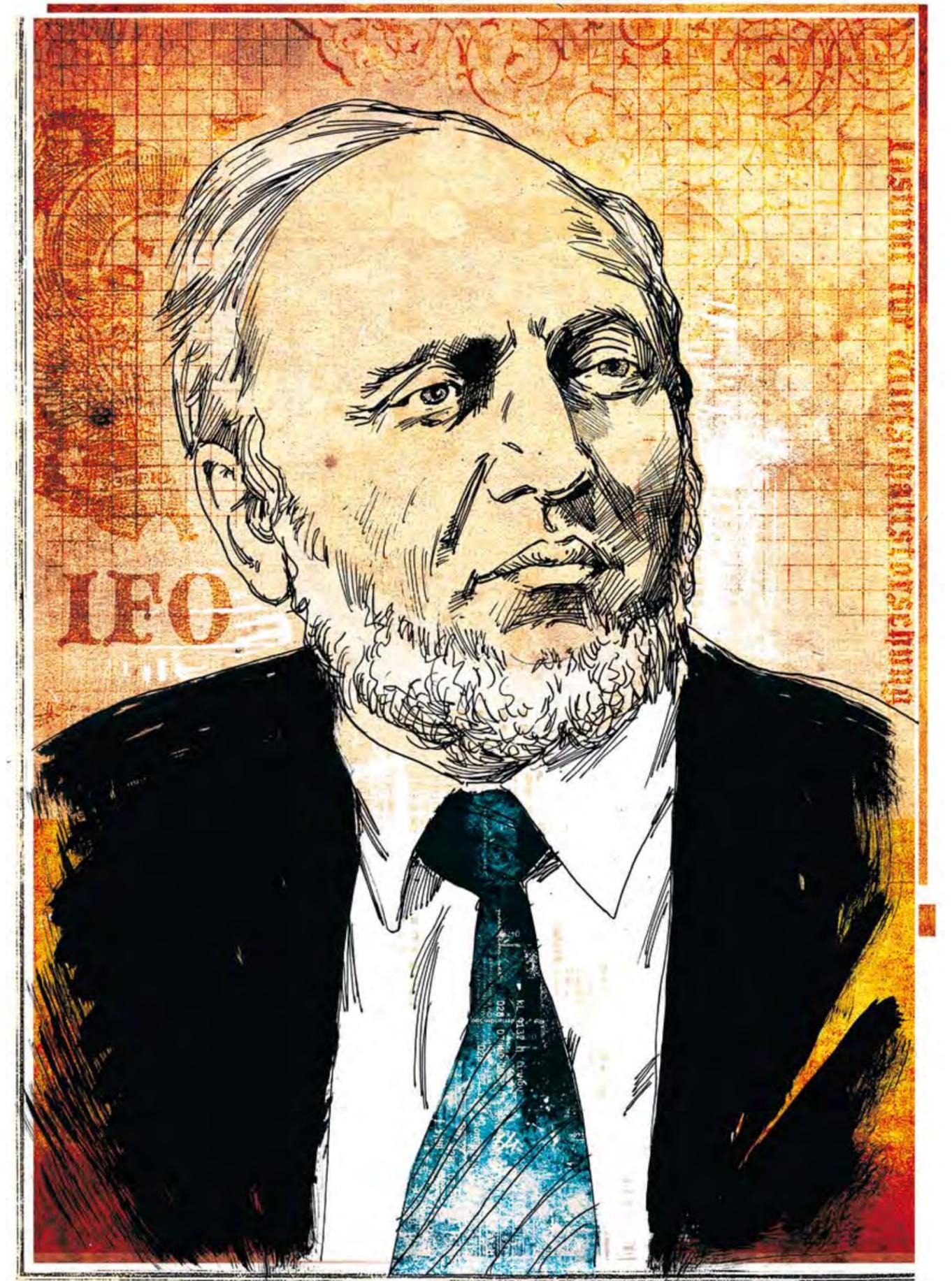
sen seit 25 Jahren die USA auf. In den 15 Jahren vor der Finanzkrise hat Griechenland seine Exporte aber sogar stärker gesteigert als Deutschland (!). All dies blendet Sinn aus, und damit auch die Tatsache, dass Griechenland erst nach 2008 in eine Depression schlitterte, zunächst durch die Finanzkrise und danach – noch stärker – als Folge der Austeritätspolitik. Sie fiel ungleich radikaler aus als in Spanien oder Portugal.

Ein für die Sinn'sche „Diagnosegestaltung“ typisches Beispiel: Er zeigt, dass der Konsum Griechenlands das erwirtschaftete Einkommen übersteigt. Tatsächlich kann ein solcher Vergleich ohne Berücksichtigung der Einkommensentwicklung nicht sinnvoll interpretiert werden. Wenn jemand durch Arbeitslosigkeit die Hälfte seines Einkommens verliert, wird er in vielen Fällen mehr ausgeben müssen, als er verdient. Mietkosten etwa können – zumindest kurzfristig – nicht gesenkt werden. Auch in Griechenland war das „Überschießen des Konsums“ (Sinn) eine Folge der radikalen Einkommensschrumpfung. Dies als ein „Über-seine-Verhältnisse-Leben“ zu deuten ist geradezu ein Hohn.

Sinn ist ein begnadeter Gestaltpsychologe. Er nimmt nur jene Fakten wahr, welche der „Gestalt“ der neoliberalen Theorie entsprechen, und gestaltet daraus ein suggestiv einfaches Diagnosebild, das er nochmals auf eine provokante These samt düsterer Prognose reduziert. Alle seine Bücher folgen diesem Verfahren mit großem Erfolg. Ausgeblendet bleibt, dass massive Lohnsenkungen und sinkende Staatsausgaben Depressionen vertiefen, sie werden durch genau den umgekehrten Weg überwunden, durch die Gründung des Sozialstaats in den 1880er-Jahren, durch Roosevelts New Deal oder durch Hitlers Kriegsvorbereitungen in den 1930er-Jahren. Doch Sinn versteht es meisterhaft, durch Faktenselektion die Lehrbuchwelt als die reale darzustellen.

Seine Vorträge werden zusätzlich durch eine Dramaturgie bereichert, die nicht einstudiert erscheint, sondern sich spontan entfaltet. Je düsterer seine Prognosen werden – Deutschland wird hunderte Milliarden verlieren, die Vermögenden werden enteignet, eine demografische Staatskrise steht bevor etc. – und je mehr das Publikum in dumpfe Niedergeschlagenheit versinkt, desto stärker beginnen Sinns Augen zu leuchten. Auf dem Höhepunkt der ökonomischen Apokalypse strahlt sein ganzes Gesicht vor zufriedener Heiterkeit. Aber nur seines.

Schadenfreude steckt nicht dahinter, eher Freude an Provokation und eigener Klugheit. Man muss nicht alles analysieren, man kann auch einfach genießen. Etwa auf Youtube die Minuten 17 bis 20 oder 29 bis 34 von „Prof. Dr. Hans-Werner Sinn: Das Dilemma des Euro“. Glückselige Heiterkeit garantiert.



Eine Kritikerin männlich und weiblich kodierter Systeme

Nancy Fraser wurde 1947 in Baltimore geboren und ist Henry-A.-und-Louise-Loeb-Professorin der Philosophie und Politikwissenschaft an der renommierten New School for Social Research in New York City. Bekannt geworden ist Fraser auch im deutschsprachigen Raum durch ihre Schriften, die sich seit Mitte der 1980er-Jahre mit der Kritischen Theorie der neueren Frankfurter Schule auseinandersetzen, etwa mit dem berühmten Frankfurter Philosophen Jürgen Habermas und seinem Nachfolger Axel Honneth am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main.

Eines von Frasers zentralen Büchern ist „Justice Interruptus: Rethinking Key Concepts in a Post-socialist Age“ (Routledge, 1997), später auf Deutsch als „Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaates“ (Suhrkamp, 2001) erschienen.

Fraser diskutiert in diesem wie in vielen ihrer Werke zentrale Aspekte von globaler Gerechtigkeit, Umverteilung, politischer Anerkennung und Sozialstaatlichkeit. Die historische Trennung in eine öffentliche Sphäre der Politik und eine davon getrennte Privatheit, die vor allem Frauen aus vielen Bereichen des öffentlichen und politischen Lebens historisch ausschloss oder sie auch heute noch als mehr sozial bedürftig definiert, sind zentrale Inhalte von Frasers Werk.

Fraser hatte zudem bereits in ihrer kritischen Rezeption von Habermas' Diskurstheorie in „Unruly Practices. Power, Discourse, and Gender in Contemporary Social Theory“ (Cambridge, 1990) dargelegt, dass Diskurse nicht wertneutral sind. Vielmehr wird im Rahmen politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen bestimmt, welche Diskurse und soziale Praktiken im Staat Bedeutung erlangen und somit zur Formierung von Staatlichkeit überhaupt erst beitragen.

Fraser konzipiert dabei Gesellschaft als intermediären Bereich zwischen Staat und Öffentlichkeit. Das Gesellschaftliche ist somit ein Bereich, in dem heterogene Konfliktparteien aufeinandertreffen, die mit unterschiedlichen diskursiven (und medialen) Öffentlichkeiten verbunden sind und dementsprechend mehr oder weniger gesellschaftliche Macht ausüben können, je nach vorhandenen materiellen und diskursiven Ressourcen.

Innerhalb dieser Öffentlichkeiten werden gesellschaftliche Bedürfnisse definiert und interpretiert. Dort wird auch der „Common Sense“, eine Art Alltagsverstand, ausgehandelt. Dieser „Kampf um die Bedürfnisinterpretation“ findet etwa im „juristisch-administrativ-therapeutischen Staatsapparat“ statt. In ihm werden sowohl bestimmte Bedürfnisse definiert als auch geschlechtsspezifisch, je nach ethnischer Herkunft und sozialem Status, interpretiert.

Die feministische Soziologin Nancy Fraser befasst sich mit Dimensionen von „privat“ und „politisch“

PORTRÄT:
STEFANIE WÖHL

„Ein wichtiger Strang von Frasers Forschung betrifft die dichotome Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit“

Zur Person

Nancy Fraser, geboren 1947 in den USA, ist eine der bekanntesten amerikanischen Soziologinnen und gilt als eine der wichtigsten Feministinnen unserer Zeit. Sie beschäftigt sich mit feministischer Theorie und mit deutschem und französischem Denken. Sie ist Autorin zahlreicher Bücher (siehe Text) und Herausgeberin der Zeitschrift *Constellations* der New School for Social Research in New York, wo sie auch lehrt

So kommt es zum Beispiel in den Systemen der sozialen Sicherung in den USA dazu, dass soziale Rechte von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern je nach Definition und Zuordnung entweder als passive oder aktive Rechte verstanden werden.

Träger von aktiven Rechten sind die Sozialversicherten, die durch das beitragsfinanzierte System über ihre Lohnarbeit als individuelle Träger von sozialen Rechten gelten und somit Ansprüche und Rechte in den sozialen Sicherungssystemen erlangen. Sie erhalten eine Arbeitslosen- und Rentenversicherung, weil sie als Bürger und Bürgerinnen individuelle Rechte durch bezahlte Arbeit erhalten und somit das historische Prinzip des Besitzindividualismus stützen.

Fraser interpretiert dies als maskulines System der Sozialleistungen, da zumeist Männer diese Rechte und Ansprüche geltend machen können, da sie eher und mehr für Lohn arbeiten als Frauen. Ein zweites, weiblich kodiertes System der Sozialleistungen ist an den Privathaushalt und an ein kombiniertes Haushaltseinkommen über einen Haupternährer gebunden. Es beinhaltet etwa die Vergabe von Lebensmittelmarken, medizinische Versorgung und bestimmte Familienbeihilfen, die aus Steuern finanziert werden.

Dieses System betrachtet die zumeist weiblichen Empfängerinnen eher als Klientinnen und nicht als Bürgerinnen mit Rechten und beinhaltet daher einen passiven Staatsbürgerinnenstatus. Der „juristisch-administrativ-therapeutische Staatsapparat“ definiert somit also auch den Subjektstatus seiner Bürger und Bürgerinnen unterschiedlich, je nachdem, ob diese beitrags- oder steuerfinanzierte Leistungen in Anspruch nehmen. Damit reproduziert er auch eine geschlechtsspezifische Unterscheidung von „Abhängigkeit“.

Schon seit ihren frühen Werken zu Macht, Diskurs und der Frage nach der Bedeutung der Geschlechterverhältnisse für das politische Handeln hat Fraser einen Blick für zukunftsweisende Themen. Die Frage nach einer zukünftigen sozialen Sicherung auch jenseits des Staates, die sie thematisch in „Fortunes of Feminism. Between State-Managed Capitalism to neoliberal Crisis“ (Verso, 2013) wieder aufgreift, ist vor allem deswegen relevant, weil staatliche Politiken wie beschrieben auch spezifische Abhängigkeiten und Ungleichheiten reproduzieren.

Zudem wird diese Frage seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 aktueller denn je, da die soziale Grundversorgung der Bevölkerung auf dem Höhepunkt der Krise in Griechenland oder Irland auch in einigen Staaten der Europäischen Union nicht immer gewährleistet werden konnte.

Aus diesem Grund hat Fraser sich in ihren neueren Publikationen wie z.B. „Behind Marx's Hidden Abode: For an Expanded Conception of Capitalism“ (New Left Re-

view, 2014) den wiederkehrenden Krisen im Kapitalismus zugewandt. Sie thematisiert hier die Rolle des Staates in der neoliberalen Gesellschaftsformation und untersucht, inwiefern staatliche Politiken dazu beigetragen haben, zentrale emanzipatorische Forderungen nach gleicher Teilhabe und Selbstbestimmung in neoliberale Individualisierungsmuster und in prekäre Arbeitsverhältnisse umzudeuten.

Gleichstellungspolitische Forderungen nach gleicher Teilhabe am politischen Leben und in den Arbeitsverhältnissen wurden im „state-organized capitalism“ nach dem Ende des Bretton-Woods-System so kooptiert, dass letztlich nur ein liberales Gleichheitsverständnis von gleicher Teilhabe übrig blieb.

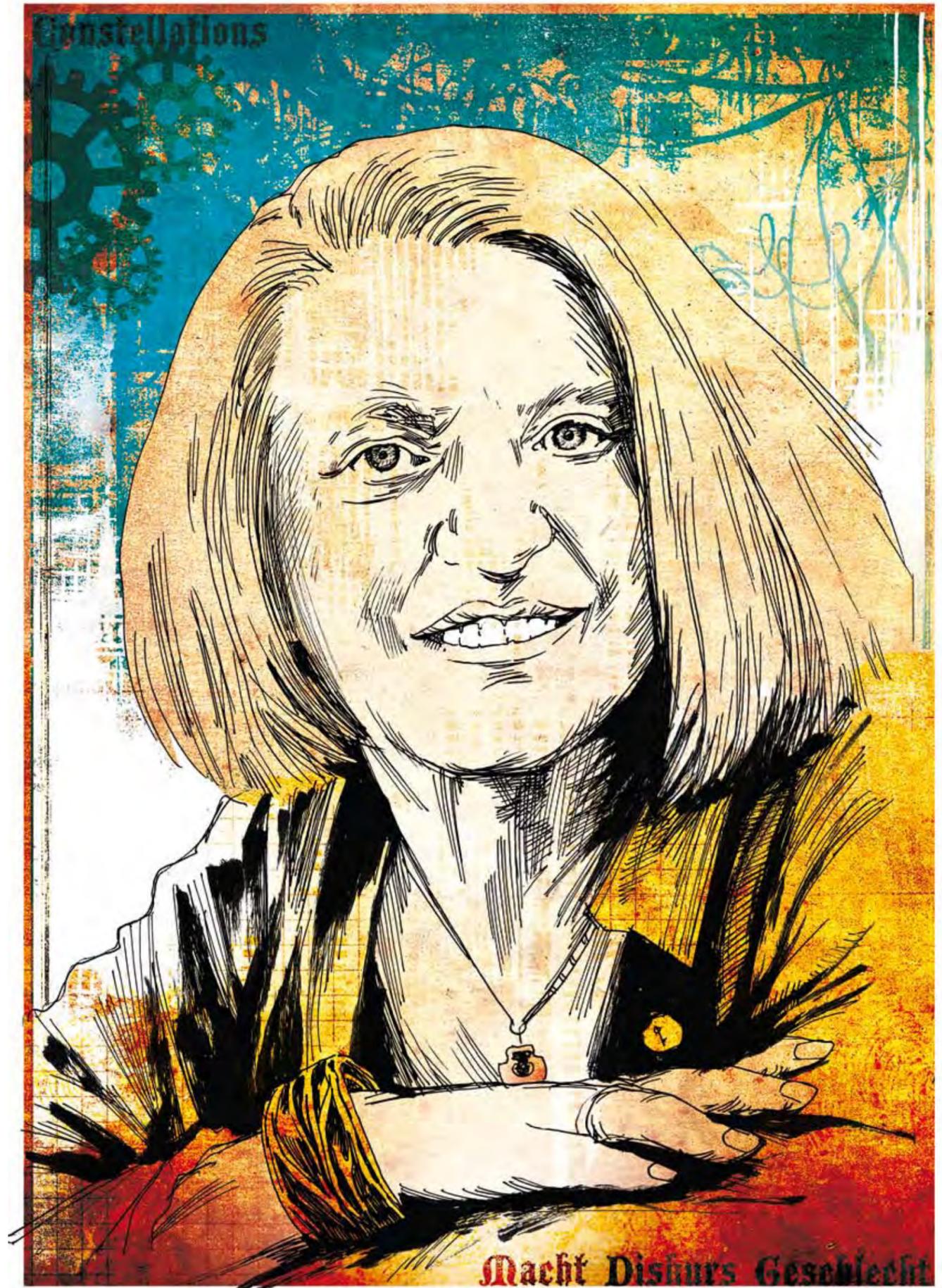
Die Überwindung von ausbeuterischen und prekären Arbeitsverhältnissen sowie die Berücksichtigung von unbezahlter Haus- und Pflegearbeit für den sozialen Staatsbürgerinnenstatus stehe nicht im Fokus staatlicher Politik, erklärt uns Fraser.

Gleichzeitig rekurriert sie dabei auf das von Karl Polanyi (1886–1964) entwickelte Konzept der „doppelten Bewegung“ von sozialer Sicherung und Vermarktlichung. Sie erweitert Polanyis Konzept um den Begriff der Emanzipation und um emanzipatorische Bewegungen. So lassen sich die verschiedenen Dimensionen von Krisenhaftigkeit (Krise der Finanzmärkte, ökologische Krise, Wirtschaftskrise, Krise der sozialen Reproduktion und der Geschlechterverhältnisse) besser in ihrem Zusammenhang verstehen.

Ein weiterer wichtiger Strang von Frasers Forschung betrifft die Kritik an der dichotomen Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit und daran, inwiefern in der politischen Öffentlichkeit (nicht nur) geschlechtsspezifische und rassistische Unterscheidungen stattfinden, die über symbolische Zuordnungen Männlichkeit und Weiblichkeit unterschiedlich bewerten.

Neben diesen Aspekten von Staatlichkeit und der machtförmigen Herstellung von politischen Öffentlichkeiten betont Fraser deshalb, dass gerade in der Krise des Neoliberalismus ein dreidimensionaler Ansatz von Umverteilung, Anerkennung unterschiedlicher Bedürfnisse und Repräsentation auch benachteiligter Gruppen zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen kann.

Fraser ist in den internationalen akademischen Debatten, vor allem in den USA, Frankreich und dem deutschsprachigen Raum, mit diesen Themen eine intellektuell gefragte Gesprächspartnerin und hat bereits eine Vielzahl von Gastaufenthalten und Ehrendokortiteln erhalten. Sie gilt international als eine Vordenkerin in gesellschaftstheoretischen und -politischen Fragen und hat auf die politische Theorie und die Sozialwissenschaften insgesamt bis heute einen großen Einfluss.



Der meistzitierte Geograf der Welt ist ein Marxist

Manche Zuseher waren ehrlich erstaunt, als die Motivforscherin Helene Karmasin, bislang für linksradikale Umtriebe nicht bekannt, in der TV-Sendung „Im Zentrum“ ein „Grundphänomen des Kapitalismus“ geißelte. Anlässlich der Pleite der Supermarktkette „Zielpunkt“ stellte sie fest, dass der Kapitalismus einerseits von Wettbewerb lebe, aber gerade deshalb zur Machtkonzentration und Monopolbildung führe. Der Stärkste im Wettbewerb verdränge die Schwachen, bis es eben nur mehr sehr eingeschränkten Wettbewerb gebe. Von Österreichs Lebensmittelhandel bis zu den globalen Big Players wie Microsoft oder bis zur Finanzindustrie dasselbe Bild: Trotz aller Konkurrenzrhetorik diktiert die Platzhirsche so lange, bis sie „too big to fail“ sind – und ihre Vorstandsetzungen „too big to jail“.

Der New Yorker Geograf und Ökonom David Harvey hätte an der erstaunlichsten Aussage der Mutter von ÖVP-Ministerin Sophie Karmasin die reinste Freude. Gerade die Tendenz von Monopolbildung durch Wettbewerb – also gewissermaßen die Konkurrenzbesetzung durch Konkurrenz – ist einer der vielen „gefährlichen Widersprüche“ des Kapitalismus, die Harvey seit Jahr und Tag analysiert. Lange Jahre galt Harvey als verstaubter Alt-Marxist. Doch neuerdings erlebt der 80-jährige New Yorker Professor einen zweiten Frühling. Harvey ist ein Krisengewinnler.

Aus der Sicht der neoliberalen Wirtschaftstheorie sind Krisen im Kapitalismus eigentlich völlig unerklärlich. Sie zeigt in ihren Modellen, wie Märkte stets Richtung Gleichgewicht tendieren, ohne überhaupt erklären zu können, wieso sie je aus dem Gleichgewicht geraten sollten. Die keynesianische Ökonomie wiederum erklärt genau das und zeigt, wie mit kluger Wirtschaftspolitik Krisen vermieden und ihre Wirkungen gedämpft werden können. Die marxistische Schule legt dagegen dar, wie der Kapitalismus aus sich heraus, seiner Widersprüche wegen, stets Krisen produziert. Ihre Schwäche ist freilich, dass sie das System strukturell für funktionsuntüchtig hält, obwohl dieses sich immer wieder am eigenen Schopf aus dem Morast zieht. Zyniker sagen: Von den vergangenen zwei Krisen hat sie dreifig vorausgesagt.

Krise ist zudem auch ein unpräzises Wort, bei dem unklar ist: Sind damit jetzt konjunkturelle Abschwünge, langandauernde Niedergänge oder gar finale „Todeskrisen“ gemeint? Seit dem Beinahe-Kollaps von 2008 hört man nicht nur den keynesianischen Ökonomen wie Paul Krugman, Joseph Stiglitz oder Thomas Piketty wieder mit mehr Aufmerksamkeit zu, sondern eben auch marxistischen Forschern wie

Der britische Geograf und Ökonom David Harvey ist zu einem der einflussreichsten marxistischen Wissenschaftler der Welt geworden

PORTRÄT:
ROBERT MISIK

„In Zeiten, da Mainstream-ökonomien vom Ende des Kapitalismus reden, wirkt Harveys Analyse frisch und leichtfüßig“

Zur Person

David Harvey, geboren 1935 in England, ist der am meisten zitierte Geograf der Welt, außerdem ist er Marxist. Er wendet die marxistische Methode auf geografische Räume an und gibt öffentliche Kurse zur Lektüre des „Kapitals“, die auch im Netz einsehbar sind. Harvey lehrte an der London School of Economics, in Oxford, an der Johns Hopkins University in Baltimore und an der City University of New York. Er ist Autor zahlreicher Bücher

Harvey. Mehr als ein halbes Dutzend Bücher hat er alleine in den vergangenen sieben Jahren herausgebracht und sie finden Leser über den begrenzten Kreis des postbolschewistischen Sektenwesens hinaus. Seine Prominenz verdankt er nicht zuletzt seinen „Kapital“-Vorlesungen, die auf YouTube eine große Zuherschare versammelt haben. Mehr als 300.000 Leute haben diese Theoriestunden gesehen.

Von seinen aktuellen Büchern ist in den vergangenen Jahren auch eine ganze Reihe auf Deutsch erschienen: „Rebellische Städte“ (Suhrkamp), das schmale Bändchen „Kapitalismuskritik“ (VSA), „Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln“ (ebenfals VSA) und zuletzt „Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus“ (Ullstein Verlag).

Harveys professionelles Standbein ist das des Geografen mit besonderer Expertise für Urbanisierungsprozesse. Aber Harvey hat auch hier den großen Blick. Kapital konzentriert sich in urbanen Konglomeraten. Boomregionen lassen Megastädte wachsen. Finanzbooms führen immer zu Immobilienbooms und -blasen. Beinahe jede Finanzkrise ist auch eine Immobilienkrise. Die Krisen und die Städte sind untrennbar miteinander verbunden.

Überschüssiges Kapital war in der Geschichte immer in der Restrukturierung von Städten geflossen, von Haussmanns modernem Paris über die Suburbanisierung Amerikas im Nachkriegsaufschwung bis zum Immobilienboom der vergangenen Jahre. Der Immobilienmarkt ist ein besonders interessanter Pars pro Toto des Kapitalismus. Hier werden Waren produziert, die einen hohen Gebrauchswert und einen hohen Tauschwert zugleich haben – Häuser dienen ja zum Wohnen und sind gleichzeitig Vermögenseinheiten.

Keine Ware, sei sie ein noch so hochwertiger Fernseher oder ein Auto, ein Goldbarren oder ein Wertpapier, vereint diese beiden Funktionen so radikal. „Markt“, jedenfalls in dem Sinn, wie sich die Marktideologie „Märkte“ vorstellt, ist der Immobilienmarkt auch keiner – dazu ist er viel zu sehr mit einer Finanzbranche verbunden, die beispielsweise Immobilienentwicklern Kredit gibt, damit sie Häuser bauen, und dann Haushalten Kredit gibt, um genau diese Häuser zu kaufen. Das ist eine Kreditvergabe, die von recht fiktiven Bewertungen in den Büchern der Banken abhängt. Es handelt sich um einen manipulierten Markt, sagt Harvey: „Optimismus auf den Finanzmärkten hat die Macht, Wolkkratzer in den Himmel schießen zu lassen, aber er kann nicht dafür sorgen, dass sich die Gebäude auch rentieren.“

Was Harvey unter marxistischen Denkern bemerkenswert macht, ist die Art, wie

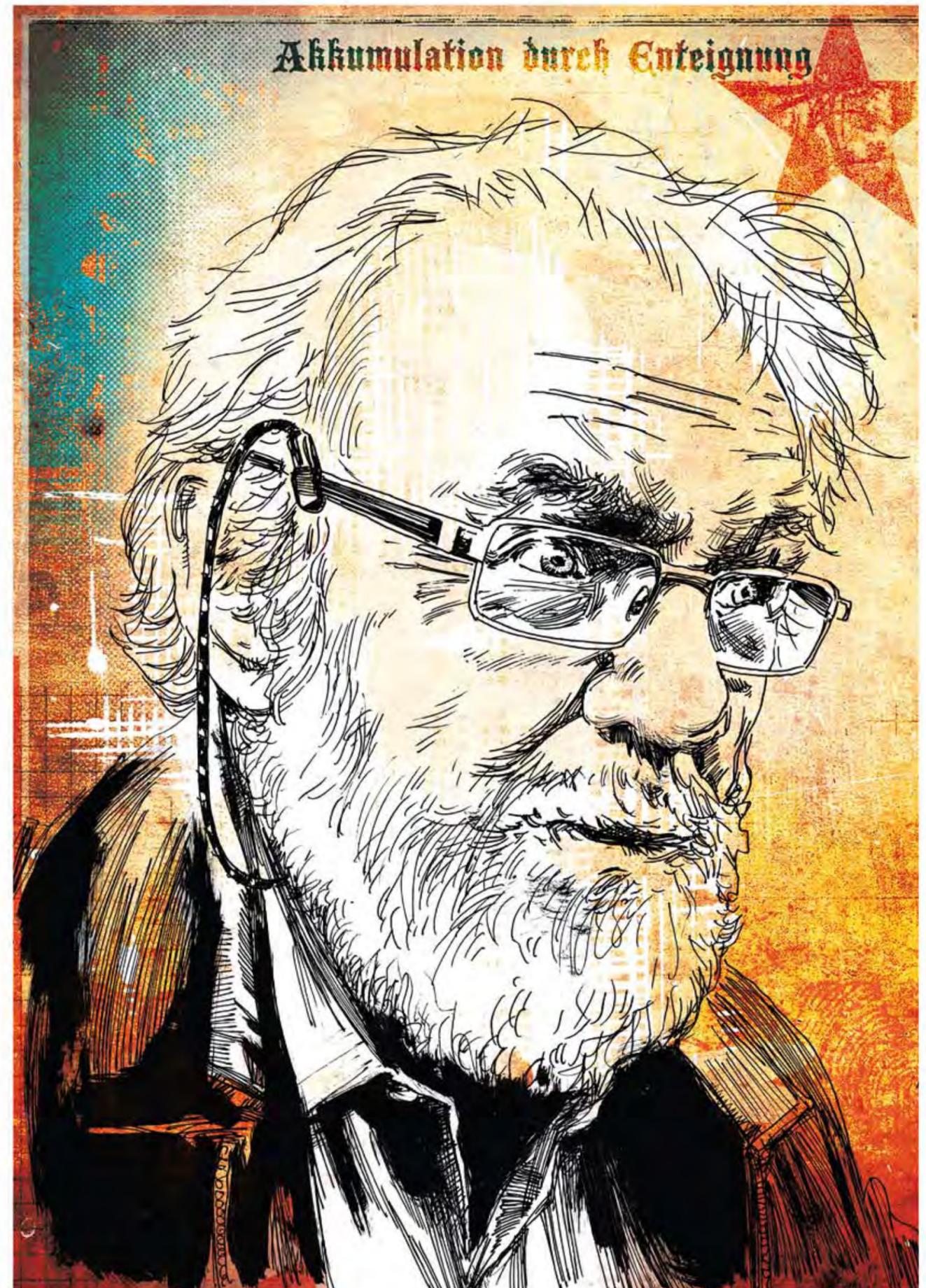
er orthodoxe Kategorien mit leichtfüßigem Feuilletonismus legiert. Da schildert er den „existenziellen Schmerz, den das Verdorren des alltäglichen Stadtlebens verursacht“, eines Stadtlebens, das wild und konfliktreich ist. Aber er versteht es dann, all das auf originelle Weise in Begriffen Marx'scher Systematik zu ordnen: Stadtleben sei ein All-gemeingut, das von den Bewohnern produziert, dann aber durch private Aneignung teilweise sogar zerstört wird. Pulsierende Quartiere werden ja nicht nur zur Beute von Investoren, sie werden damit auch ruiniert.

Was die Marx'sche von anderen Schulen der ökonomischen Analyse unterscheidet, ist die Vorstellung grundlegender Widersprüche des Kapitalismus, die stetige Krisenhaftigkeit evozieren. In „Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus“, im vergangenen Frühjahr erschienen, interpretiert Harvey diese „Grundwidersprüche“ zeitgemäß. Eine Eigenart dieser Widersprüche ist, dass sie nie völlig gelöst werden können: Während die Beschäftigten für alle Kapitalisten gleichzeitig Konsumenten sind (weshalb sie ihre Kaufkraft schätzen), sind die jeweils eigenen Beschäftigten für jeden Kapitalisten nur Kostenfaktoren (weshalb sie ihre Löhne drücken). Ein Widerspruch ohne Ausweg. Immer mehr Kapitalakkumulation führt zu immer weniger Möglichkeiten, schnell große Profite zu machen; Lohndrückerei führt zu niedrigem Wachstum, hohe Löhne wiederum zu sinkenden Profiten. Harvey fantasiert sich die Welt nicht zusammen, sondern bleibt bei all dem hart an den Fakten.

Natürlich weiß auch er, dass der Kapitalismus trotz dieser Widersprüche sich als recht robust erwiesen hat, und so führt er neben allgemeinen Widersprüche die „gefährlichen Widersprüche“ ein: Dazu zählen das Wachstum, das viel zu gering ist, das Aufrechterhalten des Systems auf Pump, und gleichzeitig die Unmöglichkeit eines beschleunigten Wachstums aufgrund ökologischer Grenzen. Ausweg aus diesem Palla-watsch? Längst noch keiner in Sicht.

Zusammenbruchstheoretiker ist Harvey keiner. Aber er bringt eine Fülle von Indizien vor, die zumindest den Verdacht nicht als gänzlich abwegig erscheinen lassen, dass es irgendwann mit dem vorherrschenden ökonomischen System zu Ende gehen könnte.

In einer Zeit, in der selbst Mainstream-ökonomien wie Ex-US-Finanzminister Larry Summers von einer „säkularen Stagnation“ sprechen, Keynesianer wie James K. Galbraith vom „Ende der Normalität“ und Wirtschaftsautoren wie Paul Mason vom „Postkapitalismus“, wirkt plötzlich auch Harveys marxistische Krisenanalyse frisch und leichtfüßig. **F**





Wien, August 2015, Vorgartenstraße 203. Kari Polanyi-Levitt spricht anlässlich der Enthüllung einer Gedenktafel für ihren Vater Karl Polanyi

FOTO: JULIA FUCHS

Kari Polanyi-Levitt in Wien

Ein Mann in Trainingsanzug und Laufschuhen schaut verdutzt, als er vor die Haustür in der Vorgartenstraße 203 in Wien Leopoldstadt tritt. Da findet er eine Menschentraube vor, die auf die Fassade des Hauses starrt, aus dem er gerade herauskommt. Herren in Sakkos, Frauen mit Halsketten. Auch eine Stunde später, als er wieder verschwitz zurückkehrt, stehen die Fremden immer noch da.

Unter ihnen Frau Kari Polanyi-Levitt, Jahrgang 1923. Alle Augen und Ohren sind auf sie gerichtet, an diesem heißen Augustnachmittag 2015 hängt ein dünnes Halstuch um ihren Nacken, sie spricht ruhig und deutlich, mal Englisch, mal Deutsch. Einst war das Haus, in dem dieser ahnungslose Läufer wohnt, Polanyi-Levitts Zuhause. Nun ist es durch eine Gedenktafel auf die sich die Blicke der Versammelten richten, zu einem Denkmal ihrer Familiengeschichte geworden.

Kari Polanyi-Levitt ist die Tochter des Gesellschaftstheoretikers Karl Polanyi, gestorben 1964. Ihm gilt die Plakette, seine Schrift „The Great Transformation“, in der er sich mit den Auswirkungen der Industriellen Revolution im 19. Jahrhundert beschäftigt, ist eines der wichtigsten Werke der neueren Wirtschaftsgeschichte.

Karl Polanyi wurde im Jahr 1886 in Wien in eine jüdische Familie geboren, wuchs aber vor allem in Budapest auf. Später kam er dann nach Wien zurück, von 1924 bis 1933 lebte Karl Polanyi mit seinem einzigen Kind, Tochter Kari, und seiner Ehefrau, Historikerin Ilona Duczyńska, im zweiten Bezirk, in der Vorgartenstraße. 82 Jahre nachdem er die Stadt verlassen hatte und nach England ins Exil ging, bekommt das Haus, in dem er wohnte, eine Erinnerungstafel, gestiftet von Soziologen aus Österreich und Deutschland.

Die kanadische Ökonomin ist die Tochter des berühmten Wiener Gesellschaftstheoretikers Karl Polanyi. Sie pflegt das Erbe ihres Vaters

BEGEGNUNG:
NINA BRNADA

Als Kari Polanyi-Levitt 1947 nach Wien zurückkam, erkannte sie der Hausmeister sofort

Tochter Kari pflegt intensiv das Erbe des Vaters. Viele Jahre aber hatte sie sich gar nicht dafür interessiert – dabei ist sie nicht nur seine Tochter, sondern in gewisser Weise auch seine Kollegin, denn Kari Polanyi-Levitt ist selbst Ökonomin.

Sie ist im Jahr 1934 ihrem Vater nach England gefolgt und wuchs dort auf. Als Erwachsene verließ sie England und ging mit ihrem späteren Mann nach Kanada. Dort bekam sie zwei Söhne, arbeitete später an Forschungsprojekten in der Karibik, in denen sie sich vor allem mit Entwicklungsökonomie beschäftigte. Zudem verfasste sie für die linksgerichtete kanadische Partei New Democratic Party im Jahr 1970 eine Schrift über den Einfluss von US-amerikanischen Investitionen in Kanada. Sie handelt von der Art und Weise, wie die Konzerne die Gesellschaft und den Staat durchdringen, wurde mehrmals aufgelegt und heißt „Silent Surrender: The Multinational Corporation in Canada“.

Wenn man so will, waren diese Forschungsarbeiten ihre erste Karriere. Die zweite bestand danach in der Förderung des Andenkens an das Werk ihres Vaters Karl Polanyi. Nach dem Tode von Kari Polanyi-Levitts Mutter im Jahr 1978 kümmert sich nun die Tochter darum.

Eigentlich wollte Kari Polanyi Physikerin werden. Als Schülerin habe sie sich für Physik und Geschichte interessiert, erzählt sie. Als es darum ging, was sie danach studieren sollte, machte sie auch an der Universität in Cambridge die Aufnahmeprüfung für Physik und bestand. Weil sie aber kein Stipendium bekam und sich die hohen Studiengebühren nicht leisten konnte, erzählt sie, probierte sie es an der Universität Oxford im Fach Geschichte. Auch da wurde sie angenommen, aber auch hier gab es kein Stipendium. Also entschloss sie sich, an der

London School of Economics Wirtschaft mit Schwerpunkt Statistik zu studieren.

In dieser Zeit schrieb der Vater das Buch „The Great Transformation“. Polanyi war damals in den südeingliischen Regionen Kent und Sussex in der Workers Education Association (WEA) tätig, einer Erwachsenenbildungseinrichtung, erzählt die Tochter. „Auf seinen Vorträgen, die er vor den Arbeitern hielt, basierte dann das Buch „The Great Transformation“, erinnert sie sich, „es schrieb sich quasi von selbst.“

Man könne das Hauptwerk von Polanyi auf zwei verschiedene Arten lesen, sagt der Ökonom Andreas Novy von der WU Wien. Erstens als Beschreibung der Einbettung der Ökonomie in die Gesellschaft. Wenn das eine vom anderen zu sehr entgrenzt ist, müsse es wieder ins Lot kommen, wie ein Pendel, das zu weit ausgeschlagen hat. Die zweite Lesart erfordert eine etwas breitere Perspektive. In dieser geht es darum, dass das Ungleichgewicht zwischen Gesellschaft und Wirtschaft zu einer Katastrophe führen kann, nicht nur sozial und ökonomisch, sondern auch einen Exzess wie etwa den Faschismus hervorrufen kann. Kari Polanyi-Levitt sei eine Frau, die die zweite, breitere Dimension des Werks ihres Vaters immer besonders betonen würde, sagt Novy.

Kari Polanyi-Levitt selbst erzählt, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg erstmals wieder nach Wien zurückgekehrt ist. Es war das Jahr 1947. Sie sagte, man habe in der Nacht aus dem Prater die russischen Besatzungssoldaten Lieder singen hören. Auch damals ging sie zum Haus in der Vorgartenstraße 203 im zweiten Bezirk, in dem die Familie gewohnt hatte. Als sie von hier wegging, war sie noch ein Kind. Zurück kam sie als junge Frau. Aber sie war keine Fremde, die Hausmeisterin erkannte sie auch nach 13 Jahren wieder. 

Die Vermessung der Gerechtigkeit

Wenn 72-jährige Männer über Wirtschaft sprechen, dann hält sich das Interesse in Wien zu meist in Grenzen. Außer man heißt Joseph Stiglitz. Der US-amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger ist einer der wenigen Stars der Wirtschaftswissenschaften. Mehr als 700 Zuhörer hatten sich am 29. November im Audimax der Wiener Wirtschaftsuniversität eingefunden, um den Ausführungen von Stiglitz zu lauschen.

Dass Stiglitz an der WU war, ist eigentlich eher ein Zufall. Er war auf Einladung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) in Wien – und nutzte die Gelegenheit, sein neues Buch zu präsentieren.

Es war aber auch so etwas wie eine Fügung. „Ich habe seit Februar 2014 versucht, Joseph Stiglitz hierher zu bekommen“, sagt Wilfried Altzinger, stellvertretender Leiter des Instituts für Makroökonomie an der WU Wien. Altzinger ist einer der Mitbegründer des jüngsten Institutes der Wirtschaftsuniversität. Das interdisziplinäre Forschungsinstitut Economics of Inequality beschäftigt sich seit dem laufenden Semester mit Verteilungsfragen. Spätestens seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise wird die gerechte Verteilung von Ressourcen immer stärker thematisiert – sowohl unter den Studierenden als auch unter den Forschenden.

Der beste Beweis ist das neue Buch von Joseph Stiglitz. Es trägt den Titel „Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft“.

Mit Ungleichheit beschäftigen sich die drei Leiter des neu geschaffenen Institutes bereits seit geraumer Zeit auf unterschiedlichen ökonomischen Gebieten. Altzinger ist Experte für Einkommens- und Vermögensverteilung am Institut für Makroökonomie. Karin Heitzmann unterrichtet am Institut für Sozialpolitik und ist Mitherausgeberin des „Handbuch Armut Österreich“. Die Schwerpunkte von Sigrid Stagl wiederum liegen in den Bereichen Nachhaltiges Arbeiten und Ökologische Makroökonomie. Mit neuen WU-Instituten hat Sigrid Stagl schon Erfahrung: 2014 gründete sie das Institute for Ecological Economics. „Im Moment sind die meisten noch stark in ihren Themenbereichen verankert. Wir müssen noch zusammenwachsen und die themenübergreifenden Fragen definieren – das sind die wirklich spannenden. Ein Nutzen dieses Institut ist es, dass wir Fragen stellen, bei deren Beantwortung wir die Expertise der anderen Fachrichtungen brauchen“, sagt Sigrid Stagl.

Auf der ständigen Suche nach aussagekräftigen Daten unterhält das Institut intensive Kooperationen mit der Oesterreichischen Nationalbank, der Statistik Austria, der Stadt Wien und dem WIFO. In etlichen Forschungsbereichen sind die vorhandenen Daten trotzdem spärlich. Das gilt zum Beispiel für die Untersuchung der Bedeutung von Kapitaleinkommen für die Einkommensverteilung in Österreich. Während die Einkommen aus Arbeit statistisch gut erfasst sind, gab es bis vor ein paar Jahren so gut wie gar kein Material über das Kapitaleinkommen. Auch die Zusammen-

An der Wiener Wirtschaftsuniversität wird neuerdings die Ökonomie der Ungleichheit erforscht

TEXT:
JOSEF REDL

hänge zwischen ökonomischer Ungleichheit und ungleich verteilter Umweltqualität sind – im Gegensatz zu den USA – in Europa kaum erforscht. Auf der Grundlage von neuen europäischen Emissionsdatensätzen soll dies nun an der WU geschehen.

Die eigenen ökonomischen Grundlagen hat das Institut zu einem großen Teil durch Drittmittel geschaffen. Etwa 20 Prozent des Budgets steuern der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammer bei. Ansonsten wird die Finanzierung von derzeit 4,5 Vollzeitkräften über externe Aufträge gestemmt. So haben Mitarbeiter des Institutes beispielsweise eine Art Steuersimulator entwickelt. Dieses Programm macht es möglich, Veränderungen im österreichischen Steuersystem zu simulieren. Im Auftrag der Arbeiterkammer wurden so etwa verschiedene Varianten der jüngsten Steuerreform vorab durchgerechnet und

analysiert. Dadurch lassen sich konkrete Fragestellungen wie etwa die Berechnung der Einnahmen durch Vermögenssteuern oder die Auswirkungen einer Senkung des Eingangssteuersatzes auf verschiedene Einkommensgruppen beantworten.

„Wir erkennen einen ganz klaren Zusammenhang zwischen Verteilungsgerechtigkeit, Zufriedenheit und politischer Stabilität“, sagt Wilfried Altzinger. Die Forschungsarbeit wird deshalb auch als politische Überzeugungsarbeit verstanden. „Wir forschen nicht für den Elfenbeinturm. Es ist unser Ziel, dass sich aus den Analysen konkrete Konsequenzen ableiten lassen“, so Armutsforscherin Karin Heitzmann.

An prominenter Unterstützung mangelt es jedenfalls nicht.

Bevor Joseph Stiglitz dem Institut die Ehre gab, gastierte bereits zur Eröffnung der Doyen der Ungleichheitsforschung, Sir Anthony Atkinson, in Wien.

„Wir erkennen einen ganz klaren Zusammenhang zwischen Verteilungsgerechtigkeit, Zufriedenheit und politischer Stabilität“

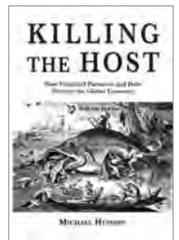


Sigrid Stagl, Karin Heitzmann, Wilfried Altzinger (von links), das Team des neuen WU-Instituts

FOTO:
HERIBERT CORN



Michael Hudson ist ein gesuchter Interviewpartner alternativer Medien, hier in der Sendung „Democracy Now“



Michael Hudson:
Killing the Host.
How financial parasites and debt bondage destroy the global economy.

Als E-Book bei counterpunch.org, als Paperback bei amazon.com; wird auf Deutsch als „Der Krieg der Banken gegen die Welt“ 2016 bei Klett-Cotta erscheinen

Einen Schuldenschnitt, bitte!

Vor fast genau vier Jahren, im Dezember 2011, tauchte im Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ein Artikel von Michael Hudson auf. Der zu früh verstorbene FAZ-Feuilletonchef Frank Schirmacher hatte begonnen, den Zusammenhang zwischen digitaler Kolonisierung und Neoliberalismus zu sehen und gab in der FAZ kritischen Stimmen Raum, die man in dieser Zeitung aufs Erste nicht vermutet hätte, wie Philip Mirowski, Shoshana Zuboff und eben Michael Hudson. Prompt drückten Leser ihr Befremden darüber aus, dass hier einer zu Wort kam, der Dinge behauptete wie „Bankrettungen führen in die Oligarchie“ oder „Der Finanzsektor betreibt eine neue Art der Kriegsführung“.

Der amerikanische Wirtschaftsprofessor Michael Hudson, er lehrt an der Universität von Missouri, hatte sich nicht zuletzt dadurch für Aufmerksamkeit qualifiziert, dass er bereits 2006 präzise das Platzen der Immobilienblase vorausgesagt hatte, und zwar in Wort und Bild, in einem Artikel in *Harper's Magazine* („The new road to serfdom. An illustrated guide to the coming real estate collapse“) und dem Film „In Debt We Trust: America Before the Bubble Bursts“ (Regie: Danny Schechter, USA 2006). Hudson gilt heute als einer der Köpfe der Occupy-Wallstreet-Bewegung. Außerdem inspirierte Hudson das vielgelesene Buch „Schulden“ von David Graeber, der bei Hudson studierte.

In Hudsons Elternhaus in den USA gingen Trotzlisten aus und ein. Sie hatten es nicht leicht unter Präsident Roosevelt, denn der schloss während des Zweiten Weltkriegs mit Stalin einen Pakt, behauptet Hudson. Würde Roosevelt amerikanische Trotzlisten verfolgen, würde Stalin amerikanische Kommunisten von Streiks in Kriegszeiten abhalten. „Es hingen auch viele Genossen bei uns zu Hause herum, Exilanten aus Russland und Europa, auch solche, die noch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gekannt hatten. Die habe ich als Kind sehr bewundert

Der US-Ökonom Michael Hudson, Leo Trotzki's Patensohn, plädiert für die Tradition des Schuldenerlasses

PORTRÄT:
ARMIN THURNHER

„Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder bringen wir die Verschuldung auf ein Maß, das die Schuldner bezahlen können, indem wir Schulden streichen; oder die Kreditgeber stellen fällig und machen das Eigentum der Schuldner zu ihrem“

Michael Hudson;
Interview in der
Huffington Post

und mir vorgenommen, später auch mal die ‚Universität der Revolution‘ zu besuchen, also ins Gefängnis zu gehen. Das ist mir, wie ich zu meiner Schande gestehen muss, aber noch nicht gelungen. Leo Trotzki war mein Taufpate. Der Eispickel, mit dem er ermordet wurde, gehörte übrigens meiner Tante“, erzählte er der FAZ.

Hudson arbeitet nach dem Wirtschaftsstudium bei einer Wall-Street-Bank, wie er in seinem neuen Buch „Killing the Host“ berichtet (die deutsche Übersetzung ist 2016 zu erwarten). In der statistischen Abteilung der Chase Manhattan Bank lernte er alles über die Verschuldung südamerikanischer Staaten und über die Praktiken der Ölindustrie, deren Tanker und Flaggen von Liberia und Panama segelten, um den Eindruck zu erwecken, es gäbe keine Profite, also wären keine Steuern zu zahlen. Hudson verfertigte Studien über kriminelles Fluchtgeld, das zur Finanzierung des US-Defizits benötigt wurde. Er wies nach, dass das amerikanische Zahlungsdefizit der 1960er-Jahre rein militärisch bedingt war, der private Sektor ausgeglichen und dass die „Auslandhilfe“ sogar Geld brachte.

Nach einem Vortrag über solche Themen an der traditionell linken New Yorker New School of Social Research wurde Hudson vom Fleck weg als Professor engagiert. „Da ich nie ökonomische Theorie studiert hatte, sagte ich zu, denn ich dachte, das wäre der beste Weg, etwas darüber zu lernen.“ Aber bald betrachtete man an der New School Hudsons Thesen, die Drittweltländer würden nicht mehr imstande sein, ihre Schulden zu bezahlen, und seinen Fokus auf finanzielle Gemeinkosten als Ablenkung von der klassischen Form der Ausbeutung durch Lohnarbeit.

Hudsons Wall-Street-Freunde vermittelten ihm einen Job als Mitarbeiter des berühmten Kybernetikers und Zukunftsforschers Hermann Kahn. Kahn war übrigens das Vorbild für Dr. Seltsam in Stanley Kubricks Film „Wie ich lernte, die Bombe zu lieben“. Bei Kahn klärte er im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums, wie genau

es funktioniert, dass andere Länder die US-Militärausgaben zahlen, ob sie wollen oder nicht. Als sich Hudson von Kahn trennte, behielt er viele seiner Kunden. Mit erfreulichen Folgen: Von den Beratungshonoraren „konnte ich mir eine Sammlung tibetischer Kunst kaufen und Immobilien, was es mir ermöglicht, unabhängig zu bleiben und mich dem Schreiben zu widmen“.

Da sich „die Linke weniger für meine Kapitalstromanalysen interessierte als die Wallstreet“, gründete er auch einen Newsletter. Nebenbei beschäftigte er sich mit der Schuldenproblematik und mit deren systematisch bis dato nicht erforschter Geschichte. Er wurde Research Fellow am archäologischen und anthropologischen Institut von Harvard. Er fand heraus, nicht Individuen, sondern Institutionen waren die ersten Kreditgeber, nämlich die Tempel und Paläste des bronzezeitlichen Mesopotamien. Hudson entdeckte die Tradition des Schuldenerlasses, des sauberen Schnittes schon in der Bibel (berühmt ist jener Solons, der das demokratische Athen ermöglichte).

Die passende ökonomische Theorie entwickelt in den 1990er-Jahren Hyman Minsky an der Universität von Missouri in Kansas City. Dort lehrt mittlerweile auch Hudson. Das Ziel seiner Lehre: „Zu zeigen, wie Arbeitslosigkeit vermieden werden kann und wie man den riesigen Transfer des Eigentums von Schuldnern an Gläubiger vermeidet, der die heutige Wirtschaft zerstört.“ Die Kreditwirtschaft agiere, sagt Hudson, zunehmend räuberisch und extrahierend statt ermöglichend und finanzierend.

Hudson ist aber nicht nur Autor und Universitätsprofessor, er publiziert seine Analysen und Polemiken auf Youtube, über alternative TV- und Radiostationen und auf der linken Website Counterpunch. Er beriet und berät Regierungen, unter anderem die lettische, griechische und chinesische. Stolz meldet Hudson, dass ihn die chinesische Regierung zum permanenten Gastprofessor der marxistischen Schule an der Universität Peking ernannte.

2. Europa, wohin?

18

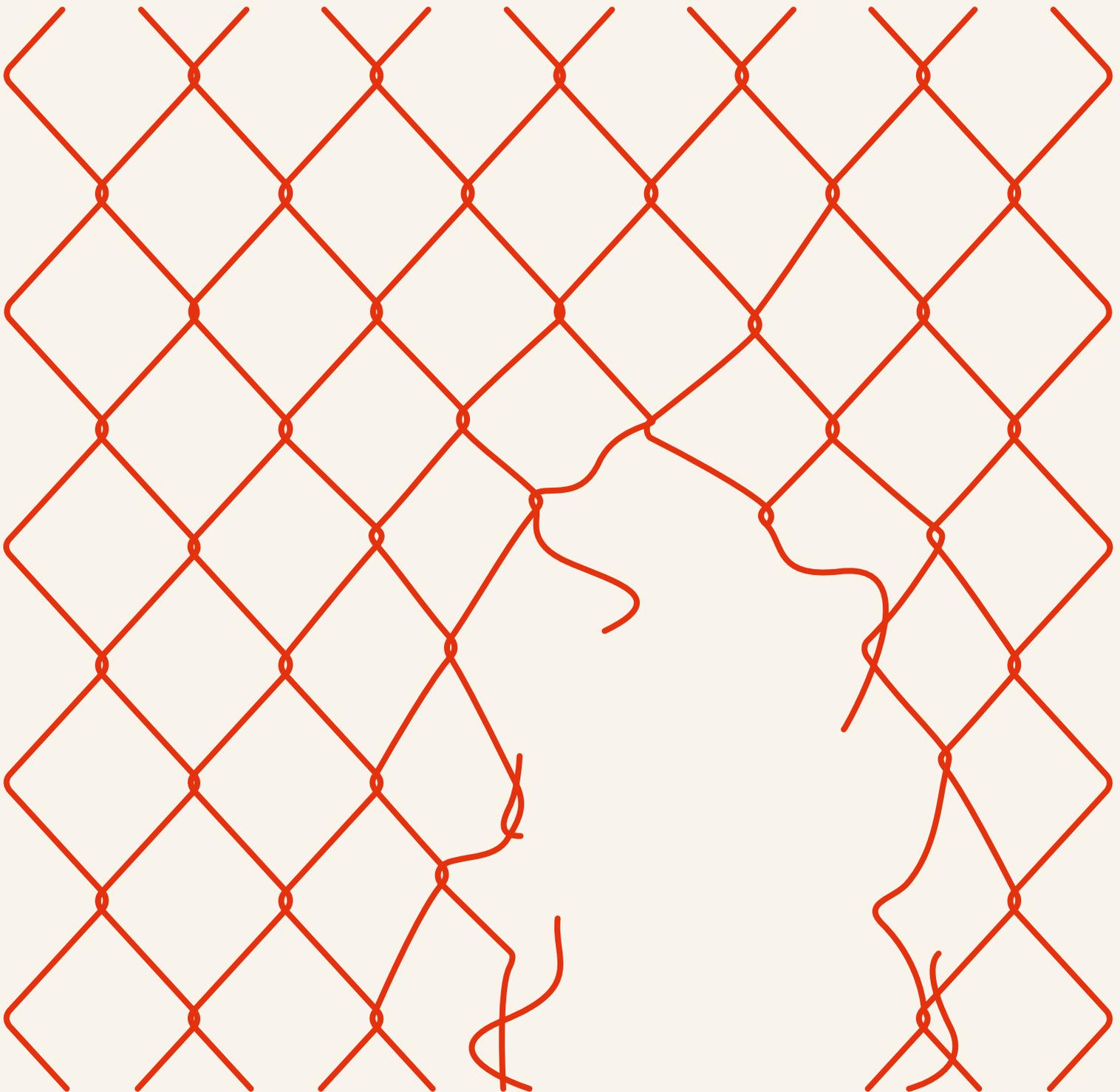
Gregor Gysi erklärt, warum es eine Allianz zwischen der Linken und dem Mittelstand braucht und warum wir zum Euro verdammt sind

24

Ulrike Herrmann schildert, warum die reichen Deutschen mit Lohndumping und Exportüberschüssen den Rest Europas in die Armut treiben

30

Georg Feigl legt dar, warum es öffentliche Investitionen braucht und wie eine Goldene Regel aussehen könnte, nach der sie sich bemessen sollten



„Die Linke braucht ein Bündnis mit dem Mittelstand“

Genau in jener Woche, als Gregor Gysi als Fraktionsführer der Linken und damit als Oppositionsführer im Deutschen Bundestag zurücktrat, war er in Wien zu Gast beim Stadtgespräch. Natürlich ging es um aktuelle Fragen Europas.

Armin Thurnher: Herr Gysi, die Flüchtlingsfrage betrifft uns jetzt alle auf vielen Ebenen. Es ist die größte Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. Und jetzt bedroht sie die Einheit der Europäischen Union. An unserer Grenze können wir in Österreich eine ihrer Bedrohungen konkreter beobachten, nämlich die illiberale Bedrohung. Viktor Orbán, der ungarische Präsident, betrachtet ja die Rettung Europas vor der Krankheit oder vor der Schwäche des Liberalismus als seine Mission. Davor will er uns bewahren, er zeigt gleichsam für uns Härte. Und in vielen Ländern findet diese Botschaft Gehör. Was tut man dagegen?

Gregor Gysi: Orbán macht natürlich eine ganz rechte Politik. Aber er irrt sich, denn er schätzt die Lage der Flüchtlinge falsch ein. Durch Wasserwerfer sind sie nicht zu stoppen. Orbán gehört zu denen, die sagen, ich muss Gewaltmittel anwenden, um Flüchtlinge fernzuhalten, und kümmere mich um die Weltprobleme gar nicht. Er ist zu gar nichts bereit, weder zu Entwicklungshilfe noch zu sonst was. Abgesehen davon, dass eine solche Haltung für mich ohnehin unmenschlich ist und nicht infrage kommt, geht sie auch nicht auf. Orbán unterschätzt die Kraft von Menschen, die aus dem Krieg kommen, die Hunger, Not und Elend erlebt haben. Selbst wenn man ihr Leben bedroht, gehen sie weiter, weil es für sie kein Zurück gibt, ohne dass sich die Bedingungen ändern. Deshalb ist das immer kurz und falsch gedacht. Natürlich: Die gegenteilige Politik kann auch fraglich sein. Aber so, wie es Orbán macht, geht es nicht auf. Dessen Lösungen bringen uns nicht weiter. Obwohl das viele glauben.

Es glauben nicht nur Politiker. Bei uns kann man von verängstigten Lauten hören: Orbán macht es richtig, unsere Politiker sind zu schwach. Und Orbán hat noch ein Argument, das zieht, indem er sagt, wir lassen keine Muslime herein. Europa ist nicht muslimisch und wir sind die Kreuzritter, die die Grenze verteidigen.

Gysi: Ja, das Christentum verteidigt er noch mit. Offenbar hat er aber nie die Bergpredigt gelesen! Abgesehen davon habe ich für Deutschland festgestellt – ich weiß nicht, ob das auch für Österreich gilt –, dass überall, wo Menschen muslimischen Glaubens leben, nicht rechtsextrem oder rechtspopulistisch gewählt wird. Nur dort, wo sie nicht leben, wird so gewählt. Wir reden

Gregor Gysi, ehemaliger Oppositionsführer im Deutschen Bundestag und Fraktionschef der Linken, über Flüchtlinge, die rechte Gefahr in Europa und darüber, warum wir zum Euro verdammt sind

FRAGEN:
ARMIN THURNHER

FOTOS:
CHRISTIAN FISCHER

Zur Person

Gregor Gysi, geboren 1948, wuchs in Ostberlin auf. Ab den 1970er-Jahren in der DDR als Rechtsanwalt tätig, verteidigte er Dissidenten wie Robert Havemann und Rudolf Bahro. 1989 wurde er zum Vorsitzenden der SED (später PDS). 1990 bis 2002 saß er für die PDS im Bundestag. Mit Ex-SPD-Finanzminister Oskar Lafontaine war er einer der Mitbegründer der Partei Die Linke, für die er ein direkt errungenes Bundestagsmandat hält; von 2005 bis 2015 war er deren Fraktionsvorsitzender

Fortsetzung nächste Seite



Gregor Gysi gilt als der beste politische Redner des gegenwärtigen Deutschland

Fortsetzung von Seite 19

also nicht von konkreten, sondern von abstrakten Ängsten. Wir müssen uns jetzt alle zusammensetzen und überlegen, welche abstrakten Ängste wir abbauen, wenn wir nicht durch Rechtsextremismus und Rechtspopulismus regiert werden wollen.

Haben Sie konkrete Vorschläge?

Gysi: Ja, ich würde zum Beispiel in der Bundesrepublik den Vertreter des DGB und der Einzelgewerkschaften zusammen mit führenden Vertretern der katholischen und der evangelischen Kirche einladen. Ich würde ausgewählte Intendanten von großen Opern und Theatern dazunehmen. Ich würde auch den Schriftstellerverband einladen. Die Spitzen der im Bundestag vertretenen Parteien, die Direktoren von wichtigen Universitäten. Das Ganze muss natürlich auf mittlerer Ebene vorher vorbereitet werden. Auch Medienvertreter würde ich einladen: ZDF, ARD, auch RTL und Sat.1. Wenn das vorbereitet ist, müssen wir gemeinsame Schritte und eine Aufgabenteilung festlegen. Wenn wir das nicht als gemeinsame Aufgabe begreifen, sondern unsere Konkurrenz gegeneinander bei dieser Frage fortsetzen, dann werden wir das alles sehr teuer bezahlen müssen.

Wie steht es mit der Frage der Parallelgesellschaft? Immer wieder hören wir von Migrantenkindern in zweiter, dritter Generation, die wieder für salafistische Versuchungen anfällig werden, weil eben die Integration nicht hinreichend funktioniert.

Gysi: Es gibt immer Anforderungen an beide Seiten. Ich sage muslimischen Männern: Wenn Sie nach Deutschland fliehen, haben Sie das Grundgesetz zu respektieren. Ich muss die Spielregeln des Landes, in das ich fliehe, auch akzeptieren. Dann sage ich ihnen, da steht drinnen: erstens Religionsfreiheit. Das bedeutet aber Freiheit für jede Religion. Das bedeutet auch Freiheit für Nicht-Religiöse wie mich. Das wird immer vergessen, auch das gehört zur Religionsfreiheit. Zweitens, sage ich ihnen, steht da die Gleichstellung der Geschlechter drinnen, die habt ihr zu akzeptieren. Eure Frauen müssen hier gleichgestellt werden. Wir sind in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts so weit, dass wir kurz vor der Eheschließung für Lesben und Schwule stehen. Und da sage ich: Auch wenn ihr die ablehnt, tut mir leid, hier dürft ihr sie nicht ablehnen. Das sind die Spielregeln. Dann sage ich ihnen nur als Beispiel: Wenn ich jetzt mit einer Frau nach Saudi-Arabien flöhe – so ist der Konjunktiv, glaube ich ...

Sie könnten sagen „fliehen würde“. Aber „flöhe“ ist deutlich eleganter!

Gysi: „Fliehen würde“ sagt ja jeder. Ich sage lieber flöhe. Also, wenn ich mit ihr nach Saudi-Arabien flöhe, müsste ich ihr sagen: Du kannst nicht im Bikini an den Strand gehen. Das verletzt die Regeln dieses Landes. Ich würde es sehr bedauern. Es ist auch sehr unwahrscheinlich, dass ich dahin fliehe, aber wenn, dann muss ich bestimmte Spielregeln akzeptieren. Ob sie mir nun passen oder nicht. Das sage ich auch den Flüchtlingen, Asylbewerbern oder Leuten, die zum Zwecke der Arbeit nach Deutschland kommen: Das Grundgesetz muss ihr Maßstab sein. Da reicht es übrigens nicht, dass man es ihnen übersetzt gibt. Das muss man ihnen erklären. Da muss man sich auch Mühe geben. Das gilt entsprechend



in Österreich. Umgekehrt wiederum habe ich zu akzeptieren, dass sie im Rahmen des Grundgesetzes natürlich eine andere Kultur, eine andere Religion an den Tag legen können. Da, wo ich wohne, ist eine Moschee gebaut worden. Übrigens von der friedlichsten Gemeinde. Demos über Demos dagegen. Nun ist nichts mehr los, alles ist ganz friedlich. Das müssen wir hinbekommen. Parallelgesellschaft – nein. Das geht nicht. Wenn ich in ein Land fliehe, muss ich die Spielregeln dieses Landes akzeptieren, aber ich muss auch akzeptieren, dass sie eine andere Kultur und eine andere Religion haben, solange das nicht mit den Grundrechten kollidiert, die im Grundgesetz oder in der Verfassung verankert sind.

Sie haben vorhin in Ihrem Statement gesagt, man müsse das Armutsproblem unserer Bevölkerung mit dem Flüchtlingsproblem verknüpfen, dass es dadurch nicht noch zu weiterer Deklassierung kommt oder – was bei uns die Demagogen immer behaupten – dass dann die Mindestsicherung, die die Flüchtlinge kriegen, zu irgendwelchen fürstlichen Gehältern führen, die jene der hiesigen Sozialhilfeempfänger übertreffen. Es entsteht der Eindruck, die werden üppig alimentiert und wir sind die Verlierer, wir müssen arbeiten und kriegen auch nicht mehr als die.

Gysi: Der Rechtsextremismus hat aus mehreren Gründen Erfolg. Erstens bietet er Menschen, die nichts geleistet haben, Selbstwertgefühl zum Nulltarif. Er sagt: Da du als Österreicher oder Österreicherin, als Deutscher oder Deutsche geboren wurdest, bist du mehr wert als alle Chinesinnen und Chinesen, als alle Russinnen und Russen, als alle Polinnen und Polen. Du musst nichts dafür tun. Während wir immer sagen, du musst was leisten, um stolz sein zu können, sagen die, du musst gar nichts leisten. Kraft deiner Geburt bist du mehr wert als Milliarden andere Menschen. Wir dürfen das nicht unterschätzen. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir einer bestimmten Schicht der Bevölkerung zu einem Selbstwertgefühl verhelfen, ohne dass der Rechtsextremismus mit dieser Methode Erfolg hat. Ich will Ihnen eine Geschichte erzählen. Anfang der 90er-Jahre hat eine Gruppe der damaligen PDS billig eine Halle in Nordrhein-Westfalen bekommen, in der ich reden sollte. Die hatten keine Ahnung, wo ich hinfahre. Ich hatte keine Ahnung, wo ich hinfahre. Als ich in dieser Halle sprach, merkte ich, die Reaktionen sind so anders. Ich war in einem Republikaner-Viertel gelandet, also bei einer rechtsextremen Partei. Die hatten das höchste Wahlergebnis in NRW. Da waren lauter Anhänger der Republikaner, die stell-

„Ich sage muslimischen Männern: Wenn Sie nach Deutschland fliehen, haben Sie das Grundgesetz zu respektieren“

Bücher von Gregor Gysi (Auswahl):

Gregor Gysi: Ausstieg links? Eine Bilanz, Westend 2015

Gregor Gysi: Wie weiter? Das Neue Berlin 2013 (2. Auflage)

Gregor Gysi, Friedrich Schorlemmer: Was bleiben wird. Aufbau, 2015 (3. Auflage)

Gysi und Modrow im Streitgespräch, edition Ost 2013

ten mir Fragen. Deren Funktionäre standen am Rande und sagten nichts. Ich sagte: Ich habe mal eine Frage an Sie. Angenommen, es gäbe am nächsten Montag keinen einzigen Ausländer und keine einzige Ausländerin mehr in Deutschland – Riesenbeifall natürlich. Hm, habe ich gesagt, ich lasse jetzt mal weg, dass unser Wirtschafts-, Sozial- und Steuersystem zusammenbräche. Sie haben Recht: Wir hätten eine Milliarde Mark mehr. Ich hätte nur eine Frage: Wie kommen Sie darauf, dass Sie davon eine Mark abbekommen? Das würde mich interessieren. Ich bekomme vielleicht etwas. Es könnte sein, dass wir die Diäten im Bundestag erhöhen. Aber wie kommen Sie darauf, dass Sie etwas abbekommen würden? Merken Sie nicht, dass Ihr Blick völlig falsch ist? Sie gucken zur Seite und glauben, wenn es weniger Arme gibt, bekommen die übrig gebliebenen Armen mehr? So ist der Bundestag nicht gestrickt. Ihre Vorstellung ist völlig falsch. Wenn Sie nicht das Verhältnis zwischen Reich und Arm, zwischen Oben und Unten verändern, werden Sie nie mehr haben.

Und was geschah dann?

Gysi: Das Publikum war völlig verunsichert, so hatten die noch nie gedacht. Dann wurden allerdings die Funktionäre der Republikaner aggressiv. Die gingen ans Mikro und wurden scharf. Ich war da alleine mit dem Bundestagsfahrer. Der flüsterte mir ins Ohr: „Herr Gysi, meinen Sie nicht doch, es wäre besser, dass wir jetzt 'ne Mücke machen?“ Und dann haben wir beide eine Mücke gemacht. Aber! Das ist das Wichtige, dass wir solche Perspektiven der Bevölkerung nahebringen, wenn wir verhindern wollen, dass der Rechtsextremismus bei diesen Teilen der Bevölkerung Erfolg hat.

Ich habe mich gefreut, als Sie im Falter-Gespräch Frau Merkel wegen ihrer Worte „Wir schaffen das“ als humanistisch bezeichnet haben. Aber besteht da nicht auch ein gewisses Eigeninteresse Deutschlands, seine demografischen Defizite auf diese Weise zu reparieren, indem man einfach eine passende Zahl jüngerer Immigranten und Immigrantinnen bei sich aufnimmt?

Gysi: Ja, interessant. Und zwar möglichst Hochqualifizierte. Ist das fair, aus der Dritten Welt die hochqualifizierten Kräfte nach Deutschland oder Österreich zu holen, indem wir sie mit dem höheren Gehalt ködern?

Also im Moment, glaube ich, bei denen, die mit den Zügen kommen, kann man sich das nicht so aussuchen. Es sind auch viele Afghanen und Pakistani dabei.

Gysi: Ja. Syrien ist übrigens sehr gut ausgebildet. Das liegt daran – tut mir leid –, dass die DDR da für die Ausbildung zuständig war. Die DDR bestand natürlich darauf, dass nicht nur Jungen ausgebildet werden, sondern auch Mädchen. Dann gab es die DDR nicht mehr und Assad versuchte, das mit den Mädchen rückgängig zu machen. Das ist wirklich interessant. Das haben sich die Familien nicht mehr bieten lassen. Wenn das einmal durch ist, wenn es zwei, drei, mehrere Jahrgänge gibt, wo auch die Mädchen ausgebildet worden sind, und die Leute sehen, welche Vorteile das bringt, lassen die sich das nicht mehr wegnehmen. Die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat mir einmal gesagt, wir brauchen die Fachkräfte auch aus der

Dritten Welt. Da sage ich, die Dritte Welt braucht ihre Fachkräfte selber. Wenn die dort überflüssig sind und keine Aufgaben haben, dann ist das noch was anderes. Aber sie extra anzulocken, das heißt ja dort eine schlechtere Entwicklung in Kauf zu nehmen, was uns wieder mehr Flüchtlinge bringt. Wenn wir uns jetzt nicht ernsthaft diesen Problemen der Menschheit stellen, werden sie uns überfordern.

Gut, aber wir in Österreich haben dieses demografische Problem nicht so, Großbritannien auch nicht.

Gysi: Was denn? Bei Ihnen werden genau so viele Kinder geboren wie Alte sterben?

Nein, nein. Wir haben das Problem vorübergehend durch die Osterweiterung gelöst, und die Engländer haben ihre polnischen Immigranten.

Gysi: Bei uns sterben die Deutschen langsam aus. Da machen sich dann einige Sorgen. Nur ich nicht, obwohl ich auch dagegen bin. Aber es ist übrigens wirklich ganz einfach: Die Bedingungen in Deutschland sind nicht kinderfreundlich. Wissen Sie, was die größte Leistung von Frau Merkel ist? Wir hatten ein Lärmschutzgesetz, dem zufolge Leute beantragen konnten, Kindertagesstätten und Spielplätze zu schließen, weil es zu laut war. Mein Gott. Und sie hat ins Gesetz aufnehmen lassen: Kinderlärm ist kein Krach. Wunderbar. Aber darf ich noch einen Satz zu Frau Merkel sagen? Das Problem ist, dass sie keine Strategie hat. Sie orientiert sich immer an der Tagespolitik. Bei der Türkei, bei allem. Das genügt nicht mehr. Es gibt nur eine Regierung, die wirklich eine Strategie hat, und das ist die chinesische. Ob uns diese Strategie gefällt, ist eine ganz andere Frage. Aber sie hat eine.

Ich reite jetzt nur noch einmal auf der Kostenfrage herum. Wie Sie richtig sagen, wir brauchen Ausbildung; wir haben eine riesige Kommunikationsaufgabe auf allen Ebenen. Was Sie von Schriftstellern, Künstlern, Universitäten aufgezeigt haben – das kann ja nicht alles auf freiwilliger Basis passieren. Wer zahlt das?

Gysi: Viele Dinge müssen und können auf freiwilliger Basis passieren, und viele Dinge sind zu bezahlen. Bund, Länder und Kommunen haben in Deutschland im ersten Halbjahr 2015 20 Milliarden Euro mehr eingenommen, als es der Steuerschätzung entsprach. Deshalb geht das im Augenblick mit den Flüchtlingen, ohne dass Leistungen gekürzt werden. Nur droht die Regierung jetzt ständig Leistungskürzungen an. Finanzminister Wolfgang Schäuble hat ja ein sexuell erotisches Verhältnis zur schwarzen Null. Daran wird er nichts ändern. Deshalb kommen wir in Probleme. Weil dann wieder die Rechtsextremen Recht bekommen – „seht ihr, jetzt werden wegen der Flüchtlinge die Leistungen an euch gekürzt“. Dann reagieren die Leute allergisch und mit mehr Abwehrhaltung. Also brauchen wir auch hier mehr Vernunft. Oder?

Ich will jetzt nicht über die österreichische politische Sexualität reflektieren in Bezug auf die schwarze Null. Die hat eher homoerotische Komponenten ...

Gysi: Man kann die schwarze Null auch als Homosexueller lieben. Das ist gar nicht ausgeschlossen.

„Der Euro: Man kann nicht eine gemeinsame Währung einführen, ohne sich über Wirtschaftsideologie und Politik zu verständigen“

Überschüsse, die Sie als Deutsche haben. Uns treffen die Kosten der Flucht. Wir haben jetzt schon ein Problem, unsere Bildung zu finanzieren. Wir haben nicht genug Geld für Lehrer oder es werden nicht genügend Gelder für Lehrer bewilligt. Für die Migrantinnen und Migranten brauchen wir aber viel mehr Lehrer, wir brauchen Begleitlehrer und Sprachunterricht. Und das kostet Geld.

Gysi: Das stimmt. Aber wir brauchten schon vorher mehr Lehrerinnen und Lehrer und haben sie unzureichend ausgebildet und eingestellt. Wir brauchten vorher sozialen Wohnungsbau, den es nicht gegeben hat. Jetzt brauchen wir ihn natürlich noch dringender. Aber ich möchte nicht so tun, als ob wir das alles nur wegen der Flüchtlinge brauchten. Nein, wir brauchten es schon vorher, da wurde es nur verkannt und nicht gemacht. Ich habe in Bayern Frauen gesehen, die Deutsch unterrichtet, weil sie als Lehrerinnen keine Beschäftigung mehr gefunden haben. Jetzt unterrichten sie ehrenamtlich Deutsch, und die Bücher müssen sie auch noch selbst kaufen. Das ist doch der Gipfel! Das muss der Bund bezahlen! Der ist für Asylverfahren zuständig! Also muss er auch diesen Frauen Bücher zur Verfügung stellen.

Was man in der Flüchtlingsfrage sieht, ist dieses erstaunliche Engagement der Zivilgesellschaft. Glauben Sie, dass sich eine neue Balance zwischen staatlichen Leistungen und freiwilligen Leistungen und dadurch auch ein neues Gewicht der Zivilgesellschaft herstellen kann? Oder ist das ein aktuelles Phänomen, das die Leute bald sehr übermüdet?

Gysi: Ich glaube sehr, dass es eine Chance gibt, dass da ein ganz neues zivilgesellschaftliches Engagement entsteht. Aber was mich interessiert, ist, woher das kommt. Vor 20 Jahren hatten wir schon einmal – nicht ganz so dramatisch – eine ähnliche Situation – da gab's das überhaupt nicht. Und vor zehn Jahren hatten wir das auch nicht. Und noch dazu in so einem großen Umfang in Deutschland. Was hat sich da geändert? Ich kann es Ihnen nicht beantworten. Vielleicht hängt es mit der Digitalisierung des Lebens zusammen, dass ein anderer Meinungsaustausch stattfindet und dass wir andere Bilder sehen. Wir Menschen reagieren nicht auf Texte, sondern auf Bilder. Vor Jahrzehnten gab es eine richtige Hungerskatastrophe in Äthiopien. Das stand in jeder Zeitung und die riefen zu Spenden auf, das läpperte so dahin. Dann kam ein Dokumentarfilm von Leah Rosh in der ARD. Man sah die hungernden Mütter mit den hungernden Säuglingen – und es gab Spenden über

Gregor Gysi mit Gesprächspartner Armin Thurnher



Spenden. Da habe ich begriffen: Wir sind nur über Bilder ansprechbar. Die Kriegsbilder, die Bilder der Flüchtlinge: Vielleicht hat das dazu beigetragen, dass Menschen ihre Meinung geändert haben. Vielleicht liegt es auch daran, dass viele unterfordert sind, unterbeschäftigt sind und plötzlich wieder einen Sinn in ihrem Leben sehen, wenn sie eine solche Hilfe leisten können. Das imponiert mir. Jetzt sagen viele bei uns, die Stimmung kann kippen. Wenn man das oft sagt, kippt sie natürlich. Leider ist das wahr. Sie kann auch kippen, wenn der Bund unzureichend Hilfe leistet.

Nun zu etwas Kompliziertem. Reden wir über die Euro-Schulden-Finanzkrise, wie immer wir sie nennen wollen. Der Soziologe Wolfgang Streeck hat ein Buch geschrieben, „Die gekaufte Zeit“. Jetzt gibt es eine Neuauflage und dafür hat er ein Nachwort verfasst. Darin stellt er eine interessante These auf, die mir als Laien sofort eingeleuchtet hat.

Gysi: Jetzt aber für mich, damit ich das auch verstehe.

Ich versuche es zu übersetzen. Geld, sagt Streeck, ist nicht bloß ein Zahlungsmittel, sondern ein Machtinstrument mit kulturprägender Kraft. Geld prägt die Kultur in einem Land. Zum Beispiel gibt es in Deutschland eine Kultur des Überschussproduzierens, des Exportproduzierens und des Sparens. Das trifft auf die meisten nördlichen Länder zu, natürlich auch auf uns in Österreich, auf Finnland und so weiter. In den südlichen Ländern ist die Kultur des Geldes aber eine andere. Da produziert man eher für den Binnenmarkt, hat nicht so viel mit Sparen am Hut, sondern schafft staatliche Defizite, die durch Inflation wieder abgebaut werden. Also ganz ein anderes Modell. Und diese beiden Modelle werden jetzt mit dem Euro in eine Gruppe gezwungen. Zwei total verschiedene wirtschaftskulturelle Verhaltensweisen, die dann dazu führen, dass das ganze Gefüge sich gegenseitig sprengt. Sie haben in Ihrem Statement das Diktat der Schäubles über die Griechen beschrieben; der Versuch, sie zu etwas zu zwingen, was gar nicht funktionieren kann. Wie hebt man das auf?

Gysi: Der Fehler ist bei der Einführung des Euro gemacht worden. 1998 habe ich eine Rede gehalten, die kam jetzt mal bei einer historischen Wiederholung von Phoenix vor, dann wurde die auf Youtube gestellt und ist jetzt hunderttausende Male angehört worden.

Ist aber noch kein Beweis für ihre Qualität.

Gysi: Nein. Alles, was ich dort an negativen Folgen vorausgesagt habe, ist tatsächlich eingetreten. Ich staunte selbst, woher ich das alles wusste! Man kann nicht eine gemeinsame Währung einführen, ohne sich über Wirtschafts-ideologie und Politik zu verständigen, ohne Mindeststandards bei Steuern, im Sozialbereich, im juristischen und im ökologischen Bereich zu haben. Man kann nicht eine Integration nur über eine Währung versuchen und alles andere außen vor lassen. Man kann nicht sagen, wir machen eine gemeinsame Währung, aber jeder haftet für seine Schulden. Das kann nicht funktionieren. Nehmen Sie einen Haushalt: Sie können das in Ihrem privaten Haushalt auch nicht so trennen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 21

Das funktioniert einfach nicht. Das war der entscheidende Fehler. Ich will jetzt nichts zu der unterschiedlichen Kultur sagen – das prägt auch, aber dann hätte man sich auf eine bestimmte Kultur auch auf dem Kompromisswege verständigen müssen. Genau das ist jedoch nicht geschehen. Das Drama ist, dass wir jetzt aus dem Euro nicht herauskönnen, weil auch das wieder fatale Folgen hätte. Aber es war falsch, wie wir es damals gemacht haben. Übrigens war es Helmut Kohl, der gesagt hat, erst die politische Union, dann die Währungsunion. Daraufhin sagte Frankreich, es wolle keine politische Union, daraufhin sagte Kohl, gut, dann machen wir nur die Währungsunion. Das war eine Katastrophe.

Kohl sagte auch 2002, in fünf Jahren würde der Euro europäische Identität gestiftet haben. Die Schweiz würde dann dem Euro beitreten und Großbritannien auch.

Gysi: Dieser Wunsch in der Schweiz und in Großbritannien ist deutlich geringer geworden. Aber die Einschätzung stimmt in gewisser Hinsicht für die Jugend. Deshalb hat sich ja auch die linke Abspaltung von Syrija so geirrt. Die Griechen waren in der großen Mehrheit gegen das Spardiktat, wollten aber nicht aus dem Euro raus.

Also ist der Euro doch ein Identitätskitt?

Gysi: Ja, er ist ein Identitätskitt. Ich habe nichts gegen eine gemeinsame Währung. Wir hatten damals ein sehr schönes Schild im Bundestag. Das war natürlich nicht erlaubt, wir mussten es wieder wegnehmen. Auf dem Schild stand: „Euro, so nicht“. Da stand nicht: „Euro nein“. Weil wir gesagt haben, der Euro kann am Ende einer Entwicklung stehen, die man bewusst herbeiführen muss, und nicht an deren Beginn. Sonst entstehen alle Krisen, die wir jetzt haben.

Es gibt allerdings in der Linken auch Streit, weil doch einige sagen, raus aus dem Euro.

Gysi: Es gibt die linke antieuropäische Position. Diese Linken wollen erstens bestimmte Befugnisse von Europa weghaben, zurück zum Nationalstaat, und zweitens über die Auflösung des Euro nachdenken. Halte ich alles für eine Katastrophe.

Dieses Manifest, das auch Oskar Lafontaine unterschrieben hat und das vorschlägt, zu einem System der nicht fixen Wechselkurse zurückzukehren, wie es im europäischen Währungssystem zwischen 1970 und 1995 der Fall war ...

Gysi: Das funktioniert nicht. Es gibt nie dieses Zurück. Außerdem waren sich selbst die linken EU-Kritiker nicht einig. Der griechische Ex-Finanzminister Yanis Varoufakis will gar nicht raus aus dem Euro, er hat das jetzt im Gespräch mit mir auf der Berliner Volksbühne noch einmal deutlich gesagt. Das Problem ist doch Folgendes: Wenn die Deutschen jetzt aus dem Euro herausgehen, dann in der Hoffnung auf feste Wechselkurse. Aber wenn ich Chef in Frankreich wäre, würde ich den Deutschen was husten. Ich würde sagen, ich mache keine festen Wechselkurse. Jetzt nutze ich die Tatsache, dass meine Währung nichts wert ist, für meinen Export, und ihr werdet ersticken an euren Gütern, weil plötzlich die deutsche Mark einen riesigen Wert hätte. Was natürlich einen Vorteil hätte: Unsere Sparguthaben hätten wieder einmal Bedeutung. Die kann man ja jetzt vergessen. Sehen Sie, so schlau ist Politik: Wie bezahlen



Gregor Gysi bei seinen einflussreichen Worten beim bis auf den letzten Platz besetzten Wiener Stadtgespräch

„Wir müssen eine andere Politik machen. Aber allein, indem wir den Euro auflösen, haben wir noch keine andere Politik“

wir die Krise? Über unsere Sparguthaben. Weil jedes Jahr die Inflationsrate höher ist als die Zinsen. Dadurch werden ja alle unsere Sparguthaben entwertet. Jahr für Jahr. Das ist schlau, denn deshalb geht keiner auf die Straße. Hätten wir das Geld direkt bezahlen müssen, hätten wir uns alle aufgeregt. Aber so merkt man es nicht so richtig und sagt: Schade, aber ist halt so.

Wir können uns jetzt nicht so leicht darüber hinwegspielen. Euro ist gleich Europäische Zentralbank ist gleich von Deutschland diktierte Austeritätspolitik ist gleich ein unauflösliches Dilemma, das immer mehr Sprengkraft hat und immer mehr Wünsche nach Renationalisierung verursachen wird.

Gysi: Ja. Wir müssen eine andere Politik machen. Aber allein, indem wir den Euro auflösen, haben wir ja keine andere Politik. Dann wird über die nationalen Währungen wiederum eine neue Katastrophe organisiert. Außerdem wäre es ein Rückschritt bei der europäischen Integration. Und ich sage noch einmal: Wenn wir etwas lernen aus der Geschichte, aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, aus dem 19. Jahrhundert, dann müssen wir lernen, dass wir die europäische Integration brauchen. Die Kriege in Europa haben unsere ganze Ge-

schichte geprägt. Und nur mit der Europäischen Union können wir das verhindern. Ich wüsste gar nicht, ob es nicht jetzt schon zwischen Ungarn und Rumänien fast einen Krieg gäbe. Nur wegen der EU findet er nicht statt.

Ja, das sei Ihnen unbenommen. Aber die Frage ist: Wie kommen wir zu dieser anderen EU hin? Forderungen können wir ja leicht aufstellen, aber die finanzielle Macht und die finanzpolitische Macht liegen woanders.

Gysi: Ja gut, aber dann brauche ich gar nicht in die Politik zu gehen. Natürlich ist die Macht der Deutschen Bank sehr viel größer als die von uns beiden. Das Problem ist: Kriegen wir eine gesellschaftliche Bewegung dagegen zustande? Es rumort doch in Europa! Übrigens auch dank Tsipras und Syrija. Wie das jetzt alles auf die Tagesordnung kommt! Wie die jungen Leute demonstrieren! Ich bitte Sie! In Berlin! Wir sind ja, was Protest betrifft, das harmloseste Volk in Europa. 250.000 Leute gegen TTIP, obwohl doch alle scheinbar nur mit der Flüchtlingsfrage beschäftigt sind. Das ist doch was Gewaltiges! Aber dann müssen die Medien einmal vier Tage darüber berichten – und nicht bloß eine halbe Minute.

Herr Gysi, mit Medienkritik rennen Sie bei mir offene Türen ein.

Gysi: Ich bin auch ein Zweckoptimist, verstehen Sie? Wäre ich kein Zweckoptimist, was glauben Sie, wie ich die letzten 26 Jahre hätte aushalten können?

Aber die Frage muss ich Ihnen stellen. Das ist mein Job. Wie kriegen wir linke Politik gegen diese Art von Finanzpolitik durch, die Europa nicht zerstört, indem sie es renationalisiert, sondern indem sie ein von der Finanzoligarchie regiertes Europa schafft? Wie setzen wir dagegen ein anderes Europa durch, eben dieses von Ihnen zuvor skizzierte soziale Transfer- und auch Haftungs-Europa? Ein Problem dabei scheint mir ja zu sein, dass die Leute gern gegen ihre eigenen Interessen wählen. In der Schweiz haben die Leute die Deckelung von Managergehältern mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Und in finanzpolitischen Fragen ist es genauso.

Gysi: Es gibt zu viele Männer. Jeder Mann träumt davon, einmal Spitzenmanager zu werden. Da kürzt er doch vorher nicht sein Gehalt! Abgesehen davon: Natürlich ist die Linke zurzeit eher ohnmächtig. Das hängt mit dem Scheitern des Staatssozialismus zusammen. Dieses Scheitern hat ja auch

jene Linke, die distanziert war zum Staatssozialismus, mit in den Keller gezogen. Denken Sie an die relativ unabhängige italienische kommunistische Partei – gar keine Chance. Wir haben in Deutschland die Linke, wir haben nichts Vergleichbares in Österreich. Das ist mir alles bekannt. Ich hatte immer gehofft, dass die neue Linke aus Lateinamerika kommt, aber das war eine Überforderung, weil die zuerst einen Unabhängigkeitskampf von den USA führen müssen. Wobei das ein gewaltiger Fortschritt ist. Lateinamerika ist jetzt schrittweise unabhängig von den USA geworden. Selbst Kolumbien. Und wenn die den inneren Konflikt noch gelöst bekommen, wonach es im Moment aussieht, ist das ein gewaltiger Fortschritt. Aber in Europa haben wir eine andere Situation. Aus zwei Gründen. Erstens haben wir eine Entwicklung nach rechts. Die haben wir in Frankreich, Deutschland, Österreich. Glücklicherweise hat es in Wien ja gerade noch gereicht für die Sozialdemokraten und die Grünen. Wir haben das übrigens auch in Griechenland. Alle sehen den Erfolg von Syriza, aber die Morgenröte, eine rein faschistische Partei, hat ebenfalls beachtlich zugelegt. Das darf man alles nicht unterschätzen. Ergo müssen wir was gemeinsam dagegen tun.

Nur was?

Gysi: Da müssen wir über Grenzen springen. Ich muss mit der CDU zusammen nachdenken, wie wir Rechtsextremismus verhindern. Was nicht leicht ist. Das ist das eine. Die Linke gewinnt aber zeitgleich auch an Bedeutung, Schritt für Schritt und noch vorsichtig, weil es gegen uns Misstrauen gibt. Sie muss Alternativen entwickeln. Und zwar nicht, indem sie sich jetzt zerstreitet, raus aus dem Euro, drinbleiben, Ja zur europäischen Integration oder Nein – hier dürfen wir die Größe der Herausforderung nicht fürchten. Wir wollen ein demokratisches und sozial gerechtes Europa. Und ich sage immer: Wie glaubt ihr denn, dass ihr das allein in Deutschland hinbekommt? Das ist doch eine Illusion, den alten deutschen Nationalstaat kann ich doch vergessen. Wissen Sie, wer verhindert hat, dass die PDS verboten wurde? Das war Michael Gorbatschow, aber es waren auch die Franzosen und die Griechen. Der französische Ministerpräsident François Mitterrand hat mich zum Essen eingeladen, um der Bundesregierung zu signalisieren, er akzeptiert diese Partei. Deshalb hat mich auch der griechische Präsident empfangen – so läuft doch Politik. Ich weiß also schon, wohin der deutsche Nationalstaat tendiert. Und deshalb sage ich: Nein, die europäische Integration – aber nicht im Schäuble'schen Sinne, sondern in einem anderen Sinne – müssen wir hinbekommen. Ich sage Ihnen, in Frankreich und in anderen Ländern bewegt sich die Bevölkerung. Letztlich glaube ich an die Vernunft der Menschen. Wenn ich an die nicht mehr glauben darf, könnte ich mich ja depressiv zurückziehen. Dafür müssen wir in jeder Hinsicht mehr tun. Bei Aufklärung, in der Kultur, in allen Bereichen. Entweder gehen wir jetzt nach links oder wir gehen nach ganz rechts. Und da ist mir links doch deutlich lieber.

Wie schaut jetzt das linke alternative Gesellschaftsmodell aus?

Gysi: Kommt doch in meiner Autobiografie! Kann doch nicht alles vorwegnehmen!

Ja, aber damit wollen Sie doch Politik machen. Da muss es schon konkreter werden.

Gysi: Ganz einfach. Wie ist die westdeutsche Gesellschaft strukturiert? Alles bezahlt die Mitte der Gesellschaft. Der arme Teil kann es nicht und an die Spitzenverdiener können oder trauen sie sich nicht ran. Deshalb bezahlt alles die Mitte. Das sind die Lehrerinnen und Lehrer, die Polizistinnen und Polizisten, die Facharbeiterinnen und Facharbeiter. Da hat Brutto mit Netto nichts zu tun, weil wir einen Steuerbauch haben. Und die Partei der Mitte, die FDP, war nie gegen den Steuerbauch, nur die Linke. Mir fehlt die FDP im Bundestag, weil es nur eine Partei der Mitte im Bundestag gibt, und das ist die Linke. Das habe ich immer gesagt, und dann gingen die immer gedreht durch die Decke. Aber abgesehen davon: In der Wirtschaft gilt dasselbe. Die Kleinunternehmen können die Gesellschaft nicht bezahlen, die Konzerne und Banken drücken sich davor, die machen ihre Tricks mit Luxemburg. Wer bezahlt alles? Der Mittelstand. Deshalb muss die Linke lernen, ein Bündnis mit dem Mittelstand einzugehen. Anders kriegen wir die Macht der Konzerne und Banken nicht beschränkt. Das darf kein Zweckbündnis sein, das muss ehrlich gemeint sein. Wenn wir das hinkriegen, haben wir es leichter, eine Transformation zum demokratischen Sozialismus zu erleben. Aber nun fragen Sie mich nicht, was das ist. Das soll sich ja dann erst herausstellen.

Wer hindert die Linke daran, mehr zu tun?

Gysi: Es sind zwei Punkte. Erstens wissen die Leute aufgrund der Geschichte nicht, wie demokratisch, freiheitlich, rechtsstaatlich wir sind, wenn wir die Macht haben.

Das hier auszugsweise wiedergegebene Gespräch mit Gregor Gysi fand am 16.10. 2015 in der AK Wien statt.
Transkription: Maria Motter

Österreicher, stoppt die Deutschen, oder ihr verarmt!

Abgesandelt, konkurrenzunfähig, aus eigener Schuld? Gar nicht wahr! Deutsches Lohndumping ruiniert andere EU-Staaten, auch Österreich, sagt die deutsche Ökonomin und Bestsellerautorin Ulrike Herrmann

APPELL:
ULRIKE HERRMANN



Österreich verliert. Noch merken es viele Österreicher nicht, aber sie werden gnadenlos enteignet – von den Deutschen. Seit 15 Jahren spielt sich ein heimlicher und brutaler Kampf ab, bei dem es um Marktanteile, Exportchancen und Wettbewerbsfähigkeit geht. Die Österreicher könnten sich jetzt noch wehren, indem sie sich mit den anderen Eurostaaten gegen Deutschland verbünden. Aber die Zeit wird knapp. Wenn die Österreicher nicht aufbegehren, werden sie verarmen.

Die Waffe der Deutschen ist schlicht, aber wirkungsvoll: Sie haben Lohndumping betrieben und die Arbeitskosten gezielt gesenkt, um auf den Auslandsmärkten zu expandieren. Zwischen 2000 und 2010 fielen die deutschen Reallöhne im Mittel um 4,2 Prozent. Inzwischen sind die Gehälter zwar wieder leicht gestiegen, trotzdem liegen die deutschen Reallöhne auch heute nur knapp höher als zur Jahrtausendwende.

Viele österreichische Arbeitnehmer fühlen sich zwar auch nicht wie im Paradies, aber es geht ihnen deutlich besser als den deutschen Kollegen. Ihre Reallöhne haben stärker zugelegt, ihre Sozialleistungen wurden anders als im Nachbarland nicht gekürzt. Das Ergebnis ist für die österreichische Exportwirtschaft unerfreulich: Seit 2000 ist ihre Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu deutschen Firmen um mehr als zehn Prozent gesunken.

Deutschland hingegen fährt exorbitante Exportüberschüsse ein, die im vergangenen Jahr 217 Milliarden Euro erreichten. Das ist einsame Weltspitze. Die beiden Exportnationen China und Saudi-Arabien kommen nicht einmal gemeinsam auf einen derart gewaltigen Überschuss. Viele Deutsche sind sehr stolz auf die ständig steigenden Ausfuhrerlöse, so die Idee, muss einfach gut sein. Doch hat es nicht allein mit der Qualität der deutschen Produkte zu tun, dass sie so wettbewerbsstark sind. Deutschland schum-

melt im internationalen Konkurrenzkampf, indem es seine Lohnkosten drückt.

Nur ein paar Beispiele: Ex-Kanzler Gerhard Schröder setzte eine „Agenda 2010“ durch, die die allermeisten Beschränkungen bei der Leiharbeit aufhob und Arbeitslosigkeit zwingt, fast jede Stelle anzunehmen. Gleichzeitig fehlte bis vor kurzem ein gesetzlicher Mindestlohn, so dass ein riesiger Niedriglohnssektor entstand, der auch auf die normalen Gehälter drückt.

Übrigens ist es kein Zufall, dass Deutschland mit dem Lohndumping erst ab 2000 begonnen hat, nachdem der Euro eingeführt wurde. Vorher hätte es nämlich nicht funktioniert. Die D-Mark wäre einfach im Kurs gestiegen, wenn Deutschland gigantische Exportüberschüsse aufgehäuft hätte, so dass die Lohnvorteile wieder verschwunden wären. Doch im Euro ist Deutschland geschützt und kann ungestört eine Lohnpolitik betreiben, die seinen Nachbarn schadet. Um es technisch auszudrücken: Die Deutschen haben im Euro abgewertet.

Anfangs fiel die Aggression der Deutschen kaum auf. Die Bundesrepublik schien sich vor allem selbst zu schaden, weil die dümpelnden Löhne auf die Binnennachfrage und das Wachstum drückten. Österreich hingegen boomte, jedenfalls zunächst. Die deutsche Wirtschaft legte von 2000 bis 2005 im jährlichen Durchschnitt nur um 0,6 Prozent zu, während Österreich 1,7 Prozent erreichte. Von 2005 bis 2010 waren Deutschland und Österreich dann gleich stark: Im Durchschnitt kamen sie jeweils auf ein Plus von 1,3 Prozent pro Jahr. Doch seit 2010 führt Deutschland deutlich, während Österreich abfällt. 2014 wuchs die deutsche Wirtschaft um 1,6 Prozent, die österreichische um 0,3 Prozent. Auch für die nächsten zwei Jahre wird prognostiziert, dass Deutschland davonzieht und die Österreicher abhängt.

Mit Verspätung wird nun auch vielen Österreichern bewusst, dass sie an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Doch irrtüm-

lich glauben die meisten, dass die Schuld irgendwie bei Österreich zu suchen sei. Das Modewort lautet daher „Strukturreformen“. Nicht nur Konservative und Arbeitgeber wollen die Staatsausgaben senken, Steuern streichen und Sozialleistungen kürzen. Auch die Sozialdemokraten sind längst verunsichert, ob das Modell Österreich mit seinen Kollektivverträgen nicht ausgedient haben könnte, weil es „zu starr“ sei und keine flexiblen Lösungen zulasse.

Die Österreicher halten an einem Missverständnis fest, das weit verbreitet ist: Sie glauben, dass das Problem dort entsteht, wo es sichtbar wird. Wenn also das Wachstum in Österreich schwächelt, dann muss sich Österreich eben „anstrengen“. Diese Diagnose erinnert an eine Arzt, der nur die Symptome kuriert, statt die Ursachen zu behandeln. Denn tatsächlich ist es die deutsche Agenda 2010, die die Nachbarländer unter Druck setzt. Nicht nur Österreich leidet; auch Frankreich, Italien oder Belgien geraten ins Trudeln.

Noch schlimmer: Die Nachbarländer haben keine Chance. Selbst wenn Österreich oder Frankreich die deutsche „Agenda 2010“ haarklein kopieren würden, könnten sie Deutschland nicht mehr einholen. Denn, wie gesagt: Österreich müsste seine Lohnstückkosten um mehr als zehn Prozent drücken, um die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Ein derartiges Kürzungsprogramm würde sofort den sozialen Frieden gefährden und die FPÖ zur weitaus stärksten Partei in Österreich machen.

Schon jetzt wäre es ein Missverständnis zu glauben, dass die Freiheitlichen nur reißieren, weil sie auf fremdenfeindliche Parolen setzen und solchen Unsinn wie „Fremd im eigenen Land“ oder „Neue Wohnungen statt neue Moscheen“ plakativ. Dies ist die Oberfläche. Im Kern geht es um Ängste, um Perspektivlosigkeit, um die Sorge, die Kontrolle über das eigene Leben zu verlieren. Es sollte den Sozial-

demokraten zu denken geben, dass gerade die Niedrigverdiener zu den Freiheitlichen abwandern und ausgerechnet die FPÖ inzwischen die größte Arbeiterpartei Österreichs ist. Die FPÖ versteht besser als ihre Konkurrenten, dass sie die Verlierer ansprechen muss: Sie nennt sich mittlerweile „soziale Volkspartei“.

Sozial hat die FPÖ zwar nichts zu bieten, aber sie geht den bequemsten Weg und nutzt das Thema Einwanderung, um ein Ventil für die Ängste zu bieten. Trotzdem reicht es nicht, wenn die SPÖ auf Plakaten kleinteilig vorrechnet, dass die österreichische Asylpolitik anders funktioniert, als von den Freiheitlichen behauptet. Auch wird es nichts nutzen, die Zahl der Asylwerbenden zu reduzieren oder die Verfahren zu beschleunigen. Denn der Kern bleibt von diesen Maßnahmen unberührt: Viele Wähler fühlen sich verunsichert und haben Angst abzusteuern.

Die österreichischen Regierungsparteien müssten also überlegen, wie sie die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen reduzieren und das soziale Netz verstärken, damit sich die Bürger wieder aufgehoben fühlen. Falls SPÖ und ÖVP stattdessen eine Art „Agenda 2010“ beschließen und die Lohnkosten drücken, würden sie auf einen Schmelbrand auch noch Benzin gießen. Die österreichischen Wähler würden noch stärker nach rechts abwandern.

Doch eine „Agenda 2010“ wäre nicht nur politisch brandgefährlich, sondern auch ökonomisch Quatsch. Es reicht reine Logik, um zu erkennen, dass es unmöglich ist, dass alle Eurostaaten Deutschland kopieren, Lohndumping betreiben und zu aggressiven Exportnationen mutieren. Ungelöst bleibt nämlich die Frage, wer die vielen Güter kaufen soll. Die europäischen Arbeitnehmer sind offenbar nicht gemeint, die sollen ja auf einen Teil ihrer Gehälter verzichten. Aber wer dann? Die Chinesen? Die Absatzkrise ist gewiss.

ILLUSTRATION:
P. M. HOFFMANN

„Österreich, Frankreich, Belgien und Italien sind Opfer eines Wirtschaftskrieges geworden, den Deutschland angezettelt hat“
Ulrike Herrmann

Ulrike Herrmann



Ulrike Herrmann:
Der Sieg des Kapitals. Wie der Reichtum in die Welt kam: Die Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen. Piper Verlag, 288 S., € 10,30

Es können nicht alle sparen, wenn die Wirtschaft wachsen soll. Doch in der Eurozone spart inzwischen jeder. Den überschuldeten Krisenstaaten wurde ein Sparkurs verordnet, damit sie ihre Schulden wieder abbauen. Und eigentlich gesunde Länder wie Österreich oder Frankreich müssen jetzt sparen, weil sie nicht mehr mit Deutschland konkurrieren können.

Österreich, Frankreich, Belgien und Italien sind Opfer eines Wirtschaftskrieges geworden, den Deutschland angezettelt hat. Und nun wird von diesen Opfern auch noch verlangt, dass sie sich anpassen und „reformieren“ sollen. Dabei wäre die umgekehrte Perspektive richtig: Deutschland als Aggressor muss sich korrigieren. Die Deutschen müssten ihre Gehälter jedes Jahr deutlich erhöhen, bis sich die Wettbewerbslücke wieder schließt, die Deutschland durch sein Lohndumping aufgerissen hat. Diese Rettungsmaßnahme wäre nicht nur kostenlos, sondern sogar der seltene Fall einer echten „Win-win-Situation“. Jeder in Europa würde profitieren – vorneweg die deutschen Arbeitnehmer selbst.

Was theoretisch einfach klingt, ist praktisch jedoch schwierig. So erstaunlich es scheinen mag: Viele Deutsche wollen keine höheren Löhne. Selbst Gewerkschafter haben Angst, dass Arbeitsplätze in der Exportindustrie verloren gehen. Diese Sorge ist nicht völlig unbegründet. Tatsächlich könnten die Ausfuhrerlöse etwas sinken. Aber stattdessen würde die Binnennachfrage anziehen, die seit 15 Jahren dümpelt, weil die Reallöhne stagnieren. In der Summe bliebe die Zahl der Arbeitsplätze stabil.

Zudem wäre es kein Verlustgeschäft für die Deutschen, die Exportüberschüsse wieder abzubauen, weil diese Überschüsse sowieso weitgehend fiktiv sind. Wie eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ermittelt hat, ist Deutschlands Nettovermögen im Ausland von sieben Milliarden Euro im Jahr 1999 auf sagenhafte 1013 Milliarden im Jahr

2012 gestiegen. Auf dem Papier. Denn diese enorme Summe erzählt nur einen Teil der Wahrheit, da es gleichzeitig zu hohen Verlusten kam. Rund 400 Milliarden Euro haben deutsche Investoren seit 1999 im Ausland eingebüßt. Vor allem die Finanzkrise hat riesige Löcher gerissen, aber auch die Eurokrise schlägt schon zu Buche.

Es lohnt sich nicht, Exportüberschüsse anzuhäufen, denn die ökonomische Logik ist stärker: Wenn Deutschland darauf beharrt, stets mehr zu exportieren, als es importiert, dann können die anderen Länder die deutschen Waren nur kaufen, indem sie Kredite aufnehmen – bei Deutschland. Es ist eine reine Frage der Zeit, bis einige Importländer überschuldet sind und das deutsche Auslandsvermögen verloren geht.

Deutsche fühlen sich sicher, wenn sie Exportüberschüsse produzieren und das Vermögen auf ihren Konten steigt. Aber faktisch haben sie ihre Waren ins Ausland verschenkt und dafür wertlose Schuldtitel erhalten. Es wäre deutlich intelligenter gewesen, die Löhne in Deutschland anzuhäufen und selbst zu konsumieren – statt den Konsum der anderen zu finanzieren.

Die Bundesbürger werden gern als „schwäbische Hausfrauen“ karikiert, die immer nur ans Sparen und ans „Schaffe, schaffe, Häusle baue“ denken würden. Tatsächlich ist es noch schlimmer: Selbst eine schwäbische Hausfrau wüsste, dass ihr Projekt „Häusle baue“ schneller vorankäme, wenn die Löhne und damit die Familieneinkommen stiegen.

Die Deutschen benötigen also Nachhilfe, um ihre eigentlichen Interessen zu erkennen. Und niemand wäre besser geeignet als die Österreicher, um für Lernfortschritte zu sorgen. Sie sind als loyale Freunde bekannt und werden von den Deutschen automatisch als Bündnispartner betrachtet. Wenn nun ausgerechnet diese Weggefährten das deutsche Lohndumping kritisierten, wäre das Signal eindeutig: Deutschland hat sich in Europa isoliert. Für die Deutschen wäre diese Erkenntnis ein Schock. Noch glauben die allermeisten, dass sie das große Vorbild seien. Ihnen ist nicht bewusst, dass sie in Wahrheit einen radikalen Wirtschaftsnationalismus betreiben, der selbst so geschätzte Nachbarn wie Österreich existenziell bedroht.

Allein könnte Österreich allerdings nichts gegen Deutschland ausrichten, denn dort haben sich die Bürger seit nunmehr 15 Jahren an die Fiktion gewöhnt, dass Lohndumping eine gute Idee sei. Ihre Isolation würde für die Deutschen erst greifbar, wenn sich ihre Opfer zu einer unübersehbaren Allianz zusammenschließen. Die Beschwerde darf nicht nur aus Österreich stammen, sondern müsste von anderen betroffenen Ländern wie Frankreich, Italien oder Belgien unterstützt werden. Aber auch für diese Bündnispolitik wäre Österreich bestens geeignet, gerade weil es relativ unbedeutend ist und daher als fairer Mittler erscheint.

In der Geschichte Europas waren es häufig die Politiker kleiner Länder, die große diplomatische Initiativen vorantrieben haben. Man denke nur an den Schweden Olof Palme oder an Bruno Kreisky.

Was zur eigentlichen Frage führt: Wo bleibt Werner Faymann? Er schweigt so seltsam. Österreich verliert an Wettbewerbsfähigkeit. Und er traut sich nicht, Deutschlands Nettovermögen im Ausland von sieben Milliarden Euro im Jahr 1999 auf sagenhafte 1013 Milliarden im Jahr



Zur Person

Ulrike Herrmann, 50, war lange Zeit Vorstandsmitglied der linken Tageszeitung taz, für die sie als Wirtschaftskorrespondentin arbeitet. Herrmann ist Autorin der Bücher „Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht“ und aktuell „Der Sieg des Kapitals. Wie der Reichtum in die Welt kam“



Die neuen Armenheere des vereinten Europa

Nicht nur Griechenland leidet weiterhin unter der Wirtschaftskrise. Auch in den Krisenländern Spanien, Portugal oder Italien wächst eine verlorene Generation heran

ÜBERBLICK: NINA HORACZEK

Spanien und Portugal haben ihre Hausübungen gemacht, im Gegensatz zu Griechenland“, beklagte der ÖVP-Finanzsprecher Andreas Zakostelsky vergangenen Juli bei einer „Debatte über Hilfe für Griechenland und die Zukunft der EU“ im österreichischen Nationalrat. Die „Troika“ aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) lobte vor einigen Monaten, dass die EU-Krisenstaaten infolge der Spar- und Reformpolitik „die Rezession überwunden“ hätten. Irland konnte den EU-Rettungsschirm 2013 verlassen, Spanien Anfang 2014 und seit vergangener Mai ist auch Portugal nicht mehr auf das EU-Rettungsprogramm angewiesen.

Also alles wieder in Butter? „Nein“, sagt der Wirtschaftsnobelpreisträger Christopher Pissarides von der London School of Economics zum Falter. „Das Problem ist in Staaten wie Spanien oder Portugal noch nicht gelöst“, meint Pissarides, „die wirtschaftliche Situation hat sich stabilisiert, aber der Aufschwung ist noch nicht stabil.“ Bereits eine kleine Änderung in der Politik oder in Bezug auf das Vertrauen der Märkte könnte den Aufschwung wieder zunichtemachen, sagt der Wirtschaftsexperte.

Wie stehen die EU-Krisenstaaten heute wirtschaftlich da? Und wie geht es den Menschen im siebten Jahr nach Ausbruch der Wirtschaftskrise?

Spanien

Es war eine mutige Ansage: Die Krise sei überwunden, erklärte die konservative spanische Regierung unter Ministerpräsident Mariano Rajoy. Seit Jahresbeginn konnte Spanien zum ersten Mal seit Ausbruch der Wirtschaftskrise mit guten Nachrichten aufwarten: Das Bruttoinlandsprodukt stieg 2014 um 1,4 Prozent, 2015 sollen es drei Prozent werden. Auch die Arbeitslosigkeit sinkt. Im Oktober lag die Arbeitslosigkeit bei 21,2 Prozent, 2014 waren es noch 24,5 Prozent gewesen. Allerdings sind immer noch mehr als vier Millionen Spanier auf Jobsuche und die Zahl der Angestellten mit schlecht bezahlten, befristeten Ver-

trägen ist gestiegen. Das Durchschnittseinkommen sank seit 2008 von 30.000 Euro auf 26.000 Euro pro Jahr, jeder fünfte spanische Haushalt lebt unter der Armutsgrenze, fast die Hälfte der Spanier kann sich nicht einmal eine Woche Urlaub leisten.

„In Spanien wurden Arbeitsplätze geschaffen, aber vor allem im Bereich der Arbeitsarmut“, kritisiert Jorge Nuño Mayer, Generalsekretär der Caritas Europa. „Vor dem Ausbruch der Krise 2008 nannte man einen Billigarbeiter auf Spanisch einen ‚1000-Euro-Mensch‘. Heute sagt man hingegen ein ‚600-Euro-Mensch‘.“

Durch die 2012 von der konservativen Regierung beschlossene Arbeitsmarktreform wurde der Kündigungsschutz aufgeweicht. Seitdem dürfen Arbeitgeber auch abseits von Tarifverträgen eigene Arbeitsbedingungen vereinbaren. „Spanien entwickelt sich immer weiter zu einem Low-Cost-Land“, kritisiert Ignacio Fernández Toxo, Vorsitzender der spanischen Gewerkschaft CCOO.

„Weil in Spanien der Kündigungsschutz sehr streng war, setzten die Arbeitgeber schon vor der Krise auf befristete Arbeitsverträge“, sagt hingegen Raphaela Hye, Spezialistin für Jugendbeschäftigung bei der OECD in Paris, „das traf vor allem junge Arbeitnehmer.“ Weil es zu teuer war, Arbeitnehmer zu kündigen, ließen die Arbeitgeber in der Krise stattdessen befristete Verträge auslaufen. Seit der Arbeitsmarktreform 2012 sinke auch die Jugendarbeitslosigkeit. „Aber mit derzeit 52 Prozent ist sie immer noch sehr hoch“, sagt Hye.

Auch Wirtschaftsnobelpreisträger Pissarides gibt keine Entwarnung für Spaniens Arbeitsmarkt. „Es gibt hier eine ausgeprägte strukturelle Arbeitslosigkeit, die nur sehr langsam sinken wird. Auch wenn sich die Wirtschaft erholt, wird die Arbeitslosigkeit frühestens in zwei bis drei Jahren sinken.“ Was bleibt, ist eine massiv verarmte Bevölkerung. Mehr als 300.000 Wohnungen wurden in den vergangenen Jahren zwangsgeräumt, weil ihre Besitzer die Hypothekarkredite nicht bezahlen konnten. Im Gegensatz zu den USA, wo die Kredit-

nehmer ihre Schulden los sind, wenn sie der Bank den Schlüssel zur Immobilie zurückgeben, verlieren Schuldner in Spanien ihr Haus und bleiben auf den Schulden sitzen. „Die Caritas Spanien hat vor der Krise etwa 300.000 Menschen jährlich mit lebenswichtigen Dingen wie Essen, Kleidung oder Mietunterstützung geholfen. Jetzt sind es 1,5 Millionen Menschen“, sagt Nuño Mayer.

„Wir haben Kinder, die zu wenig zu essen bekommen, deren Eltern sich weder Schulbücher noch einen Internetzugang für ihre Kinder leisten können“, erklärt auch Thomas Ubrich von der Nichtregierungsorganisation „Save the Children“ in Madrid.

Auch die Staatskasse ist klamm: 2008 hatte das Land eine Staatsverschuldung von 39,4 Prozent, 2015 werden es 100,87 Prozent sein. Die Wirtschaftskrise hat aber nicht nur Verlierer. Die Zahl der spanischen Millionäre erhöhte sich seit 2008 um 28 Prozent.

Portugal

Seit das Land an der Algarve 2011 unter den EU-Rettungsschirm schlüpfte, gilt es als Musterschüler in Südeuropa. Auch die EU-Kommission bestätigt, dass Portugal zwischen 2011 und 2013 von allen europäischen Staaten die stärksten Einschnitte ins Sozialsystem vorgenommen hat. Es wurden Löhne und Pensionen gekürzt, die Arbeitszeit von Beamten von 38 auf 40 Stunden erhöht, Lehrer gekündigt und das Sozialbudget drastisch verringert.

Für die Bevölkerung blieb dieser Sparkurs nicht ohne Folgen. Etwa ein Viertel der Portugiesen lebt laut der spanischen Statistikbehörde INE in Armut oder an der Armutsgrenze, das Durchschnittsgehalt beträgt nur 1000 Euro brutto und die Zahl der Beschäftigten, die lediglich einen Mindestlohn von 589 Euro beziehen, ist von 133.000 auf 400.000 gestiegen.

Die Arbeitslosigkeit ist zwischen 2014 und August 2015 auf 13,6 Prozent leicht gesunken, allerdings haben immer noch fast 33 Prozent der Jungen keinen Job. „Die Be-

schäftigung ist heute auf dem Stand von vor 20 Jahren. Und was die Investitionen betrifft, die das Fundament für zukünftiges Wachstum bilden, wurden wir um 30 Jahre zurückgeworfen“, erklärte der Wirtschaftswissenschaftler Ricardo Paes Mamede in *Le Monde diplomatique*.

Trotz dieses Sparkurses sind die Staatsschulden gestiegen. 2010 lag die Schuldenlast bei 96,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, für 2015 werden 128,2 Prozent erwartet. Derzeit muss Portugal alleine für Zinszahlungen fünf Prozent seiner jährlichen Wirtschaftsleistung aufwenden.

Politisch könnte Portugal bald das neue Griechenland werden. Aus Protest gegen die Austeritätspolitik stürzte ein Bündnis aus Linksblock, sozialistischer Partei, Kommunisten und Grünen die konservative Minderheitsregierung kurz nach der Wahl. Der eben erst angelobte sozialistische Ministerpräsident António Costa stützt sein Minderheitskabinett nun auf radikal linke Parteien, die auf ein Ende der Sparmaßnahmen und eine stärkere Besteuerung der Reichen drängen.

Italien

Rom musste bis jetzt keine EU-Hilfsgelder beantragen, doch mit einer Schuldenlast von mehr als 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts schrammt auch Italien knapp am Bankrott vorbei. In elf von zwölf Quartalen ging auch die Wirtschaftsleistung zurück, erst im ersten Quartal 2015 ist das Bruttoinlandsprodukt um zarte 0,3 Prozent gestiegen. Von einer Überwindung der Krise ist aber noch keine Rede: Das Pro-Kopf-Einkommen ist auf dem niedrigsten Niveau seit 1997, die Arbeitslosigkeit hat sich in Italien seit Ausbruch der Wirtschaftskrise verdoppelt. Aktuell sind etwa drei Millionen Italiener arbeitslos, unter den Jüngeren sucht fast jeder Zweite einen Job. Wie groß der Mangel an Arbeitsplätzen ist, zeigte eine Stellenausschreibung des Krankenhauses Niguarda in Mailand. Als das Spital vergangenen April 25 Krankenpflegerstellen ausschrieb, meldeten sich 13.000 Bewerber.

„In Italien wird erst jetzt versucht, Maßnahmen am Arbeitsmarkt umzusetzen“, sagt Hye von der OECD, „zum Beispiel soll der strenge Kündigungsschutz gelockert werden und die Arbeitsmarktpolitik, die momentan noch jede Provinz für sich regelt, soll künftig auf nationaler Ebene zusammengeführt werden.“ Bis solche Maßnahmen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zeigen, dauert es seine Zeit, meint Hye.

Im Kampf gegen die Krise setzt auch Italien auf einen Mix aus Steuererhöhungen und Budgetkürzungen. Mittlerweile hat jede zehnte italienische Familie zu wenig Geld, um sich ausreichend Lebensmittel zu kaufen, zwischen dem Ausbruch der Krise und 2013 hat sich die Zahl der Armen auf 6,2 Millionen Menschen verdoppelt. „Wir von der Caritas spüren die Auswirkungen dieser Sparpolitik ganz direkt“, sagt Nuño Mayer, Generalsekretär der Caritas Europa. „Als zum Beispiel in Italien Gesundheitskosten gekürzt wurden, standen die Leute kurz darauf bei den Pfarren Schlange, um finanzielle Hilfe für Medikamente zu bekommen.“

Griechenland

Sie gelten in Brüssel als Spesenkaiser, dabei haben die Griechen zuletzt am meisten gespart: Zwischen 2009 und 2014 sank das griechische Haushaltsdefizit um einen Betrag, der fast 14 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes entsprach. Rechnet man hinzu, dass durch die Krise auch das Bruttoinlandsprodukt geschrumpft ist, so betrug der Rückgang des griechischen Defizits sogar 18 Prozent. Zum Vergleich: In Spanien waren es 6,7 Prozent, in Portugal 5,8 und in Irland acht Prozent.

Zu spüren bekam die griechische Bevölkerung das große Sparen zum einen durch die extreme Steuerlast: Seit Beginn der Krise stiegen die direkten Steuern um 53 Prozent, die indirekten um 22 Prozent. Allerdings traf dies nicht alle gleich. Die untere Einkommenshälfte zahlt heute um 337 Prozent mehr Steuern als noch vor der Krise, die obere Einkommenshälfte hingegen nur um neun Prozent. Insgesamt verloren

die ärmsten zehn Prozent der Griechen in der Krise 86 Prozent ihres Einkommens. Fortschritte gibt es bei der Bekämpfung von Steuerflucht, durch die Griechenlands Finanz jährlich etwa 20 Milliarden Euro entgehen. Hatte das Land Anfang 2015 lediglich 17 Steuerfahnder, wird mittlerweile in etwa 38.000 Fällen ermittelt.

Die Arbeitslosigkeit ist im August mit 24,6 Prozent auf den niedrigsten Wert seit drei Jahren gesunken, unter den Jugendlichen hat aber immer noch mehr als jeder Zweite keine Arbeit. Die EU-Kommission prophezeit wenig Gutes. 2016 könnte die Arbeitslosigkeit in Hellas wieder auf 25,8 Prozent steigen, schätzen die Brüsseler Beamten. Wer keinen Job hat, bekommt die 360 Euro Arbeitslosengeld genau ein Jahr lang ausbezahlt. Danach gibt es auch keine Sozialhilfe. Durch die lang andauernde Krise am Arbeitsmarkt erhalten mittlerweile neun von zehn Arbeitslosen keine staatliche Unterstützung.

Neben den Steuererhöhungen sind es die Budgetkürzungen, die das Leben der Griechen erschweren. Zwischen 2009 und 2011 wurden die Gelder für öffentliche Krankenhäuser um ein Viertel gekürzt. Die Säuglingssterblichkeit ist seit Ausbruch der Krise um 43 Prozent gestiegen, die Selbstmordrate erhöhte sich zwischen 2007 und 2011 um 45 Prozent und fast jedes zweite griechische Kind gilt als arm.

Für Regierungschef Alexis Tsipras von der linksradikalen Syriza-Partei gab es nun zumindest eine kleine Verschnaufpause. Er war diesen August nach nur acht Monaten im Amt zurückgetreten, schaffte eine Wiederwahl, konnte ein Sparpaket durchs Parlament peitschen. Nur etwa ein Viertel der griechischen Schuldner, die ihre Raten nicht zahlen können, ist darin vor Delogierung geschützt, eine eigens eingeführte Weinsteuer soll etwa hundert Millionen Euro ins griechische Budget spülen und die Steuern auf Glücksspiel wurden erhöht. Die EU billigte das Paket und sicherte Griechenland weitere zwölf Milliarden Euro an Hilfgeldern zu.

Allerdings ist Tsipras, bis dahin Sunnyboy der Linken in ganz Europa, nun auch unter den eigenen Genossen umstritten. Im November streikten zum ersten Mal die Gewerkschaften gegen das Sparprogramm der linken Regierung.

Irland

Vom Pleitestaat entwickelte sich Irland 2014 wieder zum „keltischen Tiger“. Mit 4,8 Prozentpunkten hatten die Iren 2014 das höchste Wachstum in der gesamten EU, 2015 könnten sich laut EU-Kommission sogar sechs Prozent ausgeben. Die Arbeitslosigkeit sank vergangenen Oktober zum ersten Mal seit 2008 wieder auf 8,9 Prozent.

Allerdings sparte sich auch Irland durch Sozialabbau aus der Krise. Neben schlecht bezahlten Teilzeitjobs fällt eine Zunahme an sogenannten „Null-Stunden-Verträgen“ auf. Arbeitnehmer müssen ständig auf Abruf bereit sein, erhalten aber nur für wenige Wochenstunden ein Fixgehalt. Seit Ausbruch der Krise erhöhte sich die Kinderarmut in Irland laut UN-Kinderhilfswerk Unicef von 18 auf fast 29 Prozent und fast 200.000 junge, gut ausgebildete Iren haben in der Krise das Land verlassen.

Auch für das bisher kostenlose Trinkwasser sollen die Iren ab 2015 zahlen. Das Pensionsalter stieg auf 68 Jahre. Unternehmer zahlen hingegen weiterhin nur 12,5 Prozent Steuer auf ihre Gewinne – im EU-Durchschnitt sind es 29,5 Prozent.

Für diesen Artikel hat die Autorin Berichte aus verschiedenen nationalen und internationalen Zeitungen und zahlreiche Studien, unter anderem von der Bertelsmann-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, the Lancet, der EU-Kommission, Eurostat, „Children of the Recession“ der Unicef und den „Caritas Crisis Report“ gelesen sowie internationale Expertinnen und Experten befragt

ILLUSTRATION: P. M. HOFFMANN

Staatsschulden in % des BIP 2007/2014



Quellen: Europäische Kommission, Eurostat

Kinderarmut in % 2008/2012



Quelle: Unicef

Der Nobelpreisträger, der Datenfehler und die Leugnung von Sparpolitik. Was wir daraus über Griechenland lernen können

In der Debatte um die Krise in Griechenland war vielen Teilen von Politik und Medien kein Klischee zu billig, um nicht bedient, und keine Behauptung zu dumm und falsch, um nicht geäußert zu werden. Die „faulen Griechen“ oder die „Pleitegriechen“ sollten doch bitte endlich auch einmal anfangen zu sparen, war immer wieder zu hören und zu lesen.

Dabei wurde geflissentlich übersehen, dass der griechische Staat seit spätestens 2010 innerhalb weniger Jahre eine brutale Austeritätspolitik hatte umsetzen müssen, mit Ausgabenkürzungen und Einnahmehöhen von – je nach Messung – mehr als 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Dass hier ein enger Zusammenhang zu der katastrophalen Wirtschaftskrise in Griechenland besteht, sollte unmittelbar einsichtig sein.

Eigentlich Konsens: Austeritätspolitik hat wesentlich zur Rezession beigetragen

IWF-Chefökonom Olivier Blanchard hat schon vor einiger Zeit eingestanden, dass die Fiskal-Multiplikatoren, sprich die negativen Wirkungen der Austeritätspolitik, viel zu gering veranschlagt worden sind. Mittlerweile hat sich auch in der internationalen Fachdebatte die Einsicht durchgesetzt, dass die restriktive Finanzpolitik in den europäischen Krisenstaaten und damit gerade auch in Griechenland wesentlich zur Schwere und Dauer der dort herrschenden Rezession beigetragen hat.

Edmund S. Phelps' Behauptung

Diesem Konsens hat jüngst kein Geringerer als Edmund S. Phelps, der US-Wirtschaftsnobelpreisträger, ausgerechnet im Falle Griechenlands, widersprochen. In einem Gastkommentar im *Handelsblatt* vom 20. August 2015 „Der falsche Hebel. Phelps ist überzeugt, dass höhere Staatsausgaben Griechenland nicht helfen würden“, einer schlecht übersetzten Version des auf Project Syndicate erschienenen englischsprachigen Originals vom 6. August, wider-

spricht Phelps den von ihm so bezeichneten „Nachfragetheoretikern“, die behaupten, die Sparpolitik in Griechenland habe zu einem Nachfragerückgang und damit zur akuten Depression dort geführt. Sein zentrales Argument ist empirisch. Zitat:

„Aber dies missdeutet die Geschichte. Der Rückgang der Beschäftigung in Griechenland setzte bereits vor den starken Kürzungen der öffentlichen Ausgaben ab 2012 ein. Die Staatsausgaben stiegen von 2009 bis 2012 auf ein Plateau von ungefähr 13,5 Milliarden Euro pro Quartal. 2014/15 gingen sie dann auf 9,6 Milliarden Euro zurück. Aber bereits 2012 sank die Zahl der Beschäftigten auf 3,6 Millionen, nach einem Höhepunkt von 4,5 Millionen von 2006 bis 2009.“

Wenn Phelps mit dieser Behauptung Recht hätte, dann wäre die mittlerweile weitgehend akzeptierte Erklärung der Krise in Griechenland mittels der restriktiven Finanzpolitik in der Tat schwer beschädigt. Wie sollte die Austeritätspolitik eine Krise verursacht haben, die bereits mehr als drei Jahre vor ihrem Einsetzen (fast) ihren Höhepunkt erreicht hatte?

Aufklärung tut not

Aufklärung tut not, und ein Blick auf die Daten wirkt wie so oft Wunder. Abb. 1 zeigt zunächst die Entwicklung der Beschäftigung, der zivilen inländischen Beschäftigten laut der Ameco-Datenbank der EU-Kommission (Stand: Mai 2015) im Jahresdurchschnitt. Der von Phelps behauptete Verlauf lässt sich ungefähr reproduzieren: Nach einem Anstieg der Zahl der Beschäftigten auf etwas mehr als 4,5 Millionen im Jahr 2008, geht sie ab 2009 leicht und dann dramatisch bis 2012 auf unter 3,8 Millionen zurück.

Abb. 1 versucht auch die von Phelps behauptete Entwicklung der „Staatsausgaben“ aus den Angaben im Text zu rekonstruieren. Sie steigen bis 2010 auf 13,5 Mrd. Euro und verharren dann bis 2012 auf diesem Plateau. Ab dem Jahr 2013 beginnt dann der rasante Absturz, bis im ersten Quartal 2015

Wer mit Zahlen argumentiert, wie der US-Nobelpreisträger Edmund S. Phelps, sollte sie auch richtig interpretieren

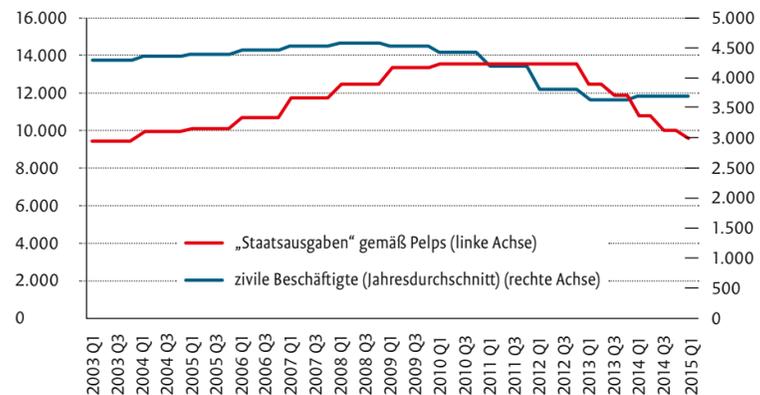
TEXT: ACHIM TRUGER



Zur Person

Achim Truger, Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomie und Wirtschaftspolitik, an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und Senior Research Fellow am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf. Zuvor lange Jahre wissenschaftlicher Referent für Steuer- und Finanzpolitik in der Hans-Böckler-Stiftung, zuerst im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) und dann im Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in Düsseldorf

Abbildung 1: „Staatsausgaben“ in Griechenland gemäß Phelps in Mio. Euro und zivile Beschäftigte in 1000



Quelle: Ameco (Beschäftigung), Eurostat und eigene Annahmen

der von Phelps (in einer späteren Textpassage) für dieses Quartal angenommene Wert von nur noch 9,6 Milliarden Euro erreicht wird (mehr zur Rekonstruktion des Verlaufes s.u.). Wenn dies den Tatsachen entspräche, dann hätte der Sparkurs tatsächlich viel zu spät eingesetzt, um als Erklärung für den schon 2009 einsetzenden Abbau der Beschäftigung dienen zu können.

Staatskonsum und Staatsausgaben sind nicht das Gleiche

Doch was versteht Phelps unter „Staatsausgaben“? Die aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) bekannten Staatsausgaben können es nicht sein, denn die betragen im Jahr 2014 laut Ameco immerhin 88,4 Milliarden Euro. Selbst künstlich auf Quartale aufgeteilt, um der von Phelps offenbar gewählten Quartalsdarstellung gerecht zu werden, ergäben sich 22,1 Mrd. Euro, mehr als doppelt so viel wie der von Phelps mit knapp Milliarden Euro angegebene Wert.

Die Wahl der Quartalsdaten deutet darauf hin, dass Phelps in Wirklichkeit nicht die gesamten Staatsausgaben, sondern lediglich den Staatskonsum, also die staatlichen Käufe von Gütern und Dienstleistungen zugrunde gelegt hat, für die üblicherweise Quartalsdaten ausgewiesen werden. Und in der Tat: Eurostat (Datenzugriff 20. August 2015) weist für den nicht saison- und arbeitsmäßig bereinigten realen Staatskonsum (Referenzjahr 2010) im ersten Quartal 2015 genau den von Phelps angeführten Wert von 9,6 Milliarden Euro für Griechenland aus.

Die Wahl des Staatskonsums, der weniger als die Hälfte der gesamten Staatsausgaben ausmacht, schränkt die Aussagekraft von Phelps Analyse jedoch bereits erheblich ein. Nicht enthalten sind im Staatskonsum die staatlichen Investitionen, die Subventionen und ganz wesentlich: die monetären Sozialleistungen, d.h. zum Beispiel Arbeitslosengeld und Renten. Mit seinen Daten kann Phelps also gar nicht belegen, dass die Staatsausgaben in Griechenland erst nach 2012 stark gekürzt wurden. Schließlich könnten starke Kürzungen bei den nicht im Staatskonsum enthaltenen Ausgaben schon viel früher eingesetzt haben. Selbst wenn sie es nicht hätten, könnten auch starke Steuer- und Abgabenerhöhungen einen Nachfrageeinbruch ausgelöst haben.

Die Erklärung: falsche Daten!

Aber selbst wenn Phelps Analyse nur für den Staatskonsum gälte (eine Erwähnung wäre hilfreich gewesen!), wäre sie geeignet, die gängige Krisenerklärung zu erschüttern: Wenn fast die Hälfte der Staatsausgaben bis 2012 gar keinen realen Kürzungen unterlag, war der Grad der Austerität möglicherweise viel geringer, als bislang angenommen. Dies würde außerdem mit den gängigen Vorurteilen korrespondieren: Die Griechen haben ihren Staatskonsum vulgo ihren „ineffizienten aufgeblähten“ öffentlichen Beschäftigungssektor lange Zeit über-

haupt nicht angetastet und damit möglicherweise die „notwendigen Reformen viel zu lange hinausgezögert“.

Das Problem dabei ist allerdings, dass Phelps Analyse ganz einfach falsch ist: Seine Darstellung der Entwicklung des Staatskonsums, wie sie in Abbildung 1 reproduziert wurde, entspricht nicht der Realität – oder, um mit Phelps zu sprechen, „missdeutet die Geschichte“!

Abbildung 2 zeigt daher die tatsächlichen und jahresdurchschnittlichen Daten für den realen, nicht saison- und arbeitsmäßig bereinigten Staatskonsum und stellt sie den rekonstruierten Werten aus Abbildung 1, die Phelps in seinem Kommentar behauptet hatte, gegenüber (Eurostat, Datenzugriff 20. August). Es zeigt sich: Der reale Staatskonsum erleidet bereits im Jahr 2008 einen leichten Einbruch, erholt sich 2009 wieder, um dann 2010 – und damit etwa drei Jahre früher, als von Phelps behauptet – in den Sinkflug überzugehen.

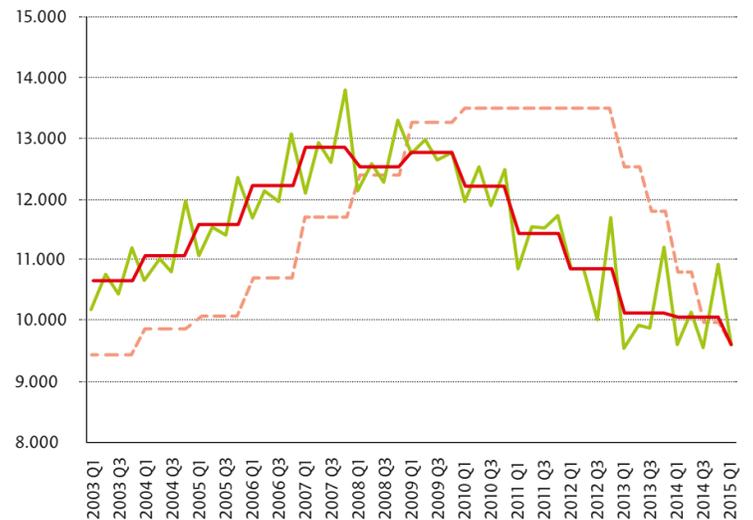
Die Korrelation zwischen Staatskonsum und Beschäftigung ist eindeutig

Circa drei Jahre früher setzten aber bekanntlich auch die schwere Krise in Griechenland und der Absturz der Beschäftigtenzahlen ein. Abb. 3 zeigt denn auch, dass zwischen der Entwicklung des tatsächlichen realen Staatskonsums und der Beschäftigungsentwicklung eine extrem hohe Korrelation besteht. Von 2010 bis 2013 verläuft der Absturz der Beschäftigung parallel zu den Kürzungen des Staatskonsums – wenn man Letzteren denn nur korrekt wiedergibt. Wie konnte es zu dem Datenfehler kommen? Das kann letztlich nur Phelps selbst aufklären, es sieht allerdings so aus, als sei im relevanten Zeitraum bis 2012 die Zeitachse um etwa drei Jahre oder etwa zwölf Quartale verrutscht (s.a. Abb. 2). Bei der Rekonstruktion der Daten in Abb. 1 habe ich daher die Zeitachse um genau drei Jahre verschoben, sodass die Werte für 2003 in Wirklichkeit denen des Jahres 2000 entsprechen. Zusätzlich musste ich das Plateau ein wenig heraufsetzen, da die Werte im Jahresdurchschnitt eigentlich unter 13 Milliarden Euro bleiben und nicht auf 13,5 Milliarden Euro ansteigen.

Für die simple Verschiebung der Zeitachse als Ursache der Verwirrung spricht auch, dass Phelps schreibt: „9,6 Milliarden Euro im ersten Quartal dieses Jahres, das ist sogar mehr als die Ausgaben von 2003.“ In Wirklichkeit lagen die Ausgaben 2003 aber immer über zehn Milliarden Euro. Man muss drei Jahre, ins Jahr 2000, zurückgehen, um im Jahresdurchschnitt Werte zu finden, die unterhalb von 9,6 Milliarden Euro liegen.

Was immer der Grund war: Edmund S. Phelps ist mit seiner Verleugnung der Austerität in Griechenland schlicht im Irrtum. Die Geschichte der Austeritätspolitik und ihrer Wirkungen in Griechenland muss daher nicht neu gedeutet oder gar geschrieben werden.

Abbildung 2: Realer Staatskonsum, quartalsweise und im Jahresdurchschnitt sowie „Staatsausgaben“ gemäß Phelps in Mio. Euro



Quelle: Eurostat sowie eigene Annahmen und Berechnungen

Abbildung 3: Realer Staatskonsum, quartalsweise und im Jahresdurchschnitt in Mio. Euro sowie zivile Beschäftigte in 1000



Quelle: Ameco (Beschäftigung), Eurostat und eigene Annahmen

Öffentliche Investitionen stärken

Warum die europäische Union eine **Goldene Investitionsregel** braucht und wie diese aussehen könnte

TEXT: GEORG FEIGL

Die Europäische Kommission setzte in den letzten Monaten mit einem neuen Investitionsfonds sowie einer minimalen Lockerung der europäischen Fiskalregeln zwei Initiativen zur Stärkung von Investitionen und Beschäftigung. Diese Initiativen bleiben jedoch halbherzig, da die Notwendigkeit für eine substanzielle Ausweitung des Spielraums für öffentliche Investitionen nach wie vor gelehrt wird. Eine von der AK beauftragte Studie zeigt auf, wie eine goldene Investitionsregel in Europa umgesetzt werden könnte.

Auch 2014 kam die Eurozone aus der schlechten wirtschaftlichen Lage nicht heraus. Gemäß aktueller Prognose der EU-Kommission (die jedoch in den letzten Jahren stets zu optimistisch waren) wird die Arbeitslosenrate 2016 immer noch über zehn Prozent betragen und das Inflationsziel verfehlt – trotz Investitionsoffensive, exportfreundlichem Eurokurs und dem Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB. Die Notwendigkeit für einen expansiven Impuls liegt damit auf der Hand.

Europäischer Investitionsfonds als Placebo?

Der Verordnungsentwurf zum neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFIS, in der Debatte oft auch als Juncker-Plan bezeichnet) Mitte Jänner lässt vermuten, dass diese Maßnahme unzureichend bleibt. Nach wie vor bleibt offen, wie praktisch ohne neue öffentliche Mittel zusätzliche Investitionen von über 300 Mrd. Euro ausgelöst werden sollen. Die veröffentlichte Liste an möglichen Projekten deutet vielmehr darauf hin, dass in erster Linie Investitionen getätigt werden, die auch ohne EFIS realisiert werden würden.

Die entscheidende Frage lautet: Warum ist das derzeitige Investitionsniveau so niedrig? Die EFIS-Initiative geht von Finanzierungsproblemen der Unternehmen bzw. bürokratischen und sonstigen Hemmnisse aus. Naheliegender ist jedoch, dass die fehlenden Investitionen auf die anhaltende Nachfrageschwäche zurückzuführen sind, denn selbst in Österreich und Deutschland sind die Investitionen trotz extrem niedrigem Zinsniveau gering. Es dürften also vor allem schlechte Absatzwartungen hinter der schwachen privaten Investitionsentwicklung stehen. Somit hilft aber nur zusätzliche Nachfrage. Von den Löhnen als wichtigste europäische Nachfragekomponente ist angesichts hoher Arbeitslosigkeit und anhaltendem politischem Druck der EU-Kommission wenig zu erwarten. Bleibt die öffentliche Hand, die allerdings durch die europäischen Fiskalregeln blockiert ist.

Der EFIS-Vorschlag ändert daran wenig. Verwiesen wird in erster Linie auf Private-Public-Partnership-Modelle, Outsourcing, kostendeckende Ge-



Georg Feigl fordert statt der Privatisierung öffentlichen Eigentums vielmehr öffentliche Investitionen

bühren und innovative private Finanzinstrumente bzw. -modelle. Es ist wohl kein Zufall, dass nun in Deutschland die Autobahninvestitionen von privaten Investorinnen und Investoren getätigt werden sollen – mit entsprechendem Gewinnaufschlag zulasten der NutzerInnen versteht sich. „Privatisierung für Allianz & Co“, titelte Harald Schumann im *Tagesspiegel*. Dass Ähnliches bald auch in anderen Ländern Europas zu lesen sein wird, dürfte mit dem EFIS durchaus intendiert sein.

Öffentliche Investitionen als Alternative

Der zentrale Lösungsansatz, um die Investitions- und damit Wachstumsschwäche in Europa nachhaltig zu beheben, besteht in einem expansiven Impuls durch öffentliche Investitionen. Bleibt ein solcher aus oder

wird von Ausgabenkürzungen an anderer Stelle wieder zunichtegemacht, wird die Arbeitslosigkeit in der Eurozone wohl auch noch Ende des Jahrzehnts über dem Vorkrisenniveau liegen (s. Abb. 1).

Die Flexibilisierung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, den die EU-Kommission parallel zum EFIS-Entwurf veröffentlicht hat, greift hierfür jedoch viel zu kurz. Zwar wird die Investitionsklausel insofern erweitert, als EFIS-kofinanzierte öffentliche Investitionen von den Europäischen Fiskalregeln ausgenommen werden könnten; Doch sind die Bedingungen zur Aktivierung dieser Klausel so rigide, dass sie kaum einem Mitgliedsstaat Spielräume tatsächlich eröffnen: In Österreich ist die wirtschaftliche Lage nicht schlecht genug. Griechenland, Spanien oder Frankreich könnten sich erst nach Beendigung des laufenden Defizitprogramms qualifizieren. In Italien ist unklar, ob die EU-Kommission die Aktivierung nicht abermals verweigert. Und selbst wenn die Bedingungen erfüllt wären, führt die spezifische Konstruktion der Ausnahmeklausel dazu, dass in den Folgejahren neue Konsoli-

dierungsschritte zur Kompensation der Investitionen zu setzen wären.

Der EFIS und noch mehr die Investitionsklausel greifen folglich viel zu kurz, um einen tatsächlichen Investitionsimpuls auszulösen. Achim Truger, Professor für Makroökonomie und Wirtschaftspolitik an der HWR Berlin, kommt in seiner neuen Studie zum Schluss, dass die Einführung einer goldenen Investitionsregel auf europäischer Ebene – flankiert von kurzfristigen Maßnahmen – die beste Antwort auf die aktuelle Investitionsschwäche ist. Besonders die Entwicklung in der europäischen Peripherie, wo die öffentlichen Investitionen im Zuge der Sparpakete drastisch reduziert wurden, spräche für ein koordiniertes Vorgehen auf europäischer Ebene.

Element einer goldenen Investitionsregel

Insgesamt zeigt Truger zehn Möglichkeiten, wie Investitionen angekurbelt werden können, um kurzfristig Arbeitslosigkeit abzubauen und langfristig für höheren Wohlstand zu sorgen (s. Abb. 2).

Zentral ist die (im Falle von Deutschland und Großbritannien) (Wieder-)Einführung der goldenen Investitionsregel als Investitionsprotokoll, das zum einen per vereinfachtes Vertragsänderungsverfahren rechtswirksam würde und zum anderen eine politische Vereinbarung umfassen könnte, in denen sich die nationalen Regierungen zu höheren öffentlichen Investitionen verpflichten. Eine solche Investitionsregel würde vorsehen, dass die für die europäischen Fiskalregeln relevanten Defizitwerte exklusive öffentlichen Nettoinvestitionen (abzüglich Rüstungsinvestitionen und zuzüglich Investitionsförderungen) berechnet werden. Will man an der – ökonomisch nicht begründbaren – politischen langfristigen Obergrenze für die Staatschuldenobergrenze von 60 Prozent des BIP festhalten, könnten die abzugsfähigen öffentlichen Nettoinvestitionen auf 1,5 Prozent des BIP begrenzt werden.

Dies ist aber nicht der einzige Weg zum Ziel. Naheliegender wäre, die bereits bestehende Investitionsklausel tatsächlich nutzbar zu machen, indem die Kommission auf die restriktiven Bedingungen (besonders schlechte ökonomische Situation, kein laufendes Defizitverfahren, mittelfristige Kompensation etc.) verzichtet. Auch eine Wiederholung eines temporären öffentlichen Impulses ähnlich zum „European Economic Recovery Plan“ in den Jahren 2009/2010 ist als ein Element einer Offensivstrategie vorstellbar.

Welcher Weg auch immer gewählt wird, er wird zu besseren Ergebnissen führen als die bisherige Spar- und Wettbewerbsorientierung und der Hoffnung auf die Investitionstätigkeit Privater durch Finanzierungsanreize.

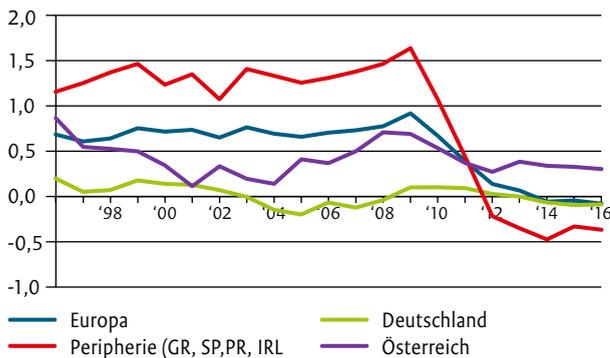


Abbildung 1: Nettoinvestitionen (in % des BIP)

Ziele	Maßnahmen
kurzfristig (Handlungsspielraum innerhalb des bestehenden Regelwerks nutzen, um der Goldenen Regel für öffentliche Investitionen näherzukommen)	
Investitionen stärken + expansiver finanzpolitischer Impuls	(1) aktiverer Gebrauch der „Investitionsklausel“
	(2) befristete Investitionsprogramme zulassen (entsprechend dem EFIS)
	(3) befristete Investitionsprogramme als Strukturreformen interpretieren
	(4) realistische Investitions-Multiplikatoren vorab in Haushaltsanalysen einbeziehen
	(5) in wirtschaftlich schlechten Zeiten Handlungsspielraum nutzen
	(6) bessere Methoden der Konjunkturbereinigung einführen
	(7) befristet höhere Ausgaben mit Blick auf die Europa-2020-Ziele tätigen
	(8) Ausnahme für starken Abschwung in der EU oder der Eurozone nutzen
mittelfristig (feste institutionelle Verankerung der Goldenen Investitionsregel)	
EU-Implementierung	(8) „Investitionsprotokoll“ als Anhang des Vertrags (vereinfachtes Vertragsänderungsverfahren, Art. 48)
nationale Implementierung	(10) nationale Gesetzgebung ändern, um Abzug der öffentlichen Netto-Investitionen vom Defizit zu erlauben

Abbildung 2: 10 Möglichkeiten, um Investitionen zu stärken und eine expansive Finanzpolitik in Europa zu unterstützen

3. Wien, Europa

32

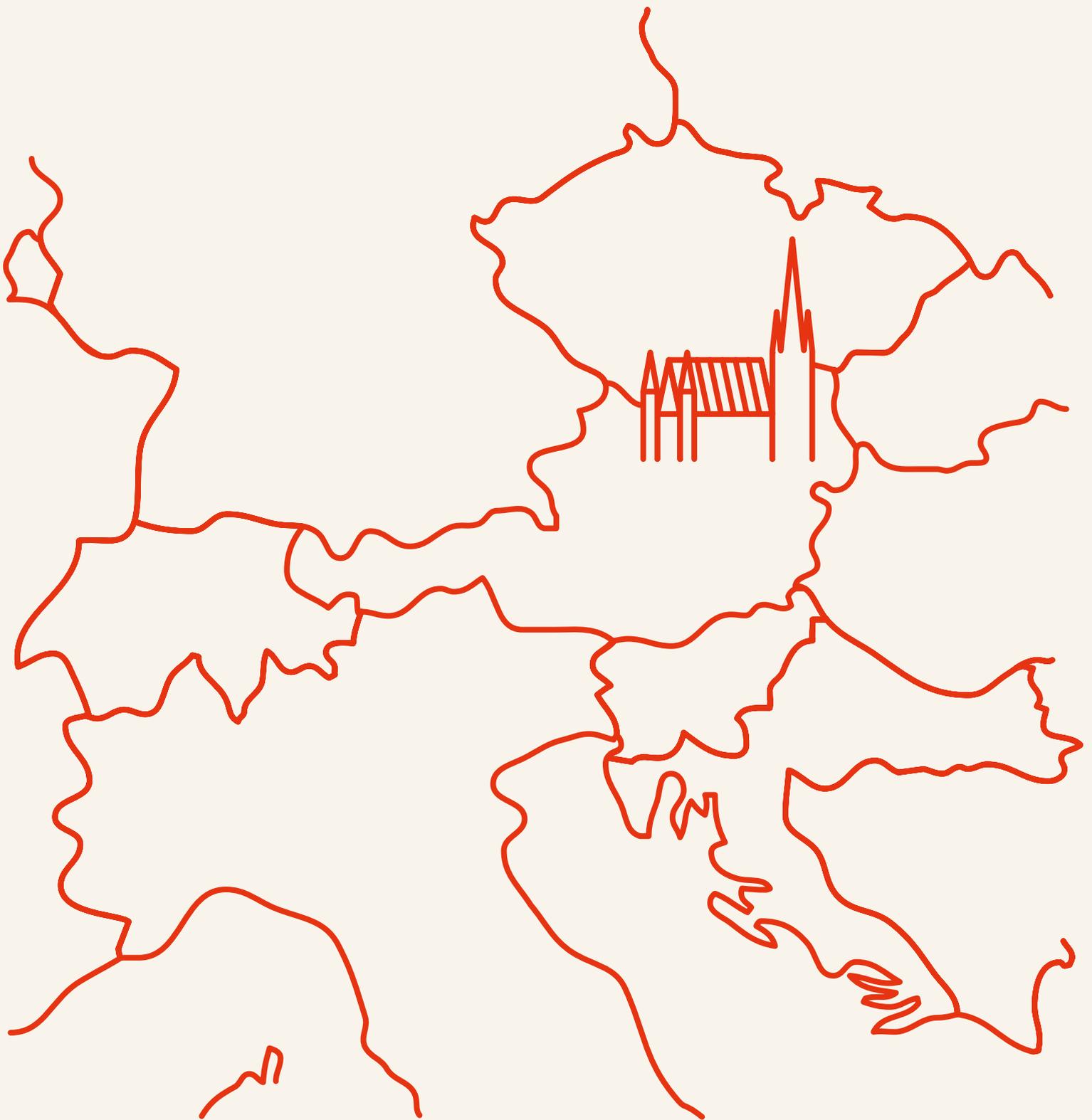
Joseph Gepp über den Kampf zwischen Liberalisierern und Verfechtern öffentlichen Eigentums in der EU

34

Josef Redl über das Zahlenwerk des roten Wien und warum die Stadt weiter Schulden machen wird müssen

36

Markus Marterbauer über die reiche Stadt Wien und warum man sich über deren Verschuldung nicht sorgen muss



Haut die EU die Mittelschicht aus dem Gemeindebau?

Bürgermeister Michael Häupl warnt vor einem Anschlag auf den sozialen Wohnbau durch die EU-Kommission. Zu Recht?

BERICHT: JOSEPH GEPP

Auf knappen vier Seiten blasen Europas Bürgermeister zum Aufstand. Von Amsterdam bis Zagreb, von Barcelona bis Bukarest haben sich 30 Stadtchefs aller politischen Lager vereint und eine Resolution verfasst. Sie fühlen sich nicht „respektiert“, schreiben sie. Und sie bangen um ein Herzstück kommunaler Politik: den sozialen Wohnbau.

Dieser müsse auch künftig „für breite Schichten der Bevölkerung zugänglich sein“, heißt es in dem Schreiben, das im Jänner 2014 an die EU-Kommission in Brüssel ging. Aktuelle Pläne der Kommission, so die Bürgermeister, könnten die Zukunft des sozialen Wohnbaus gefährden und das Leben in Großstädten teurer und unangenehmer machen. Initiator der Aktion ist Wiens rot-grüne Stadtregierung. Sie hat besonders viel zu verlieren, wohnen doch 60 Prozent der Wiener in städtisch geförderten Gemeindegewerkschaftswohnungen.

Immer wieder erregt die mögliche Privatisierung der Wasserversorgung die europäischen Gemüter - jetzt mobilisieren Bürgermeister auch gegen Wohnbaupläne. Agiert die EU allzu liberalisierungs- und privatisierungsfreudig? In vergangenen EU-Wahlkämpfen jedenfalls haben sich Europas Sozialdemokraten, vom EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz abwärts, des Themas angenommen. Auch heimische SPÖ-Politiker wie EU-Parlamentarier Eugen Freund oder Wiens Bürgermeister Michael Häupl trommeln neuerdings gegen den Neoliberalismus der EU. Vergessen scheint, dass bis zur Krise auch sozialdemokratische Politiker wie Gerhard Schröder oder Tony Blair maßgeblich für Liberalisierungen eintraten.

Europas Sozialdemokraten betreten damit ein Feld, das zuvor vor allem NGOs und Gewerkschaften beackert haben. Entscheidende Akteure in der EU, kritisieren diese schon seit Jahren, würden blind auf den Markt vertrauen. Die Bürgerinitiative Right2Water etwa, die Wasserversorgung als Grundrecht außerhalb des Marktes fordert, organisierte vergangenes Jahr fast zwei Millionen Unterschriften. Vor allem bei der sogenannten „Daseinsvorsorge“, also etwa Wasser, Müll oder Offis, lehnen die Bürger Privatisierungen ab - das zeigt auch eine Studie, die dem Falter exklusiv vorliegt. Adressat der Kritik ist meist die EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker, jene Behörde, die EU-Gesetze vorschlägt und über die Einhaltung der Verträge wacht.

Aber ist der Widerstand auch berechtigt? Oder basiert er auf Linkspopulismus und Anti-EU-Ressentiment, wie Kritiker meinen? Wer sich diese Frage anschaut, stellt zunächst fest: Die EU ist nicht gleich die EU. Akteure arbeiten gegeneinander; Interessen von Gemeinschaft und Einzelstaaten

Zwei Studien zum Thema

Daniel Seikel, 2011: Wie die Europäische Kommission Liberalisierung durchsetzt (man findet sie auf Google mit den Schlagworten „Seikel Kommission Liberalisierung“)

Susanne Halmer/Barbara Hauenschild, 2014: (Re-)Kommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU (nachzulesen auf www.politikberatung.or.at)

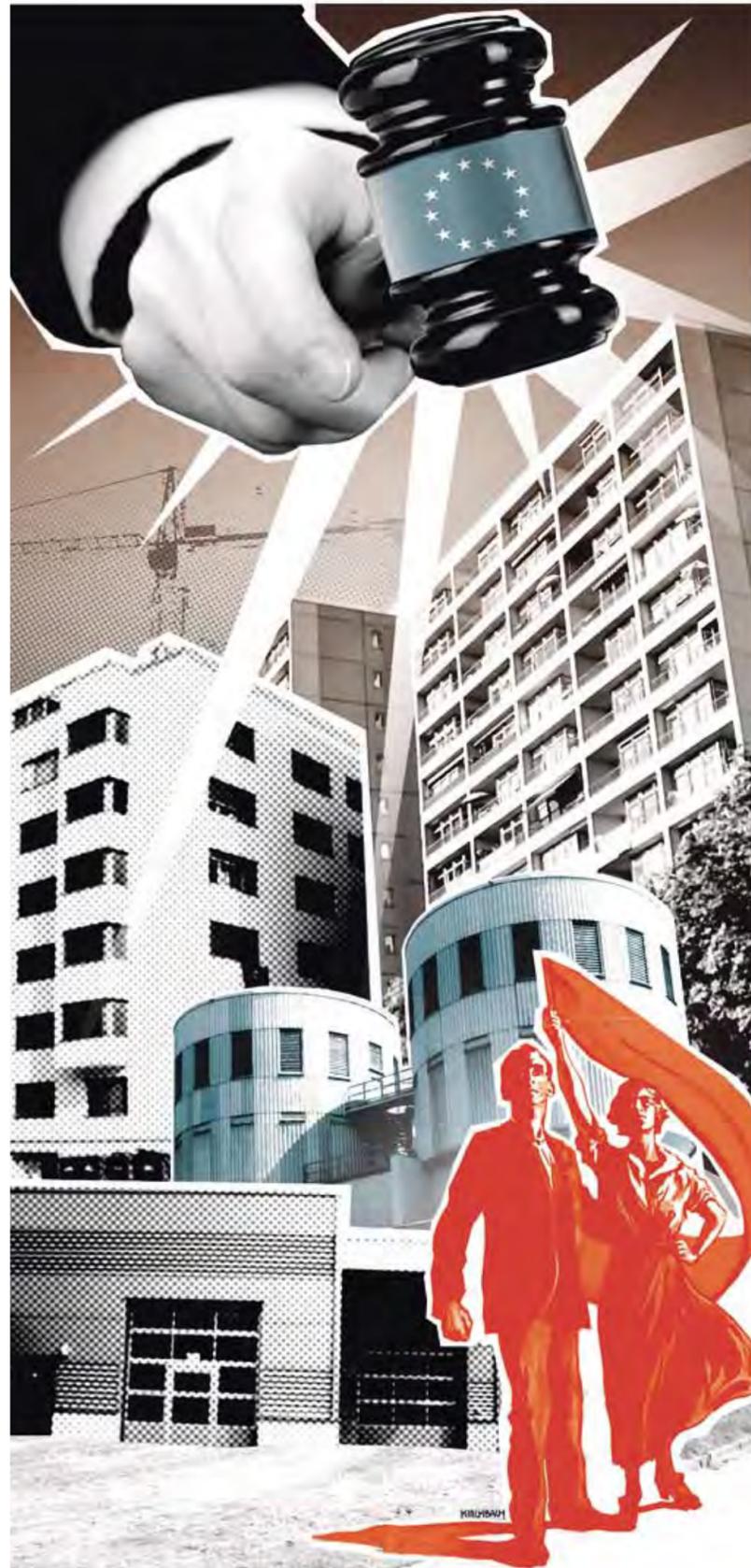


ILLUSTRATION: P. M. HOFFMANN

fließen kompliziert ineinander. Unbestritten gibt es aber in diesem Gefüge eine Entwicklung hin zu mehr Liberalisierung.

Liberalisierung bedeutet, dass Regeln geschaffen werden, damit in vormalig staatliche Monopole Wettbewerb einzieht. In der Praxis folgt auf Liberalisierung oft Privatisierung. Aber ist das denn so schlecht? Und wie kam es überhaupt dazu?

Wer das wissen will, muss zurück ins Jahr 1957. Damals unterschrieben die Gründungsstaaten der späteren EU die Römischen Verträge. Dienstleistungen und Waren sollten frei zwischen Mitgliedern zirkulieren. Damit das aber fair abläuft, darf kein Staat seine Güter subventionieren. Jede staatliche Unterstützung, die Europas „Wettbewerb verfälscht“ und „den Handel zwischen Mitgliedsstaaten beeinträchtigt“, ist „mit dem Binnenmarkt unvereinbar“ - und somit verboten, heißt es im Artikel 107 des EU-Grundlagenvertrags.

Dass theoretisch auch eine städtische Müllabfuhr oder ein Wasserwerk den Wettbewerb verfälschen könnte, daran dachten die Gründerväter 1957 nicht. Und doch ist es heute ein Stück weit so: Sobald irgendjemand in der EU eine private Müllabfuhr gründet, hat diese ja potenziell einen Wettbewerbsnachteil gegenüber der staatlich finanzierten. Doch solche Szenarien schienen in den 1950ern absurd. Zu selbstverständlich war es, dass die Grundversorgung immer in staatlichen Händen bleiben würde.

Heute jedoch tobt auf EU-Ebene ein ständiger Kampf darum, welche Bereiche man vom Binnenmarkt ausnehmen soll, weil sie als Grundversorgung allen Menschen zugänglich sein müssen. Seit den späten 1980er-Jahren drehen sich unzählige Kommissionsentscheide, EuGH-Prozesse und EU-Richtlinien darum: Was sind Ausnahmen? Und was, wenn es dann trotzdem noch irgendwo in Europa private Konkurrenz gibt? Was nicht dezidiert vom Markt ausgenommen ist, unterliegt ihm - eine Konstellation, die, wie Kritiker meinen, alles Öffentliche in Europa erodieren lässt.

So wie derzeit beim sozialen Wohnbau. Hier beginnt die Geschichte im Jahr 2005 in den Niederlanden. Zwei private Immobilieninvestoren wenden sich an die damalige Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes, selbst Niederländerin. Wohnbaugenossenschaften, die mit staatlicher Unterstützung geförderte Wohnungen errichten, würden vom Staat bevorzugt, argumentieren die Investoren - und das verschaffe ihnen Wettbewerbsvorteile. Kommissarin Kroes entscheidet: Sozialer Wohnbau dürfe künftig nur den Ärmsten zugutekommen; alles andere verzerre den europäischen Wettbewerb.

In der Folge mussten die Niederlande im Jahr 2010 die Einkommensgrenzen senken. Nun darf nur noch in den Genossenschaftsbau, wer weniger als 33.000 Euro im Jahr verdient

- zuvor waren es 38.000 Euro. Zum Vergleich: In Wien liegt die Einkommensgrenze bei 42.000 Euro. Über eine halbe Million Niederländer verloren damit das Recht auf eine geförderte Wohnung. „Das ist fatal für die soziale Durchmischung“, sagt Barbara Steenbergen vom internationalen Mieterbund IUT. „Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Ghettos entstehen.“

Hintergrund: Viele Städte, auch Wien, lassen bewusst auch die Mittelschicht in geförderte Wohnungen ziehen. Das soll verhindern, dass sich Arme zusammenballen; auch sollen dadurch Wohnpreise in Städten insgesamt nicht allzu hoch werden.

Zwar betreffen die Änderungen vorerst nur die Niederlande - denn die Verfahren der Kommission befassen sich immer nur mit einzelnen Mitgliedsstaaten. Doch die Causa könnte Investoren dazu bringen, in anderen Ländern ebenfalls einzufordern, was sie für ihr Recht halten.

Wer in den Archiven des EU-Wettbewerbskommissariats stöbert, stellt fest: Wie beim Wohnbau gibt es unzählige Verfahren wegen mutmaßlicher Wettbewerbsverzerrung. Allein Österreich betreffend finden sich 583 Fälle. Sie reichen von Förderungen von Biomasse-Anlagen in Vorarlberg bis hin zur Gebührenfinanzierung des ORF. Bekanntester Fall: die Kärntner Hypo, die laut EU innerhalb bestimmter Fristen völlig verkauft sein muss - denn andauernde Staatshilfen sind mit dem Binnenmarkt nicht vereinbar.

Meist reagiert die Kommission mit solchen Verfahren auf die Beschwerden Privater, manchmal wird sie aber auch selbst tätig. Oft enden sie mit Kompromissen zwischen Kommission und Mitgliedsstaat. NGOs kritisieren die Verfahren als intransparent, weil allein Kommissionsbeamte über sie entscheiden. Immer wieder werden auch Lobbyismus-Vorwürfe laut, etwa bei der Frage nach den Beratern von EU-Kommissaren. Der deutsche Politologe Daniel Seikel ortete 2011 in einer Studie über die Liberalisierung deutscher Landesbanken einen „liberalisierungs- und integrationsfreundlichen Aktivismus der Kommission“. Sie handle „proaktiver, als man es sich von einer neutralen Behörde erwarten würde“. Die zuständigen Stellen in der EU-Kommission waren für den Falter nicht zu sprechen.

Die Verfahren wegen Wettbewerbsverzerrungen sind aber nur eine Art, wie die EU-Kommission Liberalisierungen vorantreibt. Eine zweite sind Richtlinien zur Li-



Die Krise verändert den Diskurs: **Martin Schulz**, EU-Parlamentspräsident, trat als Kandidat für die Kommissionspräsidentenschaft gegen den Neoliberalismus der EU auf

beralisierung. Dabei handelt es sich um Gesetzesvorgaben für die Mitgliedsstaaten, die von Kommission, Rat und EU-Parlament zusammen beschlossen werden.

Die Geschichte dieser Richtlinien beginnt in den 1980er-Jahren. Damals schwächelte die Wirtschaft. Vom Vordringen des freien Marktes in vormalig staatliche Bereiche erhofften sich Mitgliedsländer wie Kommission neues Wachstum. Überall schuf man also Regeln, damit private Konkurrenten am Wettbewerb teilnehmen können. Es begann mit Telekommunikation, dann folgten Elektrizität, Postwesen und Bahn. Vor-

geschrieben wurde etwa, wie staatliche Unternehmen organisiert sein müssen. Oder dass Kunden die Möglichkeit eines raschen Umstiegs auf private Anbieter zu ermöglichen ist.

Die Abschaffung der Monopole erfolgte scheinbar, erklärt der Politologe Christoph Herrmann vom Wiener Institut Forba. Beim Strom etwa wurde erst der Markt für Großkunden liberalisiert, dann jener für kleine. Beim Postwesen ging es von Paketen zu Briefen. Was diese Liberalisierungen gebracht haben, darüber gehen die Meinungen heute stark auseinander.

Gewerkschaftsnahe Experten betonen Arbeitsplatzverluste und schlechtere Arbeitsbedingungen in betroffenen Branchen - und kaum Vorteile für den Konsumenten. Bei der Liberalisierung der europäischen Energiemärkte beispielsweise wurden „öffentliche Monopole durch private Oligopole ersetzt“, sagt der Arbeiterkammer-Experte Oliver Prausmüller.

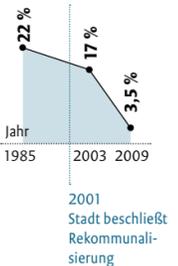
Wirtschaftsliberale Fachleute hingegen heben Erfolgsgeschichten früherer Staatsfirmen gern hervor, die unter liberalisierten und oft teilverprivatisierten Umständen expandieren konnten. Mitunter räumen sie aber auch ein, dass Privatisierungen in Branchen mit teuren und wartungsintensiven Netzen schwierig sein können. „Privatisierungen sind dann erfolgreich, wenn Wettbewerbsmärkte vorliegen“, sagt etwa Wifo-Ökonom Michael Böheim. Als erfolgreiche Beispiele in Österreich nennt er Industriebetriebe wie die Voest und Boehler-Uddeholm.

Obwohl Kommunen hauptsächlich über Einrichtungen mit Netzen verfügen, privatisierten sie nach der Jahrtausendwende dennoch eifrig - getrieben von EU-Liberalisierungen und dem Glauben an einen schlanken Staat. Inzwischen jedoch scheint man die Maßnahmen vielerorts zu bereuen. „Bei hunderten Gemeinden in Europa beobachten wir Rekommunalisierungen“, sagt die Soziologin Barbara Hauenschild. Sie hat zusammen mit Susanne Halmer im Auftrag der SPÖ-nahen Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung eine Studie zum Thema erstellt.

Oft angetrieben von Bürgerinitiativen, haben europäische Städte in den vergangenen Jahren massiv Anlagen zurückgekauft, vom Kraftwerk über die Müllabfuhr bis zur Kläranlage. Die Beispiele reichen von den Pariser Wasserwerken bis zu Straßenlaternen in Düren, Nordrhein-Westfalen. Viele Fälle finden sich in Deutschland - Österreich hielt sich bei der Privatisierung städtischer Infrastruktur stets vergleichsweise zurück. Die Gründe für Rekommunalisierung sind immer die gleichen: gestiegene Preise, Wartungsmängel und schlechte Servicequalität infolge der Privatisierung.

Der soziale Wohnbau jedoch ist von der Rekommunalisierungswelle kaum betroffen. Er verblieb, zumindest in Österreich und Deutschland, weitgehend in kommunaler Hand. Damit das so bleibt, verlangten die 30 Bürgermeister 2014 vom damaligen Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia, dass sozialer Wohnbau als Ausnahme vom europaweiten Wettbewerb definiert wird. Und zwar unabhängig von jeglicher Einkommensgrenze.

Zum Beispiel Paris:



Seit die Pariser Stadtregierung 2001 mehr Kontrolle durchgesetzt hat, gingen die Rohrbrüche im privatisierten Leitungssystem massiv zurück. Die Wasserpreise stiegen von 1985 bis zur endgültigen Rekommunalisierung 2010 um 265 Prozent - die Inflation im selben Zeitraum betrug nur 71 Prozent

Quelle: Hauenschild/Halmer

Die roten Zahlen des roten Wien

Finanzstadträtin Renate Brauner versucht, die Krise mit Investitionen zu bekämpfen. Nun müssen auch die Herausforderungen eines rasanten Bevölkerungswachstums finanziert werden

BILANZ: JOSEF REDL

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wien für das Jahr 2014 ist ein Dokument für Feinspitze der gepflegten Excel-Tabelle. Auf 400 Seiten legt die Stadt Wien Bilanz. Über Einnahmen und Ausgaben, Beteiligungen, Verbindlichkeiten und Vermögenswerte. Im Großen, aber vor allem auch im Kleinen. Ein Auszug aus der Inventarliste gefällig? Die Stadt Wien verfügte im Jahr 2014 unter anderem über Liegenschaften im Ausmaß von 496.847.603 Quadratmetern, 445 Brücken, 29.172 Quadratmeter Fußgängerpassagen, 71 Verwaltungsgebäude, 297 Schulgebäude, 1206 Waschmaschinen, 1204 Rasenmäher, drei Lokomotiven, 73 Akkordeons. Aber was sagen solche Zahlenkolonnen über den Reichtum einer Stadt aus?

Wenig. Vielleicht umgekehrt: Mit 31.12.2014 betrug der Schuldenstand Wiens 4,89 Milliarden Euro. Vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise waren die Verbindlichkeiten nicht einmal halb so hoch. In den Jahren 2005 bis 2008 waren es verlässlich zwischen 1,39 Milliarden Euro und 1,55 Milliarden Euro. Man könnte meinen, da sei etwas gewaltig aus dem Ruder gelaufen. Investiert Finanzstadträtin Renate Brauner Wien aus der Krise? Oder können vielleicht Sozialdemokraten wirklich nicht wirtschaften, wie die ÖVP gerne erzählt? Vielleicht ist alles aber doch nicht ganz so einfach.

Eine wirtschaftliche Gesamtbetrachtung der Stadt Wien ist ein kompliziertes Unterfangen. Da wäre schon die Frage der geografischen Eingrenzung. Die Wiener Wirtschaft hört nicht an den Stadtgrenzen auf. Auch wenn sie im Speckgürtel um Wien

und noch weiter entfernt ihren Wohnsitz haben – 200.000 Menschen, die täglich in die Stadt pendeln, finden hier Arbeit. Und nicht in Niederösterreich. Auch die Kaufkraft, die sich über die Shoppingmalls auf den ehemals grünen Wiesen an den Autobahn-Stadtausfahrten ergießt, wurde großteils in Wien erwirtschaftet.

Jedem seine Schulden

Und: Womit sollte man Wien am besten vergleichen? Mit anderen Bundesländern, anderen europäischen Metropolen? Allein innerhalb Österreichs scheitert man schon an der Datenlage. Die neun Bundesländer leisten sich – ein Hoch dem Föderalismus! – völlig unterschiedliche Bilanzierungsmethoden. Noch. Im April 2015 wurde eine neue Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung, wie es im Verwaltungsjargon heißt, auf den Weg gebracht. Damit sind Bund, Länder und Gemeinden in Zukunft verpflichtet, nach ähnlichen Prinzipien zu bilanzieren.

Bis dahin ist allein schon der Vergleich der Verbindlichkeiten mit großen Unsicherheiten verbunden. Der Rechnungshof hat in der im Sommer 2015 veröffentlichten Berichtsserie „Konsolidierungsmaßnahmen der Länder“ den Versuch unternommen und ist dabei auf teilweise völlig unterschiedliche Methoden der Verbücherung von Schulden gestoßen. Insgesamt 15 Varianten kennen die neun Bundesländer, um Schulden in ihren Haushalten darzustellen. „Die unterschiedlichen Arten von Verbindlichkeiten (Schuldenarten) in den Rechnungsabschlüssen, die zudem nicht inhaltlich definiert waren, erschwerten einen Vergleich der



Renate Brauner ist seit 2007 Finanzstadträtin von Wien. Und macht dabei ganz bewusst Schulden

FOTO: HERIBERT CORN

tatsächlichen Verschuldungssituation zwischen den Ländern und der Stadt Wien“, resümiert der Rechnungshof trocken.

Hällöchen, Milliarden

„Wir haben uns ganz bewusst entschieden, der Wirtschaftskrise mit Investitionen zu begegnen“, sagt Renate Brauner. Sie sitzt als Finanzstadträtin an den wirtschaftlichen Schalthebeln der Stadt. Die studierte Ökonomin hat ihren Keynes gelesen – und wendet ihn an. John Maynard Keynes (1883–1946) vertrat in seinen Schriften die Ansicht, dass einer schwachen Konjunktur in erster Linie durch höhere Investitionen beizukommen ist. Als Brauner im Jänner 2007 das Amt der Finanzstadträtin übernahm, dräute bereits die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Schuldenmachen gehört seitdem ganz im Sinne von Keynes zu ihrem Geschäft. Wobei, „Schuldenmachen“ sagt die SPÖ-Stadträtin nicht. Sie nennt es die „maßvolle Aufnahme von Fremdmitteln“. Aber welches Maß legt Renate Brauner an? „Die Schuldenquote beträgt in Wien nicht ganz sechs Prozent des Bruttoregionalproduktes. Die Maastricht-Vereinbarungen erlauben 60 Prozent, davon sind wir weit entfernt“, so Renate Brauner. Die umgängliche Stadträtin, die ohne Ansicht von Rang und Namen jeden Menschen mit einem jovialen „Hällöchen“ grüßt, macht im persönlichen Gespräch keinen Hehl daraus, dass sie von einer Schuldenkonsolidierung – derzeit – nicht viel hält.

Schulden und Sühne

Die Neos haben sich im Wahlkampf auf die Finanzgebarung der Stadt Wien eingeschossen, sogar eine Art Kampfschrift mit dem Titel „Fifty Shades of Red“ verfasst. Die Anlehnung an die Soft-Sadomaso-Literatur erschließt sich nicht ganz. Abgesehen von der mittlerweile gewohnt-aggressiven Wortwahl („fett, faul und korrupt“) haben sich die Neos aber auch eingehend mit den veröffentlichten Zahlen der Stadt Wien beschäftigt. Ein wesentlicher Kritikpunkt: Der offizielle Schuldenstand Wiens müsste um die Verbindlichkeiten der ausgelagerten Unternehmen wie beispielsweise Stadtwerke, Wien Holding, Wiener Wohnen und Krankenanstaltenverbund ausgeweitet werden. In der Wiener SPÖ hat man für die Attacken der Neos eine klare Erklärung. Die Neoliberalen wollen der Privatisierung von Gemeindegut das Wort reden. Sobald man den Verbindlichkeiten von Wiener Wohnen (2,8 Milliarden Euro) das bestehende Immobilienvermögen – 220.000 Gemeindegewohnungen – gegenüberstellt, könnte man auf die Idee der Schuldenkonsolidierung durch Privatisierung kommen. Ähnlich habe es Karl-Heinz Grasser unter Schwarz-Blau mit dem skandalumwitterten Verkauf von 60.000 Bundeswohnungen (Buwo) getrieben.

Unternehmen Stadt

Tatsächlich ist es schwierig, die Unternehmen der Stadt von der Stadt zu trennen. Nicht umsonst lautete der volle Titel von

Renate Brauner bis vor kurzem „Amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke“ (mittlerweile wurden die Stadtwerke ins Umweltressort eingegliedert). An den Stadtwerken lässt sich viel von dem erzählen, was Wiens Wirtschaft ausmacht. Unter der Wiener Stadtwerke Holding AG sind einige der wichtigsten Versorgungsunternehmen der Stadt gebündelt: Wien Energie, Wiener Netze, Wiener Linien, aber auch Bestattung und Friedhöfe Wien.

Im Gegensatz zu zahlreichen anderen europäischen Großstädten hat die Wiener Stadtregierung stets jedweder Privatisierungsverlockung widerstanden. Das mag sich – nach rein bilanziellen Gesichtspunkten – in einem höheren Schuldenstand ausdrücken. Der Stadtwerke-Konzern sitzt auf Verbindlichkeiten in der Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Andererseits haben die Wiener Stadtwerke großen Einfluss auf die Wiener Wirtschaft und können in konjunkturschwachen Jahren lenkend eingesetzt werden.

Die Wiener Ökonomin Agnes Streissler-Führer hat 2014 im Auftrag der Stadtwerke deren volkswirtschaftlichen Effekt ermesen. Mit ihren 16.000 Mitarbeitern setzen die Stadtwerke operativ rund drei Milliarden Euro im Jahr um. Insgesamt errechnet Streissler-Führer für die Stadtwerke eine Wertschöpfung von 4,8 Milliarden Euro im Jahr, damit werden rund 51.000 Arbeitsplätze gesichert. Insbesondere bei der Konzerntochter Wiener Linien ist der Übergang zwischen Stadt und Stadtwerken fließend. Der Durchgriff macht verkehrspolitische Maßnahmen möglich: In Wiens dicht ausgebautem öffentlichem Verkehrsnetz kos-

Ausgaben der Stadt Wien 2014



Bildung
1.384,05 Mio. Euro



Kinderbetreuung
728,52 Mio. Euro



Gesundheit
1.972,50 Mio. Euro



Soziales
1.505,63 Mio. Euro



Wirtschaftsförderung
116,20 Mio. Euro

tet die Jahreskarte 365 Euro – in Berlin oder Kopenhagen über 700. Das rot-grüne Prestigeobjekt entlastet den einzelnen Öffi-Fahrer, belastet dafür aber die Stadtkasse: Die Wiener Linien erhielten im Vorjahr für den laufenden Betrieb einen Zuschuss von 320 Millionen Euro.

Strukturwandel

„Wien hat im Vergleich zu anderen Metropolen eine eindeutige Spezialisierung geschaffen“, sagt Peter Mayerhofer, Experte für Strukturwandel und Regionalentwicklung am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo). In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Anzahl der im industriellen/produzierenden Sektor Beschäftigten halbiert. Dafür ist in Wien ein dominanter Dienstleistungssektor gewachsen, der für rund 85 Prozent der Wertschöpfung verantwortlich ist. Mit hochqualifizierten Jobs, hohen Gehältern und hoher Produktivität. „Die Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft ist im Vergleich mit anderen Großstadtreionen nicht schlecht“, so Wirtschaftsforscher Mayerhofer. Die Wirtschaftsleistung des durchschnittlichen Wieners – also das Bruttoregionalprodukt pro Kopf – lag im Jahr 2013 laut Statistik Austria bei 47.236 Euro. Das ist der Spitzenwert unter Österreichs Bundesländern (siehe Grafik). Aber auch deutlich über dem Schnitt der 28 EU-Metropolregionen (26.600 Euro).

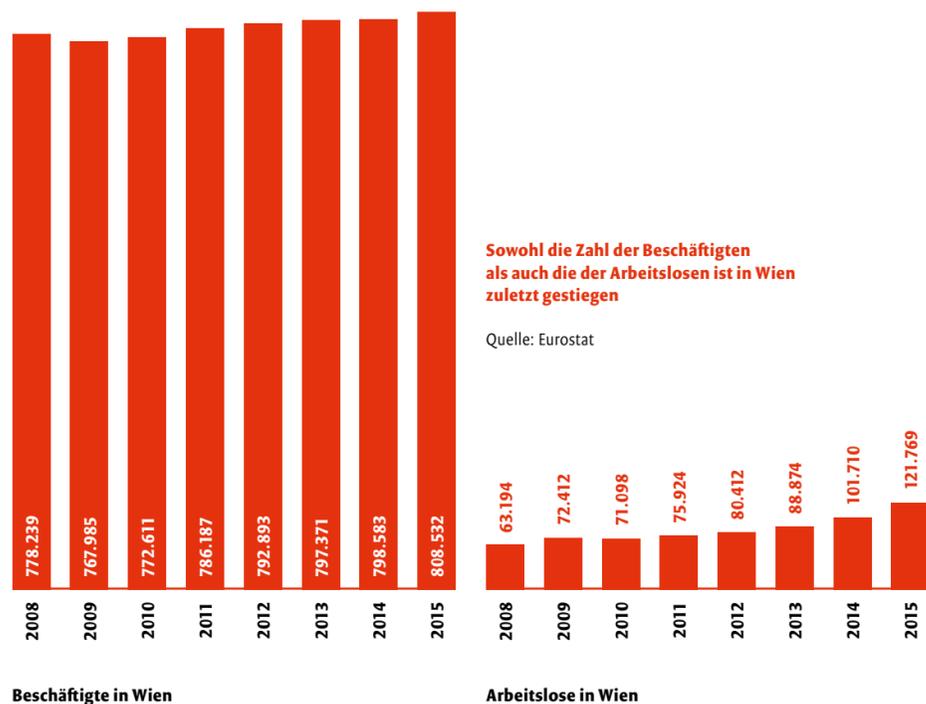
Arbeitsplatz-Paradoxon

Die hohe Wirtschaftsleistung der Wiener führt aber auch zu einem nachteiligen Effekt in Zeiten schwacher Konjunktur. Üb-

licherweise gilt die volkswirtschaftliche Faustregel, dass ab einem Wirtschaftswachstum von zwei Prozent neue Arbeitsplätze geschaffen werden. „Die Produktivität in Wien führt dazu, dass sich erst bei rund drei Prozent Wirtschaftswachstum positive Effekte für den Arbeitsmarkt einstellen“, sagt Renate Brauner. Der Zuzug nach Wien ist neben der schwachen Konjunktur die größte Herausforderung der Wiener Wirtschaft. Derzeit wächst Wien um jährlich 25.000 Menschen. Das führt auch zu dem Paradoxon, dass gleichzeitig Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wachsen. Zwischen 2011 und 2015 ist die Zahl der beschäftigten Personen in Wien zwar von 786.187 auf 808.532 gestiegen, dafür gibt es statt 75.924 Arbeitslosen im Jahr 2011 mittlerweile 121.769 ohne Beschäftigung. „Das dynamische Bevölkerungswachstum bringt auch auf dem Arbeitsmarkt Probleme mit sich“, sagt Wifo-Experte Peter Mayerhofer. Insbesondere, da Wiens Wirtschaft zwar ständig auf der Suche nach gut ausgebildeten ist, aber mehr als die Hälfte (52,4 Prozent) der Wiener Arbeitslosen nur einen Pflichtschulabschluss haben.

In zehn Jahren wird Wien rein rechnerisch um die zweitgrößte Stadt Österreichs, Graz, gewachsen sein. Wien hat sich gemeinsam mit den anderen Ländern und Gemeinden im Stabilitätspakt zwar dazu verpflichtet, ab 2016 mehr oder weniger ausgeglichen zu bilanzieren. Die anstehenden Investitionen in Infrastruktur, Wohnbau und Qualifikation wird Wien aber kaum aus den laufenden Einnahmen finanzieren können.

Mit anderen Worten: Wien wird zusätzliche Schulden machen müssen. ❗



Im internationalen Vergleich ist Wiens Wirtschaftsleistung konkurrenzfähig. Wachstum bleibt allerdings aus

Quelle: Eurostat





Eine reiche Stadt wächst schnell

Das rasche **Wachstum Wiens** bringt wirtschaftliche Dynamik, aber auch viele soziale Probleme mit sich

TEXT: MARKUS MARTERBAUER

Die Stadt Wien war im Jahr 2014 mit 4,9 Milliarden Euro verschuldet, das sind 2748 Euro je Einwohner. Das liegt unter dem Durchschnitt der anderen Bundesländer, er beträgt für Länder und Gemeinden 2951 Euro pro Kopf. Um den Spitzenplatz ringen die beiden notorischen Verschuldungsmeister Kärnten mit 4272 Euro sowie Niederösterreich mit 4270 Euro.

Doch die Zahlen seien schön, heißt es, Wien stehe nur deshalb gut da, weil ein Großteil der Verschuldung in ausgegliederten Unternehmen versteckt sei. Ein Blick auf die Daten ändert am Bild allerdings wenig. Inklusive ausgegliederter Einheiten steigt zwar die Verschuldung der Stadt Wien um fast eine Milliarde Euro und 3218 Euro pro Kopf, doch auch in den anderen Bundesländern wird ausgegliedert, dort steigt die Verschuldung auf fast 4000 Euro pro Kopf, Kärnten und Niederösterreich bewegen sich sogar um die 6000 Euro.

Allerdings ist die Verschuldung der Stadt Wien in den letzten Jahren markant gestiegen, 2008 betrug sie noch 1,5 Milliarden Euro oder knapp 900 Euro je Einwohner. Der Anstieg ist vor allem ein Ergebnis der europaweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die seit 2008 andauert und die Abgabeneinnahmen aller öffentlichen Haushalte gebremst hat. Wien hat zusätzlich versucht, aktiv dem Wirtschaftseinbruch und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenzusteuern, und die öffentlichen Investitionen markant ausgeweitet.

Bestimmt wäre es ökonomisch unvernünftig, potemkinsche Dörfer zu bauen, nur um in einer Wirtschaftskrise Beschäftigung zu sichern. Doch in Wien ist die Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen gut begründet. Denn die Zahl der Einwohner nimmt stark zu, zuletzt um etwa 25.000 pro Jahr, und damit steigt auch der Bedarf an öffentlicher Verkehrsinfrastruktur, sozialem Wohnbau, Bildungs- und Sozialeinrichtungen.

Wichtigste Herausforderung: Infrastruktur ausbauen

Aus ökonomischer Sicht spricht alles dafür, die notwendige Infrastruktur für die



Markus Marterbauer fragt, was es mit der Rede einer Finanzierung öffentlicher Investitionen „auf Pump“ auf sich hat

rasch an Bevölkerung zunehmende Stadt über Kredite zu finanzieren und nicht durch die Höhe der laufenden Steuereinnahmen zu begrenzen. Doch die europäischen Fiskalregeln sehen das ganz anders. Nicht einmal die bei rasch wachsender Bevölkerung unverzichtbaren Investitionen in die kommunale Infrastruktur werden vom Nulldefizitwahn verschont. Hier gefährden gescheiterte wirtschaftliche Ideologien die Zukunft einer Stadt und ihrer Menschen.

Trotz der vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die vor allem in der stark steigenden Arbeitslosigkeit und den Herausforderungen der Integration von Migranten und Flüchtlingen bestehen, ist die wirtschaftliche Ausgangsposition der Stadt Wien relativ bequem. Dies beruht vor allem auf der leistungsfähigen Wirtschaft, der Ertragskraft der gut ausgebauten sozialen Dienstleistungen und dem hohen Wohlstand. Der Reichtum Wiens zeigt sich im privaten Vermögen, das trotz der Finanzkrise so hoch ist wie nie zuvor, ein Vielfaches der öffentlichen Verschuldung beträgt, aber extrem konzentriert ist. Im Unterschied zu Berlin, das mit „arm und sexy“ warb, und vielen anderen Städten ist in Wien auch das öffentliche Vermögen hoch. Die Stadt verfügt über hohe Immobilienbestände und wertvolle Unternehmensanteile.

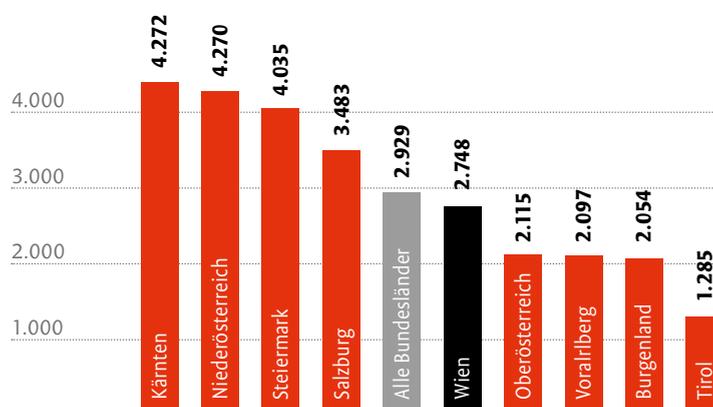
le. Wahrscheinlich ist das öffentliche Vermögen sogar höher als die öffentliche Verschuldung, bislang ist es allerdings nicht bewertet. Wien ist reich und lässig, aber nicht ohne Probleme und Herausforderungen.

Deren wichtigste besteht in der Sicherung der Lebensqualität für alle sozialen Schichten, am besten durch eine Grundversorgung aller Menschen mit öffentlicher Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen. Das verlangt nach zusätzlichen Investitionen in den öffentlichen Verkehr und den sozialen Wohnbau sowie einer Sicherung der Qualität des Gesundheitswesens, des Bildungssystems, der Sozialarbeit und anderer sozialer Dienstleistungen.

Mehr Flexibilität bei den EU-Fiskalregeln unverzichtbar

Deshalb müssen die europäischen Fiskalregeln stärker den nationalstaatlichen und regionalen wirtschaftlichen Erfordernissen angepasst werden. Besonders dringend ist die Einführung einer „goldenen Regel öffentlicher Investitionen“. Öffentliche Investitionen haben über Generationen hinweg positive Wirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung. Würden sie nur durch laufende Steuern finanziert, so zahlte die heutige Generation die gesamten Investitionskosten, während auch zukünftige Generationen profitieren. Eine reine Steuerfinanzierung des Ausbaus von U-Bahnen, Schulzentren oder Krankenhäusern in der rasch wachsenden Stadt Wien wäre ökonomisch ineffizient. Sie würde zu geringerer Investitionstätigkeit als wirtschaftlich notwendig führen. Deshalb sollte der Fiskalpak so geändert werden, dass über den Konjunkturzyklus hinweg eine Neuverschuldung im Ausmaß der öffentlichen Investitionen möglich ist.

Der Spielraum für die notwendigen öffentlichen Investitionen und sozialen Dienstleistungen kann auch dann vergrößert werden, wenn private Vermögen stärker an der Finanzierung öffentlicher Leistungen beteiligt werden. Eine Besteuerung großer Vermögen, Erbschaften und Spitzeneinkommen würde gerade im reichen Wien ein erhebliches Aufkommen mit sich bringen.



Pro-Kopf-Verschuldung von Ländern und Gemeinden 2014, in Euro

Quelle: Fiskalrat, Bericht über die öffentlichen Finanzen 2015

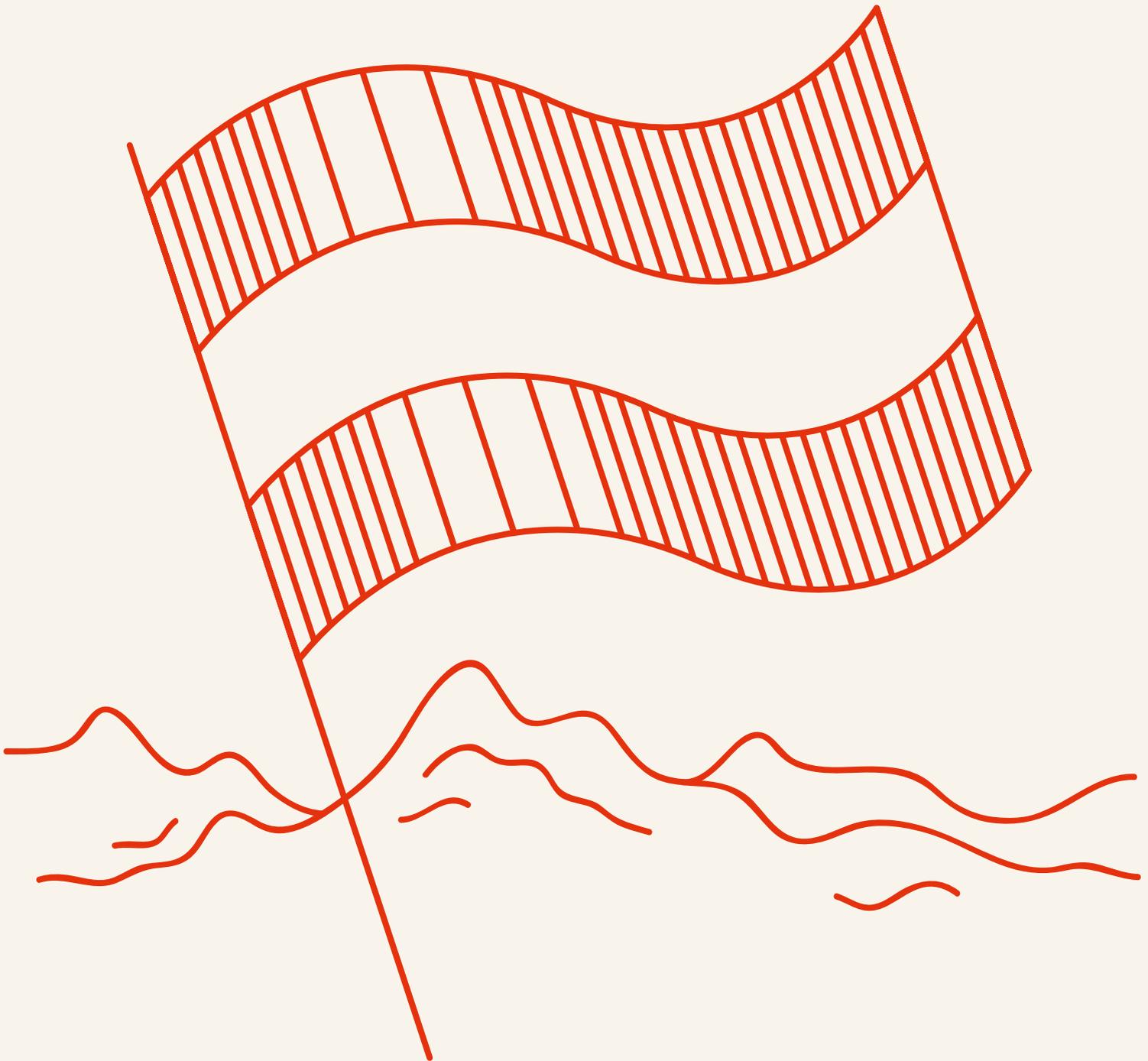
4. Österreich

38

Kurt Bayer über das Budget und warum Finanzminister Hans Jörg Schelling einige jener Ziele verfehlt, die er treffen sollte

40

Joseph Gepp über jene magische Zahl, die im Zentrum vieler ökonomischer Debatten steht und sich dafür so wenig eignet: das BIP



Das Bundesbudget 2016: Ein verschossener Elfmeter?

Finanzminister **Hans Jörg Schelling** lässt in seinem Budget wichtige konjunkturpolitische Maßnahmen vermissen

KOMMENTAR: KURT BAYER



Kurt Bayer ist Ökonom, war Exekutivdirektor der Weltbank, Gruppendirektor der European Bank for Reconstruction and Development in London sowie Gruppenleiter im Finanzministerium

Nun verkauft man auch den Österreichern den Fetischismus des „ausgeglichene Budgets“

Es heißt etwas hochtrabend, das Budget sei die in Zahlen gegossene Umsetzung des Regierungsprogramms. Schauen wir, was es mit dem am 26. November 2015 vom Parlament beschlossenen Bundesbudget für 2016 auf sich hat. Die Eckpunkte waren seit der Veröffentlichung des mittelfristigen Finanzrahmens im Frühjahr weitgehend bekannt: 2016 sind Ausgaben von 77 Mrd. Euro geplant, denen Einnahmen von 71,9 Mrd. Euro gegenüberstehen. Das löst einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf von 5,1 Mrd. Euro aus.

Jeder Finanzminister sieht sich bei der Budgeterstellung einem Spagat zwischen der oben genannten Zielsetzung und den von ihm mitbeschlossenen Vorgaben der EU gegenüber. Demnach soll Österreich 2016 das sehr erstrebte „Nulldefizit“ erreichen (zur Definitionsverwirrung siehe weiter unten), wobei es hier nicht nur um das Bundesbudget geht, welches jetzt beschlossen wurde, sondern um das gesamtstaatliche Defizit, also inklusive der Budgets der Bundesländer, Gemeinden und Sozialversicherungsträger. Für die drei letztgenannten ist der Finanzminister zwar gegenüber der EU „verantwortlich“, deren innerösterreichische Gebarung kann er jedoch nur indirekt beeinflussen. Die Begriffsverwirrung in der österreichischen Debatte zwischen Bundesbudget und gesamtstaatlichem Budget dürfte von den politischen Akteuren auch bewusst zur Stärkung der je eigenen Position eingesetzt werden.

Heuer kommt als besonderer Unsicherheitsfaktor dazu, dass als Resultat der Flüchtlingsbewegungen und der erhöhten Sicherheitsanforderungen, die von den diversen Anschlägen ausgelöst wurden, bisher noch nicht geplante Zusatzausgaben fällig werden, zu denen noch die von Österreich selbst zu verantwortenden Überschreitungen im Bereich der Bildung und der Folgekosten der Bankenpleiten kommen.

Diesen wurde teilweise durch eine Änderung des Finanzrahmens 2015–2019 Rechnung getragen, wodurch die Ausgabenobergrenzen für die Bereiche Außen-, Bildungs- und Verteidigungsministerium angehoben wurden. Aber sind die Kosten der Flüchtlings- und Asylbewegungen hinreichend geschätzt? Wie erfolgreich wird Kärnten mit seinen Gläubigern verhandeln? Kann es mit seinem eben gewährten Bundeskredit von 1,2 Mrd. Euro auskommen und kann es ihn bedienen? Unsicherheit über Unsicherheit, die eher die Wahrscheinlichkeit eines höheren Defizits ergeben.

Grundsätzlich hat das Bundesbudget zwei Funktionen, eine gesamtwirtschaftliche und eine strukturelle („in Zahlen gegossenes Regierungsprogramm“). Es stellt einen wichtigen Teil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage dar und sollte eine wichtige Rolle beim Ausgleich von Nachfrageschwankungen im Privatssektor (privater Konsum, Export und Investitionen) spielen. Es kann also als konjunkturpolitisches Instrument eingesetzt werden. Wenn daher, wie derzeit,

aufgrund von schwachem privaten Konsum, schwacher Investitionstätigkeit und schwacher Entwicklung der österreichischen Exportmärkte die österreichische Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts seit einigen Jahren deutlich unter jener des EU-Durchschnitts schwächelt, wäre es genuine Aufgabe des Bundes, durch seine Budgetpolitik diesen Nachfrageausfall zu kompensieren, also seine Ausgaben zu steigern und/oder die Steuern zu senken.

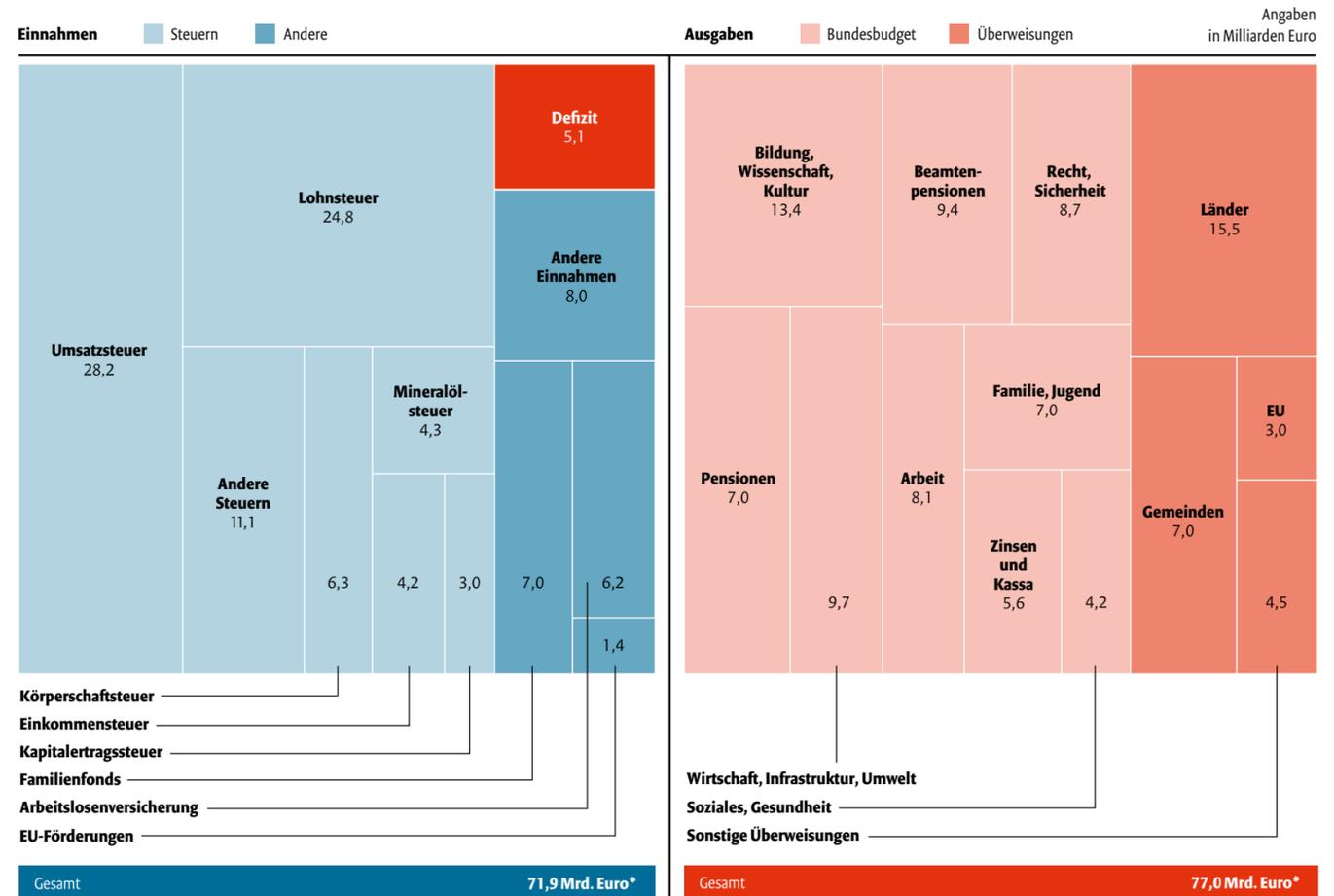
Diese wichtige konjunkturpolitische Steuerungsfunktion kam in der Budgetrede des Finanzministers, aber auch in der parlamentarischen Diskussion praktisch nicht vor. Da aber das angepeilte Budgetdefizit als Anteil am Bruttoinlandsprodukt sinkt, verringert sich der Nachfragestimulus durch das Bundesbudget sogar, statt einen positiven Impuls zu leisten.

Zwar kann die Regierung hier schon Positives vorweisen. Die im Frühjahr beschlossene Steuerreform bringt jedenfalls mehr Geld in die Taschen der Konsumenten (etwa 5 Mrd. Euro). Wenn diese das zusätzliche Einkommen nicht sparen, sondern ausgeben, stärken sie die Nachfrage. Inwieweit solche Impulse jedoch durch die angepeilte „Gegenfinanzierung“ (z.B. Registrierkassenpflicht, Grunderwerbsteuer bei Erben, Verwaltungseinsparungen, Subventionskürzungen etc.) wieder gegen- oder überkompensiert werden, steht weitgehend in den Sternen.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, der Fiskalrat und die EU-

Foto: Edith Grunwald

Budget 2016 – Einnahmen und Ausgaben



* Gesamtsummen laut Bundesbudget – Einnahmen und Ausgaben jeweils ohne Steueranteile Länder und Gemeinden, EU-Beitrag etc.

Quelle: APA

Kommission glauben nicht wirklich an die vom Parlament beschlossenen Budgetzahlen. Sie sehen die österreichische Defizitsituation pessimistischer als der Finanzminister. Dazu kommt, dass einige Budgetausgaben, wie die zusätzlichen Millionen für die Hypo Alpe Adria, nicht im Inland nachfragewirksam werden, da sie hauptsächlich an die Gläubiger ins Ausland abfließen. Konjunkturell ist das Budget daher eine Enttäuschung.

Die zweite Funktion des Budgets betrifft die Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben, also jener Summen, die über das Steuer- und Abgabensystem eingenommen und über die einzelnen Ministerien ausgegeben werden. Die Steuerreform ist zwar in Summe signifikant und positiv, man hat aber versäumt, gleichzeitig die veraltete Steuerstruktur zu ändern in Richtung von mehr Steuergerechtigkeit (Stichwort: Vermögens- und Erbschaftssteuern), Ökologisierung (Stichwort: zunehmender Klimawandel) und stärkerer Wachstum- und Beschäftigungswirkung (Stichwort: Lohnnebenkosten).

Bei den Ausgabenposten kritisiert die Opposition die weiterhin mangelhafte Dotierung von Bildung, Forschung und Entwicklungszusammenarbeit (wobei die Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsprämie grundsätzlich positiv, in ihrer Wirkung auf Klein- und Mittelunternehmen jedoch suboptimal ist) sowie die ungenügende Dotierung von öffentlichen In-

vestitionen. Allerdings gibt es auch hier Positiva, so etwa den weiteren Ausbau des Breitbandnetzes und die aktive Arbeitsmarktpolitik. Insgesamt bleibt dieses Budget jedoch weit hinter seinen im Regierungsprogramm beschlossenen Ambitionen zurück.

Der Abgang wird im beschlossenen Bundesbudget mit 1,5 Prozent des BIP angegeben, das Maastricht-Defizit des Bundes mit 1,4 Prozent. Der vom Finanzminister angepeilte Wiederaufstieg in die „Champions League“ besteht für ihn offenbar primär in der Einhaltung der mit der EU-Kommission vereinbarten Budgetziele und nicht in der Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt.

Demnach müsste Österreich im Jahre 2016 einen Defizitwert von maximal 0,45 Prozent des BIP – gemessen am „strukturellen“ Defizit – erreichen. Inklusive des akzeptierten Fehlerspielraums würden die jetzt von Österreich ausgewiesenen –0,54 Prozent des BIP dazu ausreichen. Im EU-Speak, dem sich der Trainer von Österreichs Ministermannschaft (um in Schellings in der Budgetrede verwendetem Fußballvergleich zu bleiben) anschließt, wäre somit das heiß ersehnte „Nulldefizit“ erreicht.

So sinnvoll die Konzepte der unterschiedlichen Definitionen „administratives Defizit“, „Maastricht-Defizit“, „strukturelles Defizit“ sein mögen, ihre Auswirkungen sind nur wenigen Spezialisten verständlich. Faktum ist: Von den Steuerzahlern muss das administrative Defizit finanziert wer-

Der Bundeshaushalt in nüchternen Ausgaben- und Einnahmenblöcken

den, sei es durch Steuern und Abgaben oder durch Zinsen auf die Staatsschuld. Wie viel davon der schlechten oder guten Konjunktur und wie viel davon langfristigen Fehlallokationen von Steuern und Abgaben zu schulden ist, interessiert nur jene, die gesamtwirtschaftlich steuern sollten. Um im Jargon des Finanzministers zu bleiben, nur den Trainer, allenfalls noch Sturmspitzen und Verteidiger.

Dieses Bundesbudget reicht jedenfalls nicht zum Aufstieg in die tatsächliche Champions League. Dort würde man als Kriterium nicht ein wie immer definiertes „Nulldefizit“ wie einen Fetisch anbeten, sondern auf ausreichenden Arbeitsplätzen und einem „guten Leben“ für alle, inklusive einer verbesserten Umweltsituation, bestehen. Teile der Oppositionsparteien haben in den parlamentarischen Beratungen diese gesamtstaatliche Wohlfahrt als Ziel der österreichischen Wirtschaftspolitik und damit konkret auch der Budgetpolitik eingefordert. Sie haben deshalb dem Bundesbudget 2016 nicht zugestimmt. Es wurde nur mit den Stimmen der Regierungsparteien beschlossen.

Die Herausforderungen der kommenden Jahre hätten, sowohl auf EU-Ebene als auch in Österreich, eine deutlich aktivere Budgetpolitik erfordert. Schwaches Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit und das Weiterschleppen obsoleter Strukturen werden nicht ausreichen, um diese Herausforderungen zu bewältigen.

€ 322.590.000.000.000

DIE ZAHL DER ZAHLEN

Alle rechnen damit. Alle richten sich danach. Alle vertrauen darauf. Das **Bruttoinlandsprodukt** ist die wichtigste Kennzahl der Menschheitsgeschichte. Jetzt muss damit Schluss sein

RECHNUNG:: JOSEPH GEPP

Wo liegt wohl das Machtzentrum Österreichs? Vielleicht im Bundeskanzleramt am Ballhausplatz? Oder im Parlament am Ring? Vielleicht in den Zentralen der großen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP? Oder doch eher in den Chefetagen der großen Konzerne, bei Red Bull oder bei Raiffeisen?

Man weiß es nicht, und wahrscheinlich tragen alle diese Ort ihr Stück zu einem Netzwerk der Macht bei. Man weiß aber, wo die Mächtigen hinschauen, wenn es um das geht, was über ihre Macht entscheidet. Um ihre Wahlergebnisse und Geschäftsberichte, um ihre Gewinnerwartungen und Stimmungsbarmeter.

Guglgasse 13, elfter Bezirk, Wien. Es gibt prestigeträchtigere Adressen als diese hier, einen Glaskasten, in dem sich die Büros dicht aneinanderdrängen. Wenn Ursula Havel aus ihrem Bürofenster im fünften Stock schaut, blickt sie über einen asphaltierten Hof hinweg auf die Gasometer und die Dächer des Arbeiterviertels Simmering. Havels Büro könnte man sich standardmäßiger kaum vorstellen: ein grauer Teppichboden, drei Zimmerpalmen, ein kleiner Konferenztisch, zur Ablage umfunktioniert. Abgearbeitete E-Mail-Ausdrucke dort markiert sie mit einem kleinen Hakerl.

Havel, 55, studierte Volkswirtin und Wienerin, dunkler Blazer, dunkle Haare, leitet die Abteilung Volkswirtschaft in der Statistik Austria. Jedes Jahr in der zwei-

ten Junihälfte tritt eine Mitarbeiterin aus der EDV in ihr Büro. Dann überreicht sie Havel das, was rund 800 Statistik-Austria-Mitarbeiter das ganze Jahr hinweg in ihren Computern ausgerechnet haben. Die Zahl, um die das ganze Land sich dreht. Die Zahl der Zahlen.

322.590.000.000 Euro betrug sie im Jahr 2013. Oder, dividiert durch die Zahl der Einwohner Österreichs, 38.050 Euro pro Person.

Das **Bruttoinlandsprodukt**, abgekürzt BIP, ist der Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die in einem Jahr und einem Land hergestellt oder erbracht werden. Es zeigt, wie gut die nationale Wirtschaft läuft und ob sie weiterwächst. Das BIP ist die entscheidende Zahl in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Die deutsche *Wirtschaftswoche* nennt sie eine „Ein-Zahl-Religion, an deren Wahrheit wir unbedingt glauben“. Der Potsdamer Ökonom Philipp Lепенies bezeichnet sie in einem 2013 erschienenen Buch als die „mächtigste Kennzahl der Menschheitsgeschichte“. Keine andere statistische Größe habe „jemals eine ähnliche Wirkung entfaltet“.

Wenn die Voest in Linz ein Stahlrohr gießt, fließt dessen Wert ins BIP ein. Wenn man sich beim Friseur ums Eck einen neuen Haarschnitt verpassen lässt, ebenso. Genauso wie der Wert einer Käsekrainer, die erst in einem Fleischereibetrieb hergestellt, ausgeliefert und schließlich am Würstelstand verzehrt wird. Alle Werte zusammen ergaben im Jahr 2013 eben jene 322,59 Milli-

arden Euro. Es waren – real, also unter Berücksichtigung der Inflation – rund 0,2 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Genau auf diese Wachstumsrate kommt es an.

Das BIP-Wachstum gilt als Indikator schlechthin für Fortschritt, Wohlstand und wirtschaftlichen Erfolg. Wenn die große Koalition in Österreich eine Steuerreform präsentiert, geht es ihr darum, das BIP-Wachstum zu steigern. Blickt der Westen neidisch nach Asien, tut er das, weil dort in vielen Ländern das BIP jährlich im zweistelligen Prozentbereich zulegt. Als sich der Kapitalismus gegenüber dem Kommunismus sowjetischer Prägung als überlegen erwies, bedeutete das, dass sein BIP stärker wuchs. Und wenn die neoliberalen Befürworter des Sparens mit den keynesianischen Freunden des Investierens über Griechenland streiten, glauben beide zu wissen, wie man das BIP am besten hochtreibt.

All das schlägt sich in den alltäglichen Debatten in Politik und Medien nieder. Immer geht es darum, wie man die Wirtschaft beleben oder ankurbeln könnte, sodass das BIP wächst. Doch kaum jemand spricht über das dahinterliegende Konzept. Sollen wir wirklich unbegrenzt an das BIP und an sein Wachstum glauben? Wer hat sich das überhaupt ausgedacht? Und wie funktioniert eigentlich die monumentale Rechenaufgabe Bruttoinlandsprodukt?

Wenn man diese Fragen an die Chefrechnerin richtet, Ursula Havel von der Statistik Austria, dann redet sie erst einmal die erste halbe Stunde gar nicht vom BIP. Es geht stattdessen um die „volkswirtschaftli-

che Gesamtrechnung“ oder gar um das „europäische System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“. Havel holt einen Wälzer aus dem Regal, 741 Seiten im A4-Format. Darin seien all jene Gesetze enthalten, die dafür sorgen sollen, dass die volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen in den EU-Staaten harmonisiert ablaufen. Auf weltweiter Ebene achtet die Uno darauf, dass man Staaten und Wirtschaftsentwicklungen miteinander vergleichen kann.

Das BIP ist zwar die wichtigste Zahl, aber bei weitem nicht die einzige im System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Andere heißen etwa Bruttowertschöpfung, Volkseinkommen oder private Konsumausgaben. Etliche Ökonomen, rund fünf Dutzend in Österreich, rechnen diese und andere Zahlen alljährlich aus. Alles zusammen ergibt ein komplexes, international strikt harmonisiertes System.

Das BIP ist darin zum Dogma geworden. Ausgedacht haben sich all das einst Wirtschaftswissenschaftler aus den USA und Großbritannien – eigentlich als eine Art Sonderinstrument im Zweiten Weltkrieg. Damals wollten die Staaten einen profunden Überblick über ihre Wirtschaftsaktivität erlangen, um ihr Rüstungspotenzial optimieren zu können. Später übertrug man das Konzept, dessen früheste Ursprünge im England des 17. Jahrhunderts liegen, auf Friedenszeiten, wie der Ökonom Lепенies in seinem Buch „Die Macht der einen Zahl“ schreibt. Nun hatte die Welt – vorerst die westliche, später auch der Rest

– ein System an Richtwerten zur Verfügung, eine fixe Größe zur Definition und Berechnung des Wohlstands, den es anzustreben galt. Als sich nach dem Krieg tatsächlich Vollbeschäftigung und Massenkonsum einstellten, hatte das BIP seine große Bewährungsprobe bestanden. Die Ausweitung der Produktion, die es anzeigt, war zur unumstrittenen Richtschnur geworden. „Der Glaube an die Wichtigkeit immerwährenden Wachstums war selbstverstärkend“, schreibt Lепенies.

Bis heute soll die Zahl alles erfassen und abbilden, was auf dem Planeten gegen Geld von Hand zu Hand geht. „Wenn am Schwein eines Bauern Fleisch zuwächst oder am Baum eines Forstwirten Holz“, sagt Havel, „gilt dies als Investition und fließt damit ins BIP ein.“ Doch wie entsteht das BIP konkret, in der Praxis? In der gängigsten Weise startet dessen Ermittlung bei einem Unternehmer, der sich im Internet einloggt, um einen seitenlangen Fragebogen auszufüllen. Darin gibt er an, wie viele Waren er im vergangenen Jahr produziert oder wie viele Dienstleistungen er verkauft hat. Die größeren Unternehmer müssen dies – gesetzlich verpflichtend – machen, bei den kleinen behilft man sich zur Berechnung des BIP mit Steuerstatistiken und anderen Quellen.

Danach werden von den erzeugten Waren und Dienstleistungen die sogenannten „Vorleistungen“ abgezogen. Bei der Käsekrainer zum Beispiel darf der Standler, der sie verkauft, nicht ihren gesamten Wert angeben – dieser würde sich ja dop-

peln mit den Zahlen, die der Fleischproduzent anführt, aus dessen Firma die Wurst stammt. Also zieht der Standler etwa den Preis des Fleisches von seiner Summe ab. Und die Fleischerei zieht von ihrem Umsatz zum Beispiel den Wert der Energie ab, die sie an das staatliche Elektrizitätswerk bezahlt. „Wirtschaft ist ein Kreislauf“, sagt Havel. „Die Einnahmen des einen sind die Ausgaben des anderen.“

Den Kreislauf will man vollständig darstellen. Und die Wirtschaft soll als Ganzes jedes Jahr wachsen. Der Grund: Sie wird immer effizienter, weil Unternehmen miteinander konkurrieren. Aufgrund von Rationalisierungen, effizienterem Personaleinsatz und technischer Neuerungen, etwa im IT-Bereich, kann man heute mit dem gleichen Einsatz viel mehr erzeugen als früher. Die Produktivität wird also höher. Auch das zeigen die Zahlen der Statistik Austria: Im Jahr 2012 brachte eine Arbeitsstunde in Österreich durchschnittlich fast doppelt so viel Output hervor wie im Jahr 1996.

Das bringt ein Problem mit sich: Der Zuwachs der Produktivität bedeutet, dass das BIP stets steigen muss. Denn wenn man mit gleichem Einsatz immer mehr erzeugt, während das Ganze stagniert, werden immer weniger Arbeitskräfte gebraucht. Es gibt also mehr Arbeitslose. Die können weniger ausgeben, also schrumpft der Konsum. Das bedeutet wiederum weniger Wohlstand.

Fortsetzung nächste Seite

Wie berechnet man das BIP?

In der gängigsten Berechnungsmethode (der sogenannten Entstehungsrechnung) zieht man vom Produktionswert die Vorleistungen ab (Erläuterungen dazu im Text).

Das Ergebnis ist die sogenannte Bruttowertschöpfung. Zu dieser addiert man die Gütersteuern abzüglich Gütersubvention. Das Ergebnis ist das BIP. Je nachdem, ob man die Inflation herausrechnet oder nicht, kann es nominell oder real sein

Das **Nettoinlandsprodukt (NIP)** kommt in der öffentlichen Debatte kaum vor. Man erhält es, wenn man vom BIP die Abschreibungen abzieht, also das, was die Betriebe aus Abnutzungsgründen ausgeschieden haben

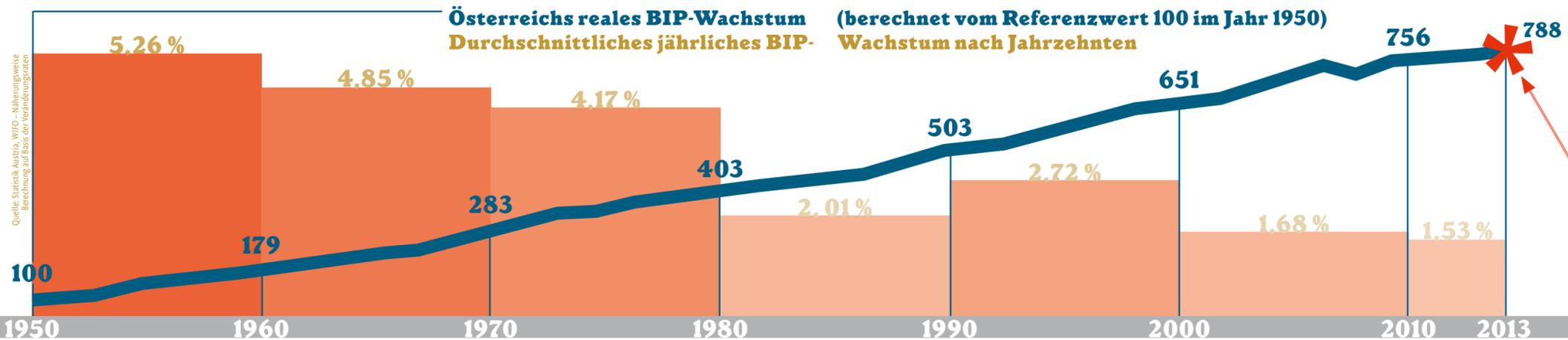
Das **Bruttosozialprodukt (BSP)** ist ein Vorgängermodell des BIP. Es unterscheidet sich geringfügig von diesem, weil man es mit Blick auf alle Inländer berechnet, während für das BIP das Inland als Maß gilt. Arbeitsleistungen von Ausländern in Österreich fließen etwa ins BIP ein, aber nicht ins BSP. 1982 sangen Geier Sturzflug noch: „Jetzt wird in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt“



Philipp Lепенies: Die Macht der einen Zahl. Suhrkamp, 186 S., € 16,50



Statistik Austria: Wie geht's Österreich? 215 S., € 29,- oder kostenloser Download unter www.statistik.at



Fortsetzung von Seite 41



Ursula Havel leitet die Abteilung, die in Österreich das BIP berechnet



Konrad Pesendorfer ist der Chef der Statistik Austria und Initiator hinter dem Bericht „Wie geht's Österreich?“

Also ein kleineres BIP. Das BIP muss daher, soll das System stabil bleiben, immer zumindest im selben Ausmaß wachsen wie die Produktivität. Ökonomen sprechen von mindestens einem Prozent an notwendigem BIP-Wachstum pro Jahr.

In Österreich wuchs das BIP zuletzt real um 0,2 Prozent im Jahr 2013 und um 0,3 Prozent im Jahr 2014. Die Wachstumsschwäche ist kein österreichisches Phänomen: In der ganzen Eurozone etwa schrumpfte das BIP 2013 gar um 0,4 Prozent. Wegen solcher Zahlen hat die Europäische Zentralbank (EZB) Anfang März eine nie dagewesene Intervention zur Wirtschaftsbelebung gestartet: Um mehr als eine Billion Euro kaufen die Währungshüter in den kommenden Monaten Staatsanleihen. Das Motiv dahinter: Die Gewinne auf die Staatspapiere sollen sinken. Die EZB hofft, dass die Anleger ihr Geld stattdessen in andere Felder stecken, zum Beispiel in Kredite für Konsumenten oder in Aktien von Unternehmen. Also in Bereiche, die mehr Produktion und Konsum hervorbringen sollen und das BIP wieder wachsen lassen.

Viele Kritiker sehen darin eine Art Doping. Die Wirtschaft wächst nur noch dann, wenn man sie mit massenweise billigem Geld überschwemmt. Nicht nur das weckt bei immer mehr Menschen Zweifel am BIP, sondern etwa auch der massive Anstieg der staatlichen und privaten Verschuldung in den vergangenen Jahrzehnten. Wirtschaftswachstum scheint heute nur noch über Schulden zu funktionieren. All das wirft Fragen auf: Bedeutet ein größeres BIP immer noch automatisch steigenden Wohlstand, so wie in der Nachkriegszeit? Ist die Ausweitung der Produktion immer noch der richtige Weg?

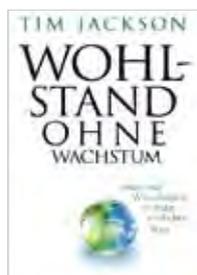
Jedenfalls muss nicht alles, was für die Menschen gut ist, auch für das BIP gut sein. Wenn man beispielsweise seinem Nachbarn eine Bohrmaschine borgt, damit er sich keine eigene kaufen muss, nützt dies der Umwelt und dem sozialen Gefüge, aber nicht dem BIP. Wenn man weniger arbeitet und stattdessen zu Hause bleibt, um Bücher zu lesen, Fenster zu putzen oder kranke Angehörige zu pflegen, steigert dies vielleicht das eigene Wohl und jenes des Umfelds. Das BIP aber schmälert es.

Umgekehrt gilt: Übermäßige Verschuldung etwa kann dem BIP äußerst guttun. Im Vorfeld der amerikanischen Immobilienkrise wurden in den USA mit billigen Risikokrediten massenhaft Häuser errichtet – bis im Jahr 2008 die Blase platzte, das BIP einbrach und das ganze Weltfinanzsystem ins Wanken geriet. Auch Epidemien und Naturkatastrophen nutzen streng genommen dem BIP, weil sie mit teuren Aufräumarbeiten und Impfstoffentwicklungen einhergehen. Und wenn ein Autofahrer auf der Heimfahrt im Stau steht, steigert dies das BIP, weil er mehr Treibstoff verbraucht, als wenn er sein Ziel zügig erreicht.

So argumentiert US-Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz. Er meint: Wir sind zu Gefangenen unseres eigenen Systems geworden, das wir uns zur Messung und Mehrung unseres Wohlstandes geschaffen haben. Die Macht des BIP kehrt sich heute gegen uns. Wir brauchen eine neue Richtschnur, die nicht mehr nur auf die Zunahme der Produktion abzielt. Eine neue wichtige Zahl.

Wie viel Wachstum verträgt die Welt?

Diese Frage stellt man sich schon, seit der Club of Rome 1972 seine Studie „Grenzen des Wachstums“ publiziert hat. Während die Wachstumsdebatte früher stark auf die Umwelt und Bevölkerungszahlen fokussiert war, gerät heute oft auch das BIP-Wachstum in den Blick. Wichtige Vertreter in Europa sind der deutsche Ökonom Niko Paech und der Brite Tim Jackson



Tim Jackson: Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. Oekom, 248 S., € 13,40



Stiglitz war Teil einer hochrangigen Expertenkommission, die der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy im Jahr 2008 einberief. In diesem Jahr brach wegen der Bankenkrise das BIP in vielen Ländern stark ein. Aufgrund dieser Probleme – und wohl auch aufgrund des traditionell schwachen BIP in Frankreich – erklärte es Sarkozy zu seinem Ziel, alternative Formen der Wohlstandsmessung erarbeiten zu lassen. Er rief die weltweit bedeutendsten Ökonomen zusammen. Neben Stiglitz leitete die Kommission der Pariser Wirtschaftspräsident Jean-Paul Fitoussi und der indische Entwicklungsexperte und Philosoph Amartya Sen.

Die Entwicklung des Wohlstands, so ihr Fazit, sei eine mehrdimensionale Angelegenheit. Subjektives Wohlgefühl müssten ebenso in eine neue Bewertung einfließen wie Umweltfaktoren, Fragen der Verschuldung und der Vermögensverteilung. Denn hohes Wachstum etwa hilft der breiten Masse nicht, wenn es nur den Reichen zugute kommt.

Auch die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, hat inzwischen Vorschläge für eine Reform des BIP präsentiert. Genau so wie die EU: In einem Bericht der EU-Kommission von 2009 heißt es, das BIP liefere „nicht zu jeder Frage eine verlässliche Grundlage für die politische Diskussion“. Eine Eurobarometer-Umfrage von 2008 ergab, dass rund zwei Drittel der EU-Bürger mehr soziale und ökologische Indikatoren für die Bewertung von Wohlstand fordern. Deshalb forderte die Kommission seit 2009 „einen Datenrahmen, der neben den wirtschaftlichen systematisch auch ökologische und soziale Fragenstellungen einbezieht“.

An einem solchen Datenrahmen versucht sich derzeit auch die Statistik Austria. „Wir haben 30 Indikatoren ausgewählt“, sagt Statistik-Austria-Chef Konrad Pesendorfer. „Ich weiß, das ist immer noch viel.“ Seit zwei Jahren publizieren die Statistiker nun einen dicken Jahresreport namens „Wie geht's Österreich?“. Der Bericht gilt als Pionierprojekt in Europa; er soll ein runderes, fundierteres Bild vom Zustand des Landes liefern, als es das BIP vermag. Im Be-

richt finden sich, verständlich aufbereitet, etliche Angaben. Sie reichen vom subjektiven Sicherheitsempfinden der Bevölkerung über die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen bis hin zum Schadstoffausstoß bei Neuwagen.

Pesendorfer sitzt im selben Simmeringer Glaskasten wie Ursula Havel, die das BIP berechnet. Er will seinen Teil dazu beitragen, damit sich die Gesellschaft von der Fixierung auf das BIP löst. Eine „mächtige, weit überschätzte Konvention“ nennt er es. „Stellen Sie sich ein Auto vor“, sagt Pesendorfer. „Hinter dem Lenkrad sehen sie drei Anzeigen mit der Drehzahl, der Geschwindigkeit und dem restlichen Treibstoff. Sicherlich könnte man diese drei Informationen in eine Zahl packen, das wäre leichter zu erfassen. Aber wie aussagekräftig wäre es noch?“

Ein neues Messsystem dürfe deshalb nicht mehr nur aus einer Zahl bestehen, weil dies der komplexen Wirklichkeit des Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschehens nicht gerecht werde, sagt Pesendorfer. Außerdem kann sich eine einzige Zahl leicht in ein Dogma verwandeln. Zugleich ist sie aber auch leichter zugänglich und kommunizierbar als viele verschiedene Zahlen. Dieses Dilemma führt dazu, dass sich bislang, trotz aller Bemühungen, kein Nachfolgesystem des BIP durchsetzen konnte.

Eine Reform müsste hohe Hürden nehmen. Nicht nur die Anerkennung der politischen und wirtschaftlichen Eliten gilt es zu erringen. Auch die breite Masse, die gesellschaftlichen Debattenführer und die Medien müssen sich auf neue, kompliziertere Maßstäbe einstellen.

Wohlstand und Fortschritt allein im BIP abzubilden ist nicht mehr zeitgemäß – da sind sich die meisten Fachleute einig. In der Nachkriegszeit, als die Menschen arm waren, mag die Ausweitung der Produktion noch der Weisheit letzter Schluss gewesen sein. Heute, wo sie vieles besitzen, sollen neue Messsysteme für den Wohlstand her.

Doch bisher gibt es als Alternative zum BIP nur den Wildwuchs. Wer etwas anderes sucht als die Summe alles Produzierten, stößt vorläufig nur auf Zahlen. Viel zu viele Zahlen.

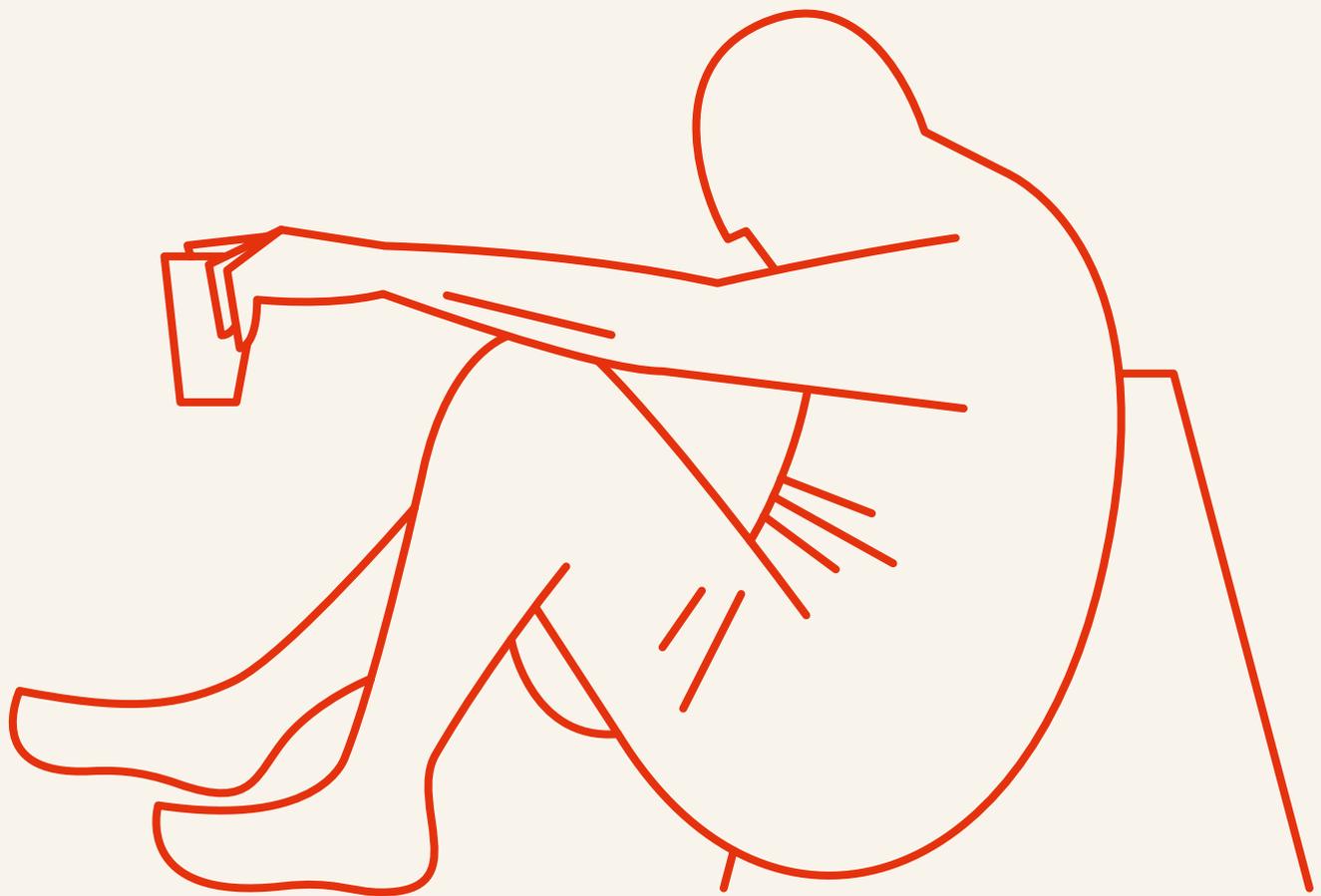
5. Ängste

44

Der Soziologe Heinz Bude im Gespräch über die Abstiegsängste des Mittelstands, warum sie berechtigt sind und wo man trotzdem Hoffnung schöpfen kann

52

Der Publizist Thomas Wagner im Gespräch über die wilden Träume von Unsterblichkeit und Weltbeherrschung, welche die Eliten von Silicon Valley träumen



„Der Neoliberalismus ist wirklich vorbei“

Wenn jemand unsere Gesellschaft erklären kann, dann er. Elegant in der Formulierung, exakt in der Diagnose. Der Soziologe Heinz Bude sieht die neuen Unterschichten, die für die Rechte ansprechbar sind; er sieht die reale Abstiegsangst der Mittelschicht und die Notwendigkeit einer Reform, die weder Staat noch Markt allein zustande bringen.

Peter Huemer: Herr Bude, reden wir von Ängsten. Es geht um den Kapitalismus mit seinen todsicheren Krisen; es geht um die Angst vor sozialem Abstieg. Es geht um die Zukunft der Kinder. Dazu kommt noch Überwachung. Die individuelle Angst wäre die des Burnouts. Die globale Angst bezieht sich auf das Klima und die Globalisierung. Es gibt also ein Bündel an Ängsten, die durchaus real sind. Und eine Gruppe, die sich zu Recht besonders bedroht fühlt. Das sind die Menschen mit dem kleinen Wohlstand. Also die, die man gemeinhin als Mittelschicht bezeichnet. Die haben Anlass, sich Sorgen zu machen.

Heinz Bude: Ganz sicher. Wir haben heute in unserer Gesellschaft zwei große Brennpunkte sozialer Spaltung. Der eine Brennpunkt: Neben der Hartz-IV-Problematik, die man unter dem Stichwort der Prekarisierung diskutiert, haben wir eine neue Proletarisierung unserer Gesellschaft. Und diese Proletarisierung ist nicht mehr die des alten industriellen Proletariats. Wir haben ein neues Proletariat in allen unseren Gesellschaften des OECD-Raums: das Dienstleistungsproletariat. Das sind Leute, die 40 bis 50 Stunden in der Woche vollzeitlich arbeiten. Die haben nach arbeitsrechtlichen Kriterien auch kein prekäres Beschäftigungsverhältnis, sie haben ein entfristetes Beschäftigungsverhältnis, weil es vollzeitlich ist, aber sie verdienen in Deutschland 800 bis 1000 Euro dafür. Harte Arbeit, denken Sie an die Paketzusteller. Der ganze Zustellungsbereich ist eine wirklich körperlich harte und mental anspruchsvolle Arbeit. Wenn sie bei einem dieser privaten Zusteller beschäftigt sind, müssen sie ihre Touren selber zusammenstellen, sie müssen immer dienstleistungsfreundlich sein, sie müssen gucken, wie sie in die großen Hausanlagen reinkommen. Und dann müssen sie die Teile auch noch in die Stockwerke tragen, denn die Leute wollen nicht nur Bücher haben, sondern die wollen sich Küchen- oder Reifenteile liefern lassen. Das müssen sie alles hochschleppen. Das machen sie 15 Jahre, dann schaffen sie das nicht mehr. Dann sind Sie durch und kriegen eine Abfindung von 8000 Euro. Dieses neue Dienstleistungsproletariat hat drei wesentliche Kriterien. Das eine Kriterium ist im Unterschied zum alten industriellen Proletariat: Das neue Dienstleistungsproletariat hat ein viel weiblicheres Gesicht. Das sehen Sie sofort, wenn Sie den Bereich der Gebäudereinigung hinzunehmen. Die Ge-

Der Soziologe Heinz Bude über das neue Dienstleistungsproletariat, die Angst des Mittelstands, die neue Armut und die Finanzkrise

FRAGEN:
PETER HUEMER

FOTO:
CHRISTIAN FISCHER

„Das neue Dienstleistungsproletariat hat drei Kriterien: Es ist weiblich, ethnisch heterogen und zum Teil überqualifiziert“

Der volle Saal der Arbeiterkammer mit den Diskutanten Peter Huemer und Heinz Bude am 19.11.2014



Fortsetzung von Seite 44

bäudereinigung ist ein sehr großer Bereich in unserer Gesellschaft. Zweitens: Es ist, anders als das alte Industrieproletariat, ein ethnisch heterogenes Proletariat. Drittens sind zum Teil Leute drin wie eine ehemalige Staatsanwältin aus Moldawien, die man in einer Putzkolonne wiederfindet.

Und das Interessante ist jetzt, dass dieses neue Proletariat, das weiblichere, das ethnisch heterogenere und das qualifikatorisch diffusere Proletariat uns ins Haus kommt. Es säubert die Gebäude, sichert die Gebäude, ist bei den Diskontern beschäftigt, ist bei der Zustellung beschäftigt und es ist bei der Pflege beschäftigt.

Die Allermeisten von Ihnen, die im hochbetagten Alter in einen Zustand von Pflegebedürftigkeit kommen, werden sich nach heutigen Verhältnissen mit diesem neuen Dienstleistungsproletariat anfreunden müssen. Das ist eine interessante Situation, da liegt Sprengstoff drin, denn die Mitglieder dieses Dienstleistungsproletariats mögen was nicht? Sie mögen die Hartz-IVler nicht. Weil sie nämlich der Auffassung sind: Das sind Leute, die legen sich auf die faule Haut und lassen sich vom Staat im Sinne eines leistungslosen Einkommens immer wieder aushalten. Das ist deren Überzeugung. In der neuen Unterklasse unserer Gesellschaft ist also eine Spannung drin zwischen dem Dienstleistungsproletariat und dem wohlfahrtsstaatsbezogenen Proletariat. Die mögen einander überhaupt nicht.

Das ist deshalb so interessant, weil diese Konstellation der Nährboden für alle Rechtspopulisten ist.

Dann haben wir einen zweiten Brennpunkt sozialer Spannung. Den würde ich nun etwas schärfer bestimmen. Das ist die Spaltung zwischen der oberen und der unteren Mitte unserer Gesellschaft. Die Mitte selber, als ganzer Block gesehen, ist in Deutschland und auch in Österreich relativ kompakt. Die Daten vom Abschmelzen der Mittelschicht sind alle nicht sehr valide. Da schmilzt nicht viel ab. Das viel Wichtigere ist, dass intern, in der Mitte selber, die Konstellationen in ähnlicher Weise aufeinander treffen wie im unteren Teil der Gesellschaft. Warum? Weil heute auch unklarer wird, wie sich in der Mitte unserer Gesellschaft die einmal erreichte Statusposition in der Generationenfolge reproduziert. Das sehen Sie schon daran, dass die allermeisten Eltern heute, die so zwischen 50 und 70 sind – da haben sie auch schon Enkel –, bei Umfragen der tiefen Überzeugung sind, dass ihre Kinder und Enkel es schlechter haben werden als sie selber. Sie sind selber der Auffassung, da ist irgendetwas in unserer Mittelklassewelt porös geworden. Man kann abstützen.

Glauben Sie's?

Bude: Ich glaube es, ja.

Ich glaube es auch.

Bude: Es ist nämlich etwas ganz Verrücktes passiert. Nicht die Herkunft bestimmt, wo sie landen, sondern die Karriere bestimmt es. Herkunft wird in den mittleren Lagen unserer Gesellschaft eine Ressource für individuelle Karriere. Das ist etwas ganz anderes, als wenn Herkunft ein Modell abgibt für was, das man dann mit relativer Sicherheit selber wird. Ich habe mir das einmal auf der Ebene der Universalanwälte in den größeren Städten in Deutschland angeguckt. Sie haben eine ganz bestimmte Gruppe von Universalanwälten, also Leu-



te mit akademischem Abschluss, die kommen auf etwas mehr als auf ein Hartz-IV-Einkommen. Die kommen gerade durch in ihrer selbstständigen Existenz. Wir haben vermehrt Apotheker, die pleitegehen. Das war in meiner Kindheit ausgeschlossen. Als Apotheker konnte man eigentlich machen, was man wollte. Selbst die Blödesten konnte noch eine zweite Apotheke aufmachen. Heute passiert es vermehrt, dass Apotheker pleitegehen. Was ich sagen will, ist: Selbst, wenn Sie aus einem bildungsstarken Elternhaus kommen, selbst dann, wenn Sie auf ein gewisses Vermögen aus Ihrem Elternhaus zurückgreifen können, ist es überhaupt nicht sicher, ob Sie in der Linie dieser Generation selber wieder so eine komfortable Situation wie die ihrer Eltern finden werden. Und der öffentliche Ausdruck dieser Situation ist der Diskurs über Gentrifizierung. Einer der großen Empörungsdiskurse unserer Gesellschaft ist jener der Gentrifizierung. Dass man die Mieten nicht mehr bezahlen kann, weil die Künstler dahin zogen und die Investmentbanker hinterherkommen usw. Das ist eigentlich ein Diskurs, der von den ersten Gentrifizierern ausgeht. Die ersten Gentrifizierer, die – wenn Sie so wollen – als kreative Klasse mit wenig Geld in die schlechten Bezirke gegangen sind und deren Wert so weit nach oben gebracht haben, dass dann irgendwann die Investmentbanker nachkommen, werden jetzt von Leuten verdrängt, die genauso von der Herkunft nicht anders sind als sie selber. Und sie müssen erkennen, dass die einen diejenigen sind, die jetzt plötzlich 800.000, eine Million Euro für eine Wohnung bezahlt haben, die sie noch für 60.000 bekommen haben. Und sie merken, sie werden nie mehr in deren Lebenslage geraten können. Obwohl auch sie studiert haben, auch einen akademischen Abschluss haben, auch eine bestimmte Aktivität an den Tag gelegt haben, um die Gesellschaft in gewisser Weise zu verändern – sie finden sich im unteren Teil der Mitte. Sie rutschen nicht ab ins Nichts, nein. Aber sie finden sich im unteren Teil der Mitte.

Um jetzt wieder auf den Begriff der Angst zurückzukommen: In der McCarthy-Ära in den USA wurde Orson Welles gefragt, warum so viele Schauspielerinnen und Schauspieler aus Angst um ihre Karriere umgefallen sind und andere denunziert haben. Orson Welles antwortet, am Schlimmsten sei es, wenn man den Swimming Pool verliert. Das halte ich für eine wirklich geniale Antwort. Die Angst steigt mit dem Wohlstand. Vor allem, wenn es ein relativ neuer Wohlstand ist. Bei denen, die wir jetzt

„Selbst die blödesten Apotheker konnten früher noch eine zweite Apotheke aufmachen. Heute gehen Apotheker vermehrt pleite“

Zur Person

Heinz Bude, geboren 1954, Soziologe, ist am Hamburger Institut für Sozialforschung tätig und Professor für Makrosoziologie an der Universität Kassel. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Armuts-, Exklusions- und Bildungsforschung. – Im Falter hieß es nach dem Stadtgespräch über ihn: „Wirkungsmächtig“ ist ein Attribut, das man gern mit dem Soziologen Heinz Bude verbindet. Wer ihm beim Reden zuhörte, verstand, warum. Bude ist der rare Fall eines Soziologen, der Geist mit Charme kombiniert und zudem sein Publikum mit dem Äußeren eines Dandys erfreut

als Aufsteiger bezeichnen, ist die Angst besonders groß, wieder abzustürzen.

Bude: Da haben Sie Recht, wobei heute der Swimming Pool die Kinder sind. Diese Spiralen relativer Degradierung werden heute mit den Kindern ausgemacht. Denken Sie sich eine Konstellation: Sie haben zwei Kinder, die auf eine gute Schule gehen, Sie sind richtig zufrieden. Alles läuft ganz gut. Jetzt kommt jemand aus Ihrer Welt zum Abendessen und sagt: „Unser Oliver, der geht jetzt in eine Schule, die ist wirklich wunderbar, die versuchen mathematische Bildung mit musischer zu verbinden und sie haben auch eine ganz starke ethische Orientierung. Das ist wirklich eine Schule!“ Und Sie denken: „Mathematisch, musisch und ethisch, wie ist denn das bei unserer Schule, bei Judith und Justin? Stimmt. Ich habe mich nie gefragt, was machen die eigentlich im Musikunterricht und wie ist der Mathematikunterricht.“ Jetzt fangen Sie an zu denken. Sie hören von den Freunden beim Abendessen, dass diese Schule 800 Euro im Monat kostet. Und plötzlich fangen Sie an, wirklich innerlich nervös zu sein, weil Sie sich fragen: „Sind uns unsere Kinder keine 800 Euro im Monat wert? Gut, es wären 1600 Euro bei zwei. Aber machen wir da nicht etwas falsch? Sind wir noch bereit, können wir uns das eigentlich leisten?“ Und je länger der Abend ist, sagt die andere, die Sie immer mehr hassen: „Ja, wir haben uns auch schon überlegt, dass die deutschen und die österreichischen Unis wirklich sehr schlecht sind; die machen nur noch diese komischen Sachen, mit diesen neuen Bologna-Studiengängen, das ist ja Qualifikation auf Teufel komm raus. Ich war jetzt mit meinem Mann in Princeton, und da habe ich festgestellt, die lernen erstmal gar nichts Spezifisches. Das ist wirklich Humboldt-Erziehung ...“ – was übrigens stimmt – „... für vier Semester. Nur leider Gottes: es kostet 75.000 Dollar Studiengebühren im Jahr. Das können wir uns auch nicht so leisten. Deshalb bin ich froh, dass der Edgar, der Mann, einen reichen Vater hat, der jetzt schon im Testament garantiert hat, dass unser Sohn, der jetzt auf der Grundschule mit den 800 Euro ist, dann mal in Princeton studieren kann und nicht diesen furchtbaren Bologna-Studiengängen ausgesetzt sein muss, die wir auf den Universitäten in Deutschland und Frankreich haben.“

Das sind die Angstszenerien der deutschen und der österreichischen Mittelklasse. Das sind die Angstszenerien, die sie in München studieren können. Die Familien, die Paare sitzen da und fragen sich, kriegt der Sohn die gymnasiale Empfehlung oder nicht. Das ist in Bayern sehr hart, weil die Lehrer festlegen, wohin die Kinder kommen. Wenn ich es einmal von mir aus sagen darf: Meine Eltern haben sich für solche Dinge nicht interessiert. Die haben gesagt, wenn es nicht klappt, dann müssen wir ihn halt runternehmen vom Gymnasium. Ist ja auch nicht schlecht, wenn er Realschule geht. Wenn Realschule nicht klappt, macht er einen gescheiten Hauptschulabschluss, bringt einen auch nicht um. Diese Dinge können Sie heute nicht mehr sagen, wenn Sie selber in einer ersten Generation von Bildungsaufsteigern sind. Sind Sie Fachabschluss-Zahnarzt geworden, können Sie nicht aushalten, dass Ihre Kinder unter Ihrem eigenen Abschluss bleiben. Und wenn Sie dann noch durch diesen Swimming-Pool-Effekt merken, dass Sie etwas falsch machen oder sich so eine tolle Aus-

bildung für Ihre Kinder nicht leisten können, dann werden Sie wirklich mürrisch.

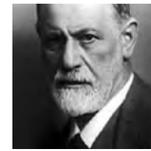
Diese Gesellschaft der Angst, die Sie hier beschreiben, ist ja im Wesentlichen nicht diese Unterschicht-Angst von den Ausgebeuteten, sondern wir reden jetzt wieder von der Generation der 40-Jährigen, die Sie besonders interessiert. Die tatsächlich als Ideale in ihrer Jugend und später nicht viel anderes als Status und Geld kennen gelernt haben. Die eine riesige Angst vor dem Scheitern haben. Sie bezeichnen sie als die Null-Fehler-Generati-

on, die riesige Angst hat, irgendeinen Fehler zu machen. Da habe ich mir wieder gedacht – vulgär ausgedrückt, aber Sie werden dem widersprechen – Hosenscheißer.

Bude: Da muss ich Ihnen leider widersprechen. Beim Schreiben dieses Buches war mir sehr wichtig, dass ich nicht der allwissende Autor bin, der sich über die Angst stellen kann. Ich habe versucht, mir einen berühmten Österreicher zum Vorbild zu nehmen, nämlich die Einführung von Freud in die Psychoanalyse. Da habe ich nachgeschaut, wie hat der das gemacht. Wie hat er über etwas geschrieben, wo er immer mitkommuniziert, dass er auch zu dem Phänomen dazugehört, das er beschreibt. Er ist nicht jemand, der da drübersteht und sagen kann, für ihn spielt das keine Rolle. Ich bin jemand, der involviert ist, wie meine Leser auch involviert sind.

Wohlgemerkt: Ich konzentriere mich jetzt auf die 40-Jährigen, die ich als die nächste Führungsgeneration ansehe. Also diejenigen, die jetzt in den etwas besseren Positionen stehen und die im Alter zwischen 40 und 50 jetzt vor dem letzten Sprung stehen. Die in die Prominenzphase ihres Lebenszyklus kommen, da kommt man mit so 50, 52 hinein. Und was Sie mit 52, 53 nicht geschafft haben, das schaffen Sie auch gar nicht mehr. Das ist der Punkt, der jetzt wichtig wird.

Mit welcher Art von Mentalität, mit welcher Haltung (vielleicht ist Haltung das bessere Wort) gehen die eigentlich in diese Phase rein? Da habe ich etwas sehr Merkwürdiges festgestellt. Nämlich, wo immer ich die aufgesucht habe, hatte ich den Eindruck, ich habe es mit einer sehr leistungsfähigen, sehr smarten, sehr ironiebegabten Generation zu tun, an der eigentlich überhaupt nichts auszusetzen ist. Das sind gute Leute, die mich sofort verstanden haben, wenn ich mit ihnen geredet habe. Die sofort in der Lage waren, mit meinen Assoziationen mitzuspielen. Alles kein Problem. Ich merkte nur – ich sage das jetzt fast literarisch – eine merkwürdige Anspannung in ihrer Art und Weise des Lebensmodells, das sie hatten. Diese Anspannung hat mich interessiert. Was ist das für eine Anspannung, die da zum Ausdruck kommt? Und beim Nachfragen stellt sich heraus, dass charakteristisch für diese Generation ist – und das relativiert möglicherweise Ihren Punkt etwas –, dass die so schlau sind, dass sie auch wissen, dass wenn man etwa sagt, als Mann mache ich jetzt Karriere und alles andere wird dem untergeordnet, dass man dann in den Kreisen, in denen man sich aufhält, eigentlich als ein bisschen blöd dasteht. „Also wer jetzt nur Karriere machen will, na ja, der hat's wohl nötig.“ Oder eine Frau, die sagt, tragische Wahl, „entweder Powerfrau oder Mutter mit drei Kindern“ – geht auch nicht mehr, können sie nicht mehr sagen. Damit kommen Sie in Ihrer Welt nicht mehr durch. Sie müssen einen guten Beruf und zwei Kinder haben.



Bude: „Ich habe mir Freud zum Vorbild genommen. Wie schreibt er über etwas, zu dem er selbst gehört?“



Bude: „Es tut mir leid, nicht Karl Marx, sondern Josef Schumpeter erklärt uns die Finanzkrise!“

„Mario Draghi's Satz, Wir tun alles, um den Euro zu retten, hat bewiesen, dass Politik viel stärker ist, als man gemeinhin glaubt“



Also wer sagt, es ist eine tragische Wahl, entweder Karriere oder Kinder, der findet keine Anerkennung mehr in der Welt, in der man lebt. Und daraus wächst eine ganz interessante Anspannung. Der Anspruch an das Leben, der Anspruch an eine gelingende Form, sein Leben zu gestalten, ist sehr viel größer geworden als – Entschuldigung – in Ihrer Generation, Herr Huemer.

Ja.

Bude: Und die unterschiedlichen Dinge, die man zusammenbringen muss – wenn Sie alleine schon an den Begriff der Work-Life-Balance denken. Das ist nicht nur eine Befreiungs- und eine Selbstbewusstseitsformel, sondern es ist auch die Formel einer neuen Belastung. Man muss nämlich Work/Life neu zusammenbringen. Man muss eine organische Form finden. Jetzt kommt's! Die Lösung dieses Problems besteht für diese Generation darin, dass sie sich auf keinen Fall durch irgendein Angebot, durch irgendeine Lebensstilvariante reinlegen lassen wollen. Sie wollen eigentlich immer der Enttäuschungsmöglichkeit vorweg sein. Das schien mir die Anspannung dieser Existenz zu sein. Deshalb null Fehler. Diese Null-Fehler-Logik ist eine Logik, nie düpiert vor sich selber dazustehen; nie die Vorstellung zu haben, ich bin auf irgendwas ganz Blödes rein gefallen. Sondern im Grunde ein anspruchsvolles Leben zu führen. Was allerdings dazu führt, dass man im Grunde nur noch in Szenarien von möglichem Leben sich verirrt, anstatt – wie es für Ihre Generation vielleicht wichtiger gewesen ist – das nun mal zu nehmen, wie es gerade kommt.

Es gibt das Buch „Marx, ein toter Hund“, das Sie mitherausgegeben haben. Ich zitiere jetzt zwei Formulierungen, die in den letzten Jahren immer wieder gefallen sind, und mich interessiert, ob Sie sie auch je verwendet haben oder was Sie davon halten. Das eine ist der Begriff Casino-Kapitalismus und das andere ist die Forderung, die Politik muss ihre Gestaltungsmacht über die Ökonomie wieder zurückgewinnen. Sagen Sie da einfach Ja darauf? Stimmt?

Bude: Das Letzte stimmt. Der Satz, der das bekräftigt hat, war der Satz des EZB-Chefs Mario Draghi: „Wir tun alles, um den Euro zu erhalten, whatever it takes.“ Das war für mich ein Satz, der die absolute Autorität der Politik bewiesen hat. Denn dieser Satz hat dazu geführt, dass sich innerhalb einer Dreiviertelstunde die Zinsbedingungen der von Zinsen belasteten Ökonomien in Europa beruhigt haben. Eine Dreiviertelstunde hat es gedauert. Warum konnte Mario Draghi diesen Satz sagen? Weil es ein po-

litischer Satz war. Das war kein ökonomischer Satz, der sagt, es gibt bestimmte Bedingungen der Entwicklung des Weltmarktes, die uns eine positive Aussicht ermöglichen auf die Konjunktorentwicklung der nächsten Jahre. So ein Satz war es nicht. Sondern ein Satz, der sagt: Wir werden alles tun, um den Euro zu erhalten, believe me, wir werden alles tun. Den Satz hat er natürlich in Absprache mit der Bundeskanzlerin Deutschlands gesagt, den hat er wahrscheinlich in Absprache sogar mit dem österreichischen Bundeskanzler gesagt, weil er diesen Satz nur sagen konnte im Gewicht der politischen Regulationsmöglichkeiten, die innerhalb der Europäischen Union existieren. Deshalb bin ich der Meinung, dass die Politik in der gegenwärtigen ökonomischen Situation weltwirtschaftlich gesehen viel stärker ist, als man immer glaubt. Die Politik muss nur wissen, wie sie ihre Stärke intelligent einsetzt. Es hat keinen Sinn, à la Peer Steinbrück immer wieder die Muskeln spielen zu lassen und dann nichts zu tun. Sondern sie müssen es in einer ruhigen Gewissheit ihrer klaren Interventionsmöglichkeiten tun, und die sind gerade durch die Situation, die wir im Augenblick haben, wichtiger geworden. Und zum Casino-Kapitalismus: Ich habe seit einigen Jahren periodisch immer wieder etwas über Marx veröffentlicht und halte Marx für einen der wesentlichen Soziologen unserer Zeit. Nur den Finanzmarktökonomien, den kann er uns nicht erklären.

[Zwischenruf aus Publikum: Falsch!]

Bude: Das glauben viele Leute. Ich glaube nicht, dass er das kann. Es gibt einen Österreicher, der das viel besser erklären kann. Er heißt Joseph Schumpeter. Schumpeter kann uns viel besser deutlich machen, was passiert ist. Wie es zu dieser Merkwürdigkeit kam, dass plötzlich in enormem Maße Geld vernichtet worden ist und die Lösung dieses Problems im Satz von Mario Draghi besteht. Die Marxisten sagen, wir haben zu viel Geld, deswegen haben wir 2008 dieses Problem gekriegt. Mario Draghi sagt, wir müssen noch mehr Geld haben, damit wir dieses Problem lösen können. Die Krise des vielen Geldes wird also durch noch mehr Geld gelöst. Das kann uns Marx nicht erklären. Das kann uns aber Joseph Schumpeter erklären.

Ich will auf Marx zurückkommen. Auf Ihren Beitrag in dem Buch. Ich zitiere: „Mit Marx kann es einem wie Schuppen von den Augen fallen, dass wir uns genau in so einer Situation befinden. Der Zusammenbruch des Kreditystems infolge der Subprime Crisis, die Produktionseinschränkung durch Kurzarbeit, die um sich greifende Vertrauenskrise in Bezug auf den Kapitalismus insgesamt sind mit Händen zu greifen. Man sieht ein Ende ohne Anfang, d.h. man erkennt, wie der systemische Kollaps eines selbstreferenziell operierenden, globalen Finanzmarkts durch eine massive Intervention des Staates gerade noch abgewendet worden ist, ohne dass jedoch eine Alternative zur kapitalistischen Wirtschaftsweise, die uns dahin gebracht hat, sichtbar würde.“ Jetzt habe ich eine Frage dazu. Ganz knapp gefasst heißt das: Die Banken haben Milliarden Verluste produziert; der Staat ist gekommen, hat mit unendlich viel Geld

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 47

die Banken gerettet, und daraufhin erklären uns die Banken und ihre Schreiberlinge, der Staat muss endlich sein Defizit abbauen, das er gekriegt hat durch die Verschuldung, dadurch, dass er die Banken rettete. Der Staat muss endlich sein Defizit abbauen und der Staat muss endlich beginnen zu sparen. Und das ist so simpel, wie es dreist ist. Und ich habe mich manchmal gefragt, warum ist das für so viele Menschen vermittelbar, wo es doch ganz offensichtlich ist, dass es schlicht und einfach eine Frechheit ist.

Bude: Die Wahrheit liegt in der Mitte, muss ich Ihnen leider sagen. Erstens: Das Problem ist in der Tat, wie kann es eigentlich sein, dass aus Geld Geld wird, ohne dass man den Umweg über einen Warenprozess machen muss. Bei Marx ist die berühmte Formel, dass es G-W-G' ist. Geld, Ware, mehr Geld. Die interessante Logik des Finanzmarktkapitalismus ist nicht G-W-G', sondern G-G'. Ohne dass irgendein W dazwischen ist. Man muss verstehen, wie das funktioniert. Das können Sie sich ganz schnell klar machen. Wenn Sie Ihre 100.000 Euro Ersparnis auf die Bank tragen, sind in dem Moment, wo sie das Geld abgeben, diese 100.000 Euro weg. Sie kriegen einen Zettel, wo draufsteht, dass Sie 100.000 Euro eingezahlt haben, aber die 100.000 Euro sind weg. Die gibt's auch nicht mehr bei der Bank. Sobald Sie die Bank verlassen haben – „ich will's noch mal wieder haben!“ – „Jetzt sind sie weg“.

Alle Ersparnisse, die Sie auf irgendwelchen Banken haben, sind nur Zettel, auf denen stehen irgendwelche Zahlen. Das Geld, das Sie auf die Banken getragen haben, gibt es nicht mehr. Es gibt keine Bank der Welt, die dieses Geld hätte, das Sie dahin getragen haben. Warum nicht? Weil die Banken Ihr Guthaben in ein Gläubigerelement verwandeln. Nämlich in eine Schuld von anderen verwandeln. Was Sie auf die Bank gebracht haben, ist bei jemand anderem ein Rückzahlungsversprechen. Wenn dieses Rückzahlungsversprechen nicht eingehalten werden kann, wie etwa bei der Subprime Crisis, dann ist Ihr Geld weg. Und es gibt überhaupt keine Möglichkeit, es wiederzukriegen. Es ist nur eine Bilanznotierung, die Sie haben. Ihre 100.000 Euro sind nur ein Zettel, wo das draufsteht, sonst nichts. Banken in unserem kapitalistischen System müssen notwendigerweise Schulden machen, das geht gar nicht anders, weil die Schulden nur die andere Seite des Vermögens sind. Es gibt keine Bank, die nicht in einem immensen Ausmaß Schulden macht. Sonst wäre es keine Bank.

Wenn Sie die Einlagenzwänge für Banken erhöhen, dann erhöhen Sie die vielleicht von zwei auf drei oder vier Prozent. Für die restlichen 95 Prozent gilt das überhaupt nicht. Es gibt nichts anderes – und das war die zentrale Einsicht von Schumpeter – als ein System von Gläubiger- und Schuldnersversprechen auf der Welt. Das ist der internationale Finanzmarkt, ein System von Gläubiger- und Schuldnersversprechen. Und das Problem ist jetzt: Gibt es Stockungen in diesem System, kann das System insgesamt kollabieren. Dann sind Ihre ganzen Renten und alles weg. Zum Glück haben wir ein umlagenfinanziertes Rentensystem, auch in Österreich. Das ist schon ganz gut. Das hilft. Wäre es kreditfinanziert, wäre es nicht so gut. Und jetzt taucht das Problem auf: Kann es ein politisches Interesse sein,

„Man kann die Banken nicht pleite gehen lassen. Man kann ihren Vorstandsvorsitzenden Millionen wegnehmen, aber das ändert nichts. Man muss Banken politisch retten“

„Man muss politisch die Dinge so einrichten, dass von Zeit zu Zeit die großen Vermögen wieder gekappt werden“

Huemer: „Glauben Sie, dass Sie abstürzen könnten? Ich glaub's.“
Bude: „Ich auch.“

FOTO:
CHRISTIAN
FISCHER



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 48

dieses System kollabieren zu lassen? Meine Antwort ist: Nein. Es kann – für mich – kein politisches Interesse sein, dass man auch Banken, die da was falsch gemacht haben, dadurch bestraft, dass man sie kollabieren lässt. Sie können irgendwelchen Vorstandsvorsitzenden ihre 30 oder 50 oder meinetwegen 100 Millionen Euro wieder wegnehmen – das ändert aber an den Negativbilanzen der Banken nichts. Da können Sie nichts mit aufwiegen. Sie können das nicht durch Straffaktionen richtig machen. Das geht gar nicht. Sondern Sie müssen diese Banken politisch retten.

Nicht jede.

Bude: Das ist eine interessante Frage. Welche nicht? Aber das System als System müssen Sie politisch retten.

Ich will es jetzt ein bisschen weniger finanztechnisch haben. Jeder Armutsbericht sagt Jahr für Jahr dasselbe: Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Ich habe im Spiegel jetzt vor kurzem gefunden: Das Privatvermögen weltweit sei von 2000 bis 2014 um 146 Billionen Dollar gewachsen, die Weltwirtschaftsleistung sei zu selben Zeit um 45 Billionen Dollar gewachsen. Also nicht einmal um ein Drittel dessen, wie das Privatvermögen gewachsen ist. Da gibt es eine sehr dünne Schicht, die unglaublich abräumt. Im Standard lese ich als Aufmacher: „Inflation für Ärmere um ein Viertel höher als für Reiche“. Das hat man jetzt endlich differenziert. Und es ist auch völlig klar, weil die dummen Armen sich nicht ständig Kaschmirpullover kaufen und riesige Flatscreens, sondern ihr Geld für Wohnen und Essen ausgeben. Wohnen und Essen steigt unvergleichlich mehr als Kaschmirpullover. Damit geht die Schere noch mehr auseinander. Kann dieses absolute Ungleichgewicht nicht letztlich eine Demokratie gefährden?

Bude: Jetzt bin ich froh, dass wir einen Punkt haben, wo wir uns einig sind. Da sind wir uns völlig einig. Da gibt es einen sehr berühmten Satz eines neben Schumpeter von mir sehr verehrten Ökonomen, nämlich von John Maynard Keynes. Der sagt: Kapitalistische Systeme brauchen die periodische Euthanasie des Rentiers, also des Geldvermögenbesitzers. Man muss politisch die Dinge so einrichten, dass die großen Vermögen durch bestimmte Mechanismen, die man sich gut überlegt, immer wieder gekappt werden. Periodisch gekappt werden. Die Idee bei Keynes ist eine, die Thomas Piketty nochmals deutlich hervorgehoben hat: Des Rentiers Interesse – nämlich das Naturrecht auf günstige Verzinsung – tut kapitalistischen Systemen nicht gut, hat Keynes gesagt. Warum? Weil der Geldeinsatz das Interessanteste wird und nicht der Versuch, wie der Geldeinsatz in einen produktiven ökonomischen Einsatz umgemünzt werden kann. Das wird auch die für unsere Zukunft interessante Frage sein: Wie können die Geldvermögen in Investivvermögen verwandelt werden? Das ist das eigentliche ökonomisch-politische Geschäft. Und das Zweite – ich gebe Ihnen absolut Recht: Es gibt eine Front der Reichen dieser Welt, die machen massiven Druck auf die Regierungen dieser Welt, weil sie mit bestimmten Arten von – wie sagt man das heute? – epistemischen Gemeinschaften versuchen, sozusagen ein Wissen in das politische System zu träufeln, wo sie im Grunde ihre eigenen Kapitalverwertungsinteressen

zu stabilisieren versuchen. Das ist die ganze Steuerpolitik, das ist ein großes Thema davon. Da gibt es wirklich eine Notwendigkeit einer anderen politischen Aufstellung. Wenn man die Dinge so sieht – meiner Meinung nach – gibt es wirklich einen politischen Ansatzpunkt, etwas zu machen. Aber bitte. Ich will Ihnen keine falschen Hoffnungen machen. Ich sage nicht, wir können den Kapitalismus abschaffen. Ich sage nicht, wir können all das Geld, das bei den Reichen ist, wieder zu den Armen transferieren. Das sage ich nicht.

Sie sind in einem Haus der Sozialdemokratie! Da will niemand den Kapitalismus abschaffen!

Bude: Dann bin ich ja beruhigt! Das, glaube ich, ist meiner Ansicht nach eine intelligente, aber auch sichere Art, Politik zu betreiben. Wenn man genau weiß, was nötig ist zu tun. Man muss es ja vielleicht nicht allen gleich erzählen, was man tun will. Aber man muss eine klare Vorstellung über dieses ökonomische Geflecht haben, mit dem wir es zu tun haben.

Weil Sie das angesprochen haben: Die Kategorien der relativen Armut, die immer wieder in der Öffentlichkeit herumgereicht werden, v.a. das Argument der Armutsrisikoquoten – das ist ein Argument, das wir auch in Deutschland haben –, verdeckt ein Grundproblem, das ich im Augenblick für sozialwissenschaftlich besonders wichtig und herausfordernd halte. Nämlich das Bemühen, Kategorien absoluter Armut zu entwickeln. Absolute Armut kann heißen, dass man sich überlegt: Gibt es Haushalte in unserer Gesellschaft, die Angst vor einem kalten Winter haben müssen, weil sie sich die Heizung nicht mehr leisten können? Kollegen von mir haben so etwas in Großbritannien gemacht und sind zu dem wirklich bemerkenswerten Ergebnis gekommen, dass ein Viertel der britischen Haushalte nach diesem Kriterium absoluter Armut als absolut arm anzusehen ist. Sie müssen Angst vor den Voraussagen über die Strenge des Winters haben. Weil sie in der Haushaltsökonomie nicht die Ressourcen haben, um dann eine warme Stube haben zu können. Das ist eine Kategorie absoluter Armut, die nichts mit relativen Armutskategorien zu tun hat. Ich kann mir keine Politik vorstellen, die dies nun irgendwie noch wegzuwischen sucht in der notwendigen Bedeutung von Ungleichheit in irgendwelchen modernen Gesellschaften.

Reden wir über die Ausgeschlossen, wie der Titel Ihres Buches lautet. Ein Pfarrer hat zu Ihnen gesagt, 30 Prozent meiner Leute gehören nicht mehr dazu. Sie haben sich mit jenen Menschen befasst, die nicht mehr dazugehören, die nicht mehr erreichbar sind, die nicht mehr integrierbar erscheinen. Und wenn sie überhaupt noch erreichbar sind, dann im ehesten durch eine Politik der Hetze und eine Politik des Hasses.

Bude: Das ist in der Tat so. Ich habe mir darüber Gedanken gemacht und bin zu dem Ergebnis gekommen: Warum sollten wir nicht wieder einmal über Paternalismus reden? Seit 20 Jahren hören wir: Das Altersschlimmste ist paternalistische Politik. Wollen wir nicht. In den USA, im Kontext der Administration von Obama, ist ein interessantes Theorieprogramm entstanden. Die nennen sich libertäre Paternalisten. Sie sagen, dass es auch Aufgabe der Politik ist, Leute zu verleiten, etwas zu

„Warum sollen wir nicht wieder einmal über Paternalismus reden? Sich um Leute auf liberale Weise zu kümmern scheint mir eine große Aufgabe für Politik“

Bücher von Heinz Bude (Auswahl)



Heinz Bude: Gesellschaft der Angst. Hamburger Edition, 2014, 150 S., € 16,50



Heinz Bude: Bildungsspanik, Was unsere Gesellschaft spaltet. DTV 2013, 144 S., € 10,20



Heinz Bude: Generation Berlin. Merve 2001, 87 S., € 9,30

tun, was sie aus eigenem Antrieb vielleicht nicht tun würden. Das einfachste Beispiel: Wenn Sie nicht ausdrücklich erklärt haben, dass Sie gegen Organentnahme bei Unfalltod sind, dann werden Ihnen Organe entnommen. Da müssen Sie also sehr streng dagegen sein. Das wäre eine paternalistische Logik. Ich glaube nicht, dass wir in modernen Gesellschaften nur damit auskommen, nur ein liberales Bild der Gesellschaft zu vermitteln, in der jeder das Leben nach seinen eigenen Präferenzen führt und am Ende selbst dafür verantwortlich ist. Ich bin zwar persönlich dieser Auffassung. Ich glaube, jeder sollte für sein Leben verantwortlich sein. Aber: Es gibt unter den Ausgeschlossenen relativ viele, die gerne doch auch mal jemandem zuhören würden, einer Adresse des Kümmerns. Eine Adresse des Kümmerns zu sein, wäre eine vornehme Aufgabe für Politik, ohne dass sie das – und das ist jetzt die Gefahr – autoritär auszunutzt. Die Kümmerner haben oft autoritäre Neigungen. Denken wir an den Perönismus, wir kennen viele Varianten des autoritären Kümmerns bis hin zum autoritären Wohlfahrtsstaat. Aber wie kann man eine Haltung liberalen Kümmerns einnehmen? Also eines, der bereit ist, eine Adresse liberalen Kümmerns zu sein, aber auch weiß, dass er über die Köpfe der Leute hinweg am Ende nichts machen darf. Das scheint mir heute eine große Aufgabe für Politik.

Manche behaupten, der Wohlfahrtsstaat sei ein Ergebnis des Wirtschaftswunders – was historisch zweifellos richtig ist –, mit dem Zusatz, er funktioniert nur, wenn es ein Wunder gibt.

Bude: Das stimmt nicht. Und es stimmt auch nicht, dass der Wohlfahrtsstaat ein Ergebnis des Wirtschaftswunders ist. Der Wohlfahrtsstaat ist ein Ergebnis des Krieges. Er ist entstanden aus der Idee einer kollektiven Kriegsbedrohung. Und von der Vorstellung kollektiver Kriegsbedrohung ist die Idee einer Verantwortung für alle entstanden. Lastenausgleichslogiken waren immer Kriegsbewältigungslogiken. Es ist in der Tat ein Problem, dass wir solche Arten von gesellschaftlichen Großereignissen – ich sage das mal sehr zurückgenommen – nicht mehr haben, die eine solche Idee von Kollektivverantwortung und über soziale Ungleichlagen hinweg aussprechen können. Die Aufbaupflichtung und die Ausgleichspflichtung jener Generationen, die das Nachkriegswunder, auch das Nachkriegswohlfahrtswunder und Nachkriegswohlfahrtswunder zusammengebracht haben, war der Kitt insbesondere der europäischen Gesellschaften über eine lange, lange Nachkriegszeit.

Für unsere 40-Jährigen gilt das alles nicht mehr. Vielleicht ist das für die Geschichte der Angst sehr wichtig: Es sterben die Generationen aus, die das Gefühl haben, dass das Schlimmste, was ihnen passieren konnte, hinter ihnen liegt. Das waren in Mitteleuropa der Weltkrieg und der Völkermord. Schlimmer konnte es nicht mehr kommen. Heute, ab Jahrgang 1964, wissen wir, wenn es etwas Schlimmes auf der Welt gibt, dann liegt es vor uns und nicht hinter uns. Das ist in der Logik der Angst der Nachkriegsgeschichte – ich meine jetzt der kollektiven Ängste – ein außerordentlich wichtiges Faktum, was die Frage der nicht normativen, sondern der affektiven Elemente von Politik, auch von verpflichtender Politik, meiner Ansicht nach auf eine ganz neue Stufe stellt.



Die Wohltätigkeit im bürgerlichen Selbstverständnis kann auch etwas ziemlich Arges sein. Nicht so arg wie Geldgier, aber doch arg.

Bude: Das ist richtig. Es gibt eigentlich immer drei Bürgertümer. Das Wirtschaftsbürgertum, den Bourgeois; das politische Bürgertum, den Citoyen. Und dann haben wir in Deutschland und Österreich das Bildungsbürgertum. In Frankreich und Großbritannien wissen sie nicht so genau, was ein Bildungsbürger ist. Wir wissen das aber ganz genau. Bildungsbürger haben so eine gewisse Wirtschaftsfremdheit und finden im Zweifelsfall Gesamtausgaben wichtiger als Informationen über die Entwicklung der Aktienmärkte. „Ach, diese Leute, die sich immer mit Aktienmärkten beschäftigen, sollen sich lieber mal mit den Tagebüchern Kafkas beschäftigen!“ Das ist Bildungsbürgertum. Bürger werden immer rabiat, wenn sie merken, dass eine bestimmte Reproduktionsvoraussetzung in ihrer Lebensstilvorstellung fehlt. Also wenn sie aus der Wohnung rausmüssen, wo die Bibliothek untergebracht war, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können. Die DDR hatte auch eine bildungsbürgerliche Schicht und viele dieser Kollegen, die plötzlich in kleinere Wohnungen mussten, als die DDR unterging, haben offenen Hass auf den Kapitalismus entwickelt. Ich konnte das nachvollziehen, aber das war ein hilfloser Hass. Da ist mir klar geworden: Wenn eine bestimmte materielle Bedingung bei den Bildungsbürgern unklar wird, dann können die auch ganz schön unangenehm werden.

Das Bürgertum ist eine fein zisierte Sozialformation, aber sie ist auch in sich außerordentlich prekär. Das ist die Doppelheit der Bürgerlichkeit in Gesellschaften unserer Art heute. Und ein interessantes Thema in dieser ganzen Frage heute ist das Freihandelsabkommen. Das Freihandelsabkommen, das im Augenblick zwischen der EU und den Vereinigten Staaten ausgehan-

Die Auszüge aus dem Gespräch zwischen Heinz Bude und Peter Huemer am 19.11.2014 in der AK Wien wurden transkribiert von Maria Motter und redigiert von A.T.

„Nicht jeder Harvard-Absolvent will heutzutage in eine Investmentbank. Man hat wieder Interesse an Wissenschaft“

delt wird, bringt eine Menge bürgerlicher Empörung hervor. Kultur soll plötzlich zur Handelsware werden und die Buchpreisbindung soll abgeschafft werden? „Nee! Da gehen wir aber mit den Franzosen und sagen, jetzt ist mal eine Grenze erreicht!“ Darin finden wir wieder eine Artikulation des Bürgerlichen, die nicht nur die Kaschmirjacke betrifft, sondern immerhin auch die Buchpreisbindung.

Ja! Die Franzosen haben den europäischen Film gerettet. Wenn die Franzosen sich nicht schon längst auf die Schiene gelegt hätten, dann wäre der europäische von den Hollywood-Blockbustern erledigt worden. Der europäische Film hätte null Marktchancen in Europa, wenn die Franzosen nicht diesen Kampf geführt hätten.

Bude: Haben Sie sicher Recht. Aber die Subventionslogik des europäischen Fernsehens beispielsweise hat keine dieser wunderbaren HBO-Serien hervorgebracht, die ich mit großer Liebe gucke. Das ist alles in einem harten Kapitalismus entstanden. Also ich bin da ein bisschen zwiespältig.

Die großen Themen können nur dort gespielt werden, wo die Macht ist. Die Machtlosigkeit von Europa, die sich Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts selber zugefügt hat, spiegelt sich im europäischen Film. Da kann es grandiose Filme geben, aber die großen Themen, die die Welt bewegen, die haben wir nicht.

Bude: Ich glaube, dass Sie Recht haben. Wo bei ich hoffe, dass sich etwas ändert. Die interessanteste Fernsehserie jetzt zu diesen ganzen Fragen, die ich gesehen habe, war eine dänische Serie: „Borgen“. Das ist die tollste Serie zu der Frage des politischen Spiels, die ich kenne. Meiner Ansicht nach viel besser als „House of Cards“. Wir sollten ein bisschen selbstbewusster sein in Europa, weil wir ja auch wissen, dass die USA nicht mehr die USA unserer Kind-

heit und Jugend sind. Sondern die USA sind in sehr, sehr schwierigen Verhältnissen. Der konservative amerikanische Soziologe Charles Murray hat vor zwei Jahren das Buch „Coming Apart“ geschrieben. Es handelt vom weißen Amerika des White Trash. Eine Welt von richtigen Amerikanern ohne family values; they believe in nothing and they do nothing. Das hat ihm, einem Konservativen, das Herz gebrochen, und er beschreibt uns eine amerikanische Gesellschaft, die nicht in der Lage ist, irgendetwas daran zu ändern.

Zum Schluss: Wo ist das Tröstliche?

Bude: Sagen wir es mal so: Ich glaube, dass der Neoliberalismus wirklich vorbei ist. Ich glaube nicht, dass irgendein ernsthafter Mensch glaubt, dass die Märkte alles richten werden. Dieser Glaube ist dahin. Es glaubt aber auch nicht wirklich jemand, dass der Staat alles richten wird. Und das ist eine außerordentlich interessante Situation. Wir wissen ernsthaft, dass es Marktversagen gibt, was furchtbar ist. Wir wissen aber auch, dass es Staatsversagen gibt, was furchtbar ist. Diese eigentümliche ideologische Pattsituation bringt mich dazu zu sagen: Eigentlich ist es doch eine Situation, um noch einmal neu zu denken. Sharing economies sind ein großes Thema.

Nicht jeder Harvard-Absolvent will jetzt mehr in eine Investmentbank. Man hat wieder Interesse an Wissenschaft. Da ist etwas ganz interessant. Es ist eine Phase des Experimentalismus und nicht einer ideologischen Vorentschiedenheit. Und wenn Sie einen Hoffnungsschimmer suchen, dann ist es der Hoffnungsschimmer dieser experimentellen Phase, in der wir im Augenblick leben; die nicht nur angenehm ist, weil wir plötzlich auf Dinge verzichten müssen, die wir als Grundlage immer für richtig gehalten haben. Die aber auch eine Kraft enthält, die möglicherweise jedenfalls einen Bestand schaffen kann, der wieder für 20 oder 30 Jahre hält. Davon bin ich überzeugt. ☒

Silicon Valley und der Mensch als Auslaufmodell

Singularität bezeichnet die Idee, dass Menschen durch Maschinenintelligenz zu gottähnlichen Wesen mutieren, also transhumanistisch werden. In einem kurzen Referat vor dem Gespräch sagte Thomas Wagner unter anderem: „Innerhalb jener winzigen Elite der Milliardäre, welche die Cloud-Computer betreibt, herrscht der laute, zuversichtliche Glaube, dass die Technologie sie eines Tages unsterblich machen wird.“ Das sagte der Software-Entwickler Jaron Lanier in seiner Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 12. Oktober 2014. Im Silicon Valley habe sich das Singularitätsdenken zu einer Art unternehmerischem Leitbild entwickelt, meint der Vizepräsident des Axel-Springer-Konzerns Christoph Keese. Wer die Investitionsentscheidung von Google und anderen Großkonzernen verstehen wolle, tue gut daran, sich damit zu befassen. Das trifft auch auf Investitionsstrategien der Risikokapitalgeber zu. So haben im Silicon Valley fast nur noch solche Geschäftsideen eine Finanzierungschance, für die Aussicht auf ein weltweites explosives Wachstum und eine Bewertung in Milliardenhöhe besteht. Wenn der Venture-Kapitalist eine Milliarde in zehn Start-ups investiert – habe ich mir von Keese erklären lassen –, gehen davon allein 900 Millionen durch die statistisch erwartbaren Fehlschläge verloren. Mit den verbliebenen 100 Millionen müssten dann in zehn Jahren zwei Milliarden verdient werden, um die angestrebte Verdoppelung des ursprünglich eingesetzten Kapitals zu ermöglichen. Da ein einzelner Fonds aber niemals die ganze Firma besitzt, sondern vielleicht 20 Prozent, müssen diese 20 Prozent zwei Milliarden abwerfen. Also muss die Bewertung von 100 Prozent der Firma zehn Milliarden betragen. Nicht wer beispielsweise das Bankwesen durch eine technische Idee verbessern will, erhält das Geld, sondern derjenige, der vorschlägt, wie man das komplette Filialnetz auf der ganzen Welt mittels einer Internetplattform zerstört. In der Branchensprache heißt das ‚Disruption‘ und ‚Shooting for the moon‘. In einem Milieu, das diese besondere Form von Größenwahn – so Keese – kultiviert, fällt die Singularitätsidee auf fruchtbaren Boden.“

Peter Huemer: Ich sehe im Transhumanismus zwei Varianten möglicher Entwicklung. Die eine setzt auf die allmähliche Umformung des Menschen durch Biologie, Gentechnik, möglicherweise elektronische Implantate. Allmählich kommt es zu dieser transhumanen Umformung in ein Mensch-Maschine-Wesen. Die andere Variante ist, was man in der Literatur als Cyborg bezeichnet, also dass die Maschine selbstständig – mehr oder minder ohne menschliche Anteile – also ein Roboter ist. Welche der beiden Varianten ist von den Protagonisten jetzt angedacht?

Thomas Wagner: Es werden beide Varianten angedacht. Zudem verschiedene Mischungsverhältnisse von beiden und auch noch eine dritte Variante, nämlich die der Menschenzucht, der Verbesserung des biologischen Menschenmaterials, um mit den Maschi-

Der Soziologe und Publizist Thomas Wagner über Ideen wie Singularität und Transhumanismus, die unsere Welt verändern

GESPRÄCH:
PETER HUEMER

„Im Silicon Valley hat sich das Singularitätsdenken zu einer Art unternehmerischem Leitbild entwickelt, erzählt der Springer-Vorstand Christoph Keese“

Zur Person

Thomas Wagner, geboren 1967, ist Kultursoziologe, Literaturredakteur der Jungen Welt und freier Publizist. Er ist Autor mehrerer Bücher, darunter „Die Mitmachfalle“ (2013) und „Demokratie als Mogelpackung. Oder: Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus“ (2011). Die Thesen zu seinem Buch „Robokratie“ (s. nächste Seite) veröffentlichte er 2014 in den Blättern für Deutsche und internationale Politik



nen mithalten zu können, um bestimmte Formen von Bedienungsleistung gegenüber immer schneller werdenden Bedienungsanforderungen erbringen zu können. Das geht nur eine gewisse Zeitlang. Alle diese Varianten werden innerhalb der nun weltweiten Bewegung des Transhumanismus mit verschiedensten Ausformungen durchdiskutiert. Nick Bostrom, Professor der Oxford University, ist einer der Begründer dieser transhumanistischen Bewegung. In seinem Oxforder Institut zur Risikoforschung, dem Future of Humanity Institut, werden die verschiedenen Varianten durchexerziert. Also etwa die Variante, wie gehen wir damit um, wenn ein Computer eben auf diesem maschinellen Weg zu einer Superintelligenz kommt. Wie verhindern wir, dass diese Superintelligenz in irgendeiner Form eine Gefährdung für die Menschheit dar-

stellt. Dann werden verschiedene Szenarien diskutiert, wie man diesen Computer vom Internet fernhalten kann. Also, wie man ihn einsperren kann. Wie müssen die Menschen beschaffen sein, die mit diesem Gerät kommunizieren, damit sie nicht von ihm überholt werden. Im Film „Ex Machina“ wird das durchgespielt. Diese Unterhaltungsfilme greifen zum Teil die wirklichen Diskussionen unter Philosophen und Risikoforschern auf und setzen sie in Bilder um. Ich fand „Superintelligenz“ von Nick Bostrom, auf Englisch in der Oxford University Press und auf Deutsch im renommierten Suhrkamp Verlag veröffentlicht, eine sehr dröge Lektüre. Ich würde eher den Film empfehlen.

Man muss darauf hinweisen: Wir sind spintisieren nicht. Wir reden über eine

mögliche Zukunft in wenigen Jahrzehnten. Gibt es eine Vision, wie transhumane Transformation ausschauen könnte?

Wagner: Ich bin weder Techniker noch Naturwissenschaftler. Ich bin durch die Lektüre der Werke von Historikern zu diesem Thema gekommen und war entsetzt, wie die sich die Zukunft vorstellten. Im technischen Sinne bin ich ein Laie, kann aber sagen, wie sich Ray Kurzweil den Weg zur Unsterblichkeit vorstellt. Es gibt einen Dokumentarfilm über ihn, in englischer Sprache, dort erzählt er sehr anrührend: Er hat ein Herzproblem, sein Vater ist an einem Herzleiden früh verstorben. In einer für mich durchaus rührenden Szene erzählt Kurzweil dem Filmemacher, wie er sich vorstellt, seinen Vater wieder zum Leben zu erwecken. Die ganze Welt ist übersät mit Sensoren. Die Sensoren fangen alle Informationen ein, die je-

mals von seinem Vater in die Welt hinausgeschickt wurden, und mit diesem Sensornetz wird das Ganze geformt. Und sein Vater wird in Datengestalt als Wesen mit Bewusstsein wieder zum Leben erweckt. So denkt der leitende Ingenieur von Google. Eine für mich völlig absurde Vorstellung, wie dieser Mann denkt, dass wir zu Unsterblichkeit kommen. Ich befürchte aber, dass wir, indem solche Leute an den Entscheidungshebeln sitzen, wo Forschungsgelder investiert werden, sehr schnell auf den Abgrund zusteuern.

Sowohl Kurzweil als auch Bostrom sagen, die Menschheit werde in absehbarer Zeit an einer Kippe stehen, weil uns diese neuen Wesen an Intelligenz hoch überlegen sein werden. Gleichzeitig aber sind Kurzweil und Bostrom eindeutige

Peter Huemer und Thomas Wagner beim Stadtgespräch in der Arbeiterkammer am 1.10.2015)

FOTOS:
CHRISTIAN FISCHER

Befürworter dieser Entwicklung.

Wagner: Ihr Lösungsweg ist eben der einer rechtzeitigen Verschmelzung, also der Cyborgisierung unserer Welt.

Müssen wir uns da alle individuell fit machen dafür? Das wird wohl nur für eine Elite gehen. Der Rest bleibt übrig.

Wagner: In gewisser Weise machen wir uns schon fit, indem wir ein Smartphone besitzen und uns daran gewöhnen, Tag und Nacht mit diesem Ding in Konversation zu treten; indem wir unsere geistigen Möglichkeiten eben auch organisch mit den Computern vernetzen. Gehirnverstärkung, Gehirnerweiterung; durch den Austausch von zerfallsgefährdetem biologischem Material durch robusteres Material leiten wir eine Art Übergangsphase ein und lernen mit den Maschinen, uns vorzubereiten auf den Zeitpunkt, wo wir unseren Geist in die Maschine hineingeben und als biologische Wesen gar nicht mehr existieren. Dann würde eben eintreten, was Hans Moravec, der Direktor des Robotic Institutes an der Carnegie Mellon University in den USA, 1996 prognostizierte: Wenn wir den Fortschritt in der Computertechnologie in Betracht ziehen, müssten wir eigentlich in drei, vier Jahrzehnten so weit sein, Roboter zu haben, die uns geistig ebenbürtig sind. Unsere Kinder wären dann nicht mehr unsere biologischen Kinder, sondern irgendwelche Datenwolken, die durch das Weltall gleiten. Das wäre ein sanftes Einschlafen der gesamten Menschheit. Nicht so brutal und schmerzhaft wie Kopf-Abhacken. Aber eine Vision, vorgetragen von smarten Software-Milliardären, die mir letztendlich gefährlicher scheint als das, was wir im Moment über den Islamischen Staat erfahren.

Im Silicon Valley verstehen sie sich ganz eindeutig als Menschenfreunde – das entnehme ich nicht nur Ihrem Buch. Sie wollen die Welt verbessern, sie wollen sie vollkommener machen. Die Frage ist, wie weit kann man ihnen dieses Selbstverständnis glauben. Es geht ja auch um irrsinnig viel Geld.

Wagner: Ich glaube denen im Prinzip alles, was sie sagen. Es gibt ja auch ganz offene Manifeste oder Darlegungen dieser Vorstellungen. Es gibt einen Risikokapitalgeber deutscher Herkunft, Peter Thiel. Er hat ein Buch veröffentlicht, „Zero to One“, wo er die Vorstellung zurückweist, dass so etwas wie Wettbewerb im Wirtschaftsleben irgendeinen Sinn machen würde. Das sei allenfalls kurzfristig sinnvoll, nämlich so lange, bis sich endlich ein Monopol herausgebildet hat – wie jenes von Google –, das in der Lage ist, mit der enormen ökonomischen Potenz eben den Fortschritt nach eigenem Gusto weiterzuentwickeln. Im Hinblick auf die Singularität. Was kann es denn für eine grandiosere Idee der Menschheitsverbesserung geben als die Unsterblichkeit? Das ist die Überschrift. Im vergangenen Jahr hat sich in den USA eine transhumanistische Partei gegründet mit eigenem Präsidentschaftskandidaten. Der fährt zurzeit mit einem Wahlkampfbus durch die Staa-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 53

ten, der einem Sarg nachgebaut ist. Nach dieser Parteigründung wurden in verschiedenen anderen Staaten ebenfalls transhumanistische Parteien gegründet. Auch in Deutschland. Alle diese Parteien haben die gleiche Internetseite. Alle diese Parteien gehen, wie ich das einschätze, auf diese transhumanistische Bewegung zurück und werden zentral koordiniert. Die Hoffnung, die dahintersteht, ist zumindest mal nur die: Die rechnen sich keine Wahlerfolge aus, sondern der US-Präsidentenskandidat der Transhumanisten sagt, er möchte zunächst einmal so etwas werden, wie es die Grünen in den USA sind. Die Grünen haben auch keinen äußerlich sichtbaren Einfluss, aber sie haben Einfluss auf einen Teil der demokratischen Partei. Und diese Transhumanisten wollen Einfluss auf Teile der demokratischen Partei und Teile der republikanischen Partei nehmen, damit die Forschungsgelder in Projekte fließen, die ihnen gefallen. Das sind durchaus ganz realistische Ideen. In den USA traut sich der zu sagen, wenn ihr mich wählt, dann kommen wir der Unsterblichkeit einen Schritt näher. Ich denke, dass die Transhumanisten in Europa zunächst einmal sich nicht trauen werden, so etwas vorzubringen.

Weil Europa wesentlich säkularer und weniger religiös grundiert ist, als es etwa die Bevölkerung der USA ist. Aber bevor wir zu diesem religiösen Aspekt kommen, über den ich auf jeden Fall reden wollte, wollen wir noch beim Geld und bei der Macht bleiben. Es geht ja wohl auch darum: Zunächst einmal, im Silicon Valley ist das Demokratiemodell out. Hat Silicon Valley eine Vision nicht nur von der Unsterblichkeit, sondern auch davon, die Welt zu regieren?

Wagner: Vor allem davon, die Welt besser zu machen durch technische Lösungen. Alle Probleme der Welt sind auf technischem Wege lösbar. Krankheiten können besiegt und abgeschafft werden. Armut, Hunger, Klimakatastrophe – wenn die Nanotechnologie einmal so weit ist, spielt das alles keine Rolle. Der Regenwald kann weiter abgeholzt werden, denn in wenigen Jahren fliegen Abermilliarden von superkleinen Robotern durch die Welt und reparieren alles wieder. So etwas ist bei Ray Kurzweil zu lesen. Der Europavertreter – ich glaube von Google – hat auf die Frage, wie es denn mit Betriebsräten steht, gesagt, das sei ja eine furchtbar undemokratische Einrichtung. Da würden dem einzelnen Mitarbeiter gewissermaßen Meinungen vorgeschrieben. Es wäre doch viel demokratischer, wenn jeder Mitarbeiter unmittelbar seine Meinung, seine Wünsche zu Gehör bringen könnte. Die Form der organisierten demokratischen Interessen der abhängig Beschäftigten, der kleinen Leute, wie wir es zu sagen gewohnt sind – all das ist veraltete Technologie.

Im Silicon Valley ist ja auch sehr viel Geld konzentriert. Es geht in jedem Fall gegen das, was wir als Sozialstaat bezeichnen, der zumindest in einer milden Weise versucht, Vermögen und Gewinne ein wenig umzuverteilen. Es geht aber nicht nur gegen den Sozialstaat. Es geht gegen das Repräsentativsystem insgesamt, also gegen die Demokratie. Und letztlich geht es gegen alles, was durch Politik symbolisiert wird, also gegen den Staat.

Wagner: Sagen wir einmal so: Ich glaube, es gibt eine unheilige Allianz zwischen Leu-



ten, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten gepredigt haben, dass aus dem Internet gewissermaßen naturwüchsig neue Formen der Demokratie erwachsen, die der repräsentativen Demokratie haushoch überlegen sind, und diesen Vorstellungen von Demokratie als veralteter Technologie. Aus der Sicht der Netz-Euphoriker, so nenne ich sie jetzt einmal, ist das, was wir als Organisation, als vermittelnde Organisation über die letzten Jahrzehnte erkämpft haben – Gewerkschaften, Betriebsräte, so was wie eine Arbeiterkammer –, alles nicht mehr notwendig und repressiv. Und die großen Internetkonzernen geben diesen Leuten gerne Jobs. Es gibt eine in den USA prominente Occupy-Wall-Street-Aktivistin, Justine Tunney, die hat bei Google angefangen und im vergangenen Jahr vorgeschlagen, man solle doch den Vorstandsvorsitzenden von Google zum Präsidenten bestimmen. Denn Google ist nun einmal das Unternehmen, das den Fortschritt in die Welt bringt, auch den sozialen.

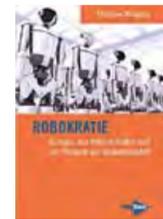
Das heißt auf der einen Seite, alle, unabhängig von Herkunft, Religion, Bildung, Stand, sollen gleich sein. Aber über dieser Gleichheit befindet sich eine Elite, die alles in der Hand hat.

Wagner: Richtig. Wir müssen ja auch den Fortschritt weiterbringen! Wer erwartet, dass alle lebensverlängernden Technologien so lange nicht weiterentwickelt werden, bis eine Grundversorgung für die gesamte Bevölkerung da ist, der ist ein Fortschrittsfeind und Bremsler und Blockierer und hat es selbst mit seinem Gewissen zu vereinbaren, dass Abermillionen und vielleicht sogar Milliarden Menschen nicht in den Genuss der Unsterblichkeit kommen werden. Nämlich die zukünftigen Generationen. So wird das dort argumentiert.

Wenn Kurzweil als Forschungschef von Google und Professor Bostrom in Oxford von Superintelligenz sprechen, meinen beide dasselbe?

Wagner: Ich halte die Vorstellungen von Kurzweil für in sich nicht konsistent. Sie haben einen stark religiösen Charakter. Sie sind auch keineswegs neu und reichen ins 19. Jahrhundert zurück. Auch bei Hegel gab es die Vorstellung, dass der Geist gewissermaßen zu sich selbst kommt. Nick Bostrom geht sehr nüchtern, trocken, philosophisch an die Geschichte heran und spielt verschiedene Modelle durch. Was wäre, wenn man anfangen würde, das biologische Vermögen des Menschen durch Zuchtwahl zu verbessern? Was hätte das für Konsequenzen? Wie weit würde man da gehen? Was für Konsequenzen hätte das, wenn man ver-

„Die Form der organisierten demokratischen Interessen der kleinen Leute, wie wir zu sagen gewohnt sind, das ist für die Bosse aus Silicon Valley eine veraltete Technologie“



Thomas Wagner: Robokratie. Google, Facebook, das Silicon Valley und der Mensch als Auslaufmodell. Papyrossa-Verlag, 177 S., € 14,40

suchen würde, so etwas aus einem Computer heraus zu entwickeln, der irgendwo in einer Forschungsstation abgesondert gehalten wird? Bostrom benutzt den Begriff Singularität nur als Zitat. Er ist da gewissermaßen nicht so festgelegt. Er macht Dankenspiele, wie man dazu kommen könnte. Denkt Wege durch. Er legt sich auch nicht fest, wann das denn eintreffen könnte. Er gibt immer nur Umfragewerte wieder. Da werden dann KI-Forscher und Robotiker interviewt, wann sie meinen, dass es zu diesem Durchbruch kommt. 80 Prozent von ihnen rechnen damit, dass es noch bis zum Ende dieses Jahrhunderts passieren wird. Zehn Prozent sagen, dass es schon im nächsten Jahrzehnt passieren wird, und ich, Nick Bostrom, sage, wenn diese ganzen Experten sagen, dass es wahrscheinlich ist, müssen wir uns Gedanken machen über die Konsequenzen, die das hätte, und diese womöglich unvermeidliche Entwicklung im Anfangsstadium so steuern, dass es die wenigsten Schmerzen verursacht.

Sie halten Bostrom für den entschieden Seriöseren, und Kurzweil für den Fantastischeren, weil er in Richtung Religiosität geht.

Wagner: Man könnte auch sagen, dass Ray Kurzweil der in einem ökonomischen Sinne Lebenstüchtiger ist, weil er es mit eigener Gehirnleistung schon zum Milliardenär gebracht hat, indem er Erfindungen produziert hat, und Nick Bostrom ein Stubenhocker ist, der sich Gedanken darüber macht und ellenlange Abhandlungen darüber schreibt, ob wir entscheiden können, ob wir tatsächlich leben oder eine Computersimulation sind. Mein Vater hätte so jemanden nicht als lebensstüchtig oder so etwas bezeichnet. Aber er wird ins Schweizer Fernsehen zur Sendung „Sternstunde Philosophie“ eingeladen, wo er diese Ideen ganz seriös darlegen kann.

Müssen wir uns über menschenähnliche Pflegeroboter sorgen?

Wagner: Dass Roboter im Pflegebereich und im Bereich der Erziehung von Kleinkindern eingesetzt werden sollen, ist eine Sache, die mich beunruhigt, und zwar dann, wenn sie als eine Art Ersatz für humane Zuwendung verstanden werden. Ich habe gar kein Problem damit, mir vorzustellen, dass schwer arbeitende Menschen im Pflegebereich einen Assistenzroboter zur Seite gestellt bekommen, der ihnen dabei hilft, einen Menschen ins Bett zu hieven und ähnliche Dinge zu tun. Ich habe größere Probleme damit, wenn Roboter sozusagen als Ersatzmenschen eingesetzt werden. Mit humanen Gesichtszügen, einer angenehmen Stimme. Wenn man Menschen wie Sie und mich, die wir hoffentlich alle alt werden, abpeist mit Maschinen. Ich halte es für sehr gefährlich, wenn das im Bereich der Gewerkschaften nicht skandalisiert werden würde. Da müsste noch mehr getan werden. Es gibt auch in der Linkspartei in Deutschland Stimmen, die sagen, diese Entwicklung wäre unabänderlich, die kommen, die Pflegeroboter. Aber das ist nicht die entscheidende Frage, glaube ich. Die entscheidende Frage ist: Wer bestimmt, wie diese Roboter designt werden und zu welchem Zweck sie eingesetzt werden? Diese Fragen müssen breit diskutiert werden. Da müssen die Gewerkschaften und die Linke endlich aus den Büschen kommen. Ich kann dieses Gejammer, wir können uns diesen Entwicklungen nur anpassen, nicht mehr hören.

Geht es bei Robotern neben intellektueller Kapazität auch um eine emotionale Kapazität? Die ist im Pflegebereich, den Sie gerade angesprochen haben, ein entscheidender Faktor.

Wagner: Es geht in der industriellen Fertigung darum, Roboter zu bauen, die merken, wenn ein Mensch in der Nähe ist. Die mit Sensoren ausgestattet sind, die sehr sensibel und, sagen wir, auch tastende und sachte Bewegungen auszuführen in der Lage sind, und dazu braucht es so etwas wie Feingefühl. Es gibt eine Art von Sehen, also der Repräsentation der äußeren Umwelt. Es wird auch daran geforscht, wie man Gesichter erkennt – was nicht so einfach ist. Wenn man eine andere Brille aufsetzt, ist es heute für Maschinen noch relativ schwer, den als denselben Gegenstand wiederzuerkennen. Aber das, denke ich, sind doch Dinge, an denen im Moment mit großen Schritten geforscht wird, und das ist auch die Richtung, in die es geht.

Das mit den intellektuellen Kapazitäten ist offensichtlich leichter restituierbar. Schachcomputer haben eine ungläubliche Qualität erreicht. Aber das, was Menschen und auch höher entwickelte Tiere können, nämlich fühlen –

Wagner: Ich bin dort auch ein Laie. Nur scheint mir Folgendes offensichtlich zu sein. Es gab einmal zwei Richtungen. Erstens diejenigen, die Roboter gebaut haben, und zweitens diejenigen, die Computerprogramme geschrieben haben. Beides ist in den letzten Jahren immer mehr zusammengekommen. Mir ist zumindest bekannt, dass man Ansätze hat, so eine Intelligenz sich entwickeln zu lassen: Indem man Einheiten baut, die Lernerfahrungen machen und aufgrund von Lernerfahrungen komplexer werden. Die im Grunde so etwas wie eine Evolution im Kleinen durchmachen sollen. Die sich zu immer verständiger sich in der Umgebung bewegendes Wesen machen. Das ist nicht die Vorstellung, dass man ein menschliches Gehirn eins zu eins kopiert – obwohl es die immer noch gibt. Sondern, dass man sagt, es gibt so Grundmodelle der Bewegung hin zu einem selbstständig in der Umwelt agierenden Wesen, und da fängt man an zu experimentieren.

Könnte es in dieser Mutanten-Roboter-Gesellschaft so etwas wie Religionen, Ideologien noch geben?

Wagner: Ich habe mir eher die Frage gestellt, die sich die Transhumanisten selber stellen, die ja politischen Einfluss gewinnen wollen. Von einer sozialen Bewegung gehen sie mit ihren Parteigründungen in eine politische Form über. Die überlegen sich: Wer sind unsere Gegner? Wo sind Widerstände zu erwarten? Da es in den USA kaum noch eine Linke gibt, erwarten sie den meisten Widerstand aus dem religiösen Lager. Aus dem Lager derjenigen, die sagen, der Mensch ist Gottes Schöpfung und soll so bleiben; es gibt eine festgefügte Ordnung; es gibt die Vorstellung, dass Frauen dem Manne zu Diensten sein sollen, und ich weiß nicht, was es alles für Vorstellungen gibt. Aus diesem Lager erwarten die den größten Widerstand und sehen sich selbst als Zukunft, die den Irrationalen gegenüberstehen.

Aber es gibt diese Idee von Google als Kirche, die verstehen sich doch als religiös und als Erlösungskirche.

Wagner: Eben nicht. Die machen etwas, was



Ray Kurzweil, Googles Chefingenieur und Singularitätsdenker. „Wenn solche Leute an den Steuerhebelsitzen, steuern wir schnell auf den Abgrund zu, fürchte ich“ (Thomas Wagner)



Nick Bostrom, Oxford-Professor. Er sagt, Roboter brauchen von uns keine Rechte, sie werden uns und unser Rechtssystem bald hinter sich lassen ...

„Im Moment scheint mir ein wichtiges Projekt zu sein, so etwas wie eine Rüstungskontrollvereinbarung gegen Kampfroborer vorzubringen“



wir so beschreiben können, aber sie verstehen sich als gewissermaßen seriöse, nüchtern arbeitende Wissenschaftler und Techniker, die versuchen zu realisieren, was technisch nicht möglich ist. Sie verstehen sich selbst nicht als religiöse Heilsbringer.

Wenn Kurzweil das Universum anpeilt, sagen Sie, ist das immer noch rational?

Wagner: Ich sage nur, dass die selber sich so nicht verstehen. Wir beide können das von außen so beurteilen. Aber die verstehen sich selber als rationale Transhumanisten.

Und würden den Begriff Kirche ablehnen?

Wagner: Kirche ist eine noch ältere Technologie als die Demokratie.

Gut. Aber haben Sie als Außenbetrachtender den Eindruck eines religiösen Sendungsbewusstseins?

Wagner: Definitiv. Als Beobachter würde ich das durchaus so beschreiben, dass die mit einem gewissen Bekehrungseifer zugegangen sind und ihre Ideologie zu verbreiten versuchen. Ich befürchte, dass auch in Europa aus dem Bereich der traditionellen Kirchen eine größere Sensibilität für die Gefahren dieser Bewegung vorhanden sein wird als in unseren Reihen. Ich gemeinde Sie jetzt alle mal ein und behaupte, Sie sind allesamt Leute, die sich als links verstehen. Da nehme ich doch ein geringes Problembewusstsein und einen verkehrten Fortschrittsoptimismus wahr, der darauf setzt, dass die technologische Entwicklung so etwas wie einen Selbstlauf hat und dass wir Menschen als demokratisches Kollektiv im Grunde gar nicht viel machen können.

Nur nebenbei: Kann es noch eine Fußball-Weltmeisterschaft geben, wenn diese überlegenen Systeme an der Macht sind?

Wagner: Es gibt zumindest noch für die nächsten Jahrzehnte durchaus Entwicklungsbedarf im Bereich der Fußballrobotik. Verschiedenste Forscherteams auf der ganzen Welt sind dabei, Robotern das Fußballspielen beizubringen. Mit unterschiedlichsten Fortschritten. Das Ziel ist tatsächlich, dass eine Robotermannschaft gegen den amtierenden menschlichen Weltmeister antritt und ähnlich wie der Schachcomputer gewinnt. Ich weiß nicht, wann das passieren wird. Ich habe mich mit einem dieser Entwickler unterhalten, der ist nicht so optimistisch, dass das in nächster Zeit passieren wird. Es gibt Roboter-Fußball-Contests, die in verschiedenen Ländern ausgetragen werden. Oft in Japan. Aber nicht nur im Fußball. Auch in anderen Disziplinen. Am meisten Sorgen macht mir die Entwicklungsdynamik in der Rüstung, wo man be-

strebt ist, intelligente Kampfmaschinen zu entwickeln und auch einzusetzen. Wenn es einmal so weit ist, dass es möglich scheint, dass ein Jagdbomber von einer intelligenten Maschine alleine gesteuert wird, gibt es für menschliches Zutun keinen Bedarf mehr, denn so eine Kampfmaschine hätte natürlich mit all diesen Problemen der Schwerkraft, die man als Pilot hat, nichts mehr zu tun. Die wären jedem Piloten meilenweit überlegen. Im Moment erscheint mir ein wichtiges Projekt zu sein, so etwas wie eine Rüstungskontrollvereinbarung gegen Kampfroborer vorzubringen.

Wie schaut es mit den Grundrechten für diese zukünftigen Wesen aus? Werden sie den Anspruch haben, wie er in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung steht, nach dem Glück zu streben?

Wagner: Nick Bostrom ist in der besagten Schweizer Philosophie-Sendung genau das gefragt worden. Und zwar anhand des Beispiels einer Fernsehserie, wo sozusagen menschenähnliche Roboter in einer menschlichen Gesellschaft leben und coexistieren und gewissermaßen ihre Rechte als vernunftbegabte Menschen einklagen. Das ist ein Grundproblem in dieser Serie. Und da sagte Nick Bostrom: Hm, hm, eine interessante Frage, aber nur für ganz kurze Zeit ein Problem; für fünf bis zehn Jahre; weil wenn die Roboter erst einmal so intelligent sind wie Menschen und Selbstbewusstsein haben, dann dauert es nicht lange, dass sie sich selber weiterentwickeln und den Menschen hinter sich lassen. Dann haben die Menschen nichts mehr zu tun mit diesen Fragen. Das war seine Antwort in dieser Fernsehsendung und das war auch ein Anlass, mich mit diesem Thema zu befassen, weil ich das so irre fand, das dann morgens, nach dem Frühstück, auf 3sat präsentiert zu bekommen.

Meinen Sie, dass Maschinen, die ein eigenes Bewusstsein entwickeln und sich selber verbessern können, unwahrscheinlich sind?

Wagner: Dass Maschinen entwickelt werden, die sich selber verbessern, halte ich für sehr wahrscheinlich. Mit der Bewusstseinsfrage habe ich mich nicht tief genug philosophisch auseinandergesetzt, um mich festlegen zu wollen. Aber dass sie so etwas wie einen eigenen, nicht programmierten Willen entwickeln, kann ich mir bislang noch nicht vorstellen. Wobei es durchaus so etwas wie verselbstständigende Prozesse geben kann, wenn es superintelligente Maschinen gibt, die eine bestimmte Zielvorgabe haben. Meinetwegen: Beseitigt alle Schädlinge, alle Brillenträger, was weiß ich. Dass sie das dann mit erstaunlicher Konsequenz, mit hohem Aufwand an Lösungsfantasie umzusetzen versuchen und nur noch gewaltsam zu stoppen sein werden – das kann ich mir vorstellen. Also Verselbstständigungsprozesse, wo Menschen sich in eine Position begeben, wo sie zusehen müssen, wie so eine Art von Kettenreaktion ablaufen, auf die sie keinen Einfluss mehr haben werden. Das sind Katastrophenszenarien, die ich mir vorstellen kann. Die Menschheit stand ja schon auch vor einigen Jahrzehnten kurz davor, sich selbst auszulöschen, wenn sie dem Maschinenprogramm freien Lauf gelassen hätte. So etwas kann natürlich jederzeit wieder geschehen.

Schlagwort Industrie 4.0: Wird

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 55

die Automatisierung nicht ein Heer von Abermillionen jungen arbeitslosen Männern erzeugen?

Wagner: Na ja. Ich finde es erst einmal eine ganz verlockende Vorstellung, viel weniger arbeiten zu müssen als heute. Darin sehe ich gar kein Problem.

Seit Jahrzehnten sagen wir, dass der Begriff Arbeit neu definiert werden muss. Gelungen ist in dem Zusammenhang seit dem Lazarsfeld-Bericht „Die Arbeitslosen vom Marienthal“ nichts.

Wagner: Vor allem ist es nicht gelungen, eine Gesellschaft zu schaffen, in der der gesellschaftliche Reichtum so verteilt ist, dass wir alle von diesem Einsparungspotenzial auch profitieren. Das ist ein gewissermaßen historisches Versagen der Linken. Sie hat große Niederlagen erlitten und muss sich darauf einstellen, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten erbitterte Kämpfe zu führen, um dieses Verhältnis, dass die einen bestimmen, was die anderen tun, nämlich dass sie ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, ein für alle mal beseitigen. Der sozialdemokratisch erkämpfte Sozialstaatskompromiss taugt dafür nicht, weil die andere Seite wesentlich brutaler geworden ist und den Klassenkampf intensiv führt. Die Gewerkschaften und die Parteien müssen jetzt ihrerseits sagen, Klassenkampf ist keine veraltete Technologie der Auseinandersetzung, sondern etwas, was wir wieder lernen müssen. Dann gibt es eine Lösung für das Problem der Massenarbeitslosigkeit.

Wenn die Elite im Silicon Valley je das Sagen haben sollte, dann kann man Überlegungen, wie Sie sie gerade angestellt haben, abschreiben.

Wagner: Man könnte kleiner anfangen und sagen: In Deutschland gab es einmal eine Reihe von Lehrstühlen und Forschungseinrichtungen für ein Fach namens Informatik

Peter Huemer zu Thomas Wagner: „Wenn die Eliten des Silicon Valley an die Macht gelangen, kann man Überlegungen, wie Sie sie gerade anstellen, abschreiben“

„Lehrstühle und Forschungseinrichtungen zu Informatik und Gesellschaft wurden in Deutschland abgeschafft. Jetzt finanziert Google solche Forschungen, unter dem Applaus der regierenden SPD“

Die Auszüge aus dem Gespräch

zwischen Thomas Wagner und Peter Huemer am 1.10. in der AK Wien wurden transkribiert von Maria Motter und redigiert von A.T.

und Gesellschaft. Es sollte die Auswirkungen der Einführung von Informationstechnologien kritisch reflektieren. Diese Lehrstühle wurden, wie mir ein Informatikprofessor neulich erklärte, in den letzten Jahren komplett abgeschafft. Es gibt keine öffentlich geforderte Forschung mehr in diesem Bereich. Solche Forschungen werden etwa in Berlin jetzt von Google finanziert, unter dem Applaus der regierenden Sozialdemokratie. Das sind ganz konkrete Punkte, wo man hingucken muss und sagen muss, so geht es aber nicht. Und warum dürfen Unternehmen, die Infrastrukturleistungen im Bereich der Kommunikation vorbringen, in privater Hand sein? Das ist eine Frage, die man sich stellen sollte. Meines Erachtens ist das eine öffentliche Aufgabe.

Die Frage einer zukünftigen Arbeitslosigkeit für Menschen, für die es keine neuen Jobs geben wird, sehen Sie im Zuge der industriellen Entwicklung und der Digitalisierung der gesamten Produktionsbereiche als nicht so dringend an.

Wagner: Nein. Ich sehe sie nur dann als kein existenzbedrohendes Problem für Millionen und Abermillionen von abhängig Beschäftigten an, wenn es gelingt, mit dem Kapitalismus Schluss zu machen. Das ist unsere Aufgabe. Im Kapitalismus haben wir das Problem dauerhaft an der Backe, mit allen Auswirkungen, die man sich vorstellen kann. Wir haben das Problem, dass der Liberalismus sich gewissermaßen selbst karnibalisiert, sich selbst auffrisst, indem er im ökonomischen Bereich auf die Spitze getrieben wird. Dass seine individuelle Freiheit so weit auf die Spitze getrieben wird, dass individuelle Freiheit in keiner Weise möglich ist. Was sind denn die Grundlagen für individuelle Freiheit? Meines Erachtens liegen sie darin, dass Gleichheit in den menschlichen Verwirklichungsmöglichkeiten gege-

ben ist. Sie ist nur dann gegeben, wenn das Eigentum an den großen Produktionsmitteln nicht mehr in privater Hand ist, so dass uns nicht irgendwelche technikbesessenen Silicon-Valley-Milliardäre durch noch so attraktive und auch auf den ersten Blick nützliche Instrumente in eine Art Schlangenhügelgriff nehmen. Wo jeder Atemzug dazu führt, dass wir näher an den Erstickungstod geraten. Nein, das ist es nicht. Meines Erachtens ist Gleichheit die wesentliche Bedingung für die Realisierung individueller Freiheitsrechte. Wir müssen bei allen technologischen und ökonomischen Fragen immer danach fragen, ob sie demokratiekompatibel sind. Ich habe den Eindruck, dass es im Kapitalismus noch nie demokratiekompatibel war; dass es gewisse Kompromissformen gab und diese Kompromissformen immer mehr aufgelöst worden sind. Die Form, an die wir uns gewöhnt haben, ist keine Demokratie, wen auch immer wir wählen.

Das heißt, bei bestehenden gesellschaftlichen Entwicklungen besteht die Gefahr, dass wir dieser Entwicklung in Richtung Robokratie tatsächlich ausgeliefert sein könnten, wenn es uns nicht gelingt, gesellschaftliche Grundbedingungen radikal zu verändern.

Wagner: Das sehe ich definitiv so. Dazu gehört eben auch, dass wir der Vorstellung Einhalt gebieten, technologische und auch ökonomische Entwicklungen seien unaufhaltsam. Wer uns das erzählen will, will entweder verbergen, dass er selbst ökonomische Macht ausübt, oder er geht diesen Leuten eben auf den Leim. Da ist durchaus so etwas wie altbackene Aufklärungsarbeit vonnöten. Und zwar nicht nur von einzelnen Stimmen, es muss auch in die Breite getragen werden. Das ist auch ein Bildungsauftrag für die erkämpften Institutionen der Arbeiterbewegung.

6. Bücher

58

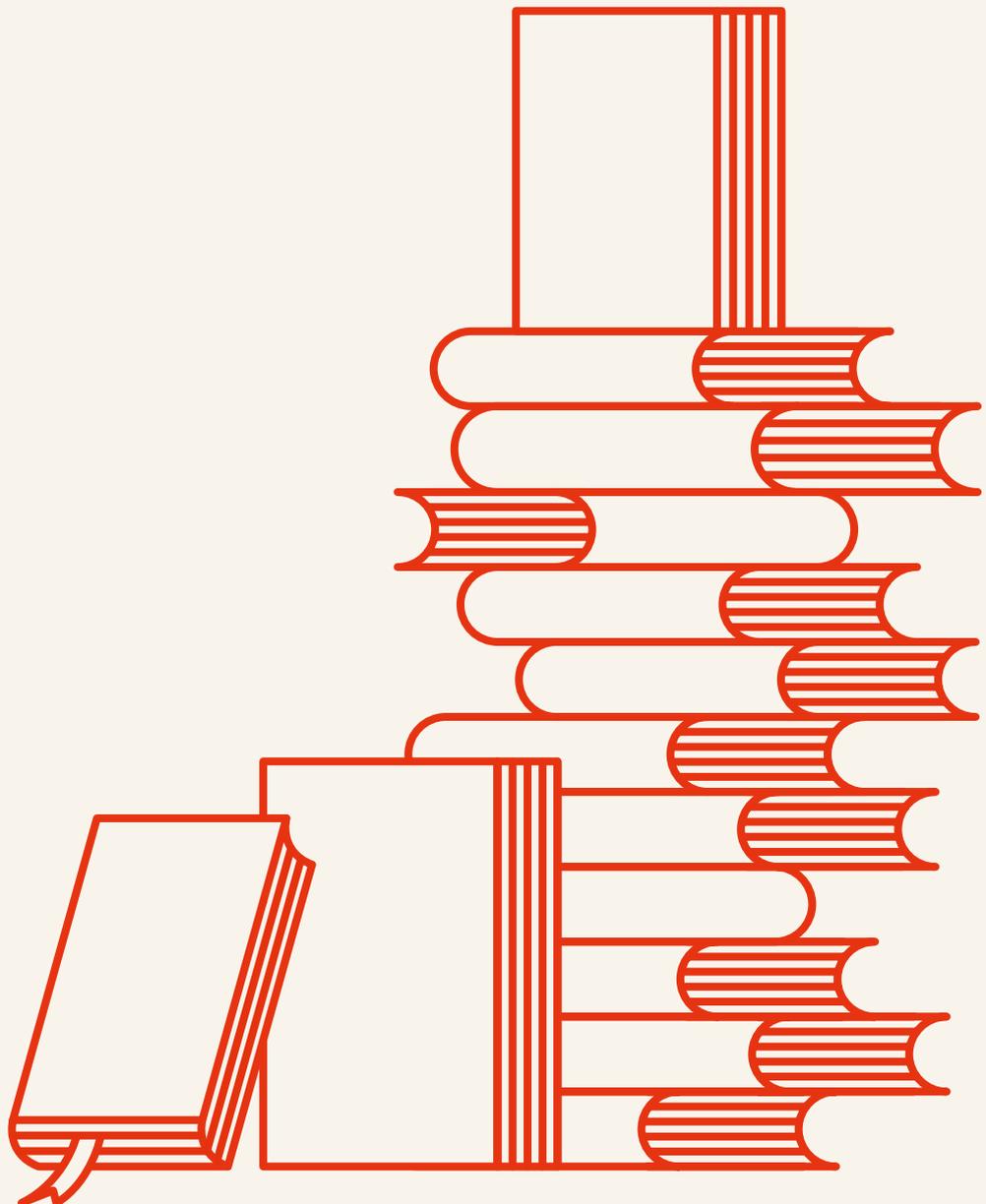
Robert Misik fragt sich anhand von James K. Galbraiths „The End of Normal“, ob der Kapitalismus tatsächlich zu Ende geht

60

Bücher von Franco Moretti („Der Bourgeois“), Fred Luks („Öko-Kapitalismus“), Anthony B. Atkinson („Inequality“) und Herbert Cordt („Auf der Überholspur“)

62

Bücher von Colin Crouch („Die Bezifferung der Welt“), Peter Rabl („Der Unwohlfahrtsstaat“), Joseph E. Stiglitz („Reich und Arm“) und das Neue Manifest der Ökonomen





Stürzt der Kapitalismus?

Ein Phänomen geistert durch die Ökonomie: das Gespenst vom Niedergang des Kapitalismus. Lawrence Summers, der ehemalige amerikanische Finanzminister und spätere Investmentzampiano nennt es „secular stagnation“ (wobei „secular“ in dem Zusammenhang heißt: langanhaltend, von nun an die Zukunft prägend); Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman spricht vom „permanent slump“ (permanenten Niedergang); selbst auf den Seiten des Magazins *Forbes* fragt man sich schon: „Is capitalism dying?“; der Starökonom James K. Galbraith konstatiert zumindest ein „end of normal“, dass also das, was wir seit 300 Jahren, als wäre es eine Normalität, mit dem Kapitalismus gleichsetzen – Wachstum, Wohlstandsausweitung und Ähnliches –, nunmehr an sein Ende kommt.

Und selbst in braven Verlagen mit Wirtschaftsschwerpunkt, wie dem Frankfurter Campus-Verlag, erscheinen neuerdings Bücher mit Titel, vor denen noch vor zehn

„Säkulare Stagnation“ – plötzlich denken auch respektierte Ökonomen über das Ende des Kapitalismus nach

ESSAY:
ROBERT MISIK

ILLUSTRATION:
GEORG FEIERFEIL

Jahren selbst die wirklichkeitsfremdesten Linksradikalen zurückgeschreckt wären: „Stirbt der Kapitalismus?“

Nun sind Untergangsprognosen so alt wie der Kapitalismus selbst, aber bisher in der Geschichte wurden sie vor allem von – meist linken – Kapitalismuskritikern vorgetragen, und in deren Fall war die Prognose von der Wunschvorstellung nicht immer leicht zu unterscheiden. Simplel gesagt: Wenn man dem Kapitalismus den Tod an den Hals wünscht, dann ist man leicht versucht, die entferntesten Indizien für seinen Exitus zusammenzutragen. Deshalb ist ja unter Ökonomen auch der Witz verbreitet, von den zwei letzten gefährlichen Krisen des Kapitalismus hätten die Marxisten 50 vorausgesagt. Wenn man für jedes Jahr eine schwere Krise voraussagt, und dann hat man in 60 Jahren zwei Mal recht, dann ist das keine besonders exakte Prophezeiung, sondern eher von der Art, dass „auch ein blindes Huhn einmal ein Korn findet“.

Doch jetzt verbreitet sich die Katastrophensituation auch unter jenen, die den Kapitalismus für ein dynamisches, funktionstüchtiges System oder zumindest für rettenswert halten. Die Österreichische Nationalbank veranstaltet demnächst gemeinsam mit der Kontrollbank und dem Club of Rome eine Tagung zum Thema „Säkulare Stagnation“. Sieben Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise nimmt die ökonomische Debatte damit eine bemerkenswerte Wendung.

Denn 2008 schien es noch so, als stünde eine Neuauflage der alten Kontroverse zwischen „Neoklassikern“ (also den neoliberalen Ökonomen) und den „Keynesianern“ an. Die Neoklassiker setzten voll auf Austerität: Wenn alle Wirtschaftssubjekte zusammen – vor allem der aus ihrer Perspektive böse Staat, aber auch private Haushalte und Banken – nur ihre Schuldenstände reduzieren, wenn Löhne und Sozialleistungen gesenkt werden, dann würden die Finanzmärkte wieder Vertrauen fassen, die Unternehmen wieder Optimismus entwi-

ckeln, es würde investiert und das Wachstum würde wieder anspringen.

Diese Rezeptur wurde ausprobiert – und sie endete im Fiasko. Die Keynesianer hatten das vorausgesagt: Für sie war immer klar, dass das Überschuldungsgebirge, das sich aufgebaut hatte, nicht durch sparen, also Einschränkung der Wirtschaftsleistung, abgebaut werden könnte, sondern nur durch Prosperität. Also müssten Löhne steigen, die Kaufkraft gestärkt werden, durch öffentliche Investitionen das Wachstum angekurbelt werden. Und finanzierbar wäre all das nur durch Umverteilung von oben nach unten.

Dieses Rezept wurde nicht versucht. Vielleicht hätte es ja geklappt. Aber sieben Jahre nach dem Beinahekollaps der Finanzmärkte verbreitet sich ein Verdacht: Was, wenn beides eigentlich nicht mehr funktioniert?

Eine Reihe von Forschern hat jedenfalls recht beunruhigende Krisenfaktoren zusammengetragen.

Bereits 2008 haben Forscher des Levy Economics Institute in einem Paper klargemacht, dass diese „Krise nicht mit konventionellen Heilmitteln gelöst“ werden könne. Das Wachstum der führenden kapitalistischen Länder war schon seit vielen Jahren nur mehr minimal gewesen und hat trotz des Schuldenexzesses vor 2008 selten die Ein-Prozent-Marke überschritten. Die blauäugige Hoffnung, China, Indien, Brasilien oder andere Schwellenländer könnten zur Wachstumslokomotive werden, nimmt sich als absurd aus. Zu gering ist ihr Anteil am Welt-BIP noch immer, ihr Pro-Kopf-Einkommen bloß ein Bruchteil der Großregionen, die in den letzten 300 Jahren für Wachstum verantwortlich waren, nämlich Europa, die USA und Japan.

Wachstum und Produktivität haben in Großbritannien, dann Europa, dann den USA ab 1750 steil zu steigen begonnen, die Zuwachsraten haben Mitte des 20. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreicht und nehmen seither stetig ab, rechnete Robert J. Gordon vom amerikanischen „Centre for Economic Policy Research“ vor. Seine These: Produktivitätszuwächse stoßen in entwickelten Gesellschaften an ihre Grenze.

Mit der Industrialisierung bäuerlich geprägter Gesellschaften setzte ein immenser Produktivitätssprung ein, der für überdurchschnittliche jährliche Wachstumsraten sorgte. Vom Eselskarren zur durchmechanisierten Fabrik gibt es ein großes Steigerungspotenzial, aber schon zwischen durchmechanisierter und durchcomputisierter Fabrik ist das Steigerungspotenzial deutlich geringer. Von dieser zur Fabrik 4.0 mit ihren 3-D-Druckern besteht das Rationalisierungspotenzial eher nur mehr aus Peanuts.

Gordon illustriert seine These mit einem eingängigen Bild: 1850 haben sich die meisten Menschen noch mit höchstens zehn km/h fortbewegt. Dann wurden Eisenbahnen erfunden, dann Flugzeuge, und Ende der 1960er flog man mit der Boeing 747 900 km/h schnell. Seither wird die Menschheit aber nicht mehr „schneller“ (de facto, so Gordon, werde sie langsamer, da die heutigen Boeings nicht mehr die Höchstgeschwindigkeit fliegen, weil der Sprit zu teuer ist).

Tatsächlich, so Gordon, gäbe es seit geraumer Zeit überhaupt keine Innovationen mehr, die sich in merkbare Produktivitätsfortschritte übersetzen: Die Computertechnologie hat sich darauf verlegt, Produkte zu erschaffen, „mit denen wir

dasselbe tun können, was wir schon vorher konnten, bloß in kleinerer und netterer Verpackung“.

Nicht nur das geringere Produktivitätswachstum übersetzt sich in eine Tendenz zur Stagnation. Hinzu kommen zweierlei: erstens ein Ende des Bevölkerungswachstums in den industrialisierten Ländern – der Beitrag einer sich ständig ausweitenden Arbeitsbevölkerung zum Wachstum wird gemeinhin unterschätzt, hat aber rund die Hälfte der Wachstumsraten in früheren Zeiten ausgemacht.

Zweitens der Verlust von immer mehr Jobs in der Industrie (wo hohe Produktivitätsfortschritte üblich sind) und eine Verlagerung zum Servicesektor, wo diese Möglichkeiten begrenzt sind. Selbst wenn man die Billa-Kassierin durch eine Maschine ersetzt, wächst das Pro-Kopf-Output damit in viel geringeren Maße, als wenn ich die Mercedes-Fertigung robotisiere. Persönliche Dienstleistungen wie Pflege, medizinische Versorgung etc. lassen sich praktisch überhaupt nicht rationalisieren.

James K. Galbraith weist in diesem Zusammenhang noch auf einen weiteren Besorgnis erregenden Sachverhalt hin: Bei allen bisherigen technologischen Revolutionen wurden Jobs wegrationalisiert, aber durch ebenso gute oder sogar bessere ersetzt. Der Landarbeiter fand eine Stelle in der boomenden Industrie. Aber die neue technologische Revolution zerstört Jobs, ohne ausreichend neue zu schaffen. „Wirtschaftliche Chancen schwinden (...). Mit weniger Jobs haben weniger Menschen ein Einkommen.“ Die Massenkaufkraft hinkt immer mehr hinter den ökonomischen Potenzialen her.

Wo soll aber angesichts von diesen und vielen weiteren Krisensymptomen noch Wachstum herkommen? Zumal die Welt als Ganzes in Schulden versinkt, die nur durch Wachstum abgebaut werden können. „Im Jahr 2000 addierten sich alle Schulden, die irgendjemand auf diesem Globus hatte, auf 87 Billionen Dollar, 2014 betrug diese Zahl bereits 199 Billionen“, so ergab unlängst eine Studie des Beratungsunternehmens McKinsey.

Nun ist diese Zahl astronomisch und beängstigend, aber auch ein wenig irreführend. „Das sind doch nur die Bruttoschulden, und das sagt überhaupt nichts aus“, meint der Wirtschaftsforscher Heiner Flassbeck. Denn diesen Schulden stehen Finanzvermögen gegenüber, die andere Leute oder Firmen halten – oder die sogar die gleichen Wirtschaftssubjekte halten. Tatsächlich, das ergibt schon die Saldenlogik, müssen global Finanzvermögen und Finanzschulden gleich null sein, da jeder Zahlungsverpflichtung, die jemand eingegangen ist, ein Zahlungsverprechen gegenübersteht, das er jemandem gegeben hat. Nun kann das aber nicht unbedingt beruhigen: Wenn viele Unternehmen und Personen hohe Schulden haben und andere wiederum hohe Vermögen, dann ist das selbst ja schon eine Quelle der Instabilität im System – denn die Verschuldeten sind dann bei der kleinsten Delle in der Konjunktur an der Schwelle zum Bankrott.

Gewiss ist der Wert der Bruttoschulden nur begrenzt aussagefähig. Wenn sich ein Unternehmen 100 Millionen leiht, um eine Betriebsanlage zu bauen, und dann, weil sich etwa die Errichtung leicht verzögert, 50 Millionen davon, anstatt sie auf der Bank liegen zu lassen, kurzfristig an ein anderes Unternehmen weiterverleiht, dann sind die „Bruttoschulden“ um 150 Millionen ge-

stiegen, „ohne dass irgendetwas Schlimmes passiert wäre“ (Flassbeck). Dennoch ist es in der Realität wohl unwahrscheinlich, dass ein bedeutender Teil des Schuldengebirges auf solch unproblematischen Finanzoperationen beruht – somit bloß ein ungefährlicher statistischer Wert ist.

Zumal ganz unabhängig vom heutigen Stand der Verschuldung die Frage im Raum steht, ob der Kapitalismus im Zustand „säkularer Stagnation“ oder – auch ein Fachbegriff, der gerade en vogue wird – als „stationary state“ überhaupt existieren kann.

Denn im Kapitalismus sind Prosperität und Innovation grundsätzlich auf Schulden gebaut. Der Investitionskredit hat die ungeheure Dynamik des kapitalistischen Wirtschaftssystems erst ermöglicht. In früheren Epochen hat sich der Reichtum der Menschheit allenfalls alle 1000 Jahre verdoppelt. Aber in den vergangenen 300 Jahren hat er sich alle 30 oder 40 Jahre verdoppelt. Dazwischen lag die Erfindung des generalisierten Investmentkredit, der es erfinderischen und unternehmerischen Köpfen ermöglichte, eine brillante Idee sofort zu verwirklichen.

Ab diesem Zeitpunkt wurden jedes Jahr tolle Erfindungen gemacht, die die Produktivität steigerten, und neue Produkte entwickelt, die übermorgen schon durch noch neuere Produkte ersetzt wurden. Innovation, Reichtumszuwachs und exponentieller Wohlstandsgewinn kamen somit in die Welt. Aber nur um den Preis von Schulden, die der investierende Unternehmer natürlich zurückzahlen musste, was nur dann kein Problem ist, wenn es Wachstum gibt.

Übrigens ist das seit jeher eine Frage, die viele Ökonomen ungetrieben hat: Wie kommt eigentlich Dynamik ins System, Wachstum? Alles, was heute produziert wird, kann mit den Einkommen, die heute verdient werden, gekauft werden. Die Summe aller Güter – Konsum- und Investitionsgüter – und Dienstleistungen ist 100, die Summe aller Einkommen ist 100, alles kann verkauft werden. Aber wie kommt es eigentlich dazu, dass in der nächsten Periode 100 plus x produziert wird und auch abgesetzt werden kann? Wo kommt das Einkommen her, die zusätzlichen Güter abzusetzen?

Der Schlüssel dazu ist der Investmentkredit. Das zusätzliche Geld kommt heute ins System – als Kredit –, sorgt für mehr Produktion, und kann morgen als zusätzliches Einkommen den Absatz der Güter von 100 plus x garantieren. Der Kapitalismus ist also eine stete Flucht nach vorne. Der Kredit schafft die Ausweitung der Produktion und die zusätzliche Nachfrage für dieselbe. Es funktioniert aber nur, wenn es ausreichend Wachstum gibt. Unternehmen nehmen Kredite auf, verschulden sich, um zu investieren, aber diese Investitionen rentieren sich nur, wenn es ausreichend Wachstum gibt. Gibt es das nicht, gibt es Pleitewellen.

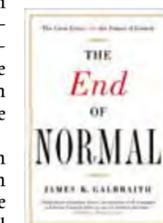
Natürlich kann man sich einen „stationären“ Kapitalismus auch vorstellen, in dem es immer noch kreditfinanzierte Innovationen gibt. Aber jedem Unternehmen, das seine Produktion ausweitet, müsste ein anderes gegenüberstehen, das schrumpft. Jedem Gewinner würde jemand gegenüberstehen, der verliert. Es gäbe keine Prosperität mehr, sondern nur mehr ein großes Nullsummenspiel. Es wäre ein anderes System – und ein noch viel brutaleres! – als das bisherige. Es wäre ein steter Kampf aller gegen alle, dagegen würde sich das, was manche heute schon „Raubtierkapitalismus“ nennen, wie ein Mädchenpensionat ausnehmen. ☒



James K. Galbraith

Der US-Ökonom wirkt an der University of Texas und am Levy Economics Institute. Er arbeitete gemeinsam mit Yanis Varoufakis an dem Buch „Bescheiden Vorschlag zur Lösung der Eurokrise“ und veröffentlichte zuletzt „The End of Normal“

„Im Kapitalismus sind Prosperität und Innovation grundsätzlich auf Schulden gebaut“



James K. Galbraith: The End of Normal. Simon & Schuster 304 Seiten (derzeit nur auf englisch)

Die gespaltene Sprachwelt des Bourgeois

Der Anglist und Komparatist Franco Moretti gilt als der innovativste Literaturwissenschaftler der Gegenwart. Das behauptet der Suhrkamp Verlag, in dem Morettis Buch „Der Bourgeois“ erschienen ist, und wahrscheinlich hat er Recht. Moretti, der an der kalifornischen Stanford University lehrt, geht es um Sprachanalyse als Gesellschaftsanalyse. Die Literatur, sagt er, zeigt uns den Geist der Epoche ebenso wie die Gesellschaft oder die Wirtschaft.

Schnell wird klar, dass der Bourgeois seinen eigenen Stil hat, den prosaischen Stil. Dieser Stil ist der eigentliche Held des Buches, wie Moretti am Ende bemerkt. Der Bourgeois spricht die Sprache der Rationalität, aber „nicht nur als Darstellungs-, sondern als Lebensweise“.

Moretti belegt das mit Untersuchungen, wie sie erst die digitale Erfassung literarischer Werke ermöglicht, nämlich durch quantitative Untersuchungen des Wortmaterials. Wie oft werden welche Wörter verwendet, welche Satzkonstruktionen sind dominant? Robinson Crusoe zum Beispiel wird durch exzessiven Gebrauch des Personalpronoms zum Mittelpunkt des Romans von Daniel Defoe („ich beschloss, ich nahm mit, ich versah“ etc.), und er bringt es mit zwei drei Verben pro Zeile zu so etwas wie einer „Prosa der Zweckrationalität“ – zweihundert Jahre, ehe der Soziologe Max Weber diesen Terminus prägte, also zu einer „Prosa, deren Stil vom Nützlichkeitsdenken bestimmt ist“.

Bürgerliche Prosa will wirken, sie bringt etwas hervor, sie gestaltet die Welt. Aber sie kommt durch den Kapitalismus, den sie hervorbringt, in einen „irren Zwiespalt“, nämlich in jenen zwischen ihrer Ehrlichkeit, mit der sie ihre Taten nach moralischen Kriterien bewertet, und der Haltung des modernen Kapitalisten, der kein rationaler Erschaffer mehr ist, sondern ein irrationaler Zerstörer. Der Produzent wird zum Spekulanten.

Das Problem: „Selbst wenn man ehrlich sein will, kann man es nicht, weil Ehrlichkeit die Existenz von Tatsachen voraussetzt, denen sich die Spekulation – selbst im neutralen Wortsinn – gerade entzieht.“ So stößt auch Literaturwissenschaft auf einen dominierenden Konflikt unserer Epoche, jenen zwischen Finanzkapital und Realwirtschaft.

Mit einem Kollegen untersuchte Moretti auch die Sprache der Weltbankberichte. Die sachliche Sprache der 1950er- und 1960er-Jahre voller Dämme, Äcker und Kraftwerke, in der unterstützt, gefördert und vorangetrieben wird, weicht einer Finanzsprache, wo nur noch von Kredit, Rückstellung und Sicherheit die Rede ist, von Zielen, Prioritäten und Prinzipien. Governance ist hier das Königswort.

Die Sprache der Produktion wurde zu einer der Moral, voller Engagement, Verantwortung und Sorge. Menschen werden zu Kunden, das konkrete Projekt wird wolkig. Ein Wort kommt in siebzig Berichtsjahren nie vor, „widersprechen“, „Widerspruch“ erscheint zweimal. Resümee: „Alles wird verändert, nichts wird vollbracht“. Dieses Projekt sollte Nachahmer anregen.



Fred Luks:
Öko-Populismus.
Warum einfache „Lösungen“, Unwissen und Meinungsterror unsere Zukunft bedrohen.
Metropolis Verlag,
243 S., € 20,90



Franco Moretti,
Dominique Pestre: Banksprekch.
Deutsch in Merkur
69/2015



Franco Moretti:
Der Bourgeois.
Suhrkamp, 2014,
275 S., € 25,70

Die Umweltfreunde kennen keinen Spaß

Fred Luks ist Ökookonom und Nachhaltigkeitsfreak. In einem amüsanten Buch spießt er jetzt die Ökodummheiten von A bis Z auf

REZENSION:
ROBERT MISIK

Als Deutscher über Humor zu schreiben ist heikel und fast so, als schreibe ein Schotte über Maßlosigkeit.“ Mit diesen Worten beginnt der deutsche Ökonom Fred Luks das Kapitel über „Humor“ in seinem Buch über ökologische Nachhaltigkeit. Das ist mutig. Erstens, weil der Witz mit nationalen Stereotypen spielt und somit politisch inkorrekt ist. Zweitens, weil Humor im Nachhaltigkeitsdiskurs nichts zu suchen hat. Bei der Nachhaltigkeit geht es ja um unser aller Überleben. Die Sache ist ernst.

Das seltsame, luzide Buch mit dem Titel „Öko-Populismus“ könnte man mit einem schnellen Blick für das Werk eines Antiökologen halten. Aber Luks ist seit Jahrzehnten selbst Teil der Nachhaltigkeitsdiskurse. Er war Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie und arbeitet als Leiter des Kompetenzzentrums für Nachhaltigkeit an der Wirtschaftsuniversität Wien. Wenn er die Nachhaltigkeitsdiskurse kritisch aufspießt, dann auf die Art, wie man im erweiterten Freundeskreis seine eigenen Leute kritisiert. Seine kritische Auseinandersetzung mit nachhaltig motivierter Wachstums- und Kapitalismuskritik habe Luks nicht geschrieben, „obwohl ich mit ihr sympathisiere – sondern weil ich es tue“.

Das Buch ist als feuilletonistisches Lexikon konstruiert, von A wie „Aufmerksamkeit“ über F wie „Freiheit“ bis Z wie „Zitate“. In den Einträgen, die mal längere Essays, mal kleinere Glossen sind, knüpft sich Luks Standards der Ökodiskurse vor. Seine Kritik lautet: Eine bestimmte Spielart der Ökodiskurse ist drauf und dran, mit der Demokratie zu brechen.

Demokratien sind schwerfällig, die notwendigen Kurswechsel sind praktisch nicht durchzusetzen, so lautet die Storyline. Deshalb liebäugeln manche Ökotechnokraten schon mit Regimes wie China. Da gibt es eine Regierung, die auf keine Opposition, aber auch auf keine Klientel Rücksicht nehmen muss. Wenn die am Freitag beschließt, ab Montag darf kein Motorroller mehr fahren, sind eben am Montag keine Motorroller mehr auf der Straße.

Damit liebäugelt mancher Nachhaltigkeitsautor angesichts der Realität im demokratischen Westen, in dem man für jeden Radweg mehrjährige Verfahren samt Bürgerbeteiligung braucht. Auch die Gängelung der Bürger zur Durchsetzung des Guten hält Luks für fragwürdig. An einem sonnigen Tag, schreibt er, sei „es“ passiert: Da saß er mit Freunden zusammen und sagte, dass ihm im Zweifel Freiheit wichtiger sei als Nachhaltigkeit. „Alle schauten mich an, als hätte ich gerade den Holocaust gezeugt.“

Auch die Vorstellung einer Gemeinwohlökonomie, die die Ego-Ökonomie des Kapitalismus ablösen sollte, habe seine kritikwürdigen Seiten, schreibt Luks. Sie würde stillschweigend voraussetzen, dass es unter einer großen Mehrheit der Men-

schen einen Konsens darüber gäbe, worin das Gemeinwohl bestünde, und dass es, wenn dieser Konsens erst festgestellt ist, eine einfache Sache wäre, gesellschaftliche Regeln aufzustellen, an die sich alle freiwillig halten und die dann die gewünschten Ergebnisse herbeiführen würden. Dabei wird von den Theoretikern der Gemeinwohlökonomie eine Gesellschaft voller Glück entworfen, in der alle im Einklang mit der Natur leben würden, die aber verdammt nach einem Paradies für Pedanten aussieht und Luks ein wenig an Nordkorea erinnere.

In zu vielen Schattierungen des Nachhaltigkeitsdiskurses wird die Komplexität von Gesellschaften unterschätzt und als ein Übel eingeschätzt. Dabei ist es in fortgeschrittenen, modernen Gesellschaften so, dass jede Handlung eine Vielzahl an Handlungsfolgen zeitigt, die man unmöglich im Blick haben kann. Das ist eben der Preis der Freiheit und der gesellschaftlichen Entwicklung. Wer dahinter zurück will, muss sich kritische Fragen gefallen lassen. Nicht selten werden gerade die komplexen Vermittlungsformen repräsentativer Demokratie im Ökodiskurs scheel angesehen – würde man Leute nur durch direkte Demokratie selbst entscheiden lassen, wäre alles viel einfacher und daher auch besser.

Die Stärke von Luks' Buch liegt in der ironischen Lässigkeit, mit der er all das vorträgt, und darin, dass die Kritik an den zeitgenössischen Ökodiskursen eben nicht mit dem verbiesterten Ressentiment daherkommt, das aus den Postingforen quillt, wenn „Umerziehungsfantasien“ von „Grünlingen“ gegeföhelt werden. Luks' Kritik ist eben eine linke, demokratische und ökolibertäre Einrede eines Sympathisanten, der die Schwachstellen der eigenen Überzeugungen freilegen will, ohne das Problem zu leugnen – also die Gefahr des ökologischen Kollapses. Er sagt nicht: Das Problem existiert nicht. Er sagt nur: Die Dinge sind nicht so einfach, wie der Ökopopulist sich das vorstellt, und man sollte noch ein paar andere wichtige Themen bitte dazudenken – eben Themen wie Demokratie, Freiheit, Lebensfreude und Ähnliches.

Natürlich kann man Luks fragen, worauf denn das alles hinauslaufen soll. Kann er nur die Ökodiskurse kritisieren oder hat er auch eine Lösung? Oder ist die Lösung so eine Art Mittelweg: So viel ökologisches Versteuern wie möglich, aber ohne Freiheit, Demokratie, Innovation und Unternehmertum gleich mit zu entsorgen. Luks weiß freilich selbst auch, dass es dann womöglich bei den Lippenbekenntnissen zu Nachhaltigkeit und „verantwortlichem Wirtschaften“ bleibt, aus denen dann exakt nichts folgt.

Freilich ist auch die Forderung, jemand habe stets eine „Lösung“ mitzuliefern, ein populistisches Argument. Das, was Luks mit Recht kritisiert, ist ja eben kritikwürdig. Und wenn etwas kritikwürdig ist, dann muss es kritisiert werden – der Kritiker ist nicht verpflichtet, eine einfache Problemlösung gleich mitzuliefern.

Recht auf Arbeit für alle und andere kluge Vorschläge

Der britische Ökonom Anthony B. Atkinson hat sein Forschungswissen aus fünf Jahrzehnten in 15 politische Forderungen gegossen

REZENSION:
MARKUS MARTERBAUER

Eine wachsende Zahl von Einkommensmillionären, Großerben und Vermögensmilliardären auf der einen Seite, Massenarbeitslosigkeit, Armut und Abbau des Sozialstaates auf der anderen Seite. In der europäischen Finanzkrise explodiert jene soziale Ungleichheit, die ihren Ursprung in den konservativen Revolutionen von Margaret Thatcher und Ronald Reagan in den 1980er-Jahren hatte.

Wenn schon nicht in der Politik, so ist zumindest in der wissenschaftlichen Forschung eine deutliche Reaktion erkennbar: Analysen der vielfältigen Dimensionen der Ungleichheit und ihrer Ursachen stehen spätestens seit Thomas Pikettys „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ im Mittelpunkt der akademischen Debatte.

Die Grundlagen für die Arbeiten der jungen Forscher um Piketty lieferte in den letzten fünf Jahrzehnten der Brite Tony Atkinson, Jahrgang 1944. In 50 Büchern und hunderten wissenschaftlichen Artikeln hat der Doyen der internationalen Verteilungsökonomie, der eigentlich Mathematiker werden wollte, die vorhandenen Daten zur Einkommens- und Vermögensverteilung akribisch zusammengetragen und genau untersucht, Analysemethoden weiterentwickelt und politische Reformvorschläge auf ihre Finanzier- und Umsetzbarkeit hin beurteilt.

Radikaler Reformismus

Atkinsons präsentiert in seinem im Frühjahr 2015 erschienenen Buch „Inequality: What can be done?“ die zentralen Ergebnisse dieser jahrzehntelangen Forschung in Form von 15 handfesten Vorschlägen für eine Politik der Verringerung der Ungleichheit.

Die Vorschläge des Wissenschaftlers beruhen auf profunden Analysen, sind abwägend formuliert und werden zurückhaltend vorgetragen, gleichzeitig spiegeln sie die Werte eines engagierten Bürgers wider, sind so innovativ wie umsetzungsorientiert. Thomas Piketty nennt in seiner Rezension in der *New York Review of Books* das Programm des öffentlichen Intellektuellen Anthony B. Atkinson einen „neuen radikalen Reformismus“.

Die Vorschläge nehmen Bezug auf die empirischen Erfahrungen der deutlichen Verringerung der Ungleichheit in den Nachkriegsjahren und ihrer neuerlichen Ausweitung seit den 1980ern. Weil Atkinson diese politischen Trendwenden vor allem als Ergebnis von Machtverschiebungen in der Gesellschaft sieht, geht es ihm in einem Kernbereich seiner Ideen um die Etablierung neuer Rechte für die weniger Begünstigten.

Er spricht sich für allgemeine Sozialversicherung und soziale Dienstleistungen für alle und gegen einen bedarfsorientierten Sozialstaat nur für die Armen aus und begründet die Forderung nach einem EU-weiten Grundeinkommen für Kinder. Ein verpflichtender Mindestlohn, von dem

man leben kann, verringert Armut und erhöht die Arbeitsanreize. Gleichzeitig macht Atkinson den Vorschlag, ein Recht auf einen öffentlichen Arbeitsplatz zum Mindestlohn einzuführen, um die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Erbschaft für alle 18-Jährigen

Ein weiteres Set an Maßnahmen verbindet Reformen im Wohlfahrtsstaat mit jenem im Steuersystem.

Eine stärkere Progression der Einkommensteuer bis zu einem Spitzensteuersatz von 65 Prozent (Großbritannien derzeit 45 Prozent, Österreich ab 2016 55 Prozent) soll zur Finanzierung höherer Ansprüche im Sozialstaat vor allem zu einer markanten Erhöhung der Kinderbeihilfen genutzt werden.

Die Bekämpfung von Armut unter Kindern durch bessere soziale Absicherung, der Ausbau der Kindergärten und eine Öffnung des Bildungssystems sind Atkinson ein Kernanliegen. Nachdem die Forderung „Reiche Eltern für alle!“ nicht unmittelbar umsetzbar erscheint, schlägt Atkinson eine Erhöhung der Erbschaftsteuer und ihre Weiterentwicklung zu einer Steuer auf alle Lebenskapitalzuflüsse vor.

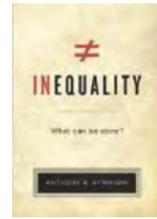
Mit dem Steueraufkommen will er eine „Erbschaft für alle“ finanzieren: Jeder Staatsbürger erhält im Alter von 18 Jahren eine Kapitalsumme von 10.000 Pfund (knapp 15.000 Euro) als Grundausstattung.

Mit der erfreulichen Konkretheit der 15 Vorschläge ist der einzige nennenswerte Nachteil des Buches verbunden: Es analysiert Ungleichheit zwar international, konzentriert die Politikvorschläge aber auf Großbritannien. Selbstverständlich kann man dies auch als Vorteil sehen, weil es zeigt, wie viel an Verteilungspolitik nach wie vor auf der Ebene des Nationalstaates möglich ist.

Jetzt fehlt nur die Anpassung der Atkinson-Empfehlungen auf die sozialen Realitäten in Österreich, wo die Verteilung dank eines nach wie vor funktionierenden Wohlfahrtsstaates gerechter ist. Sie sollte von jenem Geist des Gestaltungswillens und Optimismus geprägt sein, der auch Atkinsons Buch durchzieht und auf zwei festen Grundpfeilern ruht: Ungleichheit hat negative Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft, ihre Verringerung muss deshalb ein allgemeines Ziel der Politik sein; der Wohlstand in unseren Gesellschaften ist so hoch wie nie zuvor, damit sind ausreichende wirtschaftliche Spielräume für ein gutes Leben für alle vorhanden.

In Atkinsons ebenso konkret und klar präsentierten wie wissenschaftlich und politisch nüchtern belegten Vorschlägen kulminieren die Schlussfolgerungen aus dem Lebenswerk des bedeutendsten Verteilungsökonomens unserer Zeit.

Keine Frage, es ist längst an der Zeit, dass der mehrfache Ehrendoktor, 2000 in Großbritannien geadelt und 2001 zum Ritter der französischen Ehrenlegion ernannt, den Preis für Wirtschaftswissenschaften der schwedischen Reichsbank in Gedenken an Alfred Nobel erhält.



Anthony B. Atkinson:
Inequality: What Can Be Done?
Harvard University Press, 304 S., € 25,65



Herbert Cordt (Hg.):
Auf der Überholspur.
Zeitzeugen über das Goldene Zeitalter der österreichischen Wirtschaft.
Molden, 304 S., € 34,90

Geschichten aus Österreichs Industrie

Österreich und seine Industrie, das war schon in der Habsburgermonarchie ein Problem. Die erste Dampfmaschine betrieb hierzulande keine Baumwollfabrik, sondern einen Springbrunnen im Park des Belvedere. Joseph II. verzweifelte an solcher Mentalität und versuchte, Kapitalisten zu importieren. Es gelang ihm nur bedingt. Das goldene Zeitalter der österreichischen Wirtschaft begann erst nach dem Staatsvertrag und es dauert, dem Herausgeber dieses Buchs zufolge, bis heute an.

Herbert Cordt war Mitarbeiter im Kabinett des Finanzministers Hannes Androsch; heute ist er Aufsichtsratsvorsitzender der RHI und betreibt ein Büro als Business Consultant in Wien. Beim Verkauf der bulgarischen Mobiltel und der serbischen Mobtel war er beteiligt. Cordt und sein Mitarbeiter, der Journalist Gerd Millmann, haben mit zahlreichen Personen gesprochen – lauter Männern, wie Cordt selbstkritisch anmerkt, aber das spiegelte die Verfasstheit der Großindustrie in den vergangenen Jahrzehnten wider.

Diese Interviews sind zum Teil erfrischend offen; vor allem Rudolf Streicher, der ehemalige Minister und spätere Generaldirektor von Steyr Daimler Puch und der ÖIAG, nimmt sich kein Blatt vor den Mund. Egal, ob es um den Verkauf von Steyr an Magna geht (weit unter Preis und komplett hinter dem Rücken des Chefs von der Bank abgemacht, angeblich auf Sachbearbeiterebene) oder um die *Krone*-Kampagne für die Kfz-Kennzeichen – hier redet einer erfrischenden Klartext.

Streicher behauptet übrigens auch, die Verstaatlichte Industrie haben den Steuerzahler keinen Schilling gekostet (Seite 41), während Hannes Androsch das Verstaatlichten-Debakel mit 150 Milliarden Schilling beziffert (Seite 54). Es macht Spaß, solche Widersprüche aufzuspüren. Politische Gegner kommen ebenso zu Wort wie Gegner innerhalb einer Partei.

Wesentliche Vorgänge werden fast immer von zwei Seiten beleuchtet. Spannend, wenn Christian Konrad seine Sicht des Versuches schildert, die CA für Raiffeisen zu kaufen, und wenn Ferdinand Lacina sich an den gleichen Termin erinnert. Der Film „Rashomon“ von Akira Kurosawa kommt einem in den Sinn. Manchmal, wenn etwa Herbert Krejci, der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, erzählt, wie sehr die Industriellen Bruno Kreisky respektiert hätten, wird's anekdotisch. Aber es bleibt immer instruktiv.

Über allem schwebt der Geist von Hannes Androsch. Das Hohelied von dessen erfolgreicher Hartwährungspolitik wird gern gesungen, und das letzte Wort hat der ehemalige Finanzminister. Er warnt davor, Entwicklungen der kommenden Robotik zu unterschätzen oder ihnen mit Maschinenstürmerei und bürokratischen Vorschriften zu begegnen.

Essays des Historikers Oliver Rathkolb und des ehemaligen Wifo-Chefs Helmut Kramer runden das spannende Buch ab. Angesichts der Krise und Gefahren der Gegenwart, schreibt Kramer, spreche es „nicht der traditionsreichen Rolle der Industrie, in Resignation und Abwarten zu verfallen“.

Finanzmärkte vergiften unser Wissen

Colin Crouch ist Politologe und Autor des Bestsellers „Postdemokratie“. In seinem neuen Buch rückt er der Illusion zu Leibe, der Mensch sei ein nach rationalen Kriterien funktionierendes Wesen. Der Neoliberalismus und dessen Denker – Crouch verwendet Philip Mirowskis Terminus „neoliberales Denkkollektiv“ – setzen ja voraus, dass ein idealer Markt aus Wesen besteht, die ihre Entscheidungen rational nach jenen Informationen treffen, die ihnen zur Verfügung stehen. Der Markt wiederum regelt, dass das die besten, also richtigen, Informationen sind.

Crouchs Buch zeigt auf verschiedenen Ebenen, dass diese Grundannahme falsch ist. Einmal trifft es nicht zu, dass der Markt selbst keinen seiner Teilnehmer dazu verführt, Informationen zu fälschen oder zu unterdrücken. In der Finanzkrise geschah genau das: „Anstatt Anreize für das Sammeln von Informationen zu liefern und dadurch ihr Funktionieren zu gewährleisten, gaben die Finanzmärkte ihren Akteuren hochriskante Anreize, das Gegenteil zu tun ... Der Markt brachte eben nicht das perfekte Wissen hervor, sondern sein Gegenteil.“

Zudem, man muss es leider sagen, passen Markt und Moral nicht wirklich zusammen. Noch Adam Smith, der als Begründer der Lehre vom sich selbst regelnden Markt gilt, ging von der Annahme aus, „dass der Markt in ein allgemeines Moralempfinden eingebettet sei“. Heute stehen neoliberale Markttheoretiker vor der Frage, ob moralische Bedenken von Managern Profite senken und so irrationales Markthandeln darstellen können.

Man denke an das aktuelle Beispiel der betrügerischen Software, mit der das VW-Management Konsumenten hinteres Licht führte. Crouch spricht übrigens vom Beispiel der Fahrzeugemissionen, ohne von VW zu wissen. Er führt das Beispiel nur an, um zu zeigen, dass hier Instanzen wie Umweltforscher von außerhalb regulierend in den Markt eingreifen.

Vor den Bohrungen von BP im Golf von Mexiko warnten Ingenieure des Konzerns vor nicht ausreichenden Sicherheitsstandards. Die Finanzverantwortlichen lehnten solche Maßnahmen als profitsenkend ab.

Kurz, im Neoliberalismus leiten Märkte nicht zur Moral an, sie verleiten zu Korruption und Desinformation. Crouch ist gewiss kein Feind von Marktwirtschaft. Er argumentiert immer fair. Umso schwerer wiegt sein Befund: Die manipulativen Interessen der Superreichen treffen sich mit jenen der Medien, die oft ebenfalls Superreichen gehören. Informationen werden systematisch verfälscht. Das betrifft nicht nur Journalismus, sondern auch Wissenschaft und Forschung. Auch das System der öffentlichen Fürsorge ist infiziert.

Crouchs Beispiele aus England mögen uns extrem erscheinen (etwa Geldprämien für Ärzte, die frühzeitige Demenz bei Alten melden), das Resümee des Buchs ist aber alarmierend. Es schließt nämlich nur mit einer Frage: „Gibt es überhaupt einen Weg, der aus dieser Situation herausführt? Und sind wir, falls es ihn gibt, willens, die Kosten für Inspektionen und andere Regulierungsmaßnahmen zu tragen, um ihn zu beschreiten?“



Colin Crouch: Die bezifferte Welt. Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht. Suhrkamp, 250 S., € 22,60

Peter Rabl und sein Weg zum Unwohlstaat

Der ehemalige Profil- und Kurier-Herausgeber hat ein anregendes Buch geschrieben, am Ende bleibt es aber oberflächlich

REZENSION:
STEPHAN SCHULMEISTER

Mit einem Buch dieses Titels lädt der Journalist Peter Rabl die Leser ein, „sich stärker und konstruktiv in die gesellschaftliche und politische Diskussion über einen reformierten, leistungsfähigen Wohlfahrtsstaat einzubringen“. Denn: „Die Österreicher wollen es in ihrer großen Mehrheit nicht wahrhaben, dass es mit ihrem Wohlfahrtsstaat bergab geht.“ Das bringe „unser gesamtes europäisches System der sozialen Demokratie ernsthaft in Gefahr“.

Rabl benennt die wichtigsten Herausforderungen des Wohlfahrtsstaats wie Arbeitslosigkeit, prekäre Jobs, Armut, Zweiklassenmedizin etc. Aber seine eigene Position bleibt oft unklar. Einerseits lobt er die Errungenschaften des Wohlfahrtsstaats, insbesondere im Hinblick auf Armutsbekämpfung, soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt, und verteidigt ihn gegen neoliberale Hardliner, andererseits entsprechen seine Diagnosen und Therapien oft dem neoliberal-symptomorientierten Mainstream (bei radikalen Rezepten wie der Streichung der Notstandshilfe lässt er aber passende Experten sprechen).

Beispiel Sozialausgaben: „Die gute Nachricht ist, dass damit ein hohes Maß an sozialem Ausgleich und eine sehr erfolgreiche Bekämpfung von Armut erreicht werden. (...) Die schlechte Nachricht ist, dass fast 40 Prozent der Einnahmen aller Haushalte (...) aus solchen staatlichen Transfers kommen (...). Damit ist Österreich absoluter Spitzenreiter in der Abhängigkeit seiner Bürgerinnen und Bürger von ‚Vater Staat‘.“

Wenn ein Bedürftiger in Österreich besser unterstützt wird als anderswo (was vielfach gar nicht stimmt), dann stärkt es doch seine Freiheit. Neoliberale Vordenker haben den Sozialstaat immer schon als „Bewormungseinrichtung“ diffamiert – im Interesse derer, die ihn nicht brauchen und nichts beitragen wollen.

Neoliberale Tauschlogik

Und Rabl fügt hinzu: „Auch ohne präzise Untersuchungsergebnisse kann man unterstellen, dass die gesamtstaatliche Großzügigkeit (...) nicht wirklich zu Eigeninitiative und Eigenverantwortung anregt.“ Kann man nicht – die Hauptursache mangelnder Eigeninitiative ist ihre Ausbeutung. Es braucht mehr Jobs, und die entstehen nicht, wenn ich Menschen deklassiere (wie viele Bewerbungsschreiben muss ein 55-jähriger Arbeitsloser schreiben?).

Weiter: „Und die ganz schlechte Nachricht betrifft jene rund zwei Millionen Steuerzahler, die mehr in den Transfertopf hineinzahlen als sie an Leistungen daraus kassieren.“ Hier beurteilt Rabl Sozialstaatlichkeit nach der neoliberalen Tauschlogik. Das ergibt keinen Sinn. Es war ja von Anbeginn Zweck der Übung, Solidarität als Eigennutz sozialer Ordnung zu etablieren, als Ausgleich zum individualistischen Eigennutz der Marktlogik.

Konkret: Wenn ich einen gutbezahlten Bürojob habe, den Höchstbeitrag in die Krankenkasse einzahle und selten krank werde, ein Bauarbeiter aber weniger einzahlte und öfter eine Behandlung „kassiert“, dann tut das auch mir gut. Wenn ich schon einen besseren Job habe und gesünder bleibe, leiste ich wenigstens einen Ausgleichsbeitrag.

Organisierte Solidarität

Organisierte Solidarität ist die Essenz des Sozialstaats. So wie die Arbeiter eines Betriebs sich ursprünglich eine Krankenkasse schufen, in die jeder einzahlte für jene, die krank werden (vielleicht man selber), so soll jeder nach seinen Möglichkeiten beitragen zur Absicherung aller Menschen gegen Grundrisiken des Lebens (Unfall, Krankheit, Behinderung, Armut, Arbeitslosigkeit), zur Verbesserung der Entfaltungschancen (Bildungssystem) und der gesellschaftlichen Teilhabe (öffentlicher Verkehr, Energieversorgung etc.).

Bis zur neoliberalen Konterrevolution haben überproportionale Beiträge der Vermögenden und die Vollbeschäftigungspolitik den Sozialstaat zum Erfolgsmodell gemacht. Der Gewinn: In einer Gesellschaft leben, in der niemand verkommt – das tut auch Reichen gut.

Heute ist das anders: Armut ist unübersehbar, Verdrängung erleichtert nicht, Rechtfertigungssprache („Leistungsträger“) lügt, die Steuererleichterungen für Reiche übersteigen ihre Spenden, auch „sozial sein“ wurde billiger – doch bleibt ein mieser Nachgeschmack.

Also muss die Wissenschaft beweisen: Ungleichheit, „Entfesselung“ der Märkte und Sozialabbau sind für alle gut. Wird die Unterstützung Bedürftiger gekürzt, erblüht ihre Eigeninitiative und sie können endlich in Freiheit leben – vielleicht in einem Park.

Um all das zu belegen, braucht es brillante Köpfe – es ist ja viel schwieriger, das Falsche als richtig darzustellen als das, was Sache ist. Also wird die Welt seit langem mit einem Netz von Thinktanks und gesponserten Lehrstühlen überzogen, und das ist nicht billig – so leisten auch die Reichen ihren Beitrag. Richtig glücklich werden die Legitimationskünstler, egal ob Handwerker österreichischer Denkfabriken oder Nobelpreisträger aus Chicago, dennoch nicht – gekaufte Denke entfremdet.

Man sieht: Das Buch regt an und das liegt – für mich – weniger an Rabls Diagnosen und (spärlichen) Therapievorschlägen, sondern an der ungeheuren Bedeutung des Themas – da hat er völlig recht! Die Debatte um den Sozialstaat müsste in Österreich grundsätzlich (und nicht auf der Ebene von Einzelmaßnahmen) geführt werden. Noch ist er bei uns nicht zerstört (wie in Südeuropa).

Dann wäre auch zu klären, warum Phasen der Einführung bzw. des Ausbaus des Sozialstaats gleichzeitig Phasen der Prosperität waren wie 1890 bis 1914 oder 1950 bis 1975 – was umgekehrt, also im Fall seiner Demontage, nicht der Fall ist.

Ökonomen gegen den Neoliberalismus

Ein neues Manifest informiert über das Systemversagen und argumentiert nachvollziehbar für eine neue Wirtschaftsordnung

REZENSION:
RUDOLF WALTHER

Im Oktober 2010 sorgte in Frankreich ein „Manifest bestürzter Ökonomen“ für Furore. Bestürzt waren die außerhalb der Fachwelt unbekannt Ökonomen darüber, dass sie in der Wirtschaftspresse und in den Talkshows die gleichen alten Gemeinplätze und „Denkschablonen der neoliberalen Orthodoxie“ zu lesen und zu hören bekamen. Und noch empörender war für sie, dass das alles auch unter der Flagge „Wissenschaft“ auftrat und die Realität – die „Macht der Finanzmärkte“ und global agierende Konzerne – immer ausgeblendet bliebe.

Das „Manifest“ wurde schnell von 700 Ökonomen und anderen Sozialwissenschaftlern unterzeichnet und in kurzer Zeit über 100.000-mal verkauft. Es analysierte und kritisierte zehn ökonomisch „falsche Gemeinplätze“. Ein Einwand gegen das Manifest lautete damals, dass es nur wenige Alternativvorschläge enthalte und diese nicht alle überzeugten. Auf diese Kritik reagiert das eben erschienene „Neue Manifest der bestürzten Ökonomen“. Es beschreibt „15 Baustellen für eine andere Ökonomie“ und präsentiert in jedem Kapitel Alternativen zu den Dogmen der neoliberalen Sekte.

Fünf starke normative Grundlagen

Gleich im ersten Kapitel machen die Autoren deutlich, dass es ihnen nicht um eine „Rückkehr zu“, sondern um einen „Aufbruch nach“ geht, wörtlich: „um eine Flucht nach vorn“, heraus aus der „globalen, wirt-

schaftlichen, sozialen und ökologischen Krise“. Die Autoren berufen sich auf fünf starke normative Grundlagen ihrer Argumentation: den Vorrang der Demokratie gegenüber dem Markt, die Untrennbarkeit von Demokratie und Gleichheit, den Ausgleich des Verhältnisses von Markt, Privatinitiative und politischem Handeln, den sozialen und solidarischen Umgang mit gemeinschaftlichen Gütern sowie die Umstellung von Produktion und Konsum auf ökologisch vertretbare Standards. Letztlich plädieren sie für nichts Geringeres als neue Arbeits- und Lebensformen auf der Basis dieser fünf normativen Grundsätze.

Ohne eine „tiefgreifende Umwandlung unserer Produktionsweise und unseres Konsumverhaltens“ sind natürliche Ressourcen, Biodiversität und Klima nicht zu retten. Deshalb halten die Autoren eine ökologisch fundierte Besteuerung für unumgänglich, denn die Regulierung über den Markt (etwa bei den CO₂-Zertifikaten) erwies sich als eine Luftnummer. Die Autoren empfehlen eine Öko-Steuer von drei Prozent auf alle in der EU erzeugten Produkte (was jährlich etwa 350 Milliarden Euro einbrächte) als notwendig, um umzusteuern.

Gleichheit, das Herz der Wirtschaft

Mit der entschieden normativen Ausrichtung des Manifests handeln sich die Autoren das Problem ein, dass die Schwierigkeiten und Tücken auf dem Weg von der Norm zur Umsetzung ausgeblendet werden. Die These, wonach „Gleichheit das Herz der Wirtschaft“ bilde, leuchtet ebenso ein



Nouveau manifeste des économistes atterrés. 15 Chantiers pour une autre économie. Éditions Les liens qui libèrent, 155 S., € 10,-

Stiglitz und ein neues Studienfach

Joseph E. Stiglitz' „Reich und Arm“ – perfekt für alle, die am neuen WU-Institut „Economics of Inequality“ studieren wollen

REZENSION:
KURT BAYER

In „Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft“ reproduziert der im besten Sinn „politische Ökonom“ Joseph E. Stiglitz, also einer, der sich mit realen Problemen der Bürgerinnen und Bürger befasst, 51 Artikel, die er in den Jahren 2012–14 in amerikanischen Zeitungen und Zeitschriften publiziert hat, und versteht seine acht Kapitel mit jeweils neuen Einleitungen. Wie immer bei Stiglitz sind sie sehr persönlich gehalten, manchmal nicht uneitel, aber auch selbstkritisch.

Was das gesamte Buch durchzieht, ist die sehr wichtige Lektion, dass die zunehmende Ungleichheit nicht „ökonomischen Gesetzmäßigkeiten“ folgt, sondern die Folge politischer Entscheidungen ist, geschuldet den Interessen und den Einflussmöglichkeiten der obersten „1 Prozent“ auf die Wirtschaftspolitik zu Lasten der anderen 99 Prozent.

Konkret datiert Stiglitz die zunehmende Ungleichheit auf den Regierungsantritt Ronald Reagans. Dieser Weg wurde auch von späteren Präsidenten bis hin zu Obama (mit unterschiedlicher Intensität) fortgesetzt. Die Folge sind Einkommens- und Vermögenskonzentration bei den „Oberen“ und Stagnation der Einkommen der „unteren“ Mehrheit seit fast 20 Jahren, die zu-

nehmende Prekarisierung der Arbeitswelt, wodurch auch ein immer geringerer Anteil der Arbeitsfähigen sich um eine Stelle bemüht.

Stiglitz betont immer wieder das Argument, dass die immer ungleichere Einkommensverteilung nicht nur moralisch zu beanstanden ist, sondern mittel- bis langfristig auch die ökonomische Position jener „1 Prozent“ gefährden wird, da das Auseinanderbrechen der Gesellschaft zu zunehmender Kriminalität, aber auch zum Kaufkraftschwund der amerikanischen Wählerschaft beitragen wird.

Er lobt die von George Soros und Warren Buffet ausgehende Initiative der „Patriotischen Millionäre“, die zur Einkommens- und Vermögensumverteilung aufgerufen und sich zu höheren Steuerleistungen bereit erklärt haben.

Hochinteressant für hiesige Leser ist auch seine Beurteilung der Auswirkungen des eben beschlossenen transpazifischen Handelsabkommens TPP, die aufs Haar jener der hiesigen TTIP-Kritiker gleicht (wenn sie auch aus amerikanischer Sicht kommt). Es diene nur den Interessen der transnationalen Unternehmen und gefährde die Demokratie durch das Klagerrecht der Konzerne gegen Gewinnmälerei.

Stiglitz schlägt mit diesem Buch eine Bresche in das von der traditionellen Öko-



Joseph Stiglitz: Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Siedler, 512 S., € 25,70

wie jene, dass „Ungleichheit ökonomisch unrentabel“ sei. Wenn der Zugang zu Bildung und Ausbildung für Kinder, Jugendliche und Frauen von Ungleichheit geprägt ist, sind die Folgekosten für die Beseitigung von Defiziten, Fehlentwicklungen und Schäden höher als die Investitionskosten einer auf Gleichheit ausgerichteten Bildungs-, Wohnungs- und Sozialpolitik. So plausibel diese Überlegungen, so zahlreich sind die Hürden bei ihrer Umsetzung.

Die neoliberal imprägnierte Wettbewerbsordnung in der EU lässt praktisch keine staatliche Industriepolitik mehr zu. Dem setzen die Autoren ein Konzept entgegen, das mit lokalen, regionalen und nationalen Industriefonds die Re-Industrialisierung „abgewickelter“ Regionen und die Abwehr von Privatisierungen und die Abwanderung von Industrien ermöglicht. Unumgänglich dafür wäre eine Erweiterung der Kompetenzen staatlicher Banken.

Während die neoliberale Orthodoxie seit den 1980er-Jahren in der „Lohndisziplin“ ein Mittel gegen Arbeitslosigkeit sieht, halten die „bestürzten Ökonomen“ diese Politik für gescheitert. Sie treten für hohe Löhne ein, die die Binnennachfrage und damit auch die Wirtschaft fördern. Steuerentlastung und Abgabenerleichterung für Unternehmen haben die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich nicht verringert, kosteten aber den Staat 20 Milliarden Euro im Jahr. Mit gleichen Argumenten rehabilitieren die Ökonomen staatliche Ausgaben als sozial notwendig und produktiv, die den Neoliberalen als überflüssig gelten.